

Die Anknüpfungspunkte internationaler Abkommen:
inwieweit sind sie geeignet,
die Ziele der Rechtsvereinheitlichung
zu verwirklichen?

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Rechte
durch die Rechtswissenschaftliche Fakultät
der Ruhr-Universität Bochum

vorgelegt von
Winfried Grieger
aus Bochum

Bochum 1979

Die Anknüpfungspunkte internationaler
Abkommen : inwieweit sind sie geeignet,
die Ziele der Rechtsvereinheitlichung
zu verwirklichen ?

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Rechte
durch die Rechtswissenschaftliche Fakultät
der Ruhr-Universität Bochum



vorgelegt von
Winfried Grieger
aus Bochum

Bochum 1979



Dekan:

Prof. Dr. R.-D. Herzberg

1. Berichterstatter:

Prof. Dr. O. Sandrock

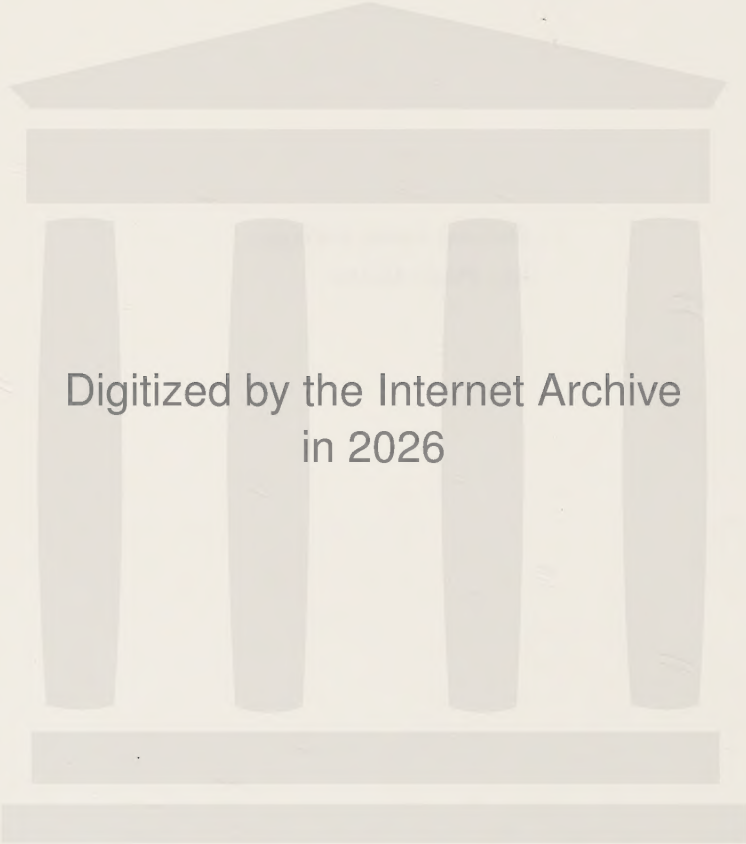
2. Berichterstatter:

Prof. Dr. M. Lutter

Tag der mündlichen Prüfung: 02. Juli 1979

Meinem verehrten Lehrer,
Herrn Professor Dr. Otto Sandrock
danke ich für die Unterstützung bei
dieser Arbeit

Meinem lieben Kollegen
Dr. Peter Müller



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546402_0065

Übersicht über die Gliederung

	<u>Seite</u>
A. <u>Einleitung</u>	1
<u>Hintergründe, zeitliche Einordnung und Ziele des Bestrebens nach Rechtsvereinheitlichung</u>	
1. Die Hintergründe des Bestrebens nach Rechtsvereinheitlichung	1
2. Die Geschichte der neueren Rechtsvereinheitlichung	2
3. Entwicklung des vereinheitlichten Rechts hinsichtlich einzelner Bereiche	4
4. Quellen der Rechtsvereinheitlichung	8
5. Ziele des Bestrebens nach internationaler Rechtsvereinheitlichung	11
6. Untersuchungsziel	20
B. <u>Hauptteil</u>	21
<u>Untersuchung der Anknüpfungspunkte internationaler Abkommen auf ihre Übereinstimmung mit den Zielen der Rechtsvereinheitlichung</u>	
I. <u>Voraussetzungen für eine derartige Untersuchung</u>	22
1. Definition des Begriffs "Anknüpfungspunkt"	22
2. Die Ziele der Rechtsvereinheitlichung und ihre Verwirklichung durch Anknüpfungspunkte	23
3. Darstellung der weiteren Untersuchungsabschnitte	49
4. Überblick über die bisher abgeschlossenen Über-einkommen und deren Anknüpfungspunkte	49
5. Zwischenergebnis und Gruppeneinteilung	83
II. <u>Die Verwirklichung der Zielsetzungen der Rechtsvereinheitlichung durch die Gruppen I - VIII sowie durch die Anknüpfung an die Parteivereinbarung und die abkommens-spezifischen Anknüpfungspunkte</u>	91
1. Gruppe I	91
2. Gruppe II	94

	<u>Seite</u>
3. Gruppe III	99
a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Schaffung einfacher und klarer Normen	99
b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Ausschluß der kollisionsrechtlichen Frage	109
c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Fortfall ausländischen Rechts	120
4. Gruppe IV	125
a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung	125
b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung	138
c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung	144
5. Gruppe V	151
a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung	151
b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung	157
c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung	161
6. Gruppe VI	163
a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung	163
b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung	170
c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung	175
7. Gruppe VII	181
a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung	181
b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung	189
c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung	194
8. Gruppe VIII	198
a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung	198
b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung	199
c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung	199
9. Anknüpfungspunkte mit ergänzender Funktion	199

	<u>Seite</u>
III. <u>Gesamtergebnis</u>	206
1. Ergebnis der Gruppenuntersuchung	206
2. Folgen für die verschiedenen Sachbereiche	211
3. Bedeutung für die Zukunft	213
C. <u>Grenzen der Rechtsvereinheitlichung</u>	215

Gliederung

	<u>Seite</u>
A. <u>Einleitung</u>	1
Hintergründe, zeitliche Elnordnung und Ziele des Bestrebens nach Rechtsvereinheitlichung	
1. <u>Die Hintergründe des Bestrebens nach Rechtsvereinheitlichung</u>	1
2. <u>Die Geschichte der neueren Rechtsvereinheitlichung</u>	2
3. <u>Entwicklung des vereinheitlichten Rechts hinsichtlich einzelner Bereiche</u>	4
a) Bereich Verkehr	5
aa) Seerecht	5
bb) Bereich Luftfahrt	5
cc) Schienenverkehr	6
dd) Straßenverkehr	6
b) Schuldrecht	6
c) gewerblicher Rechtsschutz	7
d) Personenstandswesen	7
e) Familienrecht	8
f) Prozeßrecht	8
4. <u>Quellen der Rechtsvereinheitlichung</u>	8
a) Konventionen	9
b) Supranationales Recht	10
c) Klauselrecht	10
d) "Allgemeine Rechtsgrundsätze"	10
5. <u>Ziele des Bestrebens nach internationaler Rechtsvereinheitlichung</u>	11
a) Erstes Ziel	12
b) Zweites Ziel	13
c) Drittes Ziel	15
d) Viertes Ziel	16
e) Fünftes Ziel	18
f) Tatsächliche Verwirklichung der Ziele	19
6. <u>Untersuchungsziel</u>	20

	<u>Seite</u>
B. <u>Hauptteil</u>	21
<u>Untersuchung der Anknüpfungspunkte Internationaler Abkommen auf ihre Übereinstimmung mit den Zielen der Rechtsvereinheitlichung</u>	
I. <u>Voraussetzungen für eine derartige Untersuchung</u>	22
1. <u>Definition des Begriffs "Anknüpfungspunkt"</u>	22
2. <u>Die Ziele der Rechtsvereinheitlichung und ihre Erfüllung durch Anknüpfungspunkte</u>	23
a) Das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Schaffung einfacher und klarer Normen	24
b) Das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Ausschluß der kollisionsrechtlichen Frage	26
c) Das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Fortfall ausländischen Rechts	36
d) Das vierte Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Fortfall rechtlicher Nachteile für Ausländer	41
aa) Das Welturheberrechtsabkommen	44
bb) Die Pariser Verbandsvereinbarung	44
cc) Das Abkommen über Privilegien und Hypotheken an Seeschiffen	45
dd) Das Abkommen zum Schutz von Pflanzen- züchtungen	45
ee) Zwischenergebnis	45
e) Das fünfte Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Internationale Durchsetzung rechtspolitischer Zielsetzungen	46
f) Zwischenergebnis	48
3. <u>Darstellung der weiteren Untersuchungsabschnitte</u>	49
4. <u>Überblick über die bisher abgeschlossenen Übereinkommen und deren Anknüpfungspunkte</u>	49
a) Bereich Eisenbahnverkehr	49
b) Bereich Erbrecht	55
c) Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes	55
d) Bereich Kernenergie	59
e) Bereich Luftfahrt	60

	<u>Seite</u>
f) Bereich Personenstandswesen und Familienrecht	64
g) Bereich Schifffahrt	73
h) Bereich Schuldrecht	79
i) Bereich Straßenverkehr	82
5. <u>Zwischenergebnis</u>	83
a) Art und Inhalt der verwandten Anknüpfungspunkte	83
b) Gruppeneinteilung	84
aa) Abkommen als uniform law	84
(1) Abkommen ohne Anknüpfungspunkt (Gruppe I)	84
(2) Abkommen mit dem Anknüpfungspunkt Verband (Gruppe II)	84
bb) Abkommen mit beschränktem Geltungsbereich	85
(1) Abkommen mit den Anknüpfungsmomenten Abgangs-, Bestimmungs-, Zwischenort, Ort des Angebots und der Annahme (Gruppe III)	85
(2) Abkommen mit den Anknüpfungspunkten Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Sitz und gewerbliche oder Handelsniederlassung (Gruppe IV)	86
(3) Abkommen mit den Anknüpfungsmomenten gewöhnlicher Aufenthaltsort und schlichter Aufenthalt (Gruppe V)	87
(4) Abkommen mit den Anknüpfungspunkten Registerstaat und Flagge (Gruppe VI)	88
(5) Abkommen mit dem Anknüpfungsmoment Handlungsort (Gruppe VII)	89
(6) Abkommen mit dem Anknüpfungspunkt Ort der belegenen Sache (Gruppe VIII)	90
(7) Das Anknüpfungsmoment "Partelverein- barung"	90
(8) Abkommensspezifische Anknüpfungspunkte	90
cc) Zwischenergebnis der Gruppeneinteilung	90

	<u>Seite</u>
II. <u>Die Verwirklichung der Zielsetzungen der Rechtsvereinheitlichung durch die Gruppen I - VIII sowie durch die Anknüpfung an die Parteivereinbarung und die abkommensspezifischen Anknüpfungspunkte</u>	91
1. <u>Gruppe I</u>	91
a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Schaffung einfacher und klarer Normen	91
b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Ausschluß der kollisionsrechtlichen Frage	93
c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Fortfall ausländischen Rechts	94
d) Zwischenergebnis	94
2. <u>Gruppe II</u>	94
a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Schaffung einfacher und klarer Normen	94
b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Ausschluß der kollisionsrechtlichen Frage	96
c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Fortfall ausländischen Rechts	97
d) Zwischenergebnis	98
3. <u>Gruppe III</u>	99
a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Schaffung einfacher und klarer Normen	99
aa) Die Anknüpfungspunkte Abgangs-, Bestimmungs-, Zwischenort sowie Ort des Angebots und der Annahme	99
(1) Abgangs- und Bestimmungsort	99
(2) Zwischenort	100
(3) Ort des Angebots und der Annahme	100
bb) Zwischenergebnis	103
cc) Das Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr - CMR -	104
dd) Das Internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr - CIM -	104
ee) Das Internationale Übereinkommen über den Personen- und Gepäckverkehr - CIV -	105
ff) Das Abkommen über den internationalen direkten kombinierten Eisenbahn-Schiffs-Güterverkehr - MShWS -	106

	<u>Seite</u>
gg) Das Abkommen über den internationalen Eisenbahn-Güterverkehr - SMGS -	106
hh) Das Abkommen über den internationalen Personenverkehr - SMPS -	107
ii) Das einheitliche Gesetz über den internationalen Kauf beweglicher Sachen	107
jj) Das Übereinkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung von Reisenden auf See	107
kk) Das Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr	108
ll) Das Zusatzabkommen zum Warschauer Abkommen und das Haager Protokoll	108
mm) Zwischenergebnis	108
b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Ausschluß der kollisionsrechtlichen Frage	109
aa) Einführung in diesen Untersuchungs - abschnitt	109
bb) Das Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr - CMR -	110
cc) Das internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr - CIM -	113
dd) Das internationale Übereinkommen über den Personen- und Gepäckverkehr - CIV -	115
ee) Das Abkommen über den internationalen direkten kombinierten Eisenbahn-Schiffs-Güterverkehr - MShWS -	115
ff) Das Abkommen über den internationalen Eisenbahn-Güterverkehr - SMGS -	115
gg) Das einheitliche Gesetz über den internationalen Kauf beweglicher Sachen	116
hh) Das Abkommen über den internationalen Personenverkehr - SMPS -	117
ii) Das Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung von Reisenden auf See	118
jj) Das Warschauer Abkommen, das Zusatzabkommen und das Haager Protokoll	119
kk) Zwischenergebnis	119
c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Fortfall ausländischen Rechts	120
aa) Darstellung des Untersuchungsabschnittes	120
bb) Das Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr - CMR -	121

	<u>Seite</u>
cc) Das internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr - CIM -	122
dd) Das internationale Übereinkommen über den Personen- und Gepäckverkehr - CIV -	122
ee) Das internationale Abkommen über den internationalen direkten kombinierten Eisenbahn-Schiffs-Güterverkehr - MShWS - und das Abkommen über den internationalen Eisenbahn-Güterverkehr - SMGS	122
ff) Das einheitliche Gesetz über den internationalen Kauf beweglicher Sachen	123
gg) Das Abkommen über den internationalen Personenverkehr - SMPS -	123
hh) Das internationale Übereinkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung von Reisenden auf See	124
ii) Das Warschauer Abkommen, das Zusatzabkommen und das Haager Protokoll	124
jj) Zwischenergebnis	125
 4. <u>Gruppe IV</u>	 125
a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Schaffung einfacher und klarer Normen	125
aa) Die Anknüpfungspunkte Staatsangehörigkeit, Wohnsitz und gewerbliche oder Handelsniederlassung	125
(1) Staatsangehörigkeit	125
(2) Wohnsitz	127
(3) Sitz	129
(4) Gewerbliche oder Handelsniederlassung	130
bb) Zwischenergebnis	130
cc) Das Übereinkommen über die Änderung von Namen und Vornamen	131
dd) Das Übereinkommen über die Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden, vor denen nichteheliche Kinder anerkannt werden	132
ee) Das Haager Abkommen betreffend den Geltungsbereich der Gesetze in Ansehung der Wirkungen der Ehe auf die Rechte und Pflichten der Ehegatten in ihren persönlichen Beziehungen und auf das Vermögen der Ehegatten	132
ff) Das Haager Übereinkommen über die Zuständigkeiten der Behörden, das anzuwendende Recht und die Anerkennung der Entscheidungen in Adoptionsangelegenheiten	133

	<u>Seite</u>
gg) Das Abkommen von Madrid betreffend die internationale Registrierung von Fabrik- oder Handelsmarken in der Nizzaer Fassung	133
hh) Die Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums in der Fassung von London	134
ii) Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	134
jj) Das Abkommen über die kostenlose Erteilung von Personenstandsurkunden und ihre Legalisation	136
kk) Das internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen	136
ll) Das Welturheberrechtsabkommen	137
mm) Zwischenergebnis	137
b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Ausschluß der kollisionsrechtlichen Frage	138
aa) Einführung	138
bb) Das Übereinkommen über die Änderung von Namen und Vornamen	138
cc) Das Übereinkommen über die Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden, vor denen nichteheliche Kinder anerkannt werden	139
dd) Das Haager Ehwirkungsabkommen	139
ee) Das Haager Abkommen über die Zuständigkeit der Behörden, das anzuwendende Recht und die Anerkennung der Entscheidungen in Adoptionsangelegenheiten	140
ff) Das Madrider Abkommen in der Fassung von Nizza	141
gg) Die Pariser Verbandsübereinkunft	142
hh) Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	142
ii) Das Abkommen über die kostenlose Erteilung von Personenstandsurkunden und ihre Legalisation	143
jj) Das internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen	143
kk) Das Welturheberrechtsabkommen	144
ll) Zwischenergebnis	144
c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Fortfall ausländischen Rechts	144
aa) Einführung	144
bb) Das Übereinkommen über die Änderung von Namen und Vornamen	145

	<u>Seite</u>
cc) Das Übereinkommen über die Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden, vor denen nichteheliche Kinder anerkannt werden	145
dd) Das Haager Ehewirkungsabkommen	146
ee) Das Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden, das anzuwendende Recht und die Anerkennung der Entscheidungen in Adoptionsangelegenheiten	146
ff) Das Madrider Abkommen in der Fassung von Nizza	147
gg) Die Pariser Verbandsübereinkunft	148
hh) Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	148
ii) Das Übereinkommen über die kostenlose Erteilung von Personenstandsurkunden und ihre Legalisation	148
jj) Das internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen	149
kk) Das Welturheberrechtsabkommen	149
ll) Zwischenergebnis	150
 5. <u>Gruppe V</u>	 151
a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Schaffung einfacher und klarer Normen	151
aa) Die Anknüpfungspunkte gewöhnlicher Aufenthaltsort und schlichter Aufenthalt	151
(1) gewöhnlicher Aufenthaltsort	151
(2) schlichter Aufenthalt	152
bb) Zwischenergebnis	153
cc) Das Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht	154
dd) Das Haager Abkommen über die Entmündigung und gleichartige Fürsorgemaßnahmen	155
ee) Das Übereinkommen über die Rechtsstellung Staatenloser	155
ff) Zwischenergebnis	157
b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Ausschluß der kollisionsrechtlichen Frage	157
aa) Einführung	157
bb) Das Übereinkommen über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht	158
cc) Das Haager Entmündigungsabkommen	159
dd) Das Übereinkommen über die Rechtsstellung Staatenloser	160

	<u>Seite</u>
ee) Zwischenergebnis	160
c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Fortfall ausländischen Rechts	161
aa) Einführung	161
bb) Das Haager Abkommen über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht	161
cc) Das Haager Abkommen über die Entmündi- gung und gleichartige Fürsorgemaßnahmen	162
dd) Das Übereinkommen über die Rechts- stellung Staatenloser	162
ee) Zwischenergebnis	163
6. <u>Gruppe VI</u>	163
a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Schaffung einfacher und klarer Normen	163
aa) Die Anknüpfungsmomente Registerstaat und Flagge	163
(1) Registerstaat	164
(2) Flagge	164
bb) Zwischenergebnis	164
cc) Das Abkommen über die Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen	164
dd) Das internationale Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über Privilegien und Hypotheken an Seeschiffen	165
ee) Das internationale Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die vorsorgliche Beschlagnahme von Seeschiffen	165
ff) Das internationale Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die Beschränkung der Haf- tung der Eigentümer von Seeschiffen	167
gg) Das Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfe- leistung und Bergung in Seenot	168
hh) Das Abkommen über Schäden, welche Drit- ten auf der Erde durch ausländische Luftfahrzeuge zugefügt werden	168
ii) Das Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See	169
jj) Das Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Sicherungsbeschlagnahme von Luftfahrzeugen	169
kk) Zwischenergebnis	170

	<u>Seite</u>
b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung:	170
Ausschluß der kollisionsrechtlichen Frage	
aa) Einführung	170
bb) Das Abkommen über die internationale Anerkennung von Rechten an Luft- fahrzeugen	170
cc) Das Abkommen zur einheitlichen Fest- stellung einzelner Regeln über Privile- gien und Hypotheken an Seeschiffen	171
dd) Das internationale Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die vorsorgliche Beschlag- nahme von Seeschiffen	171
ee) Das Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die Beschränkung der Haftung der Eigen- tümer von Seeschiffen	172
ff) Das Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfe- leistung und Bergung in Seenot	173
gg) Das Abkommen über Schäden, welche Dritten auf der Erde durch ausländische Luftfahrzeuge zugefügt werden	173
hh) Das Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See	174
ii) Das Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Sicherungsbeschlag- nahme von Luftfahrzeugen	174
jj) Zwischenergebnis	175
c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung:	175
Fortfall ausländischen Rechts	
aa) Einführung	175
bb) Das Abkommen über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen	176
cc) Das Abkommen zur einheitlichen Fest- stellung einzelner Regeln über Privilegien und Hypotheken an Seeschiffen	176
dd) Das Abkommen zur einheitlichen Fest- stellung einzelner Regeln über die vor- sorgliche Beschlagnahme von Seeschiffen	177
ee) Das internationale Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die Beschränkung der Haf- tung der Eigentümer von Seeschiffen	177
ff) Das Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfe- leistung und Bergung in Seenot	178

	<u>Seite</u>
gg) Das Abkommen über Schäden, welche Dritten auf der Erde durch ausländische Luftfahrzeuge zugefügt werden	178
hh) Das internationale Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See	179
ii) Das Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Sicherungsbeschlag- nahme von Luftfahrzeugen	180
jj) Zwischenergebnis	180
 7. <u>Gruppe VII</u>	 181
a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Schaffung einfacher und klarer Normen	181
aa) Die Anknüpfung an den Handlungsort	181
bb) Zwischenergebnis	183
cc) Die Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst	183
dd) Das Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen	184
ee) Das Übereinkommen über die Feststellung der mütterlichen Abstammung nichtehelicher Kinder	185
ff) Das Haager internationale Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über Konnossemente	185
gg) Das Abkommen über die Haftung gegen- über Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie	186
hh) Das Abkommen zur Vereinheitlichung ein- zelner Regeln über den Zusammenstoß von Binnenschiffen	187
ii) Zwischenergebnis	189
b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Ausschluß der kollisionsrechtlichen Frage	189
aa) Einführung	189
bb) Die Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst	190
cc) Das Übereinkommen über die Beschrän- kung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen	190
dd) Das Übereinkommen über die Feststellung der mütterlichen Abstammung nichtehe- licher Kinder	192
ee) Das Haager internationale Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über Konnossemente	192
ff) Das Abkommen über die Haftung gegen- über Dritten auf dem Gebiet der Kern- energie	192

	<u>Seite</u>
gg) Das Übereinkommen zur Vereinheitlichung einzelner Regeln über den Zusammenstoß von Binnenschiffen	193
hh) Zwischenergebnis	194
c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Fortfall ausländischen Rechts	194
aa) Einführung	194
bb) Die Berner Übereinkunft zum Schutze von Werkern der Literatur und Kunst	194
cc) Das Abkommen über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen	195
dd) Das Übereinkommen über die Feststellung der mütterlichen Abstammung nichtehelicher Kinder	196
ee) Das Haager internationale Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über Konnossemente	196
ff) Das Abkommen über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie	196
gg) Das Übereinkommen zur Vereinheitlichung einzelner Regeln über den Zusammenstoß von Binnenschiffen	197
hh) Zwischenergebnis	197
8. <u>Gruppe VIII</u>	198
a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Schaffung einfacher und klarer Normen	198
b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Ausschluß der kollisionsrechtlichen Frage	199
c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung: Fortfall ausländischen Rechts	199
9. <u>Anknüpfungspunkte mit ergänzender Funktion</u>	199
a) Das Anknüpfungsmoment Parteivereinbarung	200
b) Die abkommensspezifische Anknüpfungspunkte im Verhältnis zu den Zielen der Rechtsvereinheitlichung	202
aa) Die Anknüpfung Anforderung an den Beruf der beteiligten Personen	202
bb) Das Anknüpfungsmoment Eigenschaften der beteiligten Personen	203
cc) Das Anknüpfungsmoment Art des Fahrzeugs	203
dd) Der Anknüpfungspunkt Verhalten der Person	204
ee) Die Anknüpfung an den Inhalt des Begehrens	204

	<u>Seite</u>
ff) Die Anknüpfung an die Rechtsgrundlage des Begehrens	205
gg) Der Anknüpfungspunkt Ursache des Schadens	205
hh) Nicht einzuordnende Anknüpfungen	206
 <u>III. Gesamtergebnis</u>	 206
1. <u>Ergebnis der Gruppenuntersuchungen</u>	206
a) Form des uniform law	206
b) Die Anknüpfung an die Verbandszugehörigkeit	206
c) Die Anknüpfungspunkte Ort des Angebots und der Annahme, Abgangs-, Bestimmungs und Zwischenort	206
d) Die Anknüpfungen Staatsangehörigkeit an den Wohnsitz bzw. Sitz und an die gewerbliche oder Handelsniederlassung	207
e) Die Anknüpfungspunkte gewöhnlicher Aufenthaltsort und schlichter Aufenthalt	207
f) Die Anknüpfungsmomente Flagge und Registerstaat	208
g) Die Anknüpfung an den Handlungsort	208
h) Das Anknüpfungsmoment lex rei sitae	209
i) Der Anknüpfungspunkt Parteivereinbarung	209
j) Die abkommensspezifischen Anknüpfungspunkte	209
k) Zusätzliches Ergebnis der Gruppenuntersuchung	210
2. <u>Folgen für die unterschiedlichen Sachbereiche</u>	211
a) Allgemeine Folgen	211
b) Bereich gewerblicher Rechtsschutz	211
c) Bereich Personenstandswesen und Familienrecht	211
d) Bereich Schiffsverkehr	212
e) Bereich Eisenbahnverkehr und der übrige schuldrechtliche Bereich	212
f) Bereich Beschlagnahme	213
3. <u>Bedeutung für die Zukunft</u>	213
a) Erste Forderung	213
b) Zweite Forderung	213
 C. <u>Grenzen der Rechtsvereinheitlichung</u>	 215

Literaturverzeichnis

- | | |
|--|--|
| Abraham, Hans-Jürgen | Der Luftbeförderungsvertrag,
Stuttgart 1965 |
| Arminjon, P. | Précis de droit international
privé commercial, Paris 1948 |
| Bappert, Walter/
Wagner, Egon | Internationales Urheberrecht,
München, Berlin 1956 |
| Baumbach, Adolf/
Hefermehl, Wolfgang | Wettbewerbs- und Warenzeichen
recht, Bd. II, 10. Aufl. Mün-
chen 1969,
Wechsel- und Scheckgesetz,
II. Aufl., München 1973
<u>zitiert</u> : WG und SchG |
| Baumbach, Adolf/
Lauterbach, Wolfgang | Zivilprozeßordnung,
32. Aufl., München 1974 |
| Becker, Dieter | Die Haftung der Eisenbahn nach
nationalem und internationalem
Frachtrecht,
Verkehrswissenschaftliche Sam-
lung Bd. 19, Berlin 1968 |
| Beitzke, Günther | Einige Bemerkungen zur Rechts-
stellung ausländischer Gesellsch-
ten in deutschen Staatsverträgen
in: Festschrift für Martin Luther
zum 70. Geburtstag, München 19
S. 1 f |
| Berber, Friedrich | Lehrbuch des Völkerrechts, Bd.
Allgemeines Friedensrecht,
München 1975 |
| Bergener, Manfred/
Bäcker, Heinz/
Lange, Rudolf/
Teuchert, Wilfried | Internationales Verkehrsrecht,
Berlin 1969 |
| Beß, Jürgen | Die Haftung des Verkäufers für
Sachmängel und Falschliefere-
ngen im Einheitlichen Kaufgesetz
Heidelberg 1971 |
| Blume, Jürgen | Das Haager Adoptionsabkommen
Diss., München 1971 |

- Bodenhausen, G.H.C. Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums, Köln-Berlin-Bonn-München 1971
- Bogner, Michael Rechtliche Stellung des Empfängers im Eisenbahnfrachtverkehr nach dem internationalen Überkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr, Diss., Erlangen 1957
- Bogsch, Arped The law of Copyright under the universal Convention, Leyden, New York 1964
- Bogulowski, M. M. Internationale Rechtsprobleme des Erfindungswesens, Berlin 1963
- Brandt, Jürgen Das Warenzeichenrecht im internationalen Wettbewerb, Köln 1970
- Bünz, Vincent Frachtführerhaftung im internationalen Eisenbahnfrachtverkehr unter besonderer Berücksichtigung des Containerverkehrs, Diss., Hamburg 1967
- v. Caemmerer, Ernst Rechtsvereinheitlichung und internationales Privatrecht, in: Festschrift für Walter Hallstein zu seinem 65. Geburtstag, Seite 64 - 95
z i t i e r t: Festschrift Internationales Personenrecht, in: Rechtsvergleichendes Handwörterbuch für das Zivil- und Handelsrecht des In- und Auslandes herausgegeben v. Franz Schlegelberger, Bd. 4 Berlin 1939, Seite 346 - 359
z i t i e r t: HWB
- Caemmerer, Ernst v./ Beuthien, Volker/ Lathinen, Orvi Internationale Rechtsprechung zum Genfer Einheitlichen Wechsel- und Scheckrecht, Berlin, Tübingen 196
- Cheshire Private International Law, Eighth Edition, London 1970

Coing, Helmut/
Schmitthoff, Clive M./
Hellner, Jan/
Gleichmann, Karl

Corbin, Arthur Linton

Dicey, A. V./
Morris, H. L.

Dölle, Hans

Durand, Paul M. F.

Demogue, René

Enger, Helmut

Feltham, J. D.

Ferid, Murad

Ficker, Hans G.

Methoden der Rechtsvereinheit-
lichung, Arbeiten zur Rechtsver-
gleichung, Schriftenreihe der
Gesellschaft für Rechtsvergleichung
Bd. 69, Frankfurt 1974

Corbin In Contracts,
A comprehensive Treatise on the
Working Rules of Contract Law,
Volume 1, St. Paul 1963
The Conflict of Laws, London 1967

Internationales Privatrecht, Ein-
führung in seine Grundlagen,
2. Aufl., Karlsruhe 1972,
z i t i e r t: Grundlagen
Einheitliches Kaufgesetz und Inter-
nationales Privatrecht
in: RabelsZ 32 (1968), 438

Les Transports Internationaux,
Sirey 1956,
z i t i e r t: Transports

L' unification du droit privé,
1927

Auf dem Wege zu einem neuen
Adoptionsabkommen, Bielefeld 1976

Uniform Laws on International
Sales Act, in: Modern Law
Review 1976, S. 671 ff

Internationales Privatrecht,
IA - Sonderheft 13, Berlin 1975
z i t i e r t: IPR

Die 9. Haager Konferenz,
in RabelsZ 27 (1963), 411

Grundfragen des deutschen interlo-
kalen Rechts, Berlin 1952,
z i t i e r t: Grundfragen

Die 10. Haager Konferenz,
in RabelsZ 30 (1966), 607

Internationales Handelsrecht und
Internationales Obligationsrecht,
in: Rechtsvergleichendes Handwörter-
buch für das Zivil- u. Handelsrecht
des In- und Auslandes, herausgegeben
von Franz Schlegelberger, Bd. 4,
Berlin 1939, Seite 371 - 390 und
459 - 489

z i t i e r t: HWB

Firsching, Karl

Einführung in das internationale
Privatrecht einschließlich der Grund-
züge des internationalen Verfahren-
rechts, JuS-Schriftenreihe,
München 1974,
z i t i e r t: Einführung

Grundzüge des internationalprivat-
rechtlichen Familien- und Erbrechts
einschließlich des internationalen
Verfahrensrechts,
in: Der Deutsche Rechtspfleger
1971, 377

Fischerhof, Hans

Deutsches Atom- und Strahlen-
schutzrecht, Baden-Baden,
Berlin 1962

Goldštain, Aleksandar

The Formation of the Contract,
in: Unification of the Law governing
international Sales of Goods, John
Honold, Paris 1966, S. 41 ff

Götz, Hans Norbert

Das Seefrachtrecht der Haager
Regeln, Bielefeld 1959

Goltermann, Erich/
Krien, Erich

Internationales Übereinkommen
über den Eisenbahn-Personen-
und Frachtverkehr, CIV/CIM,
Berlin 1965

Goltermann, Erich

EVO-Loseblattsammlung,
(Stand Januar 1976)

Grassmann, Siegfried

Ausländische Patente, Warenzeichen
und Urheberrecht vor deutschen Ge-
richten, Diss., Hamburg 1951

Haunschild, Hans Hilger

Die OECE - Konvention über das
Atomhaftungsrecht in: VW 1960, 590

Hetzenauer, F.

Die Entwicklung des österreichi-
schen Adoptionsrechts in gesamt-
europäischer Schau, in: Öster.
JZ 1964, 309 ff

Jakobi, Ernst

Wechsel- und Scheckrecht,
Berlin 1956

Jakobs, Rainer

Der räumlich-persönliche Geltungs-
bereich des Haager Unterhaltsab-
kommens, in: NJW 1967, 1065

Kahn, Franz

Vereinbarkeit der Rückverweisung mit der internationalen Uniformität der Entscheidungen, in: Internationales Privatrecht, herausgegeben von Paolo Picone und Wilhelm Wengler, Darmstadt 1974, Seite 73 ff

Kaufmann, Otto K.

Die europäische Konvention über die zivilrechtliche Haftung im Gebiet der Atomenergie, in: Atomwirtschaft 1962, 395

Kegel, Gerhard

Internationales Privatrecht, 4. Aufl. München 1977

zitiert: IPR

Kommentierung Art. 7 - Art. 31 EGBGB in: Bürgerliches Gesetzbuch Soergel/Siebert, Bd. VII Einführungsgesetz, 10. Aufl. Stuttgart 1977

zitiert: in Soergel/Siebert

Klein, Peter

Die Möglichkeit eines Weltprivatrechts, in: Festschrift für Zitelmann, Seite 1 - 24, Abteilung 2, München 1913,

Knoblauch, Hans

Warenzeichen und Ausstattungsrecht, 3. Aufl., Weinheim, Bergstraße 1973

Kropholler, Jan

Internationales Einheitsrecht, Allgemeine Lehren, Tübingen 1975,
zitiert: Internationales Einheitsrecht

Das Haager Minderjährigenschutzabkommen, ein neuer Ansatz im deutschen IPR, in: NJW 1971, 1721

Das Haager Abkommen über den Schutz Minderjähriger, Bielefeld 1966,
zitiert: Bielefeld

Vom Staatsangehörigkeitsprinzip zum Aufenthaltsprinzip, in: JZ 1972, 16 ff

- Lagergren, Gunnar K. A. Formation of Contract, in:
Unification of the Law governing
International Sales of Goods,
John Honnold, Paris 1966, S. 55 ff
- Lansky, Ralph Neue Abkommen zum internationa-
len Unterhaltsrecht, in: FamRZ 196
347
- Lemhöfer, Berndt Die Beschränkung der Rechtsvereiri-
heitlichung auf internationale Sach-
verhalte, in: RabelsZ 24 (1960), 40
- von der Lieth, Rudolf Die Haftung beim Zusammenstoß
von Luftfahrzeugen, Köln 1954
- Luther, Gerhard Das Haager Abkommen über den
Schutz Minderjähriger, Inhalt -
Probleme - Rechtsprechung,
in: FamRZ 1973, 406
- Majoros, Ferenc Zur Krise der internationalen
Kodifikationspolitik, in: ZRP 1973,
65 ff
- v. Makarov, Alexander Grundriß des internationalen Privat-
rechts, Frankfurt, Berlin 1970
z i t i e r t: Grundriß
Staatsangehörigkeit, in:
Wörterbuch des Völkerrechts, be-
gründet von Karl Strupp, herausge-
geben von Hans-Jürgen Schlochauer
Bd. 3, S. 323 ff, Berlin 1962
z i t i e r t: Wörterbuch des Völke-
rechts
- Mann, F. A. Kollisionsnorm und Sachnorm mit
abgrenzendem Tatbestandsmerkmal
in: Funktionswandel der Privatrecht
institution, Festschrift für Ludwig
Raiser zum 70. Geburtstag, Tübin-
gen 1974, S. 499 ff
- Maßfeller, Franz Familienrecht für Standesbeamte,
Bd. 2, 2. Aufl., Frankfurt 1965
- Matile, Luc-Etienne Le droit du destinataire dans le
transport international de marchan-
dises par chemin de fer, Lausanne
1958

- | | |
|---------------------------------|--|
| Menzel, Eberhard | Völkerrecht,
München, Berlin 1962 |
| Mertens, H.J./
Rehbinder, E. | Internationales Kaufrecht,
Frankfurt 1975 |
| Meyer, Alex | Internationale Luftfahrtabkommen,
Bd. I, 1953, Bd. II, 1955, Köln |
| Modjaz, Mohamed Ebrahim | Die unbeschränkte Haftung des Beförderers bei schwerem Verschulden im internationalen Luft- und Straßentransport, Diss., Frankfurt 1967 |
| Müller, Dierk | Zweifelsfragen bei der Anwendung des Haager Unterhaltsabkommens, in: NJW 1967, 141 |
| Muth, Wolfgang | Leitfaden zur CMR, 3. Aufl.
Berlin 1974 |
| Neuhaus, H. | Grundbegriffe des internationalen Privatrechts, 2. Aufl., Tübingen 1977
<u>zitiert</u> : Grundbegriffe 1977
Grundbegriffe des internationalen Privatrechts, Tübingen 1962
<u>zitiert</u> : Grundbegriffe 1962
Neue Wege im europäischen internationalen Privatrecht
in: RabelsZ 35 (1971) 401 |
| Nußbaum, Arthur | Grundzüge des internationalen Patentrechts, München und Berlin 1962 |
| Palandt | Bürgerliches Gesetzbuch,
36. Aufl. München 1977 |
| Petersen, Georg | Die 8. Haager Konferenz,
in: RabelsZ 24 (1960), 30 |
| Philipp, Günther | Erscheinungsformen und Methoden der Privatrechts-Vereinheitlichung, Ein Beitrag zur Methodenlehre der PR - Vereinheitlichung unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse Westeuropas, Arbeiten zur Rechtsvergleichung, Schriftenreihe der Gesellschaft für Rechtsvergleichung Bd. 25, Frankfurt-Berlin 1965 |

- | | |
|-----------------------------|---|
| Piérard, Jean-Paul | Responsabilité civile, Energie atomique et droit comparé, Bruxelles 1963 |
| Pohle, Helmut | Das IPR im Entwurf zum einheitlichen Gesetz über den internationalen Kauf, Diss., Freiburg 1962 |
| Prüßmann, Heinz | Seehandelsrecht, München 1968 |
| Puget, Henry | Aspect du Droit de L'Energie Atomique, Paris 1965 |
| Quassowski, Leo | Die Genfer Abkommen über die Vereinheitlichung des Wechselrechts, in: RabelsZ 4 (1930), 770 |
| Raape, Leo | Internationales Privatrecht, 4. Aufl., Berlin 1955 |
| Raape, Leo/
Sturm, Fritz | Internationales Privatrecht, Bd. I 6. Aufl., München 1977 |
| Riese, Otto | Luftrecht, Stuttgart 1949

Internationale Vereinheitlichung des Kaufrechts, in: RabelsZ 22 (1957), |
| Riezler, Erwin | Internationales Zivilprozeßrecht, Berlin 1949 |
| Rigaux, Francois | le domaine d'application de la loi uniforme sur la vente internationale des objets mobiliers corporel et de la loi uniforme sur la formation de ces contrats de vente, in: J. Trib. 1972, 561 |
| Risch, Paul | Divergenzen der Rechtsprechung zu Warschauer Abkommen und die Mittel zur Sicherung der einheitlichen Auslegung des vereinheitlichten Luftprivatrechts, Diss., München 1973 |
| Roeber, Georg | Pariser Revision der Übereinkünfte zum internationalen Urheberrecht, Berlin 1975 |
| Romang, Werner | Zuständigkeit und Vollstreckbarkeit im internationalen und schweizerischen Luftrecht, Diss., Winterthur 1958, |

- Ulmer, Eugen
Anknüpfungspunkte und Ursprungs-
land im System der Berner Über-
einkunft zum Schutz von Werken
der Literatur und Kunst, in:
Rechtsvergleichung und Rechtsver-
einheitlichung, Carl Winter,
Heidelberg 1967, S. 57 ff
z i t i e r t : in Winter
- Veith, Hans-Joachim
Internationales Verwandtschafts-
und Vormundschaftsrecht und Inter-
nationales Wechsel- und Scheck-
recht, in: Rechtsvergleichendes
Handwörterbuch für das Zivil- und
Handelsrecht des In- und Auslandes
herausgegeben v. Franz Schlegel-
berger, Bd. 4 Berlin 1939,
Seite 420 - 448 und 489 - 528
- Vischer, Frank
Internationales Vertragsrecht,
Berlin 1962
- Willenberg, J.
Der internationale Straßengüter-
verkehr nach dem Inkrafttreten
der CMR, in NJW 1968, 1020
- Wolff, Martin
Internationales Sachenrecht und
Internationales Eherecht, in: Recht
vergleichendes Handwörterbuch für
das Zivil- und Handelsrecht des In-
und Auslandes, herausgegeben von
Franz Schlegelberger, Bd. 4
Berlin 1939, Seite 390 - 397 und
397 - 419
- Wüstendörfer, Hans
Neuzeitliches Seehandelsrecht,
Hamburg 1947
- Wuppermann, Michael
Einige Gedanken zum Haager Minder-
jährigenschutzabkommen, in:
FamRZ 1972, 247
Zum Haager Minderjährigenschutz-
abkommen, einige Grundprobleme
aus der Sicht der Rechtsentwicklung
in: FamRZ 1974, 415
- Wyler, Carl
Die Grundfragen eines internationa-
len Musterschutzes, Diss., St. Gallen
Torgau 1915

Zweigert, Konrad/
Kötz, Hein

Einführung in die Rechtsvergleichung
auf dem Gebiete des internationalen
Privatrechts, Tübingen 1971

Zweigert, Konrad/
Drobnig, Ulrich

Einheitliches Kaufgesetz und Inter-
nationales Privatrecht,
in: *RabelsZ* 29 (1965), 146

Zweigert, Konrad/
Kropholler, Jan

Quellen des internationalen Ein-
heitsrechts, *Sifthoff-Leiden*,
Bd. I 1971, Bd. II 1972,
Bd. III 1973

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
a. F.	alte Fassung
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung eidgenössischer Gesetze
AtomG	Atomgesetz
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Bundesgerichtshof in Zivilsachen
bzw.	beziehungsweise
DB	Der Betrieb
DAVormund	Deutscher Amtsvormund
d. h.	das heißt
Diss.	Dissertation
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
etc.	et cetera
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
ff	folgende
HWB	Handwörterbuch
i. d. F. v.	in der Fassung vom
IPR	Internationales Privatrecht
IVm	in Verbindung mit
J. Trib.	Journal Des Tribunaux
JZ	Juristenzeitung

m. w. Nachw.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
ÖsterJZ	Österreichische Juristenzeitung
OLG	Oberlandesgericht
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, be- gründet von Ernst Rabel
RGBl.	Reichsgesetzblatt
S.	Seite
SchG	Scheckgesetz
s. S.	siehe Seite
UNO	United Nations Organization
usw.	und so weiter
v.	vom, von
VW	Versicherungswirtschaft
WG	Wechselgesetz
z. B.	zum Beispiel
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZLR	Zeitschrift für Luftrecht und Weltraum
ZLW	Zeitschrift für Luftrecht und Weltraum, Rechtsfragen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

A. Einleitung

1. Die Hintergründe des Bestrebens nach Rechtsvereinheitlichung

Der Begriff des internationalen Einheitsrechts wird bislang nicht in einheitlichem Sinne verstanden ¹⁾. Grundsätzlich wird er definiert als ein rechtspolitisches Problem und gleichzeitig als Lösung, die Verschiedenheiten der nationalen Rechtsordnungen durch eine Einigung auf über-nationale Grundsätze im Rahmen des Wünschbaren und des Möglichen zu applanieren und zu beseitigen ²⁾. Dabei wird unterschieden zwischen internationaler und interner Rechtsvereinheitlichung. Von einer internen Rechtsvereinheitlichung ist auszugehen, wenn innerhalb eines Staates zersplittertes Recht vereinheitlicht wird ³⁾. Internationale Rechtsvereinheitlichung wird dagegen von einem auf diesem Gebiet führenden Autor verstanden als die Gesamtheit derjenigen privatrechtlichen Rechtssätze, die in wenigstens zwei Staaten gleichlautend gelten ⁴⁾. Das so definierte internationale Einheitsrecht bildet den Oberbegriff für das universale, also weltweit gedachte, und für das regionale, das auf eine bestimmte Gruppe von Staaten beschränkte Einheitsrecht ⁵⁾.

Angesichts dieser Definition müßte man eigentlich davon ausgehen können, daß das Streben nach Rechtsvereinheitlichung auf sämtlichen Rechtsgebieten anzutreffen ist. Dieses Streben spielt jedoch nur in ganz bestimmten Bereichen des Rechtslebens eine Rolle und tritt auch nicht überall mit der

1) Kropholler a.a.O. internationales Einheitsrecht S. 1 m.w.Nachw.

2) Zweigert/Kötz a.a.O. S. 23

3) Zweigert/Kötz a.a.O. S. 23, Kropholler a.a.O. internationales Einheitsrecht S. 2

4) s. Anm. 1

5) Kropholler a.a.O. internationales Einheitsrecht S. 4

gleichen Stärke auf. Es sind vielmehr ganz bestimmte Interessen, die die Forderung nach einer Vereinheitlichung des Rechts begründen. Als solche sind zu nennen die Interessen des internationalen Handels an einer gleichmässigen Ausgestaltung bestimmter Lieferungsverträge sowie bestimmter Zahlungs- und Garantiemodalitäten, das Ziel, einen internationalen Schutz künstlerischer Schöpfungen und technischer Erfindungen herbeizuführen, das Bestreben, das Familienleben einer Entscheidungsharmonie zu unterwerfen, und schließlich im Bereich der Transporte das Ziel, ihn angesichts der internationalen Verflechtung aus Gründen der Sicherheit und Gleichheit einer Rechtsvereinheitlichung zuzuführen.

Trotz ihrer Verschiedenartigkeit ist all den genannten Bereichen gemeinsam, daß sie nach einer einfachen und internationalen Lösung der Rechtsprobleme verlangen⁶⁾. Es muß, wie bereits angedeutet, jedoch herausgestellt werden, daß sich die obige Aufzählung nicht viel weiter fortsetzen läßt. Dies hat unter anderem seine Ursache darin, daß die Geschichte der Rechtsvereinheitlichung kurz ist und bedeutende Unterbrechungen aufweist.

2. Die Geschichte der neueren Rechtsvereinheitlichung beginnt in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts⁷⁾. Der Grund hierfür ist darin zu sehen, daß seit Mitte des 18. Jahrhunderts sich in immer stärkerem Maße eine Flut von zivilrechtlichen Kodifikationen über Europa ergoß. Dabei versprach man sich von derartigen Gesetzesaufzeichnungen die Beseitigung der Unübersichtlichkeit des Juristenrechts sowie eine

6) Coing a.a.O. S. 1, Vischer a.a.O. S. 13,

Kropholler a.a.O. Internationales Einheitsrecht S. 174

7) Philipp a.a.O. S. 63 ff

größere Rechtssicherheit. Das Gegenteil trat jedoch ein. Es entstand ein Splitterfeld nationaler Rechte. Andererseits nahmen der zwischenstaatliche Handel und der Verkehr erheblich zu. Neue Fertigungsverfahren, die Erfindung der Eisenbahn und des Dampfschiffes führten zu einer bis zu diesem Zeitpunkt nicht dagewesenen Verdichtung des Waren- und Güteraustausches.

Im 19. Jahrhundert wurden wegen dieser Verflechtung Stimmen laut, die angesichts des zersplitterten Rechts vereinheitlichte Regelungen forderten. Auf allen wichtigen Rechtsgebieten bildeten sich internationale Vereinigungen, Gesellschaften und Forschungsstätten, die sich unter anderem die Aufgabe stellten, nach Wegen zu suchen, die bestehenden zwischenstaatlichen Streitfälle zu beseitigen. So kam es schließlich auf den Gebieten des Verkehrsrechts, des gewerblichen Rechtsschutzes und des Urheberrechts zum Abschluß der ersten Abkommen.

Der erste Weltkrieg setzte dem Bestreben nach Rechtsvereinheitlichung ein vorläufiges, aber schnell wieder überwundenes Ende. Danach wandte man sich vor allem dem zwischenstaatlichen Handel und dem Verkehr zu. Eine zweite Welle der Rechtsvereinheitlichung bahnte sich ihren Weg. Ergebnis dieses Bemühens war z. B. das Genfer Übereinkommen über ein einheitliches Wechsel- bzw. Scheckgesetz von 1930⁸⁾. Zu nennen sind auch einzelne Abkommensentwürfe, vor allem der Entwurf zur Vereinheitlichung des Kaufrechts beweglicher Sachen des Römischen Instituts für Privatrechtsvereinheitlichung und der französisch-italienische Entwurf zur Vereinheitlichung des Schuldrechts von 1927⁹⁾.

8) RGBl. 1933 II 379, RGBl. 1933 II 539

9) Philipp a.a.O. S. 67

Die Verschärfung der politischen Lage Anfang der dreißiger Jahre und der 2. Weltkrieg unterbrachen erneut die Arbeiten an der Rechtsvereinheitlichung, mit der Folge, daß sich anschließend eine gewisse Resignation ausbreitete. Die internationalen Geschäftskreise gingen deswegen zur Selbsthilfe über und schufen sich durch eine Fülle von international einheitlichen allgemeinen Geschäftsbedingungen und Musterverträgen ein auf ihre Verhältnisse zugeschnittenes "internationales Recht", das wesentliche Lücken mangelnder Rechtsvereinheitlichung schloß. In den fünfziger Jahren setzte sich jedoch erneut in Europa die Einsicht durch, daß sich das durch die drei "Europäischen Gemeinschaften" eingeleitete wirtschaftliche Zusammenrücken auch auf den übrigen Rechtsgebieten bemerkbar machen müsse.

Diese Belebung des Strebens nach Rechtsvereinheitlichung hat dazu geführt, daß die Bereitschaft und der Einsatz, Recht zu vereinheitlichen, wieder international anzufinden sind. Von 1960 bis Mitte 1973 hat sich die Zahl der laut Art. 102 der Satzung der Vereinten Nationen registrierten Staatsverträge mehr als verdoppelt ¹⁰⁾. Hinzu kommt die stetig neuen Vertragswerke der mehr als 200 zwischenstaatlichen Organisationen. Als bedeutende Fortschritte dieser Entwicklung sind der Abschluß der Haager Kaufrechtsabkommen von 1964 und die Gründung einer Kommission für internationales Handelsrecht - UNCITRAL - zu nennen ¹¹⁾.

3. Entwicklung des vereinheitlichten Rechts hinsichtlich einzelner Bereiche

In den einzelnen Rechtsgebieten ergibt sich angesichts dieser geschichtlichen Entwicklung folgendes Bild:

10) Risch a.a.O. S. 1, Cheshire a.a.O. S. II, Majoros ZRP 1973, 65

11) Neuhaus Rabats Z 35, 401ff (402)

- a) Der Bereich Verkehr ist dabei in mehrere Gebiete aufzuteilen.
- aa) Im Seerecht ist der Anfang der Rechtsvereinheitlichung mit dem Brüsseler Abkommen über Schiffszusammenstöße¹²⁾ und dem Abkommen über Bergung und Hilfeleistung in Seenot¹³⁾ jeweils von 1910 gekennzeichnet. Daran schloß sich unter anderem 1924 das internationale Abkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über Konnossemente, die sogenannten Haager Regeln an¹⁴⁾. 1972 wurde erneut ein Übereinkommen über die internationalen Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See verabschiedet¹⁵⁾. In der Zeit vom 6. bis 31.3.1978 fand in Hamburg eine Konferenz der Vereinten Nationen über ein internationales Übereinkommen über das Seefrachtrecht statt¹⁶⁾. Dieser Konferenz lag der Entwurf eines Seefrachtübereinkommens vor, der bis zum 30.4.1979 in New York beim Generalsekretär der Vereinten Nationen gezeichnet werden kann.
- bb) Im Bereich Luftfahrt begann die Entwicklung der Rechtsvereinheitlichung mit dem Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr von 1929¹⁷⁾. Dieses Abkommen wurde zuletzt geändert durch das am 8.3.1971 unterzeichnete Protokoll von Guatemala¹⁸⁾.

12) RGBl. 1913 I 90

13) RGBl. 1913 II 66

14) RGBl. 1939 II 1052

15) BT- Drucksache 7/4806 v. 25.2.1976 S. 7 ff

16) DB 1978, 875

17) Meyer a.a.O. Bd. I S. 91 ff

18) ZLR 1971 S. 176 ff

Es sind des weiteren zu nennen das Brüsseler Sicherungsbeschlagnahmeabkommen von 1933¹⁹⁾ und das Genfer Pfandrechtabkommen von 1948²⁰⁾.

- cc) Bezüglich des Schienenverkehrs ist Ausgangspunkt der Entwicklung das internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr von 1961²¹⁾. Das internationale Übereinkommen über den Eisenbahnpersonen- und Gepäckverkehr vom 25.2.1962²²⁾ und das Abkommen über den internationalen Eisenbahn-Personenverkehr in der Fassung vom November 1966²³⁾ bilden weitere Stationen dieser Rechtsentwicklung.
- dd) Für den Bereich des Straßenverkehrs ist vor allem das Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr vom 19.5.1956²⁴⁾ zu nennen.
- b) Für das Gebiet des Schuldrechts ergibt sich folgendes Bild.

Am bekanntesten sind die beiden Genfer Übereinkommen über ein einheitliches Wechsel- bzw. Scheckgesetz und die dazugehörigen Zusatzabkommen von 1930 und 1931²⁵⁾.

In letzter Zeit sind durch umfangreiche und hitzige Diskussionen vor allem die Bestrebungen nach Vereinheitlichung des Kaufrechts in den Vordergrund getreten, und zwar in Bezug auf das Haager Überein -

19) Meyer a.a.O. Bd. I S. 233 ff

20) Meyer a.a.O. Bd. II S. 69 ff

21) BGBl. 1964 II 1521

22) BGBl. 1964 II 1899

23) Zweigert/Kropholler a.a.O. Bd. II S. 941

24) BGBl. 1961 II 1120

25) RGBl. 1933 II 379, RGBl. 1933 II 539

RGBl. 1933 II 619, RGBl. 1933 II 469

kommen zur Einführung eines Einheitlichen Gesetzes über den internationalen Kauf beweglicher Sachen vom 1.7.1964²⁶⁾ und das damit im Zusammenhang stehende Haager Übereinkommen zur Einführung eines einheitlichen Gesetzes über den Abschluß internationaler Kaufverträge über bewegliche Sachen, ebenfalls vom 1.7.1964²⁷⁾.

- c) Auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes begann die Entwicklung der Rechtsvereinheitlichung mit der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums von 1882²⁸⁾. Der Weg setzte sich fort mit der Revidierten Berner Übereinkunft von 1908²⁹⁾ und dem Welturheberrechtsabkommen von 1952³⁰⁾. Im Jahre 1971 fand schließlich eine Konferenz zur Revision der Revidierten Berner Übereinkunft und des Welturheberrechtsabkommens statt³¹⁾.
- d) Auf dem Gebiet des Personenstandswesens ist zuerst das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951³²⁾ zu nennen. Weitere Stationen stellen das Abkommen über die Erteilung gewisser für das Ausland bestimmter Abschriften aus Personenstandsbüchern von 1956³³⁾ und das Übereinkommen über die Änderung von Namen und Vornamen vom 4.9.1958³⁴⁾ dar.

26) Mertens/Rehbinder a.a.O. S. 88 ff

27) s. Anm. 26

28) RGBI. 1937 II 584

29) Zweigert/Kropholler a.a.O. Bd. III S. 915

30) BGBl. 1955 II 103

31) Roeber a.a.O. S. 166

32) BGBl. 1953 II 560

33) BGBl. 1961 II 1055

34) BGBl. 1961 II 1055

- e) Die Anfänge des Strebens nach Rechtsvereinheitlichung im Familienrecht sind durch das Haager Ehwirkungsabkommen von 1905³⁵⁾ und das Haager Entmündigungsabkommen von 1905³⁶⁾ gekennzeichnet. Einen weiteren Schritt vorwärts in diesem Bereich stellt das Übereinkommen über die Adoption von Kindern von 1967 dar.³⁷⁾ Dem schloß sich das Übereinkommen über die Erklärung des Ehwillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen von 1962³⁷⁾ an.
- f) Das Prozeßrecht hat unter anderem in dem New-Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche von 1961³⁹⁾ und dem Europäischen Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit von Vollstreckung in Zivil- und Handelssachen von 1968⁴⁰⁾ eine teilweise Rechtsvereinheitlichung erfahren.

Wie diese Darstellung der einzelnen Rechtsgebiete gezeigt hat, stellt der Abschluß internationaler Abkommen eine Möglichkeit dar, Recht international zu vereinheitlichen. Diese Übereinkommen bilden jedoch nicht die einzige Quelle internationaler Rechtsvereinheitlichung.

4. Quellen der Rechtsvereinheitlichung

Das Einheitsrecht hat verschiedene Quellen. Es gibt insgesamt fünf : Konventionen, übereinstimmende nationale Rechtsakte, Klauselrecht, Richterrecht und die "allgemeinen Rechtsgrundsätze"⁴¹⁾.

35) RGBI. 1912 II 453

36) RGBI. 1912 II 463

37) Enger a.a.O. S. 128

38) BGBl. 1969 II 163

39) BGBl. 1961 II 121

40) BGBl. 1972 II 774

41) Kropholler a.a.O. internationales Einheitsrecht S.93,
Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 § 2 II

- a) Innerhalb der multilateralen Konventionen unterscheidet man offene und geschlossene Übereinkommen. Ob ein Übereinkommen offen oder geschlossen ist, bestimmt sich danach, ob eine Beitrittsmöglichkeit für dritte Staaten gegeben ist oder nicht ⁴²⁾. Weiterhin sind die Konventionen danach zu unterscheiden, ob sie "unmittelbar anwendbar" oder "nicht unmittelbar anwendbar" sind. Der erste Fall ist anzunehmen, wenn die Bestimmungen des Vertrages nicht nur völkerrechtlich verpflichtet sind, sondern auch von den Gerichten und Bürgern direkt befolgt werden müssen. Bei "nicht unmittelbar anwendbaren" Konventionen ist zusätzlich ein innerstaatlicher gesetzgeberischer Akt zur Vertragsdurchführung erforderlich ⁴³⁾.

Schließlich gibt es Abkommen, die entweder sowohl auf Inlandsfälle als auch auf internationale Sachverhalte anwendbar sind oder solche, die auf internationale Sachverhalte beschränkt bleiben ⁴⁴⁾. Was unter einem internationalen Sachverhalt zu verstehen ist, wird an anderer Stelle erörtert ⁴⁵⁾. Abkommen in der zuerst dargestellten Form haben zur Folge, daß in mehreren Staaten sowohl hinsichtlich der Vertragsstaatsangehörigen als auch hinsichtlich der Nichtvertragsstaatsangehörigen dasselbe Recht angewandt wird. Die Staaten schaffen folglich einheitliche Gesetze und zwar dadurch, daß die Abkommen Bestandteil der nationalen Gesetzgebung werden. Die Rechtssätze in solchen Übereinkommen werden als uniform law oder als loi uniforme bezeichnet ⁴⁶⁾.

42) Kropholler a.a.O. internationales Einheitsrecht S. 96

43) Kropholler a.a.O. internationales Einheitsrecht S. 97

44) Kropholler a.a.O. internationales Einheitsrecht S. 103

45) s. S. 22

46) Firsching a.a.O. Einführung S. 21, Kegel a.a.O. S. 5, Makarov a.a.O. Grundriß S. 35, Zweigert/Kötz a.a.O. S. 23, Vischer a.a.O. S. 16, Kropholler a.a.O. internationales Einheitsrecht S. 104, Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 § 2 II 1

- b) Eine weitere Möglichkeit, das Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu erreichen, stellt die Bildung supranationalen Rechts dar⁴⁷⁾. Hier wird durch internationale Organisationen, denen von den Mitgliedstaaten ein Teil ihrer Souveränität übertragen worden ist, Recht gesetzt. Dieses durch die Organisation gesetzte Recht bindet die Mitglieder unmittelbar. Als Beispiel sei die EG genannt. Die von ihr erlassenen Verordnungen haben gegenüber ihren Mitgliedstaaten und deren Bürgern unmittelbare Wirkung, Art. 189 II EWGV.
- c) Mit dem Begriff Klauselrecht wird das Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen, Formulare und Klauseln bezeichnet, die im internationalen Handel eine beherrschende Rolle einnehmen. Beispiele hierfür sind die cif- und fob-Klauseln, definiert in den Incoterms der internationalen Handelskammer, die allgemeinen Geschäftsbedingungen der London Corn Trade Association oder die York an Antwerp Rules der International Law Association⁴⁸⁾.

Das Gewohnheitsrecht stimmt überwiegend mit diesem Klauselrecht überein. Teilweise wird es daher mit dem Klauselrecht gleichgesetzt⁴⁹⁾.

- d) Hinsichtlich der anderen Quellen sei nur noch auf die "allgemeinen Rechtsgrundsätze" verwiesen. Dieser Ausdruck ist vieldeutig und vielschichtig. In einigen nationalen Kodifikationen wird dieser Begriff als Maßstab richterlicher Rechtsfindung verwandt. Im Völkerrecht ist er in Art. 38 des Statuts des Internationalen Gerichtshofes zu finden. Darin heißt es, daß der IGH bei der Entschei-

47) Firsching a.a.O. Einführung S. 22, Kropholler a.a.O. internationales Einheitsrecht S. 118, Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 § 2 II 2

48) Kropholler a.a.O. internationales Einheitsrecht S. 119, Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 § 2 II 3, Firsching a.a.O. Einführung S. 22, Kropholler a.a.O. internationales Einheitsrecht S. 126, Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 § 2 II 4

derung von Streitigkeiten in erster Linie Völkervertragsrecht anzuwenden hat, dann Völkergewohnheitsrecht und schließlich die von den zivilisierten Staaten anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätze. Es wird jedoch nicht definiert, was unter diesen anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu verstehen ist. Auch im Einheitsrecht werden diese Grundsätze nicht definiert⁵⁰⁾. Es finden sich lediglich Hinweise, daß, falls keine gesetzlichen Vorschriften vorhanden sind, nach den Grundsätzen, die dem Abkommen oder Gesetz zugrunde liegen, zu verfahren sei. Unter Berücksichtigung dessen wird teilweise zur Charakterisierung und Bestimmung der allgemeinen Rechtsgrundsätze ausgeführt, daß es nicht darauf ankomme, ob die angewandten allgemeinen Rechtsgrundsätze in den betreffenden Rechtsordnungen als Prinzipien formuliert seien, sondern es sei entscheidend, daß die praktischen Ergebnisse der einzelnen Rechte durch sie erklärt werden können⁵¹⁾.

Wie die Anwendung der "allgemeinen Rechtsgrundsätze" soll auch die Verwendung der anderen Quellen der Rechtsvereinheitlichung dazu dienen, die Internationale Rechtszersplitterung zu beseitigen. Man kann diese Quellen daher auch als Hilfsmittel bezeichnen, deren Zweckbestimmung es ist, die Ziele der Rechtsvereinheitlichung zu verwirklichen.

5. Ziele des Bestrebens nach internationaler Rechtsvereinheitlichung

Elementarer Grundsatz der internationalen Rechtsvereinheitlichung ist die Sicherstellung einer einheitlichen Rechts-

50) Kropholler a.a.O. Internationales Einheitsrecht S. 152 f., Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 § 2 II 4

51) Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 § 2 II 4

behandlung. Die Verschiedenheiten der Rechtsordnungen sollen durch Einigung auf übernationale Grundsätze im Rahmen des Wünschbaren und Möglichen⁵²⁾ beseitigt werden. Die spezifischen Rechtsrisiken des internationalen Verkehrs sollen dadurch vermindert werden, daß die kollisionsrechtliche Frage, welches Recht anwendbar ist, durch die Rechtsvereinheitlichung überflüssig gemacht wird⁵³⁾. Bessere Voraussehbarkeit gegenseitiger Rechte und Pflichten und dadurch wiederum erhöhte Rechtssicherheit sollen erreicht werden⁵⁴⁾. Zusammenfassend läßt sich daher die Grundidee der Rechtsvereinheitlichung mit dem Wort "internationale Rechtsharmonisierung" umschreiben⁵⁵⁾.

a) Erstes Ziel

Aus diesen generellen Aussagen über die Ziele der Rechtsvereinheitlichung lassen sich insgesamt fünf einzelne Zielrichtungen herleiten. Aus der Formulierung, den internationalen Rechtsverkehr zu erleichtern und sachgemäß zu regeln⁵⁶⁾, ergibt sich das erste Ziel. Es sollen einfache und klare Lösungen geschaffen werden, damit nicht an der einen Stelle rechtliche Probleme beseitigt werden, an der anderen Stelle aber wegen der Unverständlichkeit und Übersichtlichkeit der Formulierungen neue entstehen⁵⁷⁾. Eine unverständliche und unübersichtliche Fassung des Abkommens führt zu Auslegungsproblemen.

52) Firsching a.a.O. Einführung S. 21, Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1962 S. 22, Zweigert/Kötz a.a.O. S. 24, Kropholler a.a.O. internationales Einheitsrecht S. 9ff

53) Zweigert/Kötz a.a.O. S. 24

54) Zweigert/Drobnig RabelsZ 29 S. 147, 148
v. Caemmerer a.a.O. Festschrift S. 65

55) Zweigert/Kötz a.a.O. S. 25, Kropholler a.a.O. internationales Einheitsrecht S. 10

56) Zweigert/Kötz a.a.O. S. 24

57) Vischer a.a.O. S. 13

Widersprüche, Mißverständnisse in der Anwendung des Abkommens könnten die Folge sein. Dies wiederum könnte zu umfangreichen und zeitraubenden Ermittlungen führen. Eine einheitliche Linie in der Anwendung des Einheitsrechts wäre nicht mehr gewährleistet. Es würde sich erneut Rechtsunsicherheit ausbreiten, deren Beseitigung gerade das Ziel der Rechtsvereinheitlichung ist. Insgesamt bilden daher Normierungen einfacher, verständlicher und übersichtlicher Art eine Grundvoraussetzung zur Schaffung internationaler Rechtssicherheit, die gerade heute angesichts der dichten, nicht mehr entwirrbaren internationalen Verflechtungen ein unabdingbares Erfordernis darstellt. Nur so abgefaßte Normen erleichtern es, schnelle Entscheidungen zu treffen.

Da die Beseitigung von Rechtsunsicherheit ein fundamentales Ziel der Rechtsvereinheitlichung ist, bildet die Schaffung einfacher, klarer, übersichtlicher und verständlicher Normen das erste diesem Ziel unterzuordnende Postulat der Rechtsvereinheitlichung.

b) Zweites Ziel

Internationale Rechtsvereinheitlichung ist weiterhin zu verstehen als Bemühen um Beseitigung der kollisionsrechtlichen Frage. Die Anwendung des Kollisionsrechts soll durch das Einheitsrecht entbehrlich gemacht werden⁵⁸⁾.

Der Grund, dieses Ziel anzustreben, ist in der Menge und Kompliziertheit des vorhandenen Kollisionsrechts zu sehen. So geben die verschiedenen IPR-Normen auf die Frage, welches internationale Recht bei internationalen Sachverhalten anwendbar ist, keine einheitliche Antwort.

58) Zweigert/Drobnig *RabelsZ* 29 S. 148, 149
v. Caemmerer a.a.O. *Festschrift* S. 76 ff,
Kropholler a.a.O. *internationales Einheitsrecht* S. 11

Teilweise werden nämlich die von den nationalen Kollisionsnormen übereinstimmend verwandten Anknüpfungspunkte verschieden ausgelegt. Als Beispiel sei der Begriff des Wohnsitzes genannt. Im deutschen Recht gilt gemäß § 7 BGB als Wohnsitz der Ort, an dem sich jemand ständig niederläßt. Das anglo-amerikanische Recht und die Länder des englischen Commonwealth kennen zwei, und zwar den domicile of origin und den domicile of choice.⁵⁹⁾ Dieser Umstand kann zur Folge haben, daß die verschiedenen nationalen Kollisionsnormen hinsichtlich ein und desselben Sachverhaltes auf das materielle Recht mehrerer Staaten verweisen und somit nach wie vor unklar ist, welches Recht angewandt werden muß. Bei der Beurteilung der nationalen Kollisionsrechte ist des weiteren zu berücksichtigen, daß die nationalen IPR-Normen oftmals für denselben Sachverhalt verschiedene Anknüpfungsmomente verwenden. So wird in bezug auf das Personalstatut auf dem europäischen Kontinent das Staatsangehörigkeitsprinzip vertreten, wie z. B. in Deutschland, Frankreich, den skandinavischen Ländern, den osteuropäischen und anderen außereuropäischen Staaten. In den anglo-amerikanischen Ländern, den Ländern des englischen Commonwealth, den skandinavischen Ländern Norwegen, Dänemark und Island und vielen lateinamerikanischen Ländern wird dagegen das Domizilprinzip vertreten.⁶⁰⁾ Schließlich kommt hinzu, daß die Kollisionsnormen teilweise auf den Parteiwillen abstellen. Sollte der gar nicht so seltene Fall eintreten, daß dieser nicht ausdrücklich ge-

59) s. S. 127

60) Raape/Sturm a.a.O. S. 116 ff, Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 §§ 27, 28, Makarov a.a.O. Grundriß S. 68 ff Kegel a.a.O. S. 193 ff

äußert worden ist, wären langwierige und mit vielen Unabwägbarkeiten verbundene Untersuchung erforderlich, um den Willen der Parteien zu ermitteln und danach bestimmen zu können, welches Recht anzuwenden ist.

Die aufgeführten Gesichtspunkte verdeutlichen, daß die Schaffung vereinheitlichten Rechts und damit die Schaffung internationaler Rechtssicherheit und Entscheidungsharmonie bei weiterer Anwendbarkeit des Kollisionsrechts gefährdet wäre.

Folglich ist die Beseitigung der kollisionsrechtlichen Frage ein weiteres, spezielleres Ziel der Rechtsvereinheitlichung⁶¹⁾.

c) Drittes Ziel

Eine ebenfalls häufig anzutreffende Problematik des internationalen Rechtsverkehrs zeigt sich darin, daß Parteien, Anwälte und Gerichte oft gezwungen sind, mit einem Recht zu arbeiten, das ihnen vollkommen fremd ist. Hieraus ergeben sich in aller Regel für die Beteiligten erhebliche Nachteile.

Sich mit fremdem Recht auseinandersetzen zu müssen, erschwert und verzögert nämlich die Rechtsfindung durch die Gerichte. Die Beteiligten müssen sich in die fremde Rechtsmaterie einarbeiten, und zwar nicht nur unter Berücksichtigung des Gesetzestextes, sondern auch der vorhandenen Literatur und Rechtsprechung. Hierbei besteht wegen der mangelnden Vertrautheit der Beteiligten mit der fremden Rechtsordnung die Gefahr, daß die

61) Lemhöfer RabelsZ 24, 404, 405, v. Caemmerer a.a.O. Festschrift S. 65, Zweigert/Drobnig RabelsZ 29, S. 148, 149

rechtliche Problematik nicht richtig eingeschätzt und gewertet wird.

Besonders betroffen sind vor allem die Parteien selbst. Da sie schon teilweise in der Anwendung ihres heimischen Rechts unsicher sind, muß dieses erst recht für die Anwendung eines fremden Rechts gelten. Sind sie nicht juristisch gebildet, können sie kaum übersehen, welche Folgen die Anwendung eines anderen Rechts hat. Die bei dem Abschluß eines Rechtsgeschäfts vorzunehmende Prognose und damit die im internationalen Handel erforderliche schnelle Entscheidung wird unmöglich gemacht, zumindest ist sie von erheblichen Unsicherheiten begleitet.

Durch die Vereinheitlichung des Rechts würden diese Schwierigkeiten beseitigt werden. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten wären voraussehbar. Gleichzeitig wäre im jeweiligen Rechtsstreit in allen beteiligten Staaten grundsätzlich dieselbe Behandlung gesichert, womit eine höhere Rechtssicherheit erreicht wäre.

Den Beteiligten, Anwälten und Richtern die Anwendung fremden Rechts zu ersparen, stellt daher das dritte, aus den Grundsätzen der Rechtsvereinheitlichung abgeleitete Ziel dar⁶²⁾.

d) Viertes Ziel

Ein weiterer Mangel des internationalen Rechtsverkehrs wird in denjenigen Bereichen deutlich, in denen Personen wegen ihrer Staatsangehörigkeit anderen gegenüber ungleich behandelt und damit benachteiligt werden.

62) Lemhöfer RabelsZ 24, 406, Demogue a.a.O. S. 119, Klein a.a.O. S. 12, Riese RabelsZ 22, 53, Zweigert/Kötz a.a.O. S. 24 ff, Zweigert/Drobnig RabelsZ 29 S. 148, v. Caemmerer a.a.O. Festschrift S. 65

So würde - wenn es die vielen internationalen Übereinkommen zur Beseitigung dieses Unterschiedes nicht gäbe - Ausländern im Bereich des Urheberrechts und des Patentschutzes grundsätzlich nicht der gleiche Schutz wie den Inländern gewährt. Teilweise wird diese Benachteiligung aber nicht nur von der Staatsangehörigkeit, sondern auch vom Wohnsitz oder Sitz des Schutzsuchenden abhängig gemacht.

Angesichts der engen Verflochtenheit in den Bereichen Wirtschaft und Verkehr führt dies zu ungerechten und unbefriedigenden Ergebnissen. Die Folge dessen ist, daß die Parteien die Anwendung der gesetzlichen Regelungen ausschließen und eigene entwickeln. Dies verursacht eine weitere Zersplitterung und damit Unsicherheit hinsichtlich des vorhandenen Rechts.

Grundsätzlich könnte hier schon der einzelne Staat Abhilfe schaffen, indem er seine eigene Gesetzgebung im Hinblick auf diesen Aspekt ändert. Es ist jedoch zu bedenken, daß die Benachteiligungen in den Staaten verschieden abgestuft sind und auf den unterschiedlichsten Gründen beruhen. Angesichts des bisherigen Verhaltens nationaler Parlamente ist zu erwarten, daß sie allein schon aus Gründen der Staatsraison nur mit äußerstem Unbehagen an den Abbau dieser Schlechterstellung von Ausländern herangehen, vor allem würde es in den Augen des Parlaments häufig an einer entsprechenden Gegenleistung fehlen.

Durch die Einführung rechtsvereinheitlichender Abkommen könnte diese Benachteiligung beseitigt werden. In diesen Abkommen könnten nämlich In- und Ausländer durch eine einfache Regelung gleichgestellt werden. Damit würden die beteiligten Parteien überall den gleichen

Schutz genießen, auf sie fände dasselbe Recht mit derselben Wirkung Anwendung. Die Entscheidungsfindung der Parlamente wäre erheblich erleichtert, da sie angesichts der Unterzeichnung der Abkommen durch die anderen Staaten davon ausgehen können, daß entsprechende Gegenleistungen, nämlich Abbau der Benachteiligungen der eigenen Staatsangehörigen in den anderen Staaten, vorliegen. Die Schaffung eigener vertraglicher Regelungen und damit eine weitere Zersplitterung des Rechts auf internationaler Ebene wäre nicht mehr erforderlich. Der internationale Rechtsverkehr würde erheblich erleichtert und übersichtlicher werden.

Im Hinblick auf die Grundidee der Rechtsvereinheitlichung, nämlich Überwindung nationaler Verschiedenheiten, Schaffung von Chancengleichheit im internationalen Rechtsverkehr ist es daher viertes Ziel der Rechtsvereinheitlichung, die Ungleichbehandlung von Ausländern zu beseitigen⁶³⁾. Nur bei Abschaffung der von den nationalen Rechtsordnungen gemachten Unterschiede kann Vorausesehbarkeit, Gleichheit und damit erhöhte Rechtssicherheit, die den entscheidenden Hintergrund des Strebens nach Rechtsvereinheitlichung bildet, erreicht werden.

e) Fünftes Ziel

Chancengleichheit und Entscheidungsgleichheit im internationalen Rechtsverkehr sind des weiteren nur dann gewährleistet, wenn die Parteien überall denselben Rechtsschutz genießen. Ein solcher, international gleich gewährter Rechtsschutz ist nur dann gegeben, wenn z. B. der

63) Zweigert/Kötz a.a.O. S. 23, Zweigert/Drobniig
RabelsZ 29, S. 148, Lemhöfer RabelsZ 24, 407 ff

Verbraucher überall in derselben Weise und mit derselben Wirkung vor den Freizeichnungen des Herstellers geschützt wird. Andererseits müssen z. B. die Unternehmer davon ausgehen können, daß sie überall denselben wettbewerbsrechtlichen Schutz genießen. Das Kartellverbot muß überall gelten. Verbraucher und Hersteller untereinander und gegeneinander würden ansonsten international gesehen ungleichen Ausgangspositionen gegenüber gestellt. Die zu Anfang genannten Begriffe würden zu Leerformeln werden, die Grundsätze der Rechtsvereinheitlichung wären verletzt.

Inhalt des Strebens nach Rechtsvereinheitlichung muß daher auch sein, überall dieselben rechtspolitischen Zielsetzungen zu verwirklichen. Bei der Aushandlung internationaler Abkommen müssen die beteiligten Staaten in dieser Zielsetzung einig sein und Vorschriften verabschieden, die diesem Ziel eine entsprechende Wirkung verschaffen. Damit wären die Bürger der Vertragsstaaten überall mit dem gleichen Schutz zu versehen, die Chancengleichheit wäre somit gewahrt.

Fünftes Ziel der Rechtsvereinheitlichung ist es folglich, rechtspolitische Zielsetzungen international durchzusetzen⁶⁴⁾.

f) Tatsächliche Verwirklichung der Ziele

Hierbei ist zu bedenken, daß die rechtspolitische und rechtsvereinheitlichende Wirkung der Abkommen oftmals durch das Einfügen von Vorbehalten ausgehöhlt wird. Durch solche Vorbehalte wird den Vertragsstaaten die Möglichkeit eingeräumt, einzelne Rege-

64) Lemhöfer RabelsZ 24, 410

lungen des Abkommens abzubedingen. Eine weitere Gefahr für die Rechtsvereinheitlichung besteht in der Privatautonomie, die es den Parteien ermöglicht, durch Vereinbarung das maßgebende Einheitsrecht insgesamt auszuschließen und statt dessen eine autonome nationale Rechtsordnung auszuwählen.

Jedoch nicht nur hierdurch, sondern auch durch unüberlegt oder schlecht ausgesuchte Anknüpfungspunkte – im Einheitsrecht wird in diesem Zusammenhang auch vom internationalen Sachverhalt gesprochen⁶⁵⁾ – kann das durch das Abkommen erstrebte Ziel, nämlich Recht zu vereinheitlichen, unmöglich gemacht werden. Ein unübersichtlicher, unverständlicher Anwendungsbereich eines Abkommens würde zu Unsicherheiten in seiner Anwendung und damit zur Rechtsunsicherheit führen. Dies aber soll gerade durch die Formung vereinheitlichten Rechts verhindert werden. Es ist daher erforderlich, nicht nur den in internationalen Abkommen zu findenden Vorbehalten, sondern auch deren Anknüpfungspunkten erhöhte Aufmerksamkeit und Sorgfalt zu widmen.

6. Untersuchungsziel

Da die Hauptquelle vereinheitlichten Rechts immer mehr in den internationalen Abkommen zu sehen ist, beschäftigt sich diese Arbeit ausschließlich mit den internationalen Übereinkommen, und zwar in Anbetracht der obigen Ausführungen mit deren Anknüpfungspunkten. Sie entscheiden, wie oben angedeutet und wie später noch deutlicher darzustellen sein wird⁶⁶⁾, über die Anwendbarkeit des Abkommens und damit im Hinblick auf das

65) Kropholler a.a.O. internationales Einheitsrecht S. 167

66) s. S. 22

Bestreben nach Rechtsvereinheitlichung über seinen Wert.

Ziel der Untersuchung ist es daher, die von internationalen Abkommen verwandten Anknüpfungspunkte zu ordnen und in bezug auf die Rechtsvereinheitlichung zu werten. Die Kriterien für diese Wertung ergeben sich aus den herausgearbeiteten fünf Zielen der Rechtsvereinheitlichung. Ein solches Vorgehen setzt aber voraus, daß Anknüpfungspunkte überhaupt an den fünf Zielen der Rechtsvereinheitlichung gemessen werden können. Erst danach stellt sich die Frage, inwieweit die von den internationalen Abkommen verwandten Anknüpfungspunkte diesen Zielen entsprechen. Um diese abstrakte Wertung vornehmen zu können, muß geprüft werden, welche Anknüpfungspunkte die internationalen Übereinkommen verwenden. Anschließend können sie geordnet und losgelöst von den Abkommen daraufhin untersucht werden, ob sie das Ziel internationaler Abkommen, nämlich Recht zu vereinheitlichen, erfüllen, inwieweit sie dieses fördern oder ihm abträglich sind. Abschließend kann festgestellt werden, ob es Merkmale gibt, die eo ipso geeignet sind, der Rechtsvereinheitlichung zu dienen, oder ob es andere gibt, denen diese Qualifikation abzusprechen ist.

B. Hauptteil

Untersuchung der Anknüpfungspunkte internationaler Abkommen auf ihre Übereinstimmung mit den Zielen der Rechtsvereinheitlichung

I. Voraussetzungen für eine derartige Untersuchung

1. Definition des Begriffs "Anknüpfungspunkt"

Anknüpfungspunkte, auch Anknüpfungsmomente genannt, sind als Begriffe zu definieren, mit Hilfe derer

ein Komplex von Rechtsfragen einer bestimmten Rechtsordnung unterstellt wird⁶⁷⁾. Das Anknüpfungsmoment ist folglich derjenige Teil des Tatbestandes, der den materiell-rechtlichen Teil des Tatbestandes mit einem Staat verknüpft⁶⁸⁾. Es wird auch als Anknüpfungsgrund bezeichnet. Das Anknüpfungsmoment ist nämlich der Grund, warum ein Tatbestand einer bestimmten Rechtsordnung zugewiesen wird⁶⁹⁾.

Auch die internationalen Abkommen definieren Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, bevor der materielle Teil des Übereinkommens angewandt werden kann. Im Zusammenhang mit dem Einheitsrecht wird dabei von einem internationalen Sachverhalt gesprochen⁷⁰⁾. Dieser Begriff ist jedoch nicht umfassend. Wie bereits ausgeführt⁷¹⁾, gibt es nämlich Abkommen, die sowohl auf internationale als auch auf nationale Sachverhalte anwendbar sind und die Erfüllung gewisser Voraussetzung für ihre Anwendbarkeit verlangen. Dies können z. B. der Wohnsitz, die Staatsangehörigkeit oder auch die Ehelichkeit eines Kindes, das Alter einer Person oder ihre kriminelle Vergangenheit sein. Die Aufgabe solcher im Abkommen definierten Voraussetzungen besteht darin, internationale oder nationale Sachverhalte dem materiell-rechtlichen Teil des Abkommens zu unterstellen. Sie sind der Grund, warum ein Tatbestand dem Abkommen zugewiesen wird. Im Vergleich zu den oben definierten Anknüpfungspunkten des IPR ist daher festzustellen, während die Anknüpfungspunkte des IPR einen Sachverhalt dem Recht eines Staates zuweisen und

67) Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 § 18 I, Mann a.a.O. Festschrift S. 499, 501

68) Firsching a.a.O. Einführung S. 232, Kegel a.a.O. S. 192

69) Raape/Sturm a.a.O. S. 103

70) Kropholler a.a.O. internationales Einheitsrecht S. 167

71) s. S. 9

sich nur auf internationale Sachverhalte beziehen, verweisen die in den Abkommen definierten Anwendungsvoraussetzungen auf das Abkommen selbst und können sich sowohl auf nationale als auch auf internationale Sachverhalte beziehen. Diese Gegenüberstellung verdeutlicht, daß sowohl bei den Anknüpfungsmomenten des IPR als auch bei den in den Abkommen definierten Voraussetzungen die Anknüpfungsfunktion im Vordergrund steht. Daher werden im folgenden allein die Begriffe Anknüpfungspunkte oder Anknüpfungsmomente verwandt.

Insgesamt ergibt sich damit: Steht ein Sachverhalt fest und scheint ein Abkommen diesen Sachverhalt zu regeln, so sind folgende Fragen zu klären:

- 1) Ist dieses Abkommen von dem betreffenden Staat unterzeichnet worden?
- 2) Liegen die Anknüpfungspunkte vor, die das Abkommen fordert, damit sein materiell-rechtlicher Inhalt angewandt werden kann?

Erst wenn diese Fragen zu bejahen sind, kann der festgestellte Sachverhalt unter die Bestimmungen des Abkommens subsumiert werden.

2. Die Ziele der Rechtsvereinheitlichung und ihre Erfüllung durch Anknüpfungspunkte

Die folgende Untersuchung unterteilt sich in zwei große Abschnitte.

In einem ersten, jetzt folgenden Abschnitt wird abstrakt untersucht, ob es überhaupt möglich ist, die Anknüpfungspunkte an den Zielen der Rechtsvereinheitlichung zu messen, da vom ersten Anschein her diese Ziele sich nur auf den materiellen Inhalt eines Abkommens zu beziehen scheinen.

Sollte sich ergeben, daß bereits Anknüpfungspunkte eines Abkommens und nicht nur sein materiell-rechtlicher Inhalt an den Zielen der Rechtsvereinheitlichung gemessen werden kann, ist zu prüfen, ob die von den bisher abgeschlossenen internationalen Abkommen verwandten Anknüpfungspunkte diese Möglichkeit wahrgenommen haben.

a) Das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung:
Schaffung einfacher und klarer Normen

Grundsätzlich bezieht sich diese Forderung zwar auf den materiell-rechtlichen Teil des Abkommens, jedoch ist dieses Ziel nur erfüllt, wenn das gesamte Abkommen und damit auch die Anknüpfungspunkte des Abkommens ihm entsprechen. Schaffung einfacher und klarer Normen heißt nämlich nichts anderes, als Formulierungen zu wählen, die übersichtlich und verständlich sind. Ihre inhaltliche Ausfüllung muß ohne besondere Rechtskenntnisse und ohne eine größere Untersuchung möglich sein. Allein hieraus ergibt sich schon, daß solche Anforderungen auch an Anknüpfungspunkte eines Abkommens gestellt werden können.

Eine Gegenüberstellung der Anwendungsbereiche zweier Abkommen verdeutlicht dies.

Aus Art. 1 des Einheitlichen Gesetzes über den internationalen Kauf beweglicher Sachen⁷²⁾ ergibt sich folgender Anwendungsbereich:

1. Die Niederlassung der Parteien oder
2. der gewöhnliche Aufenthalt der Parteien muß in zwei verschiedenen Staaten liegen, oder
3. Abgangs- und
4. Bestimmungsort müssen in verschiedenen Staaten liegen, oder

72) Mertens/Rehbinder a.a.O. S. 88

5. das Angebot und
6. die Annahmehandlung müssen im Gebiet verschiedener Staaten angenommen werden,
7. finden sie in einem Staat statt, so muß die Lieferung in einem von diesem verschiedenen Staat zu bewirken sein.

Für das Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßenverkehr - CMR -⁷³⁾ ergeben sich aus Art. 1 folgende Voraussetzungen, die für die Anwendbarkeit des Abkommens erfüllt sein müssen:

1. Abgangs- und Bestimmungsort müssen in zwei verschiedenen Staaten liegen,
2. einer dieser Staaten muß Vertragsstaat sein.

Im ersten Beispiel fragt sich unter anderem, was unter einem gewöhnlichen Aufenthaltsort zu verstehen ist oder welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit man von dem Vorliegen eines Angebots ausgehen kann. In bezug auf die Voraussetzung Annahmehandlung ist ebenfalls zu untersuchen, welche Erfordernisse an eine wirksame Annahmehandlung zu stellen sind und wie die einzelnen tatsächlichen Umstände aussehen. Schließlich scheint die Zahl der Anknüpfungspunkte sehr hoch zu sein, was jedoch nicht für das zweite Beispiel gilt. Die Überprüfung der Anknüpfungen dieses Abkommens scheint sich nur im tatsächlichen Bereich abzuspielen.

Anknüpfungsmomente, die vom Anwender des Abkommens Rechtskenntnisse verlangen und darüber hinaus noch umfangreiche tatsächliche Untersuchungen erforderlich machen, können dazu führen, daß schon im Bereich der Anwendbarkeit eines Abkommens Unsicherheiten entstehen. Die sich daraus ergebende Rechtsunsicherheit soll aber gerade durch die Rechtsvereinheitlichung beseitigt werden. Es ist zwar nicht zu erwarten, daß ein-

73) BGBl. 1961 II 1119

fache und klare Anknüpfungspunkte gewährleisten, daß auch der materielle Teil des Abkommens dieser Forderung entspricht, sie erhöhen jedoch die durch das Abkommen erstrebte Rechtsklarheit und Rechtssicherheit.

Insgesamt ergibt sich somit, daß auch Anknüpfungspunkte das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung erfüllen können, so daß ihr Wert an dieser Bestrebung gemessen werden kann.

In bezug auf die Beispiele ist unter Berücksichtigung dieses Ergebnisses folgendes festzustellen:

Die Prüfung der Anknüpfungsmomente des einheitlichen Gesetzes über den internationalen Kauf beweglicher Sachen scheint angesichts der obigen Darstellung dieses Ziel nicht zu erfüllen, während bei der CMR dieses Ziel angesichts der Kürze und Einfachheit des Anwendungsbereichs erfüllt zu sein scheint.

b) Das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung:
Ausschluß der kollisionsrechtlichen Frage

Um beantworten zu können, ob die kollisionsrechtliche Frage schon durch die Auswahl der Anknüpfungspunkte ausgeschlossen werden kann, muß zuvor untersucht werden, wodurch die kollisionsrechtliche Frage ausgelöst wird.

Die Ursache für diese Frage ist darin zu sehen, daß die nationalen IPR sehr verschieden gestaltet sind. Auf ein und denselben Sachverhalt wenden sie teilweise unterschiedliche Anknüpfungspunkte an. So wird in einigen Ländern für familienrechtliche Sachverhalte an den Wohnsitz und in anderen an die Staatsangehörigkeit angeknüpft ⁷⁴⁾. Dies kann dazu führen, daß die nationalen

74) Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 § 27
Makarov a.a.O. Grundriß S. 68 ff, Kegel a.a.O.
S. 193 ff

IPR bei demselben Sachverhalt auf verschiedene materielle Rechtsordnungen verweisen.

Die materiell-rechtliche Vereinheitlichung will dieses kollisionsrechtliche Problem beseitigen.

Ist das Abkommen sowohl auf nationale als auch auf internationale Sachverhalte anwendbar und setzt es hinsichtlich seiner Anwendbarkeit nicht zusätzlich die Erfüllung gewisser Anknüpfungspunkte voraus, wäre es gleichgültig, auf welche Rechtsordnung irgendwelche IPR-Normen verweisen, da in bezug auf die Vertragsstaaten überall dasselbe Recht angewandt wird.

So heißt es z. B. im Abkommen über das einheitliche Scheckgesetz ⁷⁵⁾:

" Die Hohen Vertragsschließenden Teile verpflichten sich in ihren Gebieten das Einheitliche Scheckgesetz in einem der Urtexte oder in ihren Landessprachen einzuführen. Andere Regelungen hinsichtlich des Anwendungsbereiches sind nicht vorhanden. "

Abgesehen von gegebenenfalls vorhandenen, aber für diese Arbeit unbedeutenden Vorbehalten hat in diesem Beispiel das Abkommen zwingenden Charakter ⁷⁶⁾. Dieses Übereinkommen gilt somit gegenüber jedermann und ist auf jeden Sachverhalt, gleichgültig ob er national oder international gelagert ist, anwendbar. Bei weltweiter Unterzeichnung würde dieses Abkommen überall gelten. Insgesamt könnte daher kein kollisionsrechtliches Problem entstehen.

Demgegenüber ist bei vielen Abkommen vor ihrer Anwendung noch zu prüfen, ob gewisse Anknüpfungspunkte er-

75) RGBl. 1933 II 53

76) Jakobi a.a.O. S. 24, Baumbach/Hefermehl a.a.O. WG und SchG S. 373 - 375

füllt sind, wie z. B. beim Übereinkommen über die kosten-
lose Erteilung von Personenstandsurkunden und den Ver-
zicht auf ihre Legalisation⁷⁷⁾.

Nach Art. 1 ist Voraussetzung:

1. Der ersuchende Staat muß Vertrags-
staat sein,
2. die betreffende Person muß Angehöri-
ger des ersuchenden Staates sein⁷⁸⁾.

Es fragt sich daher, ob durch eine bestimmte Auswahl
dieser Anknüpfungsmomente dasselbe Ergebnis erzielt wer-
den kann, wie für Abkommen, die die oben dargestellten Vor-
aussetzungen erfüllen.

Eine Lösung dieses Problems kann folgendermaßen er-
folgen. Die Anknüpfungspunkte der Abkommen müssen so ge-
staltet werden, daß sie jeden nur denkbaren internationalen
Sachverhalt erfassen. Bei international gelagerten Fällen
wäre dann eine Verweisung durch das IPR gegenstandslos,
da die dortigen Anknüpfungen auch auf das Abkommen ver-
weisen würden, so daß es nur noch darauf ankäme, daß die
beteiligten Staaten Vertragsstaaten sind. Es wäre somit nur
noch Einheitsrecht anwendbar⁷⁹⁾.

Beispiel:

Die CMR⁸⁰⁾ hat zwei Anknüpfungspunkte,
und zwar den Abgangs- und Bestimmungs-
ort, die in zwei verschiedenen Staaten lie-
gen müssen. Um die dargestellte Lösung
zu erreichen, ist zu untersuchen, welche
Materie das Abkommen regelt und welche
diesbezüglichen internationalen Sachver-
halte denkbar sind.

Das Abkommen regelt den Bereich des
Straßengütertransports. Abgesehen von

77) BGBl. 1961 II 1055

78) Maßfeller a.a.O. S. 176

79) Lemhöfer RabelsZ 24, 401

80) s. S. 25

dem im Übereinkommen berücksichtigten wäre als weiterer internationaler Sachverhalt denkbar, daß der Abgangs- und der Bestimmungsort in einem Staat liegen, aber der Wohnsitz der Vertragsparteien in zwei verschiedenen Ländern liegt. Alle nur irgendwie denkbaren Fallkonstellationen müßten auf diese Weise aufgeführt werden. Anschließend wäre zu prüfen, ob diese Sachverhalte von den vorhandenen Anknüpfungspunkten erfaßt werden. Der oben dargestellte Sachverhalt wird z. B. nicht vom Anwendungsbereich erfaßt. Da der Abgangs- und der Bestimmungsort bei dieser Konstellation in einem Land liegen und die CMR nur auf diese beiden Orte abstellt, wäre das Abkommen nicht anwendbar, obwohl ein internationaler Sachverhalt vorliegt. Daher müßten diese und die anderen nicht vom Anwendungsbereich des Abkommens erfaßten Sachverhalte in Anknüpfungsmomente umformuliert und in den Anwendungsbereich des Abkommens eingearbeitet werden.

Bei Einhaltung dieses Lösungsweges wäre gewährleistet, daß das hier in Frage stehende Übereinkommen auf jeden seine Materie berührenden internationalen Sachverhalt anwendbar wäre.

Folgende Prüfungsstadien sind folglich bei dem oben dargestellten Lösungsweg zu durchlaufen. Zunächst muß man sich Gewißheit über die von dem Abkommen geregelte Materie verschaffen. Anschließend muß geprüft werden, welche internationalen Fallkonstellationen angesichts dieser Materie möglich sind. Diese Sachverhalte müßten in Anknüpfungspunkte umgesetzt und in den Anwendungsbereich des Abkommens aufgenommen werden. Wie sich im Beispiel schon andeutete, macht dies eine langwierige, nicht übersehbare Untersuchung erforderlich. Die Zahl der denkbaren Sachverhalte und damit der Anknüpfungspunkte ist nämlich unbegrenzt.

Als andere Lösung böte sich an, für das Abkommen nur diejenigen Anknüpfungspunkte auszuwählen, die vom IPR für die in Frage stehende Materie verwandt werden. Im Hinblick auf die in den jeweiligen Abkommen geregelte Materie müßten dazu alle in Frage kommenden IPR-Normen daraufhin untersucht werden, welche Anknüpfungspunkte sie hierfür verwenden. Die dadurch gefundenen Anknüpfungsmomente müßten in den Anwendungsbereich des Abkommens aufgenommen werden. Zwar bliebe IPR nach wie vor anwendbar, jedoch würde seine Verweisung innerhalb der Vertragsstaaten gegenstandslos werden. In diesem Fall würden nämlich alle seine Anknüpfungspunkte gleichzeitig auf das Abkommen verweisen, so daß es wie bei der zuvor dargestellten Lösung nur darauf ankäme, ob die vom Sachverhalt berührten Staaten dem Abkommen beigetreten sind. Ein Beispiel soll diesen Lösungsweg verdeutlichen:

Das Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr - CMR ⁸¹⁾ benutzt als Anknüpfungspunkte den Abgangs- und den Bestimmungsort. Um sichergehen zu können, daß bei internationalen Sachverhalten aus diesem Bereich IPR nicht auf eine materielle Rechtsordnung verweisen kann, sondern Einheitsrecht anwendbar ist, müßten bei dem oben genannten Lösungsweg alle Anknüpfungspunkte der IPR-Normen gleichzeitig Anknüpfungen des Abkommens sein.

Es müßten folglich alle im IPR für den Straßengütertransport denkbaren Anknüpfungspunkte festgestellt, mit dem Anwendungsbereich des Abkommens verglichen und die fehlenden in diesen eingearbeitet werden. In diesem Fall wäre zwar nach wie vor IPR anwendbar, seine Verweisung ging aber ins Leere, da stets auf das Einheitsrecht verwiesen werden würde.

81) s. S. 25

Wie das Beispiel zeigt, ist diese Lösung sehr umständlich.

Hinzu kommt, daß die verschiedenen tatsächlichen und Rechtsfragen im Rahmen der jeweils zu untersuchenden IPR-Norm verschieden auszulegen sind. Weiterhin ist in Betracht zu ziehen, daß die einzelnen Anknüpfungsmomente keinen unwandelbaren Bedeutungsinhalt haben, sondern ihn von Norm zu Norm wandeln können⁸²⁾. Demzufolge müßte bei der Abfassung des Anwendungsbereichs des Abkommens die zum Anknüpfungspunkt existierende gesamte Literatur und Rechtsprechung berücksichtigt werden. Nur in diesem Fall könnte die Verweisung der IPR-Normen gegenstandslos werden. Schließlich ist zu bedenken, daß die Zahl der im IPR möglichen Anknüpfungspunkte unbegrenzt ist⁸³⁾.

Die folgende Aufzählung zeigt, welche Vielzahl von Anknüpfungsmomenten in bestimmten Teilbereichen besteht.

Zum Personalstatut von natürlichen Personen wird unter anderem vertreten die Anknüpfung an:

- Staatsangehörigkeit
- Wohnsitz
- Herkunftsort
- gewöhnlicher Aufenthalt
- schlichter Aufenthalt
- letzter gewöhnlicher Aufenthalt
- letzter schlichter Aufenthalt
- engste Verbindung zu einem der Gebiete⁸⁴⁾

Zum Personalstatut von juristischen Personen unter anderem die Anknüpfung an:

- satzungsmäßiger Sitz
- Sitz der Hauptverwaltung

82) Kegel a.a.O. S. 183

83) Firsching a.a.O. Einführung S. 36 ff
Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1962 S. 93,
Ferid. a.a.O. IPR S. 143 ff 1o ff

84) Kegel a.a.O. S. 194 ff, Ferid a.a.O. IPR S. 11 ff

- Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit
- Gründungsort
- Heimatrecht der die juristische Person kontrollierenden Personen⁸⁵⁾

Zum Schuldstatut unter anderem die Anknüpfung an:

- realer Parteiwille
- hypothetischer Parteiwille
- Abschlußort
- Erfüllungsort
- Schwerpunkt des Vertrages
- Sitz des Vertragspartners, der die vertragsgemäße Leistung erbringt⁸⁶⁾

Zum deliktischen Schuldstatut unter anderen die Anknüpfung an:

- Tatort
- Erfolgsort
- Lage des verletzten Rechtsgutes
- Personalstatut des Täters⁸⁷⁾

Zum Sachstatut die Anknüpfung an:

- lex rei sitae
- Heimatrecht des Eigentümers⁸⁸⁾

Zum Prozeßrecht die Anknüpfung an:

- lex fori
ergänzt entweder durch Tatsachen wie Wohnsitz etc.
oder durch Rechtsbegriffe wie Staatsangehörigkeit
etc.⁸⁹⁾

Diese Anknüpfungspunkte müßten in den Anwendungsbe-
reich des jeweiligen Abkommens übernommen werden.
Damit würde ein derart umfangreicher Anknüpfungs-

85) Kegel a.a.O. S. 259 ff, Ferid a.a.O. IPR S. 120 ff,
Kegel a.a.O. in Soergel/Siebert vor Art. 17 EGBGB Anm. 146 ff
86) Kegel a.a.O. S. 289 ff, Ferid a.a.O. IPR S. 141 ff
Kegel a.a.O. in Soergel/Siebert vor Art. 3 EGBGB Anm. 220 ff
87) Kegel a.a.O. S. 305 ff, Kegel a.a.O. in Soergel/Siebert
Art. 12 EGBGB Anm. 47 ff, Ferid a.a.O. IPR S. 159 ff
88) Ferid a.a.O. IPR S. 178 ff, Kegel a.a.O. S. 327 ff
Kegel a.a.O. in Soergel/Siebert vor Art. 7 EGBGB Anm. 340 ff
89) Ficker a.a.O. Grundfragen S. 21,
Ferid a.a.O. IPR S. 35 ff, Kegel a.a.O. S. 484 ff

katalog entstehen, daß das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung, nämlich Einfachheit und Klarheit der zu schaffenden Regelungen, nicht mehr eingehalten werden könnte. Das folgende Beispiel verdeutlicht dies.

Das Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr⁹⁰⁾ berücksichtigt als Anknüpfungspunkte den Abgangs-, den Bestimmungsort und den Zwischenlandungsflughafen. Angesichts der oben dargestellten Liste müßten u.a. folgende Anknüpfungsmomente zusätzlich berücksichtigt werden: realer Parteiwille, hypothetischer Parteiwille, Abschlußort, Erfüllungsort, Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Sitz. Der Anwendungsbereich des Warschauer Abkommens müßte somit um zehn Anknüpfungspunkte erweitert werden. Damit wäre seine Übersichtlichkeit gefährdet. Hinzu kommt, daß der Wohnsitz oder der hypothetische Parteiwille ohne Rechtskenntnisse nicht zu bestimmen ist. Dies stünde in Widerspruch zu der Forderung, einfache und klare Normen zu schaffen.

Durch konsequente Beachtung des zweiten Ziels würde somit das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung verletzt werden.

Um eine praktikable Lösung zu erzielen, müssen daher einige Anknüpfungspunkte der IPR-Normen unberücksichtigt bleiben. Dies hat zwar zur Folge, daß die Anwendung des Kollisionsrechts nicht ausgeschlossen werden würde, andererseits ist aber, wie die bisherige Darstellung zeigt, eine annähernde Verwirklichung des zweiten Ziels der Rechtsvereinheitlichung nur auf diesem Wege möglich.

90) RGBl. 1933 II 1039

Dazu bietet sich folgendes an:

Da die international vorhandene Rechtsunsicherheit durch das Einheitsrecht beseitigt werden soll, können die Anknüpfungspunkte der nationalen IPR-Normen bei solchen Materien unberücksichtigt bleiben, bei denen auch das IPR eine klare Lösung enthält. Dies wären solche Sachverhalte, bei denen die Kollisionsnormen der verschiedenen nationalen IPR ausschließlich auf eine einzige Rechtsordnung verweisen. In diesem Fall besteht nämlich in bezug auf das IPR keine Unklarheit darüber, welche von mehreren Rechtsordnungen angewandt werden muß. Von einer kollisionsrechtlichen Frage kann dann nicht mehr gesprochen werden. Alle anderen Sachverhalte müßten dagegen vom Anwendungsbe- reich des Abkommens erfaßt werden.

Auch bei diesem Verfahren wäre aber die Zahl der zu berücksichtigenden Anknüpfungspunkte noch viel zu groß, so daß die Übersichtlichkeit des Anwendungsbe- reichs eines Abkommens nach wie vor in Frage gestellt wäre. Es muß daher eine weitere Einschränkung hinsicht- lich der Verwendung der IPR-Anknüpfungspunkte gemacht werden. Zum einen müssen die Anknüpfungspunkte der nationalen IPR-Normen bei solchen Materien unberück- sichtigt bleiben, bei denen sie selbst bereits zu einer klaren Lösung führen. Zum anderen dürfen nur diejenigen Anknüpfungspunkte verwandt werden, die allen in Betracht kommenden Anknüpfungen des IPR gerecht werden und der Zweckmäßigkeit entsprechen. Sie müssen so bestimmt werden, wie es dem Zweck der Norm, die sie benutzt, und den internationalen Interessen entspricht⁹¹⁾.

91) Vischer a.a.O. S. 114

Die Formulierungen sind dabei so zu fassen, daß Qualifikationskonflikte vermieden werden.

So müßte bei dem Warschauer Abkommen ⁹²⁾ in bezug auf die zusätzlich in Betracht kommenden Anknüpfungspunkte gefragt werden, wie häufig mit Sachverhalten gerechnet werden muß, bei denen sie entscheidend sind, ob sie nicht indirekt bereits vom Anwendungsbereich des Abkommens erfaßt sind und wie häufig sie von den internationalen IPR-Normen verwandt werden. So wird man z. B. feststellen, daß im Bereich des Luftverkehrs der Abgangs- oder der Bestimmungsort selten mit dem Sitz des Luftfahrtunternehmens übereinstimmt. Da die Anknüpfung an den Sitz in vielen nationalen IPR-Normen zu finden ist, müßte dieser Anknüpfungspunkt in den Anwendungsbereich des Warschauer Abkommens eingearbeitet werden. Dagegen kann die Anknüpfung an den Parteiwillen unberücksichtigt bleiben, da der Flugverkehr vollkommen formularmäßig erfaßt ist und somit der Parteiwille immer aus diesen Formularen zu entnehmen ist.

| Zwar wäre bei dieser Lösung das IPR nach wie vor anwendbar, aber die Verweisung durch seine Kollisionsnormen wäre in der Regel gegenstandslos. Die Verweisung der Anknüpfungspunkte des IPR würde nämlich im Ergebnis ebenfalls zur Anwendung des Abkommens führen. Die wenigen Fälle, bei denen nicht auf das Einheitsrecht verwiesen würde, wären in der Regel nur solche Sachverhalte, bei denen alle beteiligten nationalen IPR-Normen auf das materielle Recht eines

92) s. S. 63

einzigsten Landes verweisen. Gleichzeitig ist in der Regel mit dieser Lösung gewährleistet, daß auch das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung eingehalten wird.

Insgesamt kann somit durch eine entsprechende Auswahl der Anknüpfungsmomente das kollisionsrechtliche Problem gelöst werden, ohne daß dabei andere Ziele der Rechtsvereinheitlichung verletzt werden. Das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung kann folglich durch eine bestimmte Auswahl von Anknüpfungspunkten verwirklicht werden.

c) Das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung:
Fortfall der Anwendung ausländischen Rechts

Inhalt dieses Ziels ist es, daß der jeweils Betroffene bei etwaigen Streitigkeiten nur sein heimisches Recht und dasjenige des Abkommens kennen müssen soll ⁹³⁾ und nicht mehr zusätzlich noch dasjenige eines dritten Landes. Ein Beispiel soll dieses Problem verdeutlichen:

Ein PKW-Fahrer hat im Ausland einen Verkehrsunfall verursacht. Das Einheitsrecht will in einem solchen Fall erreichen, daß bei einem Rechtsstreit nicht das für den PKW-Fahrer fremde ausländische Recht, sondern entweder sein heimisches oder das Recht des Abkommens zur Anwendung kommt.

Ist Einheitsrecht uneingeschränkt anwendbar, und zwar sowohl auf nationale als auch auf internationale Sachverhalte, stellt sich dieses Problem nicht. In diesem Fall ist nämlich heimisches und vereinheitlichtes Recht identisch, d. h. alle beteiligten Parteien würden, soweit ihre Heimatstaaten dem Abkommen beigetreten sind, dasselbe heimische Recht anwenden. Da aber in der Mehrzahl der Fälle die Übereinkommen durch Anknüpfungspunkte in ihrer Anwendbarkeit beschränkt sind, müssen im Hinblick auf das

93) Demogue a.a.O. S. 11, 119, Klein a.a.O. S. 12

dritte Ziel die Anknüpfungen so gestaltet sein, daß die Beteiligten lediglich ihr heimisches und das Einheitsrecht kennen müssen.

Um dies zu erreichen, kann nicht der Lösungsweg des vorhergehend abgehandelten Ziels begangen werden. Auch diejenigen Anknüpfungspunkte müßten berücksichtigt werden, bei denen die verschiedenen nationalen IPR-Normen auf dieselbe Rechtsordnung verweisen. Selbst die in diesem Fall anzuwendende Rechtsordnung könnte für eine der beteiligten Parteien fremdes Recht sein.

Im Bereich der Beschlagnahmeabkommen wird im IPR einheitlich der Anknüpfungspunkt der *lex fori* verwandt⁹⁴⁾. Beim Streit zweier Parteien, die ihren Wohnsitz in zwei verschiedenen Staaten haben, könnte die Anknüpfung der *lex fori* zur Anwendung eines für eine der Parteien fremden Rechts führen.

Wie aber bei dem vorgehend erörterten Ziel dargestellt, ist es andererseits nicht praktikabel und steht auch im Widerspruch zum ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung, alle für eine bestimmte Materie in Frage kommenden Anknüpfungspunkte des IPR in den Anwendungsbereich des Übereinkommens zu übernehmen.

Es muß daher untersucht werden, ob es nicht Anknüpfungsmomente gibt, die die Beziehungen der Parteien zu ihrem heimischen Recht herstellen bzw. diese Beziehungen darlegen. In diesem Fall würde es genügen, daß auch diese im Anwendungsbereich eines Abkommens berücksichtigt werden. Damit wäre gewährlei-

94) s. S. 185

stet, daß das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung erfüllt wird. Gäbe es solche Anknüpfungspunkte, so ergäbe sich durch ihre Aufnahme in den Anwendungsbereich eines Abkommens die im folgenden Beispiel dargestellte Lösung:

Das Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr - CMR -⁹⁵⁾ knüpft an den Abgangs- und den Bestimmungsort. Weisen diese Anknüpfungen auf ein- und denselben Staat, kommt das Abkommen nicht zur Anwendung, auch wenn die Wohnsitze der Parteien in zwei verschiedenen Staaten liegen würden. Das in diesem Fall anzuwendende Recht könnte für eine Vertragspartei fremdes Recht sein. Gäbe es Anknüpfungspunkte, die auf das heimische Recht jener Vertragspartner hinführen, und wären diese von der CMR berücksichtigt worden, wäre diese Gefahr ausgeschlossen. Würden diese zwar einheitlich, aber auf ein anderes Land verweisen oder würden sie auf zwei verschiedene Länder verweisen, so müßte ausschließlich Einheitsrecht anwendbar sein. Erst wenn alle Anknüpfungspunkte des Abkommens auf ein einziges Land verweisen, dürfte die Anwendung des Einheitsrechts ausgeschlossen sein. In diesem Fall wäre aber davon auszugehen, daß das anzuwendende Recht heimisches Recht beider Vertragsparteien ist.

Um solche Anknüpfungspunkte für das heimische Recht formulieren zu können, ist zunächst der Inhalt des Begriffs "heimisches Recht" genauer zu bestimmen.

Grundsätzlich wird als heimisches Recht dasjenige Recht bezeichnet, mit dem die jeweils in Frage kommende Person jeden Tag umzugehen hat⁹⁶⁾.

95) s. S. 25

96) Lemhofer RabelsZ 25, 436

Um aus dieser Definition Anknüpfungspunkte herleiten zu können, ist folglich auf die einzelnen Beteiligten abzustellen. Bedenkt man dabei, daß sich vorwiegend natürliche und juristische Personen sowie Gerichte mit internationalen Übereinkommen befassen müssen, und fragt man nach dem ihnen heimischen Recht, so ergeben sich als Anknüpfungspunkte der Wohnsitz bzw. der Sitz und der Ort des angerufenen Gerichts.

Das Recht, das juristischen und natürlichen Personen am vertrautesten ist, ist nämlich das Recht, das an ihrem Wohnsitz oder an ihrem Verwaltungssitz angewandt wird. Auf die Staatsangehörigkeit und damit auf das Heimatland ist deshalb nicht abzustellen, weil es in der Zeit der Arbeitsplatzfluktuation so sein kann, daß z. B. das Heimatland Deutschland ist, der Wohnsitz sich aber in Saudi Arabien befindet, weil dort der Arbeitgeber eine große Montagebaustelle hat, die auf mehrere Jahre angelegt ist.

Stellt man angesichts der obigen Definition auf das Gericht ab, so ergibt sich als weiterer Anknüpfungspunkt des heimischen Rechts der Ort des angerufenen Gerichts. Es ist nämlich davon auszugehen, daß den Richtern das in ihrem Gericht gesprochene Recht am bekanntesten ist.

Aus dieser Darstellung ergibt sich, daß die Anknüpfungen, die die Beziehung der Parteien zu ihrem heimischen Recht herstellen, gleichzeitig solche Anknüpfungen sind, die eine Beziehung zum heimischen Territorium herstellen. Hierbei handelt es sich um die Anknüpfungsmomente Wohnsitz der Parteien, Sitz und Ort des angerufenen Gerichts.

Wie die obige Darstellung gezeigt hat, sind dies die wichtigsten Anknüpfungsmomente, die zur Anwendung des heimischen Rechts führen können. Sind auch diese vom Anwendungsbereich eines Abkommens berücksichtigt worden, ist gewährleistet, daß die Beteiligten nur mit ihrem heimischen oder dem Einheitsrecht konfrontiert werden.

Das oben verwandte Beispiel soll dies noch einmal verdeutlichen.

Im bisherigen Anwendungsbereich der CMR 97) sind nur die Anknüpfungen Abgangs- und Bestimmungsort verwandt worden.

Es ergibt sich folgender Sachverhalt:

A hat seinen Wohnsitz in Y und B in X. Abgangs- und Bestimmungsort der Ware befinden sich in Z. Auf diesen Sachverhalt ist das Abkommen nicht anwendbar, weil sich der Abgangs- und der Bestimmungsort in einem Land befinden. Folglich könnte bei einem Rechtsstreit für eine der Vertragsparteien fremdes Recht zur Anwendung kommen.

Wären im Anwendungsbereich der CMR die oben genannten Anknüpfungspunkte des heimischen Rechts berücksichtigt worden, wobei vorliegend der Wohnsitz und/oder Sitz in Betracht kämen, müßte auch bei dem oben dargestellten Sachverhalt die CMR angewandt werden. Der Anwendungsbereich des Abkommens würde in diesem Fall nämlich auf die zwei Länder Y und X verweisen, so daß die geforderte Internationalität wieder erreicht wäre. Bei dieser Gestaltung des Anwendungsbereiches könnte die CMR erst dann nicht angewandt werden, wenn die Anknüpfungspunkte Wohnsitz bzw. Sitz auf dasselbe Land verweisen würden wie die

97) s. S. 25

Anknüpfungspunkte Abgangs- und Bestimmungsort. Diejenige Rechtsordnung, auf die in diesem Fall die verschiedenen nationalen IPR-Normen verweisen würden, wäre aber den Parteien heimisch.

Insgesamt ergibt sich somit, daß das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung durch Berücksichtigung solcher Anknüpfungsmomente verwirklicht werden kann, die zur Anwendung des heimischen Rechts führen können. Als wichtigste Anknüpfungen sind hierfür der Wohnsitz einer Person, der Sitz einer solchen und der Ort des angerufenen Gerichts zu nennen.

Bei dieser Lösung muß aber berücksichtigt werden, daß nicht alle Anknüpfungen, die auf das heimische Recht der Parteien verweisen, erfaßt werden können. Sonst wäre nämlich das erste Ziel des Bestrebens nach Rechtsvereinheitlichung, Schaffung einfacher und klarer Normen, in Frage gestellt. Lediglich die wesentlichsten sind daher auszuwählen, denn ein engmaschiges Netz von Anknüpfungspunkten reicht aus, um die Mehrzahl der Fälle zu erfassen und einen besseren Rechtszustand zu erreichen, als er heute international zu finden ist.

d) Das vierte Ziel der Rechtsvereinheitlichung:
Fortfall rechtlicher Nachteil für Ausländer

Hinter dieser Zielvorstellung steht der Gedanke, daß Ausländer in bezug auf den Rechtsschutz gegenüber Inländern nicht benachteiligt werden sollen. So wäre es z.B. durchaus möglich, daß der Inländer einen größeren Urheberrechtsschutz genießt als seine ausländischen Kollegen, die in demselben Land ihre Werke veröffentlichen. Es stellt sich die Frage, ob solche Benachteiligungen schon

durch eine bestimmte Auswahl der Anknüpfungspunkte vermieden werden können.

Diese Frage kann nur dann Bedeutung haben, wenn es sich um Rechtsmaterien handelt, die grundsätzliche Unterschiede in der Rechtsbehandlung von In- und Ausländern vornehmen. Dies sind unter anderem die Bereiche des Urheberrechtsschutzes und des gewerblichen Rechtsschutzes. Es bestünde folgende Möglichkeit, die Benachteiligungen in diesen Bereichen schon durch die Anknüpfungspunkte auszuschließen. Es müßten sämtliche nationalen Gesetze darauf untersucht werden, von welchen Merkmalen sie die unterschiedliche Behandlung von In- und Ausländern abhängig machen. Diese müßten in den Anwendungsbereich der Abkommen übernommen werden.

So müßte z. B. untersucht werden, von welchen Merkmalen die Staaten im Bereich des Urheberrechtsschutzes ihre nachteilige Behandlung abhängig machen. Bei dieser Untersuchung tauchen u. a. als Merkmale auf: Staatsangehörigkeit, Wohnsitz bzw. Sitz oder die Niederlassung des Berechtigten oder der Erscheinungsort des urheberrechtlichen Werkes ⁹⁸⁾. Die Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst ⁹⁹⁾ berücksichtigt hiervon lediglich den Ort der Erstveröffentlichung. Um sicher gehen zu können, daß die Gleichstellung von In- und Ausländern erreicht wird, müßten die obengenannten Anknüpfungspunkte zusätzlich in den Anwendungsbereich des Abkommens eingearbeitet werden, es sei denn, die Gleichstellung wäre bereits auf eine andere Art und Weise vorgenommen worden. Durch den Anwen-

98) Lemhöfer RabelsZ 24, 440

99) s. S. 55

dungsbereich der Bonner Übereinkunft ergäben sich dann fünf Anknüpfungspunkte, wobei unberücksichtigt bliebe, welche Anknüpfungen noch wegen der anderen Ziele der Rechtsvereinheitlichung in den Anwendungsbereich des Abkommens aufgenommen werden müßten.

Dieses Beispiel zeigt, wie umständlich und langwierig der oben dargestellte Lösungsweg sein kann. Zum anderen besteht die Gefahr, daß das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung nicht mehr eingehalten werden kann.

Es bietet sich daher als Lösung an, die Gleichsetzung von In- und Ausländern im Rahmen einer materiell-rechtlichen Regelung vorzunehmen.

Dieser Weg ist z. B. in der Revidierten Berner Übereinkunft gewählt worden¹⁰⁰). Dort heißt es in Art. 5: Die Urheber genießen für die Werke, für die sie durch dieses Abkommen geschützt sind, in allen Verbandsländern mit Ausnahme des Ursprungslandes des Werkes die Rechte, die die einschlägigen Gesetze den inländischen Urhebern gegenwärtig gewähren oder in Zukunft gewähren werden, sowie die in dieser Übereinkunft besonders gewährten Rechte.

Dieser Weg erscheint empfehlenswert. Bei der ersten Lösung müßte eine umfassende Untersuchung der nationalen Gesetze vorgenommen und dabei aufkommende Unsicherheiten in Kauf genommen werden. Bei der Gleichstellung im Rahmen einer materiell-rechtlichen Regelung durch einen einfachen Satz kann man dagegen sicher sein, daß jeder internationale Sachverhalt von dieser Gleichstellung erfaßt wird. Zum anderen muß der Katalog der Anknüpfungsmomente eines Abkommens nicht noch zusätzlich erweitert werden.

¹⁰⁰) s. S. 55

Bevor eine abschließende Antwort auf die Frage, welche Lösung die richtige ist, gegeben werden kann, werden noch einige andere Abkommen untersucht, die von der Materie her für solch eine Prüfung in Betracht kommen.

- aa) Das Welturheberrechtsabkommen¹⁰¹⁾ regelt die Gleichstellung von In- und Ausländern in Art. II. Darin heißt es:

"Die veröffentlichten Werke der Angehörigen eines vertragsschließenden Staates sowie die zuerst in dem Gebiet eines solchen Staates veröffentlichten Werke genießen in jedem Staat den gleichen Schutz, den dieser andere Staat den zuerst in seinem eigenen Gebiet veröffentlichten Werken gewährt."

Die Angehörigen der Verbandsstaaten können somit überall ihre Rechte aus dem Abkommen geltend machen. Sie sind überall gleich geschützt.

Folglich wird im Rahmen dieses Abkommens die Gleichstellung von In- und Ausländern ebenfalls durch eine materiell-rechtliche Regelung vorgenommen.

- bb) Die Pariser Verbandsübereinkunft¹⁰²⁾ bestimmt in Art. 2 I, daß die Angehörigen eines jeden Verbandslandes in allen übrigen Ländern des Verbandes in bezug auf den Schutz des gewerblichen Eigentums die gleichen Vorteile genießen sollen, die die nationalen Gesetze den eigenen Staatsangehörigen gegenwärtig gewähren oder in Zukunft gewähren werden.

Auch hier erfolgt somit eine Gleichstellung von In- und Ausländern durch eine materiell-rechtliche Regelung.

101) s. S. 58

102) s. S. 57

- cc) Das Abkommen über Privilegien und Hypotheken an Seeschiffen ¹⁰³⁾ nimmt ebenfalls im Rahmen einer materiell-rechtlichen Vorschrift eine Gleichstellung von In- und Ausländern vor. In Art. 1 des Übereinkommens heißt es:

"Die Hypotheken und Pfandrechte an Schiffen, die ordnungsgemäß nach dem Rechte des Vertragsstaates, dem das Schiff angehört, begründet werden und in einem öffentlichen Register eingetragen sind, werden in allen anderen Vertragsstaaten anerkannt. "

- dd) Als letztes Abkommen sei das Abkommen zum Schutz der Pflanzenzüchtungen ¹⁰⁴⁾ genannt. Art. 3, eine materiell-rechtliche Vorschrift, stellt alle Vertragsstaatsangehörigen gleich. Im einzelnen ist dort geregelt:

"Natürliche und juristische Personen, die ihren Wohnsitz oder Sitz in einem Verbandsstaat haben, genießen in den anderen Verbandsstaaten in bezug auf die Zuerkennung und den Schutz des Züchterrechts die Behandlung, die nach den Rechtsvorschriften dieser Staaten deren eigene Staatsangehörige gegenwärtig oder künftig genießen."

- ee) Zwischenergebnis

Die Untersuchung bestätigt die zu Anfang dieses Abschnittes aufgestellte These. Fast alle für dieses Problem in Betracht kommenden Abkommen lösen es, indem sie die Gleichstellung von In- und Ausländern durch eine materiell-rechtliche Vorschrift vornehmen. Hierbei handelt es sich um einfache, für jeden verständliche Formulierungen. Folglich berücksichtigt die Verwirklichung des

¹⁰³⁾s. S. 75

¹⁰⁴⁾s. S. 58

vierten Ziele der Rechtsvereinheitlichung auf diesem Wege auch das erste Ziel, nämlich Schaffung einfacher und klarer Normen. Würde dagegen eine Gleichstellung durch die Formulierung von Anknüpfungspunkten vorgenommen werden, so bestünde die Gefahr, daß dieses Ziel nicht erreicht werden würde. Die Zahl der bereits vorhandenen Anknüpfungspunkte müßte nämlich u. a. um die Anknüpfungspunkte Wohnsitz, Niederlassung und Staatsangehörigkeit vergrößert werden. Hierdurch könnte der Anwendungsbereich eines Abkommens unübersichtlich werden und dadurch eine gewisse Rechtsunsicherheit hervorrufen.

Insgesamt sollte daher die Bewertung der Anknüpfungspunkte der Abkommen nicht an dem vierten Ziel der Rechtsvereinheitlichung ausgerichtet werden. Die Verwirklichung dieses Ziels kann nur Aufgabe des materiellen Teils des Abkommens sein, so daß insoweit der materielle Inhalt des Abkommens untersucht werden müßte. Dies ist aber nicht Aufgabe der vorliegenden Arbeit.

e) Das fünfte Ziel der Rechtsvereinheitlichung:
Internationale Durchsetzung rechtspolitischer Ziel-
setzungen

Die Rechtsvereinheitlichung will erreichen, daß überall dasselbe rechtspolitische Gedankengut in derselben Wirkung durchgesetzt wird. Hintergrund dieser Bestrebung ist die Wahrung der Chancengleichheit im internationalen Rechtsverkehr.

Ob ein Abkommen sein jeweiliges rechtspolitisches Ziel verwirklicht, hängt zum einen davon ab, wieviel Staaten das Abkommen unterzeichnen, und zum an-

deren davon, ob sein materiell-rechtlicher Inhalt sich mit diesem Ziel deckt.

Die Abfassung solcher Regelungen ist Aufgabe der jeweiligen Konferenzen, die der Entwicklung und Abfassung der Abkommen vorausgehen. Wieweit dabei ein Staat seine eigenen rechtspolitischen Zielsetzungen verwirklicht, hängt von seinem Verhandlungsgeschick ab.

Es fragt sich, inwieweit das fünfte Ziel der Rechtsvereinheitlichung von den Anknüpfungspunkten eines Abkommens verwirklicht werden kann.

Sie selbst können sicherlich nicht rechtspolitische Zielsetzungen verwirklichen. Allerdings entscheiden sie darüber, ob das Abkommen überall anwendbar ist, d.h., ob jeder Vertragsstaatsangehörige überall in den Genuß des Abkommens kommt und damit überall den gleichen Schutz genießt.

So müßte gewährleistet sein, daß z. B. die CMR ¹⁰⁵⁾ überall Anwendung findet. Dies setzt zum einen voraus, daß das Abkommen weltweit unterzeichnet wird. Zum anderen darf im Anwendungsbereich des Übereinkommens nicht nur auf den Abgangs- und den Bestimmungs-ort abgestellt werden. Es muß gewährleistet sein, daß immer nur entweder heimisches oder Einheitsrecht zur Anwendung kommt, d.h. die Anknüpfungsmomente Wohnsitz bzw. Sitz und/oder Niederlassung müßten zusätzlich in das Abkommen eingearbeitet werden. Des weiteren müßte zur Erfüllung des fünften Ziels der Rechtsvereinheitlichung die Anwendung der IPR-Normen ausgeschlossen sein, womit das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung angesprochen wird.

105) s. S. 25

Dieses Beispiel verdeutlicht, daß die für das fünfte Ziel der Rechtsvereinheitlichung in Frage kommenden Anknüpfungspunkte bereits im Anwendungsbereich eines Abkommens zu finden sind, wenn bei dessen Formulierung die anderen Ziele beachtet werden.

Somit ist eine Untersuchung der einzelnen Anknüpfungspunkte, ob sie auch das fünfte Ziel der Rechtsvereinheitlichung verwirklichen, entbehrlich.

Im übrigen ist zu bedenken, daß es, wie oben schon angedeutet, bei der Verwirklichung dieses Zieles auf den Inhalt des Abkommens und damit auf das Verhandlungsgeschehen der beteiligten Staaten ankommt.

f) Zwischenergebnis

Als erstes Ergebnis kann festgehalten werden, daß die ersten drei Ziele der Rechtsvereinheitlichung schon durch eine bestimmte Auswahl der Anknüpfungspunkte verwirklicht werden können. Das vierte Ziel, Fortfall der Nachteile für Ausländer, durch Anknüpfungspunkte erfüllen zu wollen, würde gegen das erste Ziel, einfache und klare Normen zu schaffen, verstoßen. Zum anderen kann diese vierte Zielvorstellung durch eine einfache und klare materiell-rechtliche Regelung erreicht werden. Auch die Durchsetzung rechtspolitischer Zielsetzungen, das fünfte Ziel der Rechtsvereinheitlichung, kann grundsätzlich nur im materiell-rechtlichen Teil eines Abkommens verwirklicht werden. Ob und inwieweit Anknüpfungspunkte zur Verwirklichung dieses Ziels beitragen können, kann dahinstehen. Die hierfür in Betracht kommenden Anknüpfungen müssen bereits in bezug auf die Erfüllung der ersten drei Ziele der Rechtsvereinheitlichung berücksichtigt werden.

3. Darstellung der weiteren Untersuchungsabschnitte

Um nunmehr Aussagen darüber machen zu können, ob die von den internationalen Abkommen tatsächlich verwandten Anknüpfungspunkte den ersten drei Zielen der Rechtsvereinheitlichung gerecht werden, ist es zunächst erforderlich, sich einen Überblick über die in den bisherigen Abkommen verwandten Anknüpfungspunkte zu verschaffen. Anschließend werden diese Abkommen im Hinblick auf ihre Anknüpfungsmomente in Gruppen aufgeteilt.

Zum einen können im Rahmen dieser Gruppen die Anknüpfungspunkte losgelöst von den Abkommen auf die Verwirklichung der Ziele der Rechtsvereinheitlichung untersucht, und es kann als abschließendes Ergebnis festgestellt werden, welche Anknüpfungspunkte zur Verwirklichung der Ziele der Rechtsvereinheitlichung geeignet sind und welche nicht. Zum anderen ist es durch diese Art des Vorgehens möglich, Aussagen darüber zu machen, inwieweit die Verwirklichung der Ziele der Rechtsvereinheitlichung durch die Anknüpfungsmomente von der zu regelnden Materie abhängig ist und welche Materie sich im Hinblick auf die Anknüpfungspunkte besonders zur Rechtsvereinheitlichung eignet.

4. Überblick über die bisher abgeschlossenen Übereinkommen und deren Anknüpfungspunkte

Die Übereinkommen werden zunächst inhaltlich, und zwar auf die Art und Anzahl ihrer Anknüpfungspunkte untersucht.

a) Bereich Eisenbahnverkehr

Das internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr - CIM - ¹⁰⁶⁾ normiert in Art. 1 seinen

¹⁰⁶⁾ BGBl. 1964 II 1521

Anwendungsbereich, und zwar in den §§ 1, 2 und 3. Eine genaue Untersuchung dieser Paragraphenkette ergibt, daß folgende Voraussetzungen für die Anwendbarkeit dieses Abkommens erfüllt sein müssen:

1. Die Gütersendungen mit durchgehendem Frachtbrief müssen die Gebiete mindestens zweier Vertragsstaaten berühren;
2. die Strecke, auf der die Beförderung vorgenommen wird, muß in Art. 59 des Abkommens in der dortigen Streckenliste aufgeführt sein;
3. liegen Versand- und Bestimmungsbahnhof im Gebiet desselben Staates, darf die Durchgangsstrecke nicht ausschließlich von der Eisenbahn des Versandstaates betrieben werden.
4. Die beteiligten Eisenbahnen dürfen keine Vereinbarung des Inhalts getroffen haben, diese Sendung nicht als internationale Beförderung zu behandeln;
5. bei Gütersendungen im Grenzverkehr zwischen zwei Nachbarstaaten entscheidet über die Anwendbarkeit des Abkommens deren Einigung;
6. handelt es sich um Schifffahrts- oder Kraftfahrzeuglinien, so findet das Abkommen Anwendung, wenn diese die Eisenbahnstrecke ergänzen;
7. schließlich müssen auch diese Linien in der genannten Liste eingetragen sein.

Insgesamt ergeben sich damit für dieses Abkommen sieben Anknüpfungspunkte. Diese kann man in folgende Gruppen aufteilen: Abgangs- und Bestimmungsort, Parteivereinbarung und andere tatsächliche Umstände, denn die an -

deren Anknüpfungsmomente dieses Abkommens sind unter keine bekannte Gruppe einzuordnen. Es handelt sich hierbei um die Anknüpfung an die Strecke, die die Eisenbahn befährt.

Das Internationale Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und Gepäckverkehr - CIV - ¹⁰⁷⁾ bestimmt die Voraussetzungen für seine Anwendbarkeit in Art. 1, und zwar in den §§ 1 - 4. Es ergibt sich folgender Prüfungskatalog:

1. Es muß ein internationaler Beförderungsausweis vorliegen;
2. bei der Beförderung müssen die Gebiete von mindestens zwei Vertragsstaaten berührt werden;
3. die Beförderung muß auf Strecken abgewickelt werden, die in Art. 55 des Abkommens aufgezählt sind;
4. liegen der Abgangs- und der Bestimmungsort in demselben Staat, so ist das Abkommen nur anwendbar, wenn die Durchgangsstrecken nicht ausschließlich von einer Eisenbahn betrieben werden.
5. Bei der Voraussetzung zu 4 darf keine Vereinbarung dahingehend vorliegen, daß die Beförderung nicht als international gilt.
6. Bei zwei Nachbarstaaten wird das Abkommen nur angewandt, wenn ein Staat die gesamte durchgehende Strecke betreibt.
7. Liegt eine Beförderung zwischen Bahnhöfen zweier Staaten vor, die über das Gebiet eines dritten Staates geht, so findet das Abkommen nur Anwendung, wenn

¹⁰⁷⁾ BGBl. 1964 II 1899

die Beförderungstrecken nicht ausschließlich von den Eisenbahnen eines dieser drei Staaten betrieben werden¹⁰⁸⁾.

Insgesamt sind somit sieben Anknüpfungspunkte zu überprüfen, bevor das Abkommen zur Anwendung gelangt. Für diese ergeben sich folgende Oberbegriffe: Abgangs- und Bestimmungsort, Zwischenort, Parteivereinbarung und andere tatsächliche bzw. rechtliche Umstände. Diese letzte Gruppe erfaßt die Frage, wessen Züge den Transport durchführen und ob die Strecke in der im Abkommen befindlichen Liste aufgeführt ist. Unterbekannte Oberbegriffe lassen sich diese Anknüpfungen nicht zusammenfassen. Man kann sie jedoch als Anknüpfungspunkt "Betreiber der Eisenbahn" und "Art der Strecke" bezeichnen.

Das internationale Abkommen über den internationalen direkten kombinierten Eisenbahn-Schiffs-Güterverkehr - MShWS -¹⁰⁹⁾ verlangt die Erfüllung folgende Voraussetzungen, bevor es auf den entsprechenden Sachverhalt angewandt werden kann:

1. Es muß sich um Güterverkehr zwischen Vertragspartnern handeln.

Durch die Verweisung auf das Abkommen über den internationalen Eisenbahn-Güterverkehr - SMGS -¹¹⁰⁾ ergeben sich weiterhin folgende Anknüpfungsmomente:

2. Das Abkommen ist nicht anwendbar, wenn Versand- und Bestimmungsbahnhof im Gebiet desselben Staates liegen;

108) Goltermann a.a.O. Nr. 89 S. 1, Durand a.a.O. Transports S. 304, Bergener a.a.O. S. 287

109) Zweigert/Kropholler a.a.O. II S. 978

110) Zweigert/Kropholler a.a.O. II 2, 969

3. wenn die Voraussetzung zu 2 gegeben ist, aber das Gebiet eines anderen Landes im Durchgang berührt wird;
4. wenn bei der Voraussetzung zu 1 der Verkehr ausschließlich in Zügen des Versand- oder des Bestimmungslandes stattfindet;
5. wenn bei der Voraussetzung zu 1 der Verkehr ausschließlich in Zügen eines Landes und nach seinen Binnenvorschriften erfolgt.

Das Abkommen hat somit insgesamt fünf Anknüpfungspunkte. Diese sind unter die Gruppen Abgangs- und Bestimmungsort, Zwischenort und andere tatsächliche bzw. rechtliche Umstände einzuordnen. Wie bei der CIV kann man einen dieser anderen Umstände, die man als abkommensspezifische Anknüpfungspunkte ansehen muß, als Anknüpfungsmoment "Betreiber der Eisenbahn" bezeichnen. Als neuer Umstand kommt hinzu, daß geprüft werden muß, nach welchen Vorschriften der Zug betrieben wird. Im folgenden wird dies als Anknüpfung an die Vorschriften der Eisenbahn bezeichnet.

Die Anknüpfungsmomente des Abkommens über den internationalen Eisenbahn-Güterverkehr - SMGS - ¹¹¹⁾ entsprechen den beim vorhergehend untersuchten Abkommen genannten Anknüpfungen. Folglich wird der Anwendungsbereich dieses Abkommens ebenfalls durch fünf Anknüpfungspunkte bestimmt, die unter dieselben Oberbegriffe einzuordnen sind wie die des MShWS.

111) s. Anm. 110

Der Anwendungsbereich des Abkommens über den internationalen Personenverkehr - SMPS - ¹¹²⁾ wird in Art. 2 geregelt. Die Erfüllung folgender Merkmale wird danach vorausgesetzt:

1. Der Abgangs- und
2. der Bestimmungsort müssen in zwei verschiedenen Vertragsstaaten liegen.

Das Abkommen wird nicht angewandt, wenn

3. beide Orte in einem Vertragsstaat liegen und das Gebiet eines dritten Landes in Zügen des Abgangslandes berührt wird
oder
4. im Verkehr zwischen zwei Ländern der Durchgang durch das Gebiet eines dritten Landes in Zügen des Abgangs- oder des Bestimmungslandes erfolgt
oder
5. beim Verkehr zwischen zwei Nachbarländern die Beförderung auf der ganzen Strecke mit Zügen einer Eisenbahn nach deren Binnenvorschriften erfolgt
oder
6. beim Verkehr zwischen zwei Häfen nur ein Schiff benutzt wird.

Es ergeben sich folglich für den Anwendungsbereich dieses Abkommens sechs Anknüpfungspunkte, die inhaltlich unter die Gruppen Abgangs- und Bestimmungsort, Zwischenort und andere tatsächliche bzw. rechtliche Umstände, nämlich in welchen Zügen oder Schiffen der Personenverkehr erfolgt, zu subsumieren sind. Für die letzten beiden Anknüpfungen lassen sich keine bekannten Oberbegriffe finden. Wie bei der MShWS handelt es sich hierbei um die neu gefundenen Anknüpfungsmomente "Betreiber der Eisen-

112) s. Anm. 23

bahn" und "Vorschriften der Eisenbahn"

b) Bereich Erbrecht

Das Haager Übereinkommen über das auf die Form letztwilliger Verfügung anwendbare Recht ¹¹³⁾ bestimmt in Art. 5, daß keine Gegenseitigkeit gegeben sein muß. Daraus ergibt sich, daß die Personen, auf die das Abkommen angewandt werden soll, nicht die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaates besitzen müssen. Somit ist dieses Abkommen gegenüber jedermann anzuwenden. Es handelt sich folglich um ein uniform law ¹¹⁴⁾.

Eine weitere Anforderung an die Anwendbarkeit des Abkommens stellt Art. 8, der besagt, daß das Abkommen nur auf Fälle anwendbar ist, in denen der Erblasser nach dem Inkrafttreten des Übereinkommens gestorben ist. Es handelt sich hierbei jedoch um ein Problem des internationalen Rechts, das nur vorübergehend von praktischer Bedeutung ist. Art. 1 des Abkommens enthält keine weiteren Anknüpfungsmomente. Es handelt sich nämlich hierbei um eine Vorschrift des materiellen Teils des Abkommens. Sie enthält die Voraussetzungen, die an die Form der letztwilligen Verfügung zu stellen sind. Insgesamt ist somit festzustellen, daß dieses Abkommen die Form eines uniform law hat, ohne für seine Anwendbarkeit noch die Erfüllung weiterer Anknüpfungen zu verlangen.

c) Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes

Die Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst von 1886 ¹¹⁵⁾ bestimmt in den Art. 2 und 3 die Voraussetzungen für ihre Anwendbarkeit.

113) BGBl. 1965 II 1144

114) Ferid, RabelsZ 30, 425, Scheuchner ZFRV 1964, 217

115) Zweigert/Kropholler a.a.O. III S. 915

Dies sind:

1. Entweder muß der Ort der ersten Veröffentlichung
oder
2. der Ort der Verletzungshandlung in einem Vertrags-
staat liegen.

Insgesamt hat dieses Abkommen zwei Anknüpfungspunkte, und zwar den Verletzungsort und den Ort der Erstveröffentlichung. Diese beiden Anknüpfungen können unter den Oberbegriff "Ort des Geschehens" zusammengefaßt werden, wobei dieser Begriff im Zusammenhang mit dieser Arbeit nicht zu verwechseln ist mit der Anknüpfung Handlungsort des internationalen Deliktsrechts.

Das Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster und Modelle¹¹⁶⁾ setzt nach Art. 1 für seine Anwendbarkeit voraus, daß es sich bei dem Antragsteller um einen Staatsangehörigen eines Vertragsstaates handelt. Das bedeutet, daß Art. 1 den Gegenseitigkeitsschutz normiert¹¹⁷⁾. Andere Voraussetzungen werden nicht verlangt.

Das Abkommen ist folglich nur auf Vertragsstaatsangehörige anwendbar, innerhalb des Verbandes der Vertragsstaaten aber ohne Ansehen der Staatsangehörigkeit. Da die einzige Beschränkung der Anwendbarkeit des Abkommens somit in der Verbandszugehörigkeit der Personen liegt und somit die Auswirkungen des Abkommens auf den Verband beschränkt bleiben, soll diese Anknüpfung als Anknüpfungspunkt "Verband" bezeichnet werden.

Im Madrider Abkommen vom 14.4.1891 betreffend die internationale Registrierung von Fabrik- oder Handelsmarken in der Nizzaer Fassung¹¹⁸⁾ vom 15. Juni 1957 finden

116) RGBl. 1937 II 617

117) Wyler a.a.O. S. 7, 8

118) BGBl. 1962 II 26

sich in den Art. 1 und 2 folgende Anknüpfungspunkte:

1. Es muß sich um Vertragsstaatsangehörige handeln
oder
2. die betreffenden Personen müssen entweder ihren
Wohnsitz
oder
3. ihre gewerbliche oder Handelsniederlassung in einem
Vertragsstaat haben ¹¹⁹⁾.

Für den Anwendungsbereich dieses Abkommens ergeben sich somit drei Anknüpfungsmomente. Diese fallen unter die Oberbegriffe Staatsangehörigkeit, Wohnsitz und Niederlassung.

Die Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 20. 03. 1883 in der Fassung von London ¹²⁰⁾ vom 2. Juni 1934 bestimmt seine Anwendungsvoraussetzungen in den Art. 2 und 3. Es ergibt sich danach folgende Prüfung:

1. Das Abkommen ist nur anwendbar auf Vertragsstaatsangehörige
oder
2. nur auf Nichtvertragsstaatsangehörige, wenn sie ihren Wohnsitz
oder
3. ihre gewerbliche oder Handelsniederlassung in einem Vertragsstaat haben ¹²¹⁾.

Dieses Abkommen besitzt somit drei Anknüpfungspunkte, die wie bei dem vorhergehenden Abkommen unter die Oberbegriffe Staatsangehörigkeit, Wohnsitz und Niederlassung einzuordnen sind.

119) Baumbach/Hefermehl a.a.O. S. 729,
Bogulowski a.a.O. S. 65, Brandt a.a.O. S. 12

120) RGBl. 1937 II 584

121) Bodenhausen a.a.O. S. 6, 7

Das internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen¹²²⁾ regelt seinen Anwendungsbereich in Art. 3. Danach ist folgendes zu beachten:

1. Die Personen, die diesen Schutz beanspruchen, müssen Vertragsstaatsangehörige sein und
2. müssen ihren Wohnsitz
oder
3. ihren Sitz in einem Verbandsstaat haben;
4. sind die Voraussetzungen 2 und 3 nicht erfüllt, müssen die Prüfungspflichten, die an die Züchtungen gestellt werden, erfüllt sein.

Folglich müssen für die Anwendbarkeit dieses Abkommens vier Anknüpfungspunkte untersucht werden, die vom Inhalt her folgenden Gruppen zuzuordnen sind: Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Sitz und andere tatsächliche bzw. rechtliche Umstände, nämlich die Prüfungsbestimmungen, die als Anknüpfungspunkt unter keine typische Gruppe subsumiert werden können.

Das Welturheberrechtsabkommen¹²³⁾ enthält in Art. 2 eine Regelung, die angibt, welche Voraussetzungen für die Anwendbarkeit dieses Abkommens erfüllt sein müssen. Im einzelnen handelt es sich um folgende:

1. Es muß sich um Vertragsstaatsangehörige handeln
oder
2. der Ort der Erstveröffentlichung des Werkes muß in einem Vertragsstaat liegen¹²⁴⁾.

122) BGBl. 1968 II 429

123) BGBl. 1955 II 103

124) Bappert/Wagner a.a.O. S. 200, 201, Bogsch a.a.O. S. 11ff, Troller RabelsZ 19, 35f, Eugen Ulmer a.a.O. Urheberrecht S. 85 und a.a.O. in Winter S. 58 f

Dieses Abkommen besitzt somit zwei Anknüpfungspunkte, die unter die Oberbegriffe Staatsangehörigkeit und "Ort des Geschehens", und zwar Ort der Erstveröffentlichung, zu subsumieren sind.

d) Bereich Kernenergie

Hierzu ist das Übereinkommen über die Haftung gegen-
über Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie¹²⁵⁾ zu nennen.

Aus den Definitionen des Art. 1 in Verbindung mit den anderen Artikeln ist zu entnehmen, daß folgende Voraussetzungen erfüllt sein müssen, bevor das Abkommen angewandt werden kann:

1. Es muß sich um Kernunfälle in einer Kernanlage
oder
2. um Unfälle im Zusammenhang mit einer solchen Anlage handeln.
3. Dabei muß ein radioaktiver Schaden vorliegen, mit anderen Worten, das schädigende Ereignis muß zurückzuführen sein auf Kernbrennstoff
oder
4. auf radioaktive Erzeugnisse
oder
5. auf Abfälle in einer Kernanlage.

Aus Art. 2 des Abkommens ergeben sich als weitere Anknüpfungspunkte:

6. der Kernunfall muß sich auf dem Gebiet eines Vertragsstaates ereignet haben
oder nach Art. 6,
7. wenn er sich anlässlich eines Transportes außerhalb des Hoheitsgebietes des Vertragsstaates ereignet hat,

125) Fischerhof a.a.O. S. 266

muß der Schaden in dem Gebiet eines Vertragsstaates auftreten
und

8. der Transport von einer Kernanlage stammen
oder
9. für eine solche bestimmt sein ¹²⁶⁾.

Folglich hat dieses Abkommen neun Anknüpfungspunkte. Dieser umfangreiche Katalog läßt sich in folgende Gruppen einordnen: "Ort des Geschehens", und zwar der Verletzungsort, und andere abkommensspezifische Anknüpfungen, die keinem anderen bekannten Oberbegriff zuzuordnen sind. In diesem Zusammenhang geht es nämlich um die Frage, ob der Schaden durch radioaktive Stoffe hervorgerufen worden ist. Diese Anknüpfung ist als Anknüpfungsmoment "Ursache des Schadens" zu bezeichnen.

e) Bereich Luftfahrt

Für das Abkommen über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen ¹²⁷⁾ regeln Art. 11 und Art. 12 die Anwendbarkeit. Eine genaue Betrachtung dieser beiden Bestimmungen ergibt hinsichtlich der Anknüpfungsmomente folgendes Bild:

1. Das Luftfahrzeug muß in einem Vertragsstaat eingetragen sein.

Dabei dürfen folgende Voraussetzungen nicht vorliegen:

2. Das Luftfahrzeug darf weder im Militärdienst
3. noch im Zolldienst
4. noch im Polizeidienst stehen.

126) Puget a.a.O. S. 93ff, Piérard a.a.O. S. 353 ff,
Haunschild VW 1960 S. 596

127) BGBl. 1959 II 131

Insgesamt sind folglich vier Punkte zu untersuchen, bevor das Abkommen angewandt werden kann. Diese Anknüpfungspunkte lassen sich unter zwei abstrakte Gruppen aufteilen, Staatsangehörigkeit und andere Umstände. Hierbei handelt es sich um das Problem, in wessen Dienst das Luftfahrzeug steht. Weder die bekannten noch die bisher gefundenen Oberbegriffe erfassen diesen Fall. Es bietet sich an, diesen Umstand als Anknüpfungspunkt "Art der Verwendung des Fahrzeuges" zu bezeichnen.

Das Abkommen über Schäden, welche Dritten auf der Erde durch ausländische Luftfahrzeuge zugefügt werden¹²⁸⁾, bestimmt seine Anknüpfungspunkte in den Art. 23 ff. Danach ergibt sich folgender Prüfungskatalog:

1. Der Schaden muß sich auf dem Gebiet eines Vertragsstaates ereignet haben,
2. das Luftfahrzeug muß in einem anderen Vertragsstaat eingetragen sein,
3. es darf sich nicht um Schäden handeln, die das Luftfahrzeug im Flug erleidet,
4. es darf sich nicht um einen Schaden handeln, der an Bord dieses Luftfahrzeuges eingetreten ist,
5. es darf kein Haftungsvertrag zwischen dem Geschädigten und dem Halter vorliegen,
6. der berechtigte Benutzer und der Geschädigte dürfen keinen Vertrag dieses Inhalts geschlossen haben,
7. die Haftung darf nicht durch ein Gesetz geregelt sein, das für Arbeitsverhältnisse zwischen den in 5 und 6 genannten Personen gilt,
8. das Luftfahrzeug darf kein Militärflugzeug
9. kein Zollflugzeug
und
10. kein Postflugzeug sein.

128) Meyer a.a.O. Bd. II S. 82

Der Anwendungsbereich dieses Abkommens wird somit von zehn Anknüpfungsmomenten abgegrenzt. Diese lassen sich unter folgende Oberbegriffe subsumieren, "Ort des Geschehens", nämlich der Verletzungsort, Registerstaat und Parteivereinbarung. Als weitere abkommensspezifische Anknüpfung ergibt sich der bereits neu gefundene Anknüpfungspunkt "Art der Verwendung des benutzten Fahrzeuges".

Das Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Sicherungsbeschlagnahme von Luftfahrzeugen ¹²⁹⁾ enthält in den Art. 5 und 7 Regelungen, die sich mit den Anknüpfungsmomenten beschäftigen. Es ist danach folgendes zu beachten:

1. Das Luftfahrzeug muß sich in dem Gebiet eines Vertragsstaates befinden,
2. es muß in einem anderen als diesem Vertragsstaat eingetragen sein,
3. die Sicherungsbeschlagnahme darf nicht auf Konkursrecht oder
4. auf Zollvorschriften oder
5. auf Strafvorschriften oder
6. auf Polizeivorschriften beruhen.

Aus dieser Aufstellung ergeben sich somit für den Anwendungsbereich dieses Abkommens sechs Anknüpfungspunkte, die unter die Oberbegriffe *lex rei sitae*, Registerstaat und andere Umstände, einzuordnen sind. Der zuletzt genannte Oberbegriff befaßt sich im Zusammenhang mit der von diesem Abkommen geregelten Materie mit der Frage, auf welcher rechtlichen Grundlage die Beschlagnahme beruht. Da

129) RGBI. 1935 II 302

es hierfür keine bekannte Gruppe gibt, ist dieser Umstand als Anknüpfungspunkt "Rechtsgrundlage des Begehrens" zu bezeichnen,

Das Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr¹³⁰⁾ regelt in Art. 1 die Voraussetzungen, die für seine Anwendbarkeit erfüllt sein müssen. Folgendes ist danach zu beachten:

1. Der Abgangsort muß in einem Vertragsstaat liegen,
2. der Bestimmungsort muß in einem anderen Vertragsstaat liegen,
3. liegen beide Orte in einem Vertragsstaat, so reicht es, wenn der Zwischenlandungsflughafen in einem anderen Staat liegt.

Dieses Abkommen besitzt folglich drei Anknüpfungspunkte, die inhaltlich unter die Gruppen Abgangs- und Bestimmungsort und Zwischenort einzuordnen sind.

Für das Zusatzabkommen zum Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die von einem anderen als dem vertraglichen Luftfrachtführer ausgeführten Beförderung¹³¹⁾ ergeben sich dieselben Anknüpfungspunkte. Art. 2 verweist nämlich insoweit auf das zuvor besprochene Abkommen. Dieses zusätzliche Abkommen ist auch unter dem Namen

" Abkommen von Guadalajara "

bekannt.

Das Haager Protokoll ist ebenfalls eine Art Zusatzabkommen zum Warschauer Abkommen¹³²⁾. Es bestimmt

130) RGBl. 1933 II 1039

131) BGBl. 1963 II 1161

132) BGBl. 1958 II 1958

seine Anknüpfungspunkte wie folgt:

1. Nach der Vereinbarung der Parteien muß der Abgangs-ort in einem Vertragsstaat liegen,
2. der Bestimmungsort muß in einem anderen Vertrags-
staat liegen,
3. liegen beide Orte in einem Vertragsstaat, so muß eine
Zwischenlandung in irgendeinem beliebigen anderen
Staat vereinbart sein.

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß dieses Abkommen drei Anknüpfungspunkte besitzt, die mit denen des Warschauer Abkommens übereinstimmen. Inhaltlich ist hier lediglich als weitere Gruppe die Parteivereinbarung zu nennen.

f) Bereich Personenstandswesen-Familienrecht

Das Übereinkommen über die Änderung von Namen und Vornamen vom 4. 9. 1958 ¹³³⁾ befaßt sich mit der behördlichen Namensänderung ¹³⁴⁾. Art. 1 des Übereinkommens bestimmt ausdrücklich, daß es sich bei der Rechtsmaterie dieses Abkommens um die Änderung von Namen und Vornamen handelt, die von der zuständigen Behörde bewilligt wird. Aus Art. 1 ergeben sich auch die Anknüpfungspunkte:

1. Es muß sich um einen Vertragsstaatsangehörigen und
2. um eine durch die zuständige Behörde zu bewilligende Namensänderung handeln.

Anschließend folgt ein Negativkatalog:

3. Inhalt des Begehrens darf danach weder eine Änderung des Personenstandsbuches
4. noch die Berichtigung eines Irrtums sein.

133) BGBl. 1961 II 1055

134) Maßfeller a.a.O. S. 189

Art. 2 des Abkommens enthält keine weiteren Anknüpfungspunkte. In dieser Regelung verpflichten sich die Vertragsstaaten, keine Änderung von Namen und Vornamen von Staatsangehörigen eines anderen Vertragsstaates zu bewilligen. Diese Verpflichtung gewinnt erst dann an Bedeutung, wenn das Abkommen in seiner Gesamtheit anwendbar ist. Es ergeben sich somit für dieses Abkommen insgesamt vier Anknüpfungspunkte, die sich unter zwei Oberbegriffe subsumieren lassen, nämlich Staatsangehörigkeit und andere Umstände. Bei diesen handelt es sich um die Fragen, welchen Inhalt das Begehren hat und ob die zuständige Behörde die Namensänderung bewilligt. Unter die bisher zusätzlich gefundenen Gruppen lassen sich diese Anknüpfungen nicht einordnen. Es bietet sich an, sie als Anknüpfungspunkte "Zuständigkeit der Behörde" und "Inhalt des Begehrens" zu bezeichnen.

Das Übereinkommen über die Feststellung der mütterlichen Abstammung nichtehelicher Kinder¹³⁵⁾ enthält keine ausdrückliche Regelung seines Anwendungsbereiches. Abgesehen von Art. 1 des Abkommens wird jedoch in jeder einzelnen Vorschrift verlangt, daß die begehrte Feststellung vor einer Behörde eines Vertragsstaates geltend gemacht wird. Entscheidend für die Anwendung des Abkommens ist somit der Ort des Geschehens.

Das Übereinkommen über die Erklärung des Ehwillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen¹³⁶⁾ enthält im Unterschied zu dem vorhergehend untersuchten Abkommen keine Vorschriften darüber, daß gewisse Voraussetzungen erfüllt sein müssen, bevor sein materiell-rechtlicher Teil angewandt werden kann. Es

135) BGBl. 1965 II 17

136) BGBl. 1969 II 163

wird vielmehr verlangt, daß das Abkommen nach der nationalen Transformation gegenüber jedermann Anwendung finden soll. Somit ist für dieses Abkommen die Form eines uniform law gewählt worden. Zusätzliche Anknüpfungspunkte ergeben sich nicht aus dem Abkommen. Alle der Präambel nachfolgenden Vorschriften beschäftigen sich ausschließlich mit dem materiell-rechtlichen Inhalt des Abkommens, und zwar den Voraussetzungen einer Ehe und deren Registrierung. Insgesamt hat somit dieses Abkommen die Form eines uniform law, ohne noch die Erfüllung weiterer Anknüpfungsmomente vorauszusetzen.

Das Übereinkommen über die Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden, vor denen nichteheliche Kinder anerkannt werden ¹³⁷⁾, enthält in den Art. 2 bis 4 eine ausdrückliche Regelung hinsichtlich seiner Anwendungsvoraussetzungen.

1. Der Anerkennende muß Angehöriger eines Vertragsstaates sein,
2. die Anerkennung muß in einem Vertragsstaat erfolgen.

Vor Anwendung dieses Abkommens sind somit zwei Anknüpfungspunkte zu untersuchen. Diese gehören zu den Gruppen Staatsangehörigkeit und "Ort des Geschehens", nämlich Ort der Anerkennung.

Das Haager Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiete der Unterhaltspflicht gegenüber Kindern ¹³⁸⁾ scheint beim ersten Überblick keine speziellen Anknüpfungspunkte zu besitzen. Bei genauer Untersuchung jeder einzelnen Vor-

137) BGBl. 1965 II 17

138) BGBl. 1961 II 1005

schrift dieses Abkommens ergeben sich jedoch folgende Anknüpfungsmomente:

1. Nach Art. 2 muß es sich um die Entscheidung eines Vertragsstaates handeln,
2. sie muß von einer für den Unterhalt zuständigen Behörde ergangen sein, Art. 3,
3. es darf sich nicht um Unterhaltssachen zwischen Verwandten in der Seitenlinie handeln,
4. es darf sich nur um ein eheliches oder
5. nichteheliches oder
6. adoptiertes Kind handeln,
7. es darf nicht verheiratet und
8. noch nicht 21 Jahre alt sein ¹³⁹⁾.

Um dieses Abkommen anwenden zu können, müssen folglich acht Anknüpfungspunkte erfüllt sein. Aus der unter Nr. 1 genannten Anknüpfung ergibt sich, daß dieses Abkommen ausschließlich Entscheidungen innerhalb des Verbandes erfaßt, so daß als Gruppe der Verband in Betracht kommt. Die anderen Anknüpfungsmomente lassen sich zwar unter keine typische Gruppe subsumieren, jedoch sind als bisher neu gefundene Gruppe die "Zuständigkeit der Behörde" und "Inhalt des Begehrens" zu nennen. Die anderen spezifischen Anknüpfungen dieses Abkommens befassen sich mit Voraussetzungen, die an die Person des Kindes gestellt werden. Diese werden im folgenden als Anknüpfungspunkt "Anforderung an die Eigenschaft der Person" bezeichnet.

Das Übereinkommen über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht ¹⁴⁰⁾ bestimmt in den Art. 1, 5 und 6, daß vor Anwendung des Abkommens folgendes untersucht werden muß:

139) Magfeller a.a.O. S. 117, Petersen RabelsZ 24, 36
140) BGBl. 1961 II 104

1. Der gewöhnliche Aufenthaltsort des Kindes muß in einem Vertragsstaat liegen,
2. es darf sich nicht um unterhaltsrechtliche Beziehungen zwischen Verwandten in der Seitenlinie handeln,
3. es müssen Fragen aus dem Bereich der Unterhaltspflicht betroffen sein,
4. das Kind muß entweder ehelich oder
5. nichtehelich oder
6. adoptiert sein,
7. es darf weder verheiratet
8. noch das 21. Lebensjahr vollendet haben¹⁴¹⁾,

Somit hat dieses Abkommen acht Anknüpfungspunkte. Diese lassen sich zum einen unter den Oberbegriff gewöhnlicher Aufenthaltsort und zum anderen unter die bisher neu gefundenen Oberbegriffe "Anforderungen an die Eigenschaft der Person" und "Inhalt des Begehrens" einordnen.

Das Abkommen betreffend den Geltungsbereich der Gesetze in Ansehung der Wirkungen der Ehe auf die Rechte und Pflichten der Ehegatten in ihren persönlichen Beziehungen und auf das Vermögen der Ehegatten¹⁴²⁾ regelt seinen Anwendungsbereich in den Art. 1, 3, 5, 9 und 10. Danach müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Der gemeinsame Heimatstaat muß ein Vertragsstaat sein,
2. haben die Ehegatten verschiedene Staatsangehörigkeit, so muß der letzte gemeinsame Heimatstaat Vertragsstaat sein oder

141) Scheucher ZfRV 1963, 83, 85, Petersen RabelsZ 24, 31
Palandt-Heldrich a.a.O. Anhang zu Art. 21 EGBGB Anm. 3
Müller NJW 1967, 141, 142, Maßfeller a.a.O. S. 108,
114, 115, Jacobs NJW 1967, 1366 ff, Lansky FamRZ
1962, 347, BGH FamRZ 1973, 185

142) RGBl. 1912, 453

3. der Heimatstaat des Mannes muß ein Vertragsstaat sein ¹⁴³⁾.

Insgesamt besitzt dieses Abkommen folglich drei Anknüpfungspunkte, die unter die Gruppe Staatsangehörigkeit fallen. Der Begriff Heimatstaat ist in diesem Abkommen lediglich als andere Formulierung gewählt worden. Dies wird zum einen dadurch deutlich, daß in der zweiten Anknüpfung die Staatsangehörigkeit genannt wird. Zum anderen wird in bezug auf das Staatsangehörigkeitsprinzip auch vom Heimatprinzip gesprochen ¹⁴⁴⁾.

Das Haager Abkommen über die Entmündigung und gleichartige Fürsorgemaßnahmen ¹⁴⁵⁾ formuliert in den Art. 13 und 14 seine Anknüpfungspunkte. Hiernach wird folgendes vorausgesetzt:

1. Es muß sich um eine Person handeln, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem Vertragsstaat hat,
2. Inhalt des Begehrens muß entweder eine Entmündigung oder
3. die Anordnung einer Kuratel oder
4. die Bestellung eines gerichtlichen Beistandes oder
5. die Beschränkung der Geschäftsfähigkeit sein ¹⁴⁶⁾.

Wohl handelt es sich zum Teil um alternativ anwendbare Anknüpfungen, jedoch ist es erforderlich, bei einem entsprechenden Sachverhalt alle fünf Möglichkeiten zu überprüfen. Insgesamt hat daher dieses Abkommen fünf An-

143) RGZ 147, 385 (388), OLG Hamm NJW 1968, 1052, Palandt-Heldrich a.a.O. Anhang zu Art. 15 EGBGB Anm. 2, Maßfeller a.a.O. S. 93

144) Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 § 27 I

145) RGBL. 1912, 463

146) Palandt-Heldrich a.a.O. Anhang zu Art. 8 EGBGB Anm. Ia

knüpfungspunkte. Dabei handelt es sich um die Gruppe gewöhnlicher Aufenthaltsort und die zusätzlich entwickelte Gruppe "Inhalt des Begehrens".

Das Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörde, das anzuwendende Recht und die Anerkennung der Entscheidungen in Adoptionsangelegenheiten ¹⁴⁷⁾ regelt in den Art. 1 und 2, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit das Abkommen angewandt werden kann. Dies sind im einzelnen:

1. Die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaates,
2. der gewöhnliche Aufenthaltsort muß in einem Vertragsstaat liegen,
3. am Tage der Stellung des Adoptionsantrages darf das zu adoptierende Kind noch nicht 18 Jahre alt sein,
4. noch nicht verheiratet sein,
5. weiterhin muß es in einem Vertragsstaat seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort haben,
6. das Kind darf nicht dieselbe Staatsangehörigkeit wie die Adoptierenden besitzen, des weiteren
7. darf der gewöhnliche Aufenthaltsort des Kindes nicht mit den Eltern übereinstimmen.

Für den Anwendungsbereich dieses Abkommens ergeben sich somit sieben Anknüpfungspunkte. Als Oberbegriffe ergeben sich dabei Staatsangehörigkeit, gewöhnlicher Aufenthaltsort und das in dieser Arbeit neu benannte Anknüpfungsmoment "Anforderungen an die Eigenschaften der Person".

147) Maßfeller a.a.O. S. 143

Das Übereinkommen über die kostenlose Erteilung von Personenstandsurkunden und den Verzicht auf ihre Legalisation ¹⁴⁸⁾ ist nach Art. 1 unter folgenden Voraussetzungen anwendbar:

1. Der ersuchende Staat muß Vertragsstaat sein,
2. die betreffende Person muß Angehöriger des ersuchenden Staates sein ¹⁴⁹⁾.

Das Abkommen besitzt folglich zwei Anknüpfungspunkte, die den Gruppen Staatsangehörigkeit und Verbandszugehörigkeit zugeordnet werden können.

Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge ¹⁵⁰⁾ enthält hinsichtlich seines Anwendungsbereiches in den Vorschriften D, C, E und F ausschließlich negative Bestimmungen. Sie können jedoch zur Formulierung der Anknüpfungspunkte herangezogen werden. Es ergibt sich danach folgendes Bild:

1. Die Eigenschaft Flüchtling muß vor dem 1.1.1951 getragen sein,
2. die Person darf sich nicht freiwillig unter den Schutz eines Landes gestellt haben,
3. sie darf keine neue Staatsangehörigkeit erworben haben,
4. sie darf ihre Staatsangehörigkeit nicht freiwillig wiedererlangt haben,
5. sie darf nicht in das Land, das sie verlassen hat, freiwillig zurückgekehrt sein und sich dort niedergelassen haben,

148) BGBl. 1961 II 1055

149) Maßfeller a.a.O. S. 176

150) BGBl. 1953 II 560

6. es darf nicht die Situation eingetreten sein, daß sie den Schutz des Landes, dem sie angehört, nicht mehr ablehnen kann,
7. sie darf nicht staatenlos sein,
8. sie darf zur Zeit nicht unter dem Schutz der UNO stehen,
9. sie darf nicht in dem Land ihres Aufenthaltes einem Staatsangehörigen gleichgestellt sein,
10. sie darf kein Verbrechen gegen den Frieden oder
11. gegen die Menschheit begangen haben,
12. sie darf kein schweres unpolitisches Verbrechen begangen haben,
13. sie darf nicht den Grundsätzen der UNO zuwidergehandelt haben.

Es ergeben sich somit für den Anwendungsbereich dieses Abkommens dreizehn zu prüfende Anknüpfungsmomente. Als bekannte Oberbegriffe ergeben sich die Staatsangehörigkeit und der Aufenthalt. Für die anderen abkommensspezifischen Anknüpfungen könnte als Gruppe "Anforderungen an die Eigenschaft der Person" zu nennen sein. Allerdings geht es bei dem Anwendungsbereich dieses Abkommens nicht um Fragen wie z. B. des Alters. Vielmehr wird daran angeknüpft, ob der Flüchtling ein Verbrechen begangen hat. Diese Anknüpfung wird im folgenden Anknüpfungsmoment "Anforderungen an das Verhalten der Person" genannt.

Ein ähnlich gestaltetes Abkommen stellt das Übereinkommen über die Rechtsstellung Staatenloser dar¹⁵¹⁾.

Es grenzt seinen Anwendungsbereich in Art. 1 ab. Danach ist folgendes zu überprüfen:

151) BGBl. 1976 II 474

1. Die Person darf nicht in irgendeiner Form unter dem Schutz von Organen oder Organisationen der Vereinten Nationen stehen,
2. sie darf nicht in dem Land ihres Aufenthaltes die Rechte eines Staatsangehörigen besitzen,
3. sie darf kein Verbrechen gegen den Frieden oder
4. gegen die Menschheit begangen haben,
5. sie darf sich keines Kriegsverbrechens,
6. keines unpolitischen Verbrechens schuldig gemacht haben und
7. sie darf nicht gegen die Ziele und Grundsätze der UNO verstoßen haben.

Bezüglich des Anwendungsbereiches dieses Abkommens sind somit sieben Anknüpfungspunkte zu prüfen. Diese sind unter die Gruppe Aufenthalt und den neu entwickelten Oberbegriff "Anforderungen an das Verhalten der Person" einzuordnen.

g) Bereich Schifffahrt

Das Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen¹⁵²⁾ definiert in den Artikeln 6, 7 und 8 seine Anknüpfungspunkte. Bei genauer Untersuchung dieser Vorschriften ergibt sich folgender Prüfungskatalog:

- I. Voraussetzungen, die an die Person zu stellen sind:
 1. Reeder oder
 2. Eigentümer oder
 3. Kapitän oder
 4. Mitglied der Besatzung.

¹⁵²⁾ AS 1966, 467

II. Voraussetzungen an das Begehren, das diese Person geltend macht:

5. Sie will die Haftung beschränken oder beansprucht, sie zu beschränken,
6. sie verlangt die Freigabe eines mit Arrest belegten Schiffes oder
7. die Freigabe eines sonstigen Vermögensgegenstandes oder
8. die Freigabe einer Sicherheit.

III. Voraussetzungen an den Ort, an dem dieses Begehren geltend gemacht wird:

9. Das Begehren muß entweder vor einem Gericht eines Vertragsstaates oder
10. im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates geltend gemacht werden.

IV. Voraussetzungen an das Schiff:

11. Es muß sich um ein Seeschiff handeln.

Für die Anwendbarkeit dieses Abkommens müssen folglich elf Anknüpfungspunkte untersucht werden. Als Oberbegriffe ergeben sich hierfür der "Ort des Geschehens", "Inhalt des Begehrens" und "Art der Verwendung des Fahrzeuges". Die Anknüpfung an die Frage, welchen Beruf der Antragsteller ausübt, ist bisher noch nicht als zusätzlicher Anknüpfungspunkt aufgetaucht. Diese Anknüpfung wird daher als Anknüpfungsmoment "Anforderungen an den Beruf der Person" bezeichnet.

Das internationale Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die vorsorgliche Beschlagnahme von Seeschiffen ¹⁵³⁾ regelt in Art. 2 und

153) AS 1956, 723

Art. 8 die Voraussetzungen, die für seine Anwendbarkeit erfüllt sein müssen. Es ergibt sich danach folgende Aufstellung:

1. Das Seeschiff muß sich im Gebiet eines Vertragsstaates befinden,
2. es muß sich um eine maritime Forderung handeln,
3. bei einem Seeschiff, das nicht die Flagge eines Vertragsstaates führt, kommt jede beliebige Forderung in Betracht.

Aus dieser Aufstellung ergeben sich damit drei Anknüpfungspunkte. Diese sind unter die Gruppen "Flagge des Schiffes", "Ort des Geschehens" und "Inhalt des Begehrens" zu subsumieren.

Das Internationale Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über Privilegien und Hypotheken an Seeschiffen ¹⁵⁴⁾ enthält in Art. 14 und 15 eine Regelung über seinen Anwendungsbereich. Danach müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:

1. Das belastete Schiff muß einem Vertragsstaat angehören,
2. es darf weder ein Kriegsschiff
3. noch ein Staatsschiff sein, das ausschließlich für einen öffentlichen Dienst bestimmt ist.

Für die Anwendbarkeit dieses Abkommens müssen folglich drei Anknüpfungsmomente erfüllt sein. Zunächst ist als Oberbegriff der Registerstaat zu nennen. Unter der Formulierung "das Schiff muß angehören" ist nämlich das "Heimatrecht" des Schiffes und damit sein Registerhafen zu verstehen ¹⁵⁵⁾. Weiterhin ergibt sich als abkommensspezifische

154) Schaps/Abraham a.a.O. Bd. II S. 415 ff

155) Schaps/Abraham a.a.O. Bd. II S. 414

Anknüpfung der Anknüpfungspunkt "Art der Verwendung des Fahrzeugs".

Die Anknüpfungspunkte des Internationalen Übereinkommens zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen ¹⁵⁶⁾ ergeben sich aus Art. 12 und 13. Diese stimmen mit den Anknüpfungspunkten des vorhergehend untersuchten Abkommens überein, so daß auch sie unter die Oberbegriffe Registerstaat und andere Umstände, die an die Art der Verwendung des Fahrzeugs anknüpfen, einzuordnen sind.

Weiterhin ist das Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfeleistung und Bergung in Seenot ¹⁵⁷⁾ zu nennen. In Art. 12 verpflichtet es die Vertragsstaaten, dem Übereinkommen entsprechende Regeln in die nationale Gesetzgebung einzuführen. Neben dieser Verpflichtungserklärung ergeben sich aus der Formulierung des Art. 15 einige Voraussetzungen, die vor Anwendung des materiellen Teils des Abkommens erfüllt sein müssen. Es wird verlangt:

1. Das hilfeleistende oder bergende Schiff muß einem Vertragsstaat angehören,
2. das Schiff, zu dessen Gunsten die Hilfeleistung erfolgt, muß einem Vertragsstaat angehören,
3. es darf weder ein Kriegsschiff
4. noch ein Staatsschiff sein, das ausschließlich für einen öffentlichen Dienst bestimmt ist ¹⁵⁸⁾.

156) Zweigert/Kropholler a.a.O. II S. 661

157) RGBI. 1913 I 66

158) Schaps/Abraham a.a.O. Bd. II S. 1261

Art. 15 macht jedoch von diesen Anknüpfungsmomenten eine Ausnahme. Dort heißt es nämlich weiterhin, daß es den Vertragsstaaten überlassen sei, ob sie diesem Übereinkommen die Form eines uniform law geben. In der Bundesrepublik Deutschland ist dies durch die Novelle zum HGB vom 7.1.1913 geschehen¹⁵⁹⁾. Für die Untersuchung im Rahmen dieser Arbeit kommt es jedoch nur auf die Fassung des Übereinkommens an. Aus dieser ergibt sich, daß insgesamt vier Anknüpfungspunkte erfüllt sein müssen, bevor das Abkommen zur Anwendung gelangt. Da, wie bereits erörtert, unter der Formulierung "dem es angehört" der Registerstaat des Schiffes zu verstehen ist, sind die Anknüpfungsmomente dieses Abkommens den Gruppen Registerstaat und "Art der Verwendung des Fahrzeugs" zuzuordnen.

Der Anwendungsbereich des internationalen Übereinkommens zum Schutz des menschlichen Lebens auf See¹⁶⁰⁾ wird durch Art. III bestimmt. Hiernach sind folgende Voraussetzungen zu prüfen:

1. Das Schiff muß im Schiffsregister eines Vertragsstaates oder
2. im Hoheitsgebiet der Vereinten Nationen eingetragen sein.

Dieses Abkommen besitzt somit zwei Anknüpfungspunkte, die auf den Registerstaat abstellen.

Das Übereinkommen zur Vereinheitlichung einzelner Regeln über den Zusammenstoß von Binnenschiffen¹⁶¹⁾ verlangt in Art. I für seine Anwendbarkeit die Erfüllung folgender Voraussetzungen:

159) Wüstendörfer a.a.O. S. 394, 395, Prüßmann a.a.O. S. 1112

160) BGBl. 1965 II 480

161) Zweigert/Kropholler a.a.O. II S. 722

1. Es muß sich um Gewässer eines Vertragsstaates handeln,
2. der Schaden muß durch Ausführung oder
3. Unterlassen eines Manövers entstanden sein,
4. der Schaden kann auch durch Nichtbeachtung der Vorschriften eingetreten sein.

Das Abkommen erläutert jedoch nicht, um welche Vorschriften es sich dabei handelt.

Diesen Anknüpfungspunkten schließt sich folgender Negativkatalog an. Der Schaden darf nicht zurückzuführen sein:

5. auf radioaktive Eigenschaften,
6. auf solche Eigenschaften im Zusammenhang mit Kernbrennstoffen,
7. auf radioaktive Erzeugnisse,
8. auf radioaktive Abfälle.

Acht Anknüpfungspunkte bestimmen somit die Anwendbarkeit dieses Abkommens. Diese fallen unter die Oberbegriffe "Ort des Geschehens" und "Ursache des Schadens".

Das internationale Übereinkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung von Reisenden auf See ¹⁶²⁾ formuliert in den Artikeln 1 und 2 seine Anknüpfungspunkte:

1. Abgangsort und
2. Bestimmungsort müssen in zwei verschiedenen Staaten liegen,
3. ein durchlaufener Zwischenhafen muß in einem anderen Staat liegen,
4. einer der drei Orte muß sich in einem Vertragsstaat befinden,

162) AS 1966, 1009

5. das Schiff muß die Flagge eines Vertragsstaates führen.

Somit sind bei der Anwendung dieses Abkommens fünf Anknüpfungspunkte zu berücksichtigen, wobei diese unter die Gruppen Abgangs- und Bestimmungsort, Zwischenort und Flagge zu subsumieren sind.

Das Haager internationale Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über Konnossemente¹⁶³⁾ bestimmt seinen Anwendungsbereich in Art. 1o. Danach ist für die Anwendung dieses Abkommens darauf abzustellen, ob das Konnossement in einem Vertragsstaat ausgestellt worden ist. Der Anwendungsbereich dieses Abkommens stellt somit auf den "Ort des Geschehens" ab.

h) Bereich Schuldrecht

Das Abkommen über die Bestimmungen auf dem Gebiet des Scheckprivatrechts¹⁶⁴⁾ enthält keine besonderen Bestimmungen darüber, welche Voraussetzungen für seine Anwendbarkeit erfüllt sein müssen. Es enthält lediglich in Art. I die Verpflichtung der Vertragsstaaten, die Regelungen dieses Abkommens anzuwenden. Zwar finden sich in diesem Abkommen noch Vorbehalte, es ist jedoch nicht Aufgabe dieser Arbeit, die Problematik von Vorbehaltsklauseln zu erörtern. Die Vorbehalte, die in diesem Abkommen zu finden sind, werden demzufolge nicht berücksichtigt. Somit hat grundsätzlich die in Art. I des Abkommens ausgesprochene Verpflichtung zur Folge, daß alle Vertragsstaaten dieses Scheckprivatrechtsabkommen unverändert zu transformieren und anzuwenden haben. In Anbetracht der obigen Ausführungen ist daher dieses Abkommen auch gegenüber

163) BGBl. 1939 II 1052

164) BGBl. 1933 II 595

von Nichtvertragsstaaten anzuwenden. Es handelt sich folglich bei diesem Übereinkommen um den typischen Fall eines uniform law, das nicht durch Anknüpfungspunkte in seinem Anwendungsbereich eingeschränkt ist.

Auch das Abkommen über das einheitliche Scheckgesetz ¹⁶⁵⁾ enthält in seinen Vorschriften keine Regelung, aus der sich Anknüpfungspunkte ergeben könnten. In Art. a dieses Abkommens heißt es lediglich:

"Die Hohen Vertragsschließenden Teile verpflichten sich, in ihren Gebieten das Einheitliche Scheckgesetz, das die Anlage I dieses Abkommens bildet, in einem der Urtexte oder in ihren Landessprachen einzuführen." Da dieses Abkommen keine andere Regelung hinsichtlich seines Anwendungsbereichs enthält, hat das Recht des einheitlichen Scheckgesetzes zwingenden Charakter, es sei denn es enthält Vorbehalte ¹⁶⁶⁾. Da, wie dargestellt, diese Arbeit Vorbehaltsklauseln unberücksichtigt läßt, ist davon auszugehen, daß dieses Abkommen grundsätzlich gegenüber jedermann gilt. Es handelt sich daher bei diesem Übereinkommen um ein uniform law, das durch keine weiteren Anknüpfungsmomente in seiner Anwendbarkeit eingeschränkt ist ¹⁶⁷⁾.

Das Abkommen über das Verhältnis der Stempelgesetze zum Scheckrecht ¹⁶⁸⁾ enthält wie die vorhergehenden Abkommen keine spezifische Regelung, die sich mit seinem Anwendungsbereich befaßt. Es verpflichtet jedoch die Vertragsstaaten, ihre Gesetze nach dem Übereinkommen auszurichten. Dabei sollen die Vorschriften gegenüber jedermann gelten. Bei diesem Abkommen handelt es sich folglich um ein uniform law ohne zusätzliche Verwendung von Anknüpfungspunkten.

165) RGBl. 1933 II 53

166) Jakobi a.a.O. S. 24, Baumbach/Hefermehl a.a.O. WG und SchG S. 373 - 375

167) v. Caemmerer/Beuthien/Lathinen a.a.O. S. XIII

168) RGBl. 1933 II 619

Das Abkommen über Bestimmungen auf dem Gebiete des internationalen Wechselprivatrechts¹⁶⁹⁾ enthält ebenfalls lediglich eine Verpflichtungserklärung der Vertragsstaaten, und zwar mit demselben Inhalt, wie er schon zum Abkommen über das einheitliche Scheckgesetz erwähnt und erörtert wurde. Insgesamt gelten daher die obigen Ausführungen auch für dieses Abkommen.

Das Abkommen über das einheitliche Wechselgesetz¹⁷⁰⁾ enthält gleichfalls nur eine Verpflichtungserklärung der Vertragsstaaten. Die obige Wertung gilt daher auch hier¹⁷¹⁾.

Auch das Abkommen über das Verhältnis der Stempelgesetze zum Wechselrecht¹⁷²⁾ enthält keine bestimmte Regelung seines Anwendungsbereiches, es gelten vielmehr die vorhergehend gemachten Ausführungen. Dieses Abkommen wird somit ebenfalls durch die Form des uniform law bestimmt, wobei keine zusätzlichen Anknüpfungsmomente verwandt werden.

Das Einheitliche Gesetz über den internationalen Kauf beweglicher Sachen¹⁷³⁾ bestimmt in Art. I, welche Voraussetzungen für seine Anwendbarkeit erfüllt sein müssen. Es handelt sich hierbei um folgende Punkte:

1. Die Niederlassung der Parteien oder
2. der gewöhnliche Aufenthalt der Parteien muß in zwei verschiedenen Staaten liegen,

169) RGBl. 1933 II 445

170) RGBl. 1933 II 379

171) Baumbach/Hefermehl WG und SchG a.a.O. S. 24,
v. Caemmerer/Bergen/Gratz a.a.O. S. 1
Jakobi a.a.O. S. 19, 23, Strang a.a.O. S. 31, 32,
Quassowski RabelsZ 4, 771, 776
Eugen Ulmer RabelsZ 22, 377, 378

172) RGBl. 1933 II 464

173) Mertens a.a.O. S. 88

3. Abgangs- und
4. Bestimmungsort müssen in verschiedenen Staaten liegen,
5. das Angebot und
6. die Annahmehandlungen müssen im Gebiet verschiedener Staaten vorgenommen werden,
7. finden sie in einem Staat statt, so muß die Lieferung in einem von diesem verschiedenen Staat zu bewirken sein.

Für dieses Abkommen ergeben sich somit sieben Anknüpfungspunkte¹⁷⁴⁾. Sie fallen unter die Oberbegriffe Niederlassung, gewöhnlicher Aufenthaltsort, Abgangs- und Bestimmungsort, Ort der Annahme, Ort des Angebots und Ort der Lieferung.

i) Bereich Straßenverkehr

Das Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr - CMR -¹⁷⁵⁾ enthält in Art. 1 diejenigen Bestimmungen, die regeln, welche Voraussetzungen zur Anwendung des Abkommens erfüllt sein müssen. Im einzelnen wird verlangt:

1. Der Übernahmeort und der Ablieferungsort müssen in zwei verschiedenen Staaten liegen, wobei
2. einer dieser Staaten Vertragsstaat sein muß.

Damit wird der Anwendungsbereich dieses Abkommens durch zwei Anknüpfungspunkte abgegrenzt, die man unter den Oberbegriff Abgangs- und Bestimmungsort einordnen kann.

174) Beß a.a.O. S. 60 ff, Feltham Modern Law Review 1976, 671, Pohle a.a.O. S. 22ff, Rigaux J. Trib. 1972, 563, Riese RabelsZ 22, 23ff, Zweigert/Drobnig/RabelsZ 29, 155ff

175) BGBl. 1961 II 1119

5. Zwischenergebnis

a) Art und Inhalt der verwandten Anknüpfungsmomente

Die bisherige Untersuchung hat gezeigt, daß von den Abkommen folgende typische Anknüpfungspunkte benutzt werden:

Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Niederlassung, schlichter Aufenthalt, gewöhnlicher Aufenthalt, Registerstaat, Flagge, Abgangs- und Bestimmungsort, Zwischenort, Ort des Angebots und Ort der Annahme.

Weiterhin ist auffallend, daß alle Abkommen neben diesen Anknüpfungsmomenten noch andere tatsächliche oder rechtliche Umstände als Anknüpfungspunkte verwenden. Hierbei handelt es sich um Anknüpfungen, die sich unter keine bisher bekannte Gruppe subsumieren lassen. Man kann diese Umstände auch als abkommensspezifische Anknüpfung bezeichnen. Für sie haben sich im Laufe der Untersuchung folgende Oberbegriffe ergeben:

Ort des Geschehens, Anforderungen an den Beruf der Person, Anforderungen an die Eigenschaft der Person, Rechtsgrundlage des Begehrens, Inhalt des Begehrens, Art der Verwendung des Fahrzeugs, Ursache des Schadens und Anforderungen an das Verhalten der Person. Die Anknüpfungsmomente "Art der Strecke" und "Betreiber der Eisenbahn" können dabei nicht als besondere Gruppe bezeichnet werden. Sie beziehen sich ausschließlich auf die Abkommen aus dem Bereich Eisenbahn und sind daher nicht wie die anderen bisher neu entwickelten Oberbegriffe auf Abkommen aus anderen Bereichen übertragbar.

Schließlich ist als Ergebnis festzuhalten, daß die Zahl der verwandten Anknüpfungspunkte von Abkommen zu Abkommen höchst unterschiedlich ist.

b) Gruppenaufteilung

Die bisherige Untersuchung hat auch gezeigt, daß bei einigen Abkommen Übereinstimmungen in den benutzten Anknüpfungspunkten bestehen. Auf die Anknüpfungen bezogen läßt sich daher folgende Aufteilung der Übereinkommen vornehmen:

aa) Die erste Gruppe wird gebildet von Abkommen, deren Anwendbarkeit von Anknüpfungspunkten unabhängig ist und die gegenüber jedermann ohne Ansehung seiner Staatsangehörigkeit angewandt werden. Es handelt sich um Abkommen, deren Rechtssätze als uniform law zu bezeichnen sind.

(1) Hierunter fallen als erste Untergruppe diejenigen Abkommen, die keinen Anknüpfungspunkt besitzen

- das Abkommen über die Bestimmungen auf dem Gebiet des Scheckprivatrechts;
- das Abkommen über die Bestimmungen auf dem Gebiet des Wechselprivatrechts;
- das Abkommen über das einheitliche Scheckgesetz;
- das Abkommen über das einheitliche Wechselgesetz;
- das Abkommen über das Verhältnis der Stempelgesetze zum Scheckrecht;
- das Abkommen über das Verhältnis der Stempelgesetze zum Wechselrecht;
- das Übereinkommen über die Erklärung des Ehewillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen;
- das Haager Übereinkommen über das auf die Form letztwilliger Verfügungen anwendbare Recht.

(2) Die zweite Gruppe wird von denjenigen Abkommen gebildet, die nur unter den Vertragsstaaten anwendbar sind.

Diese Staaten bilden einen Verband . Innerhalb dessen ist das Abkommen auf die Angehörigen der Verbandsstaaten anwendbar, gleichgültig welche Staatsangehörigkeit sie innerhalb des Verbandes besitzen.

Hierzu zählt folgendes Abkommen:

- das Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster oder Modelle.

Im weiteren Verlauf dieser Arbeit werden diese beiden Untergruppen mit Gruppe I und Gruppe II bezeichnet.

bb) Der zweite große Bereich wird von denjenigen Abkommen gebildet, deren Geltungsbereich durch die Verwendung von Anknüpfungspunkten beschränkt ist.

(1) Als erste Untergruppe sind die Abkommen zu nennen, die als Anknüpfungsmomente den Abgangs- und Bestimmungs-ort, den Ort des Angebots und der Abnahme und einen weiteren Zwischenort benutzen. Dies sind:

- das Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr - CMR -;
- das internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr - CIM -;
- das internationale Übereinkommen über den Eisenbahn-Personen- und Gepäckverkehr - CIV -;
- das internationale Abkommen über den internationalen direkten kombinierten Eisenbahn-Schiffs-Güterverkehr - MShWS -;
- das Abkommen über den internationalen Eisenbahn-Güterverkehr - SMGS -;
- das Einheitliche Gesetz über den internationalen Kauf beweglicher Sachen;

- das Abkommen über den internationalen Personenverkehr - SMPS -;
- das internationale Übereinkommen zur Vereinheitlichung Regeln über die Beförderung von Reisenden auf See;
- das Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr;
- das Zusatzabkommen zum Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die von einem anderen als dem vertraglichen Luftfrachtführer ausgeführte Beförderung;
- das Haager Protokoll zum Warschauer Abkommen.

Diese Gruppe wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit als Gruppe III bezeichnet.

(2) Die zweite Untergruppe, im Folgenden Gruppe IV genannt, besteht aus Abkommen, deren Anknüpfungspunkte unter die Oberbegriffe Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Sitz und gewerbliche oder Handelsniederlassung zu subsumieren sind. Hierzu gehören folgende Abkommen:

- das Übereinkommen über die Änderung von Namen und Vornamen;
- das Übereinkommen über die Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden, vor denen nichteheliche Kinder anerkannt werden;
- das Haager Abkommen betreffend den Geltungsbereich der Gesetze in Ansehung der Wirkungen der Ehe auf die Rechte und Pflichten der Ehegatten in ihren persönlichen Beziehungen und auf das Vermögen der Ehegatten;
- das Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden, das anzuwendende Recht und die Anerkennung von Entscheidungen in Adoptionsangelegenheiten;

- das Madrider Abkommen betreffend die internationale Registrierung von Fabrik- oder Handelsmarken in der Nizzaer Fassung;
- die Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums in der Fassung von London;
- das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge;
- das Übereinkommen über die kostenlose Erteilung von Personenstandsurkunden und den Verzicht auf ihre Legalisation (Dieses Abkommen konnte nicht unter die Gruppe II eingeordnet werden, da es durch die Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit zusätzlich in seiner Anwendbarkeit eingeschränkt wird.);
- das internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen;
- das Welturheberrechtsabkommen.

(3) Eine weitere Untergruppe stellen diejenigen Abkommen dar, deren Anwendbarkeit durch die Anknüpfungsmomente gewöhnlicher Aufenthaltsort und schlichter Aufenthalt bestimmt wird. Folgende Abkommen gehören hierzu:

- das Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltspflichten gegenüber Kindern anzuwendende Recht;
- das Haager Abkommen über die Entmündigung und gleichartige Fürsorgemaßnahmen;
- das Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden, das anzuwendende Recht und die Anerkennung der Entscheidungen in Adoptionsangelegenheiten;
- das Einheitliche Gesetz über den internationalen Kauf beweglicher Sachen;
- das Übereinkommen über die Rechtsstellung Staatenloser.

Zwar sind hiervon schon zwei Abkommen im Zusammenhang mit einer anderen Gruppe genannt worden, es läßt sich jedoch eine gewisse Überschneidung nicht verhindern, weil bei diesen Abkommen die Zahl der verwandten Anknüpfungsmomente sehr hoch und daher ihr Inhalt sehr verschieden ist.

Diese Gruppe wird im weiteren Verlauf der Arbeit als Gruppe V bezeichnet.

(4) Als vierte Untergruppe sind diejenigen Abkommen zu nennen, deren Anknüpfungspunkte unter die Oberbegriffe Registerstaat und Flagge einzuordnen sind. Es sind dies:

- das Abkommen über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen;
- das Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über Privilegien und Hypotheken an Seeschiffen;
- das internationale Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die vorsorgliche Beschlagnahme von Seeschiffen;
- das internationale Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen;
- das Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfeleistung und Bergung in Seenot;
- das Abkommen über Schäden, welche Dritten auf der Erde durch ausländische Luftfahrzeuge zugefügt werden;
- das internationale Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See;
- das Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Sicherungsbeschlagnahme von Luftfahrzeugen;

- das Internationale Übereinkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung von Reisenden auf See.

In der weiteren Untersuchung wird diese Untergruppe Gruppe VI genannt.

(5) Eine weitere Untergruppe wird von denjenigen Abkommen gebildet, die an den "Ort des Geschehens" anknüpfen.

Es handelt sich hierbei um folgende Übereinkommen:

- die Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst;
- das Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen;
- das Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die vorsorgliche Beschlagnahme von Seeschiffen;
- das Übereinkommen über die Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden, vor denen nichteheliche Kinder anerkannt werden;
- das Übereinkommen über die Feststellung der mütterlichen Abstammung nichtehelicher Kinder;
- das Haager Internationale Übereinkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über Konnossemente;
- das Übereinkommen über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie;
- das Abkommen über Schäden, welche Dritten auf der Erde durch ausländische Luftfahrzeuge zugefügt werden;
- das Übereinkommen zur Vereinheitlichung einzelner Regeln über den Zusammenstoß von Binnenschiffen;
- das Welturheberrechtsabkommen.

Diese Gruppe stellt im weiteren Verlauf dieser Arbeit die Gruppe VII dar.

- (6) Als letzte Untergruppe sind die Abkommen zu nennen,
die an den Ort der belegen Sache anknüpfen. Dies sind:
- das Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die vorsorgliche Beschlagnahme von Seeschiffen;
und
 - das Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Sicherungsbeschlagnahme von Luftfahrzeugen.

Diese kleine Gruppe wird im Folgenden Gruppe VIII genannt.

- (7) Für das Anknüpfungsmoment Parteivereinbarung wird keine eigene Gruppe gebildet. Diese Anknüpfung wird nämlich nur in ergänzender Funktion und nicht als Hauptanknüpfungspunkt verwandt.

- (8) Eine eigene Gruppe für die abkommensspezifischen Anknüpfungspunkte zu bilden, ist ebenfalls nicht möglich. Zwar sind hierzu Oberbegriffe gebildet worden, jedoch hat die Untersuchung gezeigt, daß bei jedem Abkommen die typischen Anknüpfungspunkte um solche ergänzt werden. Andererseits bestimmen auch sie den Anwendungsbereich eines Abkommens und entscheiden damit darüber, inwieweit das Abkommen den Zielen der Rechtsvereinheitlichung entspricht. Nach der Untersuchung der einzelnen Gruppen werden daher auch die abkommensspezifischen Anknüpfungen daraufhin untersucht, wie sie sich auf die Verwirklichung der Ziele der Rechtsvereinheitlichung auswirken.

- cc) Als Zwischenergebnis dieser Gruppeneinteilung ist festzustellen, daß die einzelnen Gruppen sich deutlich voneinander unterscheiden. Nur wenige Abkommen finden sich in mehreren Gruppen gleichzeitig. Lediglich die beiden letz-

ten Gruppen zeigen stärkere Überschneidungen. Insgesamt läßt sich daher sagen, daß sich die Abkommen schon durch ihre Anknüpfungsmomente unterscheiden.

Die Gruppenaufteilung hat weiterhin gezeigt, daß die Verwendung der Anknüpfungspunkte auch von der vom Abkommen geregelten Materie abhängt. So wird die Gruppe III überwiegend von Abkommen gebildet, die sich mit dem Bereich des Transportwesens befassen. Die Gruppe IV besteht vorwiegend aus Abkommen des Bereichs Familienrecht. Die Gruppe VI erfaßt hauptsächlich Abkommen, die den Bereich der Schifffahrt betreffen. Die Gruppe VII schließlich umfaßt solche Abkommen, die aus dem Bereich der Abwicklung von Schadensfällen stammen.

Im Folgenden soll vor allem wegen dieses zweiten Ergebnisses die Gruppenaufteilung beibehalten werden. Dies ermöglicht, daß abschließend Aussagen nicht nur über die Anknüpfungspunkte selbst, sondern auch darüber gemacht werden können, welche Materien sich in bezug auf die Anknüpfungsmomente besonders zur Rechtsvereinheitlichung eignen.

II. Die Verwirklichung der Zielsetzungen der Rechtsvereinheitlichung durch die Gruppen I - VIII sowie durch die Anknüpfungsmomente Parteivereinbarung und andere Umstände

1. Gruppe I

a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung Schaffung einfacher und klarer Normen

Die erste Gruppe zeichnet sich dadurch aus, daß es sich um Abkommen in der Form des uniform law handelt. Dies

hat zur Folge, daß diese Abkommen sowohl auf nationale als auch auf internationale Sachverhalte anwendbar sind. Ihre Anwendbarkeit ist auch nicht von der Erfüllung gewisser nationalitätsbezogener Anknüpfungspunkte abhängig. Nach erfolgter nationaler Transformation ist folglich das vereinheitlichte Recht sofort anwendbar. Liegt ein entsprechender, durch das Abkommen materiell geregelter Sachverhalt vor, so wird das vereinheitlichte Recht automatisch angewandt.

Teilweise fällt dies in der alltäglichen Rechtsanwendung schon nicht mehr auf, da in der Mehrzahl der Fälle durch die Transformation eine Einarbeitung des Abkommens in der Art und Weise stattgefunden hat, daß eine Unterscheidung zwischen nationalem und vereinheitlichtem internationalem Recht nicht mehr möglich ist.

Ein Beispiel soll dies verdeutlichen:

Liegt ein Sachverhalt aus dem Bereich des Scheckrechts vor, so findet nach erfolgter Transformation das einheitliche Scheckgesetz ¹⁷⁶⁾ Anwendung. In der Bundesrepublik Deutschland ist nicht mehr festzustellen, ob diesbezüglich nationales oder vereinheitlichtes Recht angewandt wird, da das deutsche Scheckgesetz vom 14.8.1933 ¹⁷⁷⁾ bis auf einige Vorbehalte dem einheitlichen Scheckgesetz entspricht. Ebenso verhält es sich mit dem einheitlichen Wechselgesetz ¹⁷⁸⁾.

Insgesamt kann man daher für diese Gruppe feststellen, daß sich die Frage, ob einfache oder klare Anknüpfungspunkte verwandt worden sind, nicht stellt. Insoweit könnte allenfalls der materielle Gehalt der Abkommen dieser Gruppe un-

176) s. S. 80

177) RGBl. 1933 I 597

178) s. S. 81

tersucht werden, was aber nicht Aufgabe dieser Arbeit ist.

Die Form des uniform law ohne weitere Verwendung von Anknüpfungspunkten ist daher, soweit der Anwendungsbereich eines Abkommens in Frage steht, in idealer Weise geeignet, das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu verwirklichen.

b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Ausschluß der kollisionsrechtlichen Frage

Die Abkommen der ersten Gruppe zeigen bezüglich der Verwirklichung dieses Ziels ebenfalls ein erfreuliches Ergebnis. Diese Abkommen werden derart in die nationale Gesetzgebung eingearbeitet, daß sie gegenüber jedermann Geltung haben. Gleichzeitig führt diese Einarbeitung dazu, daß aus den nationalen Normen nicht mehr abgelesen werden kann, welche sich auf transformierte internationale Übereinkommen zurückführen. Unter den Vertragsstaaten macht es daher keinen Unterschied, welche Rechtsanordnung angewandt wird, in jedem Fall gilt das entsprechende Abkommen.

Als Beispiel sei wiederum auf die Bereiche Scheck- und Wechselrecht verwiesen.

Bei Sachverhalten, die diese Bereiche betreffen, wird in jedem Vertragsstaat das diesbezügliche vereinheitlichte Recht angewandt. Für das IPR ist kein Raum. Selbst wenn es aber anzuwenden ist, wäre dies ohne Bedeutung. Innerhalb derjenigen Länder, die das Abkommen in ihre Gesetzgebung eingearbeitet haben, kommt nämlich das selbe Recht zur Anwendung.

Insgesamt stellt daher die Gruppe I auch bezüglich des zweiten Ziels der Rechtsvereinheitlichung eine Ideallösung dar.

c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Fortfall ausländischen Rechts

Auch zur Erfüllung dieses Ziels stellt die Gruppe I die beste Lösung dar. Wie aus der bisherigen Darstellung deutlich wird, gilt bei der Form des uniform law in allen Vertragsstaaten dasselbe heimische Recht. Folglich ist es nicht erforderlich, in den Anwendungsbereich dieser Abkommen noch die Anknüpfungspunkte des heimischen Rechts aufzunehmen. Da die Vertragsstaaten dasselbe Recht anwenden und somit das anzuwendende Recht allen Beteiligten bekannt ist, ist es ohne Bedeutung, ob IPR zur Anwendung kommt oder nicht. Der Idealfall sähe so aus, daß alle Staaten der Welt Vertragspartner würden, so daß bei Abkommen in der Form des uniform law bei entsprechendem Sachverhalt auf der ganzen Welt dasselbe Recht angewandt werden würde. Damit wäre die absolute Gleichheit der Parteien erreicht. Leider ist dies ein Idealfall, den man auch als unerreichbare Utopie bezeichnen muß.

d) Zwischenergebnis

Die Untersuchung der Gruppe I hat gezeigt, daß die Form des uniform law oder auch loi uniforme ohne Anwendung weiterer Anknüpfungen in bester Weise geeignet ist, schon für den Anwendungsbereich des Abkommens die Ziele der Rechtsvereinheitlichung zu verwirklichen.

2. Gruppe II

a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Schaffung einfacher und klarer Normen

Bei der Gruppe II handelt es sich um Abkommen, die als einzigen Anknüpfungspunkt die Erfüllung des Tatbestands-

merkmals Verbandszugehörigkeit verlangen. Wie diese Anknüpfung sich auswirkt, zeigt folgendes Beispiel:

Herr A möchte ein gewerbliches Muster umfassend schützen lassen. Eine gute Möglichkeit, diesen Schutz zu erreichen, bietet das Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster oder Modelle ¹⁷⁹⁾. Dieses Abkommen gewährt bei entsprechender Hinterlegung einen umfassenden Rechtsschutz. Diesen Schutz kann aber nur derjenige in Anspruch nehmen, der Angehöriger eines Vertragsstaates ist. Herr A muß folglich überprüfen, ob der Staat, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, dem Abkommen beigetreten ist. Ist diese Voraussetzung erfüllt, kommt das Abkommen ohne weiteres zur Anwendung.

Auch wenn im Gegensatz zur vorhergehenden Gruppe eine Untersuchung des Anwendungsbereichs vorzunehmen ist, könnte man angesichts des obigen Beispiels der Auffassung sein, daß die Anwendbarkeit bzw. die Frage nach der Anwendbarkeit dieses Abkommens hierdurch nicht erschwert wird.

Die obige Wertung kann aber nur für natürliche Personen Geltung haben. Für juristische Personen ist diese Anknüpfung nur schwer zu bestimmen.

Eine GmbH ist nach deutschem Recht gegründet worden, sie wird aber von der Schweiz aus verwaltet. Die Bundesrepublik Deutschland ist dem Übereinkommen beigetreten, die Schweiz nicht. Handelt es sich in diesem Fall bei der GmbH um eine "verbandszugehörige Gesellschaft"?

Wie dieses Beispiel zeigt, liegt das Problem der "Verbandszugehörigkeit" einer juristischen Person in der Frage, wonach deren

Angehörigkeit zu bestimmen ist, nach dem Sitz oder nach

179) s. S. 56

dem Gründungsort. Im europäischen Raum wird die Sitztheorie und im anglo-amerikanischen Raum die Gründungstheorie vertreten¹⁸⁰⁾. Nach der Gründungstheorie kommt es auf die Rechtsordnung an, auf Grund deren die Gesellschaft gegründet worden ist, und zwar ohne Berücksichtigung des Hauptgeschäftssitzes. Bei der Sitztheorie entscheidet das Recht des Sitzes der Hauptverwaltung über die juristische Person¹⁸¹⁾. Teilweise stellen die internationalen Übereinkommen zwar auf den Sitz oder den Gründungsort ab, überwiegend wird in den Anknüpfungsberetchen der Abkommen jedoch lediglich die Anknüpfungsstaatsangehörigkeit verwendet, so daß offenbleibt, welche Theorie zur Beurteilung der Angehörigkeit der Juristischen Person heranzuziehen ist¹⁸²⁾. Diese Wertung gilt für die Gruppe II. Hier wird lediglich von der Verbandszugehörigkeit gesprochen, ohne zwischen Sitz und Gründungsort zu unterscheiden.

Weiterhin ist einschränkend zu erwähnen, daß durch die oftmals verwandten Vorbehalte zusätzliche Komplikationen auftreten können. Dies zu erörtern, ist jedoch nicht Gegenstand dieser Arbeit.

Insgesamt ist somit festzustellen, daß man den Anknüpfungspunkt "Verband" nur dann als einfach und klar bezeichnen kann, wenn sich seine Bestimmung auf natürliche Personen bezieht.

b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Ausschluß der kollisionsrechtlichen Frage

Der Anknüpfungspunkt "Verband" bewirkt, daß ein Abkommen mit dieser Anknüpfung innerhalb des Verbandes sowohl auf nationale als auch auf internationale Sachverhalte anwendbar ist.

180) Kegel a.a.O. S. 263 ff, Ferid a.a.O. IPR Anm. 121
Kegel a.a.O. in Soergel/Siebert vor Art. 17 EGBGB
Anm. 146 ff, Nußbaum a.a.O. S. 137 ff

181) s. Anm. 172

182) Beitzke a.a.O. S. 2 ff

Es sei hier als Beispiel das Haager Abkommen über die internationale Hinterlegung gewerblicher Muster oder Modelle¹⁸³⁾ genannt. Nach Art. 1 kommt es für die Anwendbarkeit des Abkommens darauf an, daß der Antragsteller dem Verband und somit einem Vertragsstaat angehört. Ist diese Voraussetzung erfüllt, ist das Abkommen innerhalb des Verbandes sowohl auf nationale als auch auf internationale Sachverhalte anwendbar.

Dieses Beispiel zeigt, daß Abkommen mit dem Anknüpfungsmoment "Verband" in Bezug auf das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung ähnlich gewertet werden können wie die Abkommen der ersten Gruppe, und zwar ohne Berücksichtigung der Frage, worauf es zur Bestimmung der Verbandszugehörigkeit ankommt. Die Einschränkung besteht lediglich darin, daß diese einheitliche Wirkung auf den Verband der Vertragsstaaten beschränkt ist, während das Abkommen bei der Form des uniform law auch auf Nichtvertragsstaaten und deren Angehörige anwendbar ist.

Als Ergebnis ist daher festzuhalten, daß sich innerhalb des Verbandes die kollisionsrechtliche Frage nicht stellt. Im übrigen wäre sie insoweit ohne Bedeutung, da innerhalb des Verbandes dasselbe Recht zur Anwendung käme. Die Gruppe II wird somit auch dem zweiten Ziel der Rechtsvereinheitlichung gerecht.

c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung:

Fortfall ausländischen Rechts

Wie oben dargestellt, führt die Anknüpfung des Verbandes dazu, daß innerhalb dieses Verbandes das Abkommen sowohl auf nationale als auch auf internationale Sach-

183) s. S. 56

verhalte anwendbar ist. Dies bedeutet, daß in allen Vertragsstaaten für die vom Abkommen geregelte Materie dasselbe heimische Recht gilt. Es ist daher nicht erforderlich, den Anknüpfungspunkt dieser Gruppe um solche des heimischen Rechts zu ergänzen. Somit erfüllt der Anknüpfungspunkt des Verbandes auch das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung.

d) Zwischenergebnis

Auch die Anknüpfung an den Verband ist grundsätzlich geeignet, die drei Ziele der Rechtsvereinheitlichung zu erfüllen. Es sind aber folgende Einschränkungen zu machen. Der Anknüpfungspunkt "Verband" entspricht nämlich nicht dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung, wenn die Verbandszugehörigkeit einer juristischen Person zu untersuchen ist.

Weiterhin ist einschränkend zu bemerken, daß sich die Wirkung dieser Abkommen auf das Gebiet der Verbandsstaaten beschränkt, Nichtvertragsstaatsangehörige werden nicht erfaßt. Folglich haben auch die Ergebnisse zu dem zweiten und dritten Ziel der Rechtsvereinheitlichung nur relative Bedeutung. Liegt der Ausstellungsort eines Schriftstückes oder der Ort der in Anspruch genommenen Behörde nicht in einem Vertragsstat oder handelt es sich um den Angehörigen eines Nichtvertragsstaates, sind die erzielten Ergebnisse in Frage gestellt. Die Wirkung des Anknüpfungspunktes "Verband" hängt somit davon ab, wieviele Staaten dem Übereinkommen beitreten. Je mehr es sind, desto besser werden das zweite und dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung erfüllt.

3. Gruppe III

a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Schaffung einfacher und klarer Normen

aa) Die Gruppe III wird von Abkommen gebildet, die die Anknüpfungspunkte Abgangs-, Bestimmungs-, Zwischen-ort sowie Ort der Annahme und des Angebots verwenden. Charakteristisch für diese Gruppe ist weiterhin, daß es sich hierbei vorwiegend um Abkommen handelt, die sich mit der Frage des Transports von Personen, Gepäck oder Gütern befassen, und zwar in bezug auf die verschiedenen Transportmittel. Die folgende Untersuchung wird zeigen, daß dies Auswirkungen auf die Wertung der Anknüpfungspunkte dieser Gruppe hat. Im Gesamtergebnis kann daraus die Schlußfolgerung gezogen werden, welche Materie sich besonders zur Rechtsvereinheitlichung eignet.

(1) Die Anknüpfungsmomente Abgangs- und Bestimmungs-ort müssen nach den Anwendungsbereichen der Abkommen der Gruppe III in zwei verschiedenen Staaten liegen, wobei entweder ein Land oder beide Länder Vertragsstaaten sein müssen. Für die Bestimmung dieser Orte ist der von den Parteien abgeschlossene Vertrag entscheidend.

Ob der Abgangs- und der Bestimmungsort in zwei verschiedenen Staaten liegen, kann bei Kenntnis dieses Vertrages mit einer einfachen tatsächlichen Untersuchung entschieden werden. Um weiterhin feststellen zu können, ob ein Land oder beide Länder Vertragsstaaten sind, muß die Liste der dem Abkommen beigetretenen Staaten überprüft werden. Angesichts dieses Ergebnisses liegt der Schluß nahe, daß es sich bei den Anknüpfungen Abgangs- und Bestimmungsort um einfache und klare Anknüpfungsmomente handelt. Die bisherige Untersuchung geht jedoch von der Voraussetzung aus, daß eine ausdrückliche Parteilvereinbarung vorliegt. Ein solcher ausdrück-

licher Parteiwille könnte jedoch fehlen.

Grundsätzlich dürfte es zwar kaum vorkommen, daß keine schriftliche Vereinbarung vorliegt, da der Straßen-, der Schiffs- und der Flugverkehr nahezu vollkommen formularmäßig erfaßt sind, fehlt diese aber dennoch, muß ermittelt werden, von welchem Ort aus und wohin der Transport erfolgen sollte. Dies ist zum Teil eine rein tatsächliche Feststellung, zum Teil kommt es auf die Ermittlung des Parteiwillens an. Bisher hat es bezüglich der Bestimmung des Parteiwillens nur dann in der Literatur und Rechtsprechung erhebliche Schwierigkeiten gegeben, wenn es um die Frage ging, welches Recht die Parteien vereinbart haben und wie die einzelnen Bedingungen des Vertrages auszulegen sind¹⁸⁴⁾. Wie die Darstellung schon zeigt, sind diese Fragen hier nicht einschlägig. Es muß lediglich festgestellt werden, welcher Ort von den Parteien als Abgangs- und welcher Ort als Bestimmungsort bezeichnet worden ist.

(2) Die Abkommen der Gruppe III stellen teilweise zusätzlich auf einen berührten Zwischenort ab. Dieser Anknüpfungspunkt wird dann herangezogen, wenn die beiden oben genannten Anknüpfungen in einem einzigen Staat liegen. In diesem Fall muß der berührte Zwischenort sich in einem anderen Land befinden. Zur Feststellung dessen ist lediglich eine Untersuchung im tatsächlichen Bereich erforderlich, die keine besonderen Rechtskenntnisse voraussetzt.

(3) Die Bestimmung der Anknüpfungsmomente Ort des Angebots und der Annahme ist nicht so zu beurteilen. So muß in bezug auf das Angebot untersucht werden, ob es sich tat-

184) Raape a.a.O. S. 439 ff, Kegel a.a.O. S. 288 ff

sächlich um ein Angebot handelt oder lediglich um eine Aufforderung zum Angebot. Es handelt sich hierbei um eine Problematik, die in allen Rechtssystemen auftaucht¹⁸⁵⁾. Bei der Grenzziehung zwischen beiden Möglichkeiten wird international u. a. berücksichtigt, wie detailliert der Vorschlag ist und ob schon Vorverhandlungen stattgefunden haben. Diesem Problem schließt sich die Frage an, wann ein Angebot wirksam wird¹⁸⁶⁾. Hierzu sind in den nationalen Rechtsordnungen verschiedene Regeln aufgestellt worden, z. B. wird ein Angebot wirksam, wenn der Empfänger die Möglichkeit hat, von dem Angebot Kenntnis zu nehmen, teilweise wird verlangt, daß es ihn tatsächlich erreicht. Letzteres gilt vor allem für ein "irrevocable offer". In einigen Rechtssystemen entscheidet die Art des Zugangs gleichzeitig darüber, welche Form das Angebot haben muß. Schließlich kommt es für die Frage der Wirksamkeit des Angebots darauf an, ob es in die Öffentlichkeit oder Ab- oder Anwesenden gegenüber abgegeben worden ist. Noch diffiziler ist der Ort der Annahme zu lokalisieren. Zunächst muß nämlich untersucht werden, ob überhaupt eine Annahme vorliegt. So muß die Annahme grundsätzlich mit dem Angebot übereinstimmen¹⁸⁷⁾. Änderungen in der Annahmeerklärung können zu einem neuen Angebot führen, wie z. B. ein Gegenangebot, das zum Ausdruck bringt, daß man das Angebot nicht annimmt. Davon zu trennen ist ein selbständiges Angebot, das noch offen läßt, ob man das ursprüngliche Angebot annehmen will. Bei der Auslegung wird in der Regel von der zuletzt genannten Möglichkeit ausgegangen. Wird aber z. B. in der Annah-

185) Lagergren a.a.O. in Honnold S. 55, Corbin a.a.O. §§ 22ff Schlesinger a.a.O. S. 77ff

186) Schlesinger a.a.O. S. 106 ff, Lagergren a.a.O. in Honnold S. 55 ff, Corbin a.a.O. §§ 31 ff

187) Schlesinger a.a.O. S. 125ff, Goldstain a.a.O. in Honnold S. 52 ff, Corbin a.a.O. §§ 59 ff

meerklärung lediglich eine andere Wortwahl getroffen oder werden Bedingungen hinzugefügt, die wohl nicht im Angebot enthalten aber vom Gesetz vorgeschrieben sind, ist von einer uneingeschränkten Annahme auszugehen. Dies gilt auch, wenn der Annehmende lediglich einen Vorschlag macht, wie man das Angebot ändern sollte. Uneinig sind sich dagegen die Rechtssysteme in den Fällen, bei denen es sich scheinbar um eine Annahme handelt, aber andere Vorschläge gemacht werden und nicht gesagt wird, ob es sich hierbei lediglich um einen Wunsch oder um eine verlangte Änderung handelt. Große Schwierigkeiten bereitet auch die Frage, ob ein Angebot durch Schweigen angenommen werden kann. Grundsätzlich bedeutet Schweigen keine Annahme, jedoch gibt es Ausnahmen¹⁸⁸⁾. In anglo-amerikanischen Ländern ist dies z. B. bei einem Angebot zum alleinigen Vorteil des Angebotsempfängers der Fall, jedoch darf der Vertrag keine Bedenkzeit erforderlich machen. In anderen Staaten gilt dies bei einem solchen Angebot nur dann, wenn es formgebunden gemacht worden ist. Des weiteren kann bei gewissen Vertragsarten Schweigen als Annahme angesehen werden, z. B. Schweigen unter Kaufleuten § 362 HGB. Auch die Person des Vertragspartners kann von Bedeutung sein. Wenn es sich um einen Ministerialbeamten handelt, so gilt dessen Schweigen in Frankreich als Annahme. Entscheidend für die Frage, ob Schweigen Annahme bedeutet, können auch folgende Sachverhalte sein: ein ähnlicher Vertrag wurde zuvor abgeschlossen; es bestehen längere Handelsbeziehungen; es werden bereits längere Verhandlungen geführt; der Angebotsempfänger hat um die Abgabe eines Angebotes gebeten usw. Uneinig sind sich die Rechtssysteme auch in den Fällen, bei denen

188) Schlesinger a.a.O. S. 131 ff, Lagergren a.a.O. in Hornold S. 63 ff, Corbin a.a.O. §§ 62 ff

sich die Parteien grundsätzlich geeinigt haben, und eine der Parteien ein Angebot macht, das den bisherigen Verhandlungen entspricht, gleichzeitig aber noch andere Bedingungen hinzufügt. Als grundsätzliches Problem sei das Schweigen auf ein Bestätigungsschreiben genannt. Weiterhin ist zu bedenken, daß die Annahme auch durch konkludente Handlung erfolgen kann. Während im europäischen Raum grundsätzlich eine Annehmerklärung erforderlich ist und somit eine Handlung die Erklärung der Annahme und die Durchführung des Vertrages bedeutet, wird im anglo-amerikanischen Recht zwischen Angeboten unterschieden, die eine Erklärung verlangen, und Angeboten, die nur durch eine Handlung angenommen werden können¹⁸⁹⁾.

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß sich die Abkommen der Gruppe III nicht nur an Personen oder Behörden wenden, bei denen man Rechtskenntnisse voraussetzen kann. Vielmehr sind Adressaten dieser Abkommen auch Privatpersonen. Sie müssen ebenfalls bereits in der Prognose möglichst genau entscheiden können, ob das Abkommen anwendbar ist.

Die Anknüpfungen an den Ort des Angebots und der Annahme stimmen daher insgesamt nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung, Schaffung einfacher und klarer Normen, überein.

bb) Zwischenergebnis

Die Anknüpfungspunkte Abgangs-, Bestimmungs- und Zwischenort werden dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung gerecht. Die Anknüpfungsmomente Ort des Angebots und der Annahme können nicht so beurteilt werden, da zu ihrer Bestimmung entsprechende Rechtskenntnisse sowie eine umfangreiche tatsächliche Untersuchung erforderlich sind.

189) Schlesinger a.a.O. S. 141 ff, Lagergren a.a.O. In Hornold S. 63 ff, Corbin a.a.O. §§ 72 ff

Für die Abkommen der Gruppe III wirkt sich dieses Ergebnis folgendermaßen aus :

- cc) Das Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr - CMR -¹⁹⁰ verwendet lediglich die Anknüpfungsmomente Abgangs- und Bestimmungsort. Dabei ist die CMR direkt an den Beförderungsvertrag und nicht an die direkt oder indirekt beteiligten Personen gebunden¹⁹¹). Art. 1 Abs. 1 S. 2 bestimmt dabei zusätzlich, daß dies ohne Rücksicht auf den Wohnsitz oder die Staatsangehörigkeit der Vertragsschließenden gilt. Da die Zahl von zwei Anknüpfungspunkten nicht die Übersichtlichkeit des Anwendungsbereichs dieses Abkommens einschränkt, ist insgesamt festzustellen, daß die Anknüpfungsmomente dieses Übereinkommens dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung entsprechen.
- dd) Bei dem internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr - CIM -¹⁹²) scheltet die Erfüllung dieses Ziels schon an der Anzahl von acht Anknüpfungspunkten. Diese zu erfassen, bereitet große Probleme und führt zu Unsicherheiten bei der Frage, ob alle Voraussetzungen beachtet worden sind. Die Verwendung der Anknüpfungsmomente Abgangs- und Bestimmungsort ändert an dieser Beurteilung nichts. So muß zusätzlich die gefahrene Strecke genau nachvollzogen werden. Es muß überprüft werden, ob sie in der vom Abkommen beigelegten Liste aufgeführt ist. Des weiteren muß untersucht werden, ob Vereinbarungen vorliegen, die die Anwendung des Abkommens ausschließen. Schließlich ist zu beachten, ob der Betreiber der Eisenbahn wechselt,

190) s. S. 82

191) Muth a.a.O. S. 41

192) s. S. 49

welchem Staat die Eisenbahn unterstellt ist, ob Schifffahrtslinien einbezogen sind und welchen Charakter diese Schifffahrtslinie in bezug auf die Eisenbahnlinien haben.

Diese Darstellung zeigt, daß der Katalog der Anknüpfungspunkte dieses Abkommens derart umfangreich ist, daß vom Adressatenkreis her gesehen nicht mehr mit der notwendigen Sicherheit vorausgesehen werden kann, ob das Abkommen anwendbar ist.

Diese Wertung gilt wohl nicht für die Eisenbahngesellschaft, da sie täglich mit Fragen dieser Art beschäftigt ist. Aus der Sicht des Vertragspartners, der nicht so oft von diesen Problemen berührt wird, ist es jedoch angesichts des unübersichtlichen und komplizierten Anwendungsbereichs nicht ohne weiteres möglich, in der Prognose zu entscheiden, wie es um die Anwendbarkeit des Abkommens steht. Insgesamt kann daher nicht mehr von einfachen und klaren Normen gesprochen werden. Der Anwendungsbereich dieses Abkommens erfüllt somit wegen der hohen Anzahl der Anknüpfungspunkte und der dadurch umfangreicher werdenden Untersuchung nicht das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung.

- ee) Das internationale Übereinkommen über den Personen- und Gepäckverkehr - CIV -¹⁹³⁾ hat sieben Anknüpfungspunkte. Auch zu dieser Zahl gilt die vorherige Wertung. Sieben Anknüpfungsmomente sind nicht mehr mit der Forderung nach Einfachheit und Klarheit vereinbar. Im Rahmen des Anwendungsbereichs dieses Abkommens sind nämlich ebenfalls die zum vorhergehenden Abkommen dargestellten

193) s. S. 51

Untersuchungen durchzuführen. Auch der Adressatenkreis dieses Übereinkommens stimmt mit dem des vorhergehend untersuchten überein.

Trotz der Verwendung der einfachen und klaren Anknüpfungen Abgangs- und Bestimmungsort sowie Zwischenort gilt daher auch für dieses Abkommen, daß es dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung nicht gerecht wird.

- ff) Das Abkommen über den internationalen direkten kombinierten Eisenbahn-Schiffs-Güterverkehr - MShWS -¹⁹⁴⁾ umfaßt lediglich fünf Anknüpfungspunkte. Wohl werden dabei auch die Anknüpfungsmomente Abgangs-, Bestimmungsort und Zwischenort verwandt, jedoch erschweren die daneben zu beachtenden Sonderregelungen die Prüfung erheblich. So muß beachtet werden, ob es sich bei den zu berücksichtigenden Ländern um Nachbarstaaten handelt, ob der Transport von Zügen nur eines Landes vorgenommen worden ist und nach welchen Vorschriften der Zug betrieben wird. Diese Prüfungen lassen den Anwendungsbereich dieses Abkommens unübersichtlich werden. Zwar kann man dies nicht für die Eisenbahngesellschaft annehmen. Adressat des Übereinkommens ist aber auch der Vertragspartner, der mit dieser Materie nicht so vertraut ist. Es muß daher abschließend festgestellt werden, daß die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung übereinstimmen.

- gg) Das Abkommen über den internationalen Eisenbahn-Güterverkehr - SMGS -¹⁹⁵⁾ verwendet hinsichtlich seines Anwendungsbereichs dieselben Anknüpfungspunkte. Die obige Wertung gilt daher auch für dieses Abkommen.

194) S. S. 52

195) S. S. 52, 53

hh) Das Abkommen über den internationalen Personenverkehr - SMPS -¹⁹⁶⁾ besitzt ebenfalls fünf Anknüpfungsmomente. Neben den einfachen und klaren Anknüpfungen Abgangs-, Bestimmungs- und Zwischenort erschweren jedoch weitere Untersuchungen seine Anwendbarkeit erheblich. Es muß nämlich zusätzlich geprüft werden, mit welchen Zügen die Strecke befahren wird, ob nur ein Schiff benutzt wird und ob es sich um Verkehr zwischen zwei Häfen handelt. Dies sind wohl Fragen aus dem tatsächlichen Bereich, jedoch muß man die verwandten Anknüpfungspunkte in ihrer Gesamtheit und den Adressatenkreis des Abkommens betrachten. Dieser besteht nicht nur aus dem Transporteur, sondern auch aus dem Passagier, für den solche Prüfungen die Prognose, ob das Abkommen anwendbar ist, erheblich schwerer. Insgesamt gilt daher auch für den Anwendungsbereich dieses Abkommens, daß er nicht dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung entspricht.

ii) Das einheitliche Gesetz über den internationalen Kauf beweglicher Sachen¹⁹⁷⁾ verwendet als Anknüpfungsmomente sowohl den Abgangs- und Bestimmungsort als auch den Ort der Annahme und des Angebots. Allein schon wegen der Verwendung der beiden letzten Anknüpfungspunkte in Verbindung mit der Zahl von sieben Anknüpfungen kann der Anwendungsbereich dieses Abkommens nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung übereinstimmen. Auch vom Adressatenkreis her gesehen ergibt sich keine andere Beurteilung.

jj) Im Anwendungsbereich des Übereinkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung von Reisenden auf See¹⁹⁸⁾ sind die einfachen und klaren Anknüpfungs-

196) s. S. 54

197) s. S. 81

198) s. S. 78

momente Abgangs-, Bestimmungs- und Zwischenort zu finden. Zusätzlich wird noch der Anknüpfungspunkt "Flagge des Schiffes" verwandt. Um zu bestimmen, ob es sich um die Flagge eines Vertragsstaates handelt, bedarf es der Kenntnis der Flagge des Schiffes und einer Liste der Vertragsstaaten. Unter Berücksichtigung dessen und in Anbetracht der Zahl von vier Anknüpfungspunkten erfüllt dieses Abkommen hinsichtlich seines Anwendungsbereichs die Zielvorstellung Einfachheit und Klarheit der Normen.

- kk) Der Anwendungsbereich des Warschauer Abkommens zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung im internationalen Luftverkehr¹⁹⁹⁾ stimmt ebenfalls mit diesem Ziel überein, da dieses Abkommen ausschließlich auf den Abgangs-, Bestimmungs- und Zwischenort abstellt.
- ll) Da das Zusatzabkommen zum Warschauer Abkommen und das Haager Protokoll²⁰⁰⁾ dieselben Anknüpfungsmomente wie das zuvor untersuchte Abkommen verwenden, gilt die dortige Wertung auch für deren Anwendungsbereich.
- mm) Zwischenergebnis

Die Untersuchung der einzelnen Abkommen hat ergeben, daß neben der Art auch die Zahl der verwandten Anknüpfungspunkte für die Wertung des Anwendungsbereichs eines Abkommens von Bedeutung sein kann. Eine zu hohe Anzahl kann selbst bei rein tatsächlichen Anknüpfungen zu Unübersichtlichkeit und Unsicherheit führen und somit die Erfüllung des ersten Ziels der Rechtsvereinheitlichung gefährden. Hierbei ist zusätzlich entscheidend, woraus sich der Adressatenkreis eines Abkommens zusammensetzt.

199) s. S. 63

200) s. S. 63

b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Ausschluß der kollisionsrechtlichen Frage

- aa) Eine abstrakte Untersuchung der Anknüpfungspunkte der Gruppe III auf die Erfüllung dieses Ziels kann nicht erfolgen. Wie bereits dargestellt ²⁰¹⁾, besteht die einzig praktikable Lösung, dieses Ziel zu verwirklichen, darin, daß die in den verschiedenen nationalen IPR für die vom Abkommen geregelten Sachverhalte im wesentlichen gewählten Anknüpfungspunkte in den Anwendungsbereich des Abkommens übernommen werden. Wie das bereits zu diesem Thema dargestellte Beispiel verdeutlichte ²⁰²⁾, wirkt sich dies auf ein Übereinkommen wie folgt aus:

Die CMR ²⁰³⁾ berücksichtigt den Abgangs- und den Bestimmungsort. In den verschiedenen nationalen IPR finden sich u. a. für den Bereich des Straßengütertransports folgende Anknüpfungspunkte: ausdrücklicher, stillschweigender, hypothetischer Parteiwille, Wohnsitz der Parteien, ihr Sitz, ihre Niederlassung, Ort des Vertragschlusses und Staatsangehörigkeit der Parteien ²⁰⁴⁾. Da die einzig praktikable Lösung nur darin bestehen kann, die wesentlichen Anknüpfungen auszuwählen, ist zu überprüfen, welche Anknüpfungen überwiegend von den Kollisionsnormen der verschiedenen nationalen IPR für die vom Abkommen geregelte Materie verwandt werden kann, welche für den von der CMR geregelten Bereich zweckmässig sind und ob die vom Abkommen berücksichtigten Anknüpfungen nicht bereits die Anknüpfungsmomente des IPR erfassen.

201) s. S. 26 ff

202) s. S. 26 ff

203) s. S. 82

204) Ficker a.a.O. HWB S. 375 ff i. Firsching a.a.O. Einführung S. 32 ff, 196 ff,
Makarov a.a.O. Grundriß S. 67 ff, Ferid a.a.O.
IPR S. 146 ff

Wird bei der Formulierung des Anwendungsbereichs eines Abkommens diese Art und Weise des Vorgehens eingehalten, ist zwar nach wie vor IPR anwendbar, doch die Verweisung des IPR ist in der Mehrzahl der Fälle gegenstandslos, da die Anknüpfungsmomente der IPR-Normen gleichzeitig auf das Abkommen verweisen. Entscheidend hierfür ist lediglich, daß die beteiligten Staaten das Abkommen unterzeichnet haben.

Angesichts dieser Lösung kommt es folglich auf die jeweils vom Abkommen geregelte Materie und auf die im IPR verwandten Anknüpfungen an, um in der oben dargestellten Weise entscheiden zu können, ob die Anknüpfungen eines Übereinkommens dem zweiten Ziel der Rechtsvereinheitlichung entsprechen.

- bb) In bezug auf die von der CMR²⁰⁵⁾ geregelten Materie werden, wie oben erörtert, in den IPR-Normen folgende Anknüpfungen berücksichtigt: ausdrücklicher stillschweiger hypothetischer Parteiwille. Weiterhin werden herangezogen der Erfüllungsort, der Wohnsitz der Parteien, ihr Sitz, ihre Niederlassung, der Ort des Vertragsschlusses, die Staatsangehörigkeit der Parteien. Dies sind die überwiegend von den IPR-Normen verwandten Anknüpfungspunkte für den Bereich des Straßengütertransports. Da die CMR lediglich den Abgangs- und den Bestimmungsort als Anknüpfungsmomente verwendet, ist fraglich, ob der Anwendungsbereich der CMR gewährleistet, daß bei Anwendung der IPR-Normen deren Verweisung überwiegend gegenstandslos wird. Es ist jedoch folgendes zu bedenken:

205) s. S. 82

Die CMR stellt auf den Beförderungsvertrag ab. In diesem Vertrag sind der Abgangs- und der Bestimmungsort bezeichnet. Da in dem Vertrag der Parteiwille zum Ausdruck kommt, wird diese IPR-Anknüpfung vom Anwendungsbereich der CMR erfaßt. Es ist auch auszuschließen, daß ein solcher Beförderungsvertrag fehlt, weil der Bereich des Straßengütertransports nahezu vollkommen formalisiert ist. Selbst wenn aber ein solcher Vertrag fehlen sollte und der Parteiwille nicht zu ermitteln ist, so daß es auf die Hilfsanknüpfungen wie Erfüllungsort, Wohnsitz bzw. Sitz ankommt, sind auch diese im Anwendungsbereich der CMR bedacht. Wohnsitz, Sitz oder Niederlassung werden bei Beförderungen in der von der CMR geregelten Art mit dem Abgangs- und Bestimmungsort übereinstimmen. Beim Straßengüterverkehr handelt es sich nämlich um eine gebundene Marschroute. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen.

Der Unternehmer A mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland will seine Ware zum Abnehmer B mit Sitz in der Schweiz bringen lassen. Für diesen Transport wird A einen Spediteur in der Nähe seines Sitzes beauftragen, denn Zweigniederlassungen in mehreren Ländern sind bei Spediteuren oder Frachtführern im Bereich des Straßengüterverkehrs selten. Es kommt hinzu, daß die Spediteure bzw. Frachtführer durch die Bindung an die Straße und das vorgegebene Ziel in ihrer Marschroute beschränkt sind. Die Ware wird von C transportiert, C hat entsprechend den obigen Ausführungen seinen Sitz in der BRD. Wie es zur Auftragsvergabe kam, ist unbekannt. Aus irgendwelchen Gründen fehlt auch ein vorschriftsmäßig unterschriebenes Formular. C liefert die Ware bei B ab. Da kein schriftlicher Vertrag vorliegt und die Vertragsentwicklung nicht zurückverfolgt werden kann, ist auf die Hilfsanknüpfungen abzustellen. Sitz bzw. Wohnsitz der Ver-

tragsparteien weisen auf die BRD.
Nach dem Sachverhalt stimmt dies
mit dem vom Übereinkommen be-
rücksichtigten Anknüpfungspunkt Ab-
gangsort überein.

Auch der Abschluß des Vertrages und der Erfüllungsort
sind erfaßt. Der Erfüllungsort wird mit dem Bestimmungs-
ort übereinstimmen.

In dem obigen Beispiel ist Erfüllung-
ort die Schweiz. Dies ist gleichzeitig
der Bestimmungsort, auf den der An-
wendungsbereich der CMR abstellt.

Bedenken könnten des weiteren hinsichtlich des Abschluß-
ortes des Vertrages bestehen.

In bezug auf das bisher verwandte Bei-
spiel ist zu bedenken, daß Spediteure
oder Frachtführer im Bereich des Straßen-
gütertransports selten Zweigniederlassun-
gen in mehreren Ländern haben. Durch
die Straße sind sie örtlich festgelegt. Durch
das vorgegebene Ziel und die sich daraus
ergebende Bindung ist ihre Marschroute
festgelegt. Folglich kommt vom Abgangs-
ort der Ware her gesehen nur ein kleiner
Teil der Spediteure oder Frachtführer in
Betracht.

Im obigen Beispiel ist zumindest durch
die Übergabe der Ware und durch den sich
anschließenden Transport ein Vertrag zu-
standegekommen. Diese Handlungen haben
in der BRD stattgefunden. Dies stimmt mit
dem vom Übereinkommen benutzten An-
knüpfungspunkt Abgangsort überein.

Es ist auch der Fall denkbar, daß der
Empfänger B einen Spediteur beauftragt,
ihm die Ware zu bringen.

Wenn nicht der Abgangsort, so wäre in
diesem Beispiel auf jeden Fall der Be-
stimmungsort Ort des Vertragsschlusses.

Somit ergibt sich, daß letztlich auch der Ort des Vertrags-
schlusses entweder im Abgangs- oder im Bestimmungsland
der Ware liegen wird.

Insgesamt ist daher festzustellen, daß die Anknüpfungspunkte Abgangs- und Bestimmungsort für die von der CMR geregelten Sachverhalte wegen der gebundenen Marschroute des Straßengütertransports das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung erfüllen. Sollte es auch auf die Staatsangehörigkeit der Parteien ankommen, so würde es sich um einen Fall handeln, bei dem das IPR nur auf ein Land verweist, da alle anderen Hilfsanknüpfungen gleichzeitig auf das Abkommen verweisen. Diese Möglichkeit kann hingenommen werden, da in solchen Fällen nicht mehr von Rechtsunsicherheit gesprochen werden kann. Schließlich ist zu bedenken, daß der gesamte Straßengüterverkehr derart formularmäßig erfaßt ist, daß es grundsätzlich nicht auf die vom IPR verwandten Hilfsanknüpfungen ankommen wird.

- cc) Das internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr – CIM –²⁰⁶⁾ stößt in bezug auf das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung insofern auf Bedenken, als auch hier der Ort des Vertragsschlusses und der Sitz des Eisenbahnunternehmens nicht berücksichtigt worden sind, Anknüpfungspunkte, die von den verschiedenen nationalen IPR für den Bereich Frachtvertrag geprüft werden²⁰⁷⁾.

Hinsichtlich des Partewillens gilt das zum vorhergehenden Abkommen Gesagte. Auch dieses Abkommen stellt in bezug auf die Bestimmung seiner Anknüpfungspunkte auf den Beförderungsvertrag ab. Durch diesen Vertrag kommt das vom IPR benutzte Anknüpfungsmoment Parteiwille zum Ausdruck. Da der Bereich des Eisenbahnfrachtverkehrs ebenfalls nahezu vollkommen formalisiert ist, ist auszuschließen, daß ein schriftlicher Beförderungsvertrag fehlt.

206) s. S. 49

207) Flicker a.a.O. HWB S. 472 ff

Sollte es aber auf die Hilfsanknüpfungen des IPR ankommen, so ist, wie das folgende Beispiel zeigen wird, davon auszugehen, daß auch sie vom Anwendungsbereich des Abkommens erfaßt werden.

Der Unternehmer A mit Sitz in der BRD will seine Ware auf dem Schienenweg zum Unternehmer B mit Sitz in der Schweiz transportieren lassen. Er wird hierzu auf die Eisenbahn an seinem Sitz zurückgreifen, da die Eisenbahnunternehmen an das ihnen in einem Land zur Verfügung gestellte Streckennetz gebunden sind. Über diese Eisenbahnlinien hinaus können sie ihr Angebot nur mit der Unterstützung der anderen Staaten ausdehnen. Eisenbahnunternehmen können sich daher letztlich nicht international ausbreiten. Hinzu kommt, daß diese Unternehmen überwiegend verstaatlicht sind. Infolge dessen kann sich der Unternehmer A nur an das Eisenbahnunternehmen mit Sitz in der BRD wenden, um seine Ware auf dem Schienenwege in die Schweiz transportieren zu lassen. Folglich wird auch der Vertrag in der BRD geschlossen werden.

Ort des Vertragsschlusses, Erfüllungs-ort, Sitz bzw. Wohnsitz der Vertragsparteien stimmen daher insgesamt mit den vom Abkommen verwandten Anknüpfungspunkten Abgangs- und Bestimmungs-ort überein.

Somit ist daher davon auszugehen, daß in der Regel die als fehlend angesprochenen Anknüpfungspunkte von den im Abkommen berücksichtigten Kriterien erfaßt werden.

Im übrigen ist zu bedenken, daß, wie bereits erörtert, der Bereich des Schienenverkehrs vollkommen formularmäßig erfaßt ist, so daß es kaum auf die Hilfsanknüpfungen ankommen wird.

Das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung ist folglich erfüllt.

- dd) Da das internationale Übereinkommen über den Personen- und Gepäckverkehr - CIV - ²⁰⁸⁾ in seinen Anknüpfungspunkten und von der geregelten Materie her dem obigen Abkommen entspricht, gilt die dortige Wertung auch hier.
- ee) Das Abkommen über den internationalen direkten kombinierten Eisenbahn-Schiffs-Güterverkehr - MShWS - ²⁰⁹⁾ benutzt zwar dieselben Anknüpfungspunkte, jedoch regelt es teilweise andere Sachverhalte, was auf den kombinierten Verkehr zurückzuführen ist. Andererseits sind aber alle drei Verkehrsmittel wegen dieser Kombination erst recht an Marschrouten gebunden. Des weiteren ist auch hier zu bedenken, daß der Güterverkehr formularmäßig erfaßt ist und es daher nicht auf die Hilfsanknüpfungen ankommt. Auf Grund dessen werden von den Anknüpfungen des Abkommens auch die Anknüpfungsmomente Ort des Vertrags - schlusses und Sitz des Unternehmens erfaßt. Eine Anwendung des IPR innerhalb der Vertragsstaaten wäre somit gegenstandslos, da seine Anknüpfungen gleichzeitig auf das Abkommen verweisen. Der Anwendungsbereich dieses Abkommens erfüllt daher das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung.
- ff) Das Abkommen über den internationalen Eisenbahn-Güterverkehr - SMGS - ²¹⁰⁾ regelt ebenfalls Verkehrsbe- reiche, die an feste Marschrouten gebunden sind. Da seine Anknüpfungspunkte mit denen des vorhergehenden Abkom- mens übereinstimmen und auch dieser Bereich durch For- mulare geregelt ist, gilt die dortige Wertung auch hier.

208) s. S. 51

209) s. S. 52

210) s. S. 52, 53

gg) Für die vom einheitlichen Gesetz über den internationalen Kauf beweglicher Sachen - EKG -²¹¹⁾ erfaßten Sachverhalte werden in den Kollisionsnormen der verschiedenen nationalen IPR teilweise dieselben Anknüpfungspunkte verwendet, wie sie bereits bei der CMR dargestellt worden sind. Im Gegensatz zu den bisherigen Abkommen ist der Anwendungsbereich dieses Abkommens vom äußeren Bild her vollständiger; denn hier werden zusätzlich der Ort der Annahme, des Angebots, die Niederlassung der Parteien und der gewöhnliche Aufenthaltsort derselben berücksichtigt.

Zum einen ist jedoch zu bedenken, daß das EKG teilweise auf das IPR verweist, und zwar in Art. 3, 4, 5 II, 69, 89²¹²⁾. Zum anderen stellt gerade die Anknüpfung des Kaufvertrages auch im IPR ein schwieriges Problem dar. Im Rahmen solcher Sachverhalte kann nämlich nicht davon ausgegangen werden, daß immer ein schriftlicher Vertrag vorliegt. Daher kommt es auch auf die Hilfsanknüpfungen an. Im Rahmen des Anwendungsbereichs dieses Abkommens fehlen aber die Anknüpfungsmomente Staatsangehörigkeit und Wohnsitz.

So ist folgender Fall denkbar:

Der Verkäufer hat seinen Sitz in Deutschland, der Käufer hat seinen Wohnsitz in Argentinien. Angebot und Annahme finden in Deutschland statt. Die Ware soll in Deutschland an eine bestimmte dritte Adresse geliefert werden. Eine schriftliche Vereinbarung liegt nicht vor. Das Abkommen könnte nicht angewandt werden, obwohl der Käufer seinen Wohnsitz in Argentinien hat. Es müßte IPR angewandt werden, womit eine sehr umfangreiche Prüfung verbunden ist. Die Verweisung durch das IPR wird folglich in-

211) s. S. 81

212) Mertens/Rehbinder a.a.O. S. 90, Dölle RabelsZ 32, 439

nerhalb der Vertragsstaaten durch die Anknüpfungsmomente des EKG nicht gegenstandslos, so daß nach wie vor kollisionsrechtliche Zweifel bestehen.

Es kann daher für dieses Abkommen nicht festgestellt werden, daß seine Anknüpfungspunkte dem zweiten Ziel der Rechtsvereinheitlichung gerecht werden.

- hh) Dagegen könnte dies aber für das Abkommen über den internationalen Personenverkehr - SMPS -²¹³⁾ zutreffen. Dieses Abkommen befaßt sich mit dem Eisenbahntransport. Wie zu anderen einschlägigen Abkommen festgestellt, reichen hierfür die Anknüpfungspunkte Abgangs- und Bestimmungsort aus, um die kollisionsrechtliche Frage gegenstandslos werden zu lassen.

Das Abkommen regelt aber auch den Bereich des Schiffsverkehrs. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß diese Unternehmen weltweit Zweigniederlassungen eingerichtet haben. Ihre Schiffe fahren auf den verschiedensten Linien. Die Fahrtroute des Schiffes und der Sitz des Unternehmens, der von den verschiedenen nationalen IPR-Normen ebenfalls als Anknüpfungspunkt verwendet wird, weisen daher nicht immer Berührungspunkte auf. An dieser Beurteilung ändert sich auch dadurch nichts, daß es sich vorliegend um einen kombinierten Eisenbahnschiffsverkehr handelt und sich somit beide Verkehrsbereiche aufeinander abstimmen müssen.

P wohnt in Moskau. Er bucht bei dem Sowjetischen Eisenbahnunternehmen folgende Reise: mit dem Zug bis zum Hafen, von dort mit einem Frachter nach Japan und dort mit dem Zug nach Tokio und wieder zurück. In diesem

Fall könnte der Frachter Rumänien angehören. Dieses Land stimmt jedoch weder mit dem Abgangs- noch mit dem Bestimmungsort überein.

Dieses Beispiel zeigt, daß trotz des kombinierten Verkehrs der Sitz des Schiffahrtsunternehmens nicht mit dem Abgangs- oder Bestimmungsort der Reise übereinstimmen muß.

Insgesamt ist somit festzustellen, daß die Anknüpfungspunkte Abgangs- und Bestimmungsort die hier in Frage stehenden kollisionsrechtlichen Zweigel überwiegend nicht beseitigen.

- ii) Für die vom Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung von Reisenden auf See²¹⁴⁾ gelten Bereiche verwenden die verschiedenen nationalen Kollisionsnormen die für Verträge allgemein entwickelten Anknüpfungen, weiterhin das Recht der Flagge, den Abschlußort des Vertrages und den Sitz des Unternehmens²¹⁵⁾. Diese werden jedoch von dem Anwendungsbereich dieses Abkommens nicht berücksichtigt. Da im Gegensatz zum vorhergehend erörterten Abkommen keine Bindung an andere Verkehrsmittel vorhanden ist, greifen die schon oben angezeigten Bedenken durch. Der Sitz des Unternehmens muß nicht mit der Linie des Schiffes übereinstimmen. Folglich reichen die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens nicht aus, um dem zweiten Ziel der Rechtsvereinheitlichung gerecht zu werden.

- jj) Dieselbe Wertung gilt auch für das Warschauer Abkommen²¹⁶⁾, das Zusatzabkommen²¹⁷⁾ und das Haager Protokoll²¹⁸⁾. Alle drei Abkommen benutzen dieselben Anknüpfungspunkte.

214) s. S. 78

215) Ficker a.a.O. HWB S. 481, 478

216) s. S. 63

217) s. S. 63

218) s. S. 63

fungspunkte, nämlich Abgangs- und Bestimmungsort und einen Zwischenort. Die verschiedenen nationalen IPR verwenden als Anknüpfungen für die von diesen Abkommen geregelten Sachbereiche den Registerort und das nach allgemeinen Grundsätzen maßgebende Statut, also den Ort des Vertragsschlusses, den Niederlassungsort des Luftfahrtunternehmens, Erfüllungsort, Schwerpunkt des Vertrages²¹⁹⁾. Diese werden jedoch nicht im Abkommen berücksichtigt. Es greift auch nicht das Argument durch, daß Flugzeuge an Marschrouten gebunden sind. Vielmehr sind die Luftfahrtunternehmen weltweit ausgedehnt, so daß die Route des Flugzeugs nicht den Sitz des Unternehmens berühren muß. Daß Zweifel bei der Suche nach dem im konkreten Fall anzuwendenden Recht bestehen, zeigt auch folgendes Beispiel:

Ein Ausländer fliegt im Inland mit einer ausländischen Maschine, wobei der Beförderungsvertrag im Ausland geschlossen worden ist. Welches Recht ist anwendbar?

Insgesamt erfüllen daher die Anknüpfungspunkte Abgangs-, Bestimmungs- und Zwischenort für die von diesen Abkommen geregelten Bereiche nicht das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung.

kk) Zwischenergebnis

In bezug auf dieses Ziel sind insgesamt die von der Gruppe III verwendeten Anknüpfungsmomente differenziert zu betrachten. Sie können durchaus geeignet sein, die kollisionsrechtliche Frage abzuschließen. Entscheidend ist dabei die von dem Abkommen geregelte Materie. Für den Luft-

219) Ficker a.a.O. HWB 378, 486, BGHZ 6, 127, 134, s. S. 32

und Schiffsverkehr, sowie für das Kaufrecht reichen die Anknüpfungspunkte Abgangs-, Bestimmungs- und Zwischenort sowie der Ort der Annahme des Angebotes nicht aus, die Entstehung der kollisionsrechtlichen Frage auszu-schließen. Der Ort des Vertragsschlusses, der Wohnsitz bzw. Sitz oder der Registerstaat müssen zusätzlich im Anwendungsbereich solcher Abkommen berücksichtigt werden. Beim Eisenbahnfrachtverkehr, Straßengüterverkehr und im kombinierten Eisenbahn-Schiffsgüterverkehr genügen jedoch die Anknüpfungsmomente Abgangs- und Bestimmungsort, um die kollisionsrechtliche Frage innerhalb der Vertragsstaaten gegenstandslos werden zu lassen.

c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Fortfall ausländischen Rechts

- aa) Zunächst scheint die Frage, ob dieses Ziel der Rechtsvereinheitlichung durch die Anknüpfungspunkte der Gruppe III erfüllt wird, abstrakt beurteilt werden zu können, und zwar durch einen Vergleich der von dieser Gruppe verwandten Anknüpfungspunkte mit den oben gefundenen Anknüpfungen, die auf das heimische Recht hinführen. Es handelt sich hierbei um die Staatsangehörigkeit der Parteien, ihren Wohnsitz und den Ort des angerufenen Gerichts. Die Abkommen der Gruppe III verwenden die Anknüpfungspunkte Abgangs-, Bestimmungs-, Zwischenort, Orte des Angebotes und der Annahme. Stellt man die Anknüpfungen, die zur Erfüllung des dritten Ziels der Rechtsvereinheitlichung gefunden worden sind, und die Anknüpfungen der Gruppe III gegenüber, könnte man zu dem Ergebnis kommen, das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung werde von den Anknüpfungspunkten dieser Gruppe nicht erfüllt. Die Beantwortung der oben gestellten Frage kann aber nicht losgelöst von der geregelten Materie

erfolgen. Es muß nämlich gleichzeitig gefragt werden, ob jeweils überhaupt Sachverhalte möglich sind, bei denen die Anknüpfungen des Abkommens und die des heimischen Rechts auseinanderfallen.

So wäre z. B. denkbar, daß die Anknüpfungen des heimischen Rechts angesichts der speziellen Materie der CMR ²²⁰⁾ auf dieselben Orte verweisen wie die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens. Da nämlich schon festgestellt worden ist, daß der Wohnsitz bzw. Sitz der Parteien oder ihre Niederlassung de facto vom Anwendungsbereich des Abkommens erfaßt sind ²²¹⁾, ist es möglich, daß dieses Ergebnis auch für die anderen Anknüpfungen gilt, die auf das heimische Recht der Parteien hinführen, und zwar für die Staatsangehörigkeit der Parteien und für den Ort des angerufenen Gerichts.

Die Antwort darauf richtet sich, wie das Beispiel zeigt, ausschließlich nach der jeweils vom Abkommen geregelten Materie und kann daher von Abkommen zu Abkommen höchst unterschiedlich sein. Es kann daher erst nach der Untersuchung der einzelnen Abkommen ein abstraktes Ergebnis formuliert werden.

- bb) Liegen bei der CMR, dem Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr ²²²⁾, Abgangs- und Bestimmungsort in einem Vertragsstaat, befindet sich aber der Wohnsitz einer der Vertragsparteien in einem anderen Vertragsstaat, findet das Abkommen keine Anwendung, und es bestünde die Gefahr, daß sich eine Partei mit fremdem Recht auseinandersetzen müßte. Das alleinige Abstellen auf den Abgangs- und Bestim-

²²⁰⁾ s. S. 82

²²¹⁾ s. S. 110 ff

²²²⁾ s. S. 82

mungsort reicht folglich nicht aus, um sicherzustellen, daß für beide Parteien nur heimisches Recht zur Anwendung kommt. Da der oben dargestellte Sachverhalt nicht außergewöhnlich ist, wäre die Hinzunahme der Anknüpfungspunkte Wohnsitz bzw. Sitz der Beteiligten erforderlich, um zu gewährleisten, daß nur ein den Parteien vertrautes Recht angewandt wird.

- cc) Auch das internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr - CIM -²²³⁾ läßt in bezug auf seinen Anwendungsbereich die Anknüpfungen Wohnsitz der Parteien, ihren Sitz, ihre Niederlassung und den Ort des angerufenen Gerichts unberücksichtigt. Es ist aber folgender Fall denkbar:

Ankunfts-, Zwischen- und Bestimmungsbahnhof liegen in einem Vertragsstaat, der Wohnsitz des Auftraggebers befindet sich in einem anderen. Die CIM wäre nicht anwendbar, und es bestünde zumindest für den Fahrgast die Gefahr, sich mit fremdem Recht auseinandersetzen zu müssen. Auch für dieses Abkommen gilt daher die obige Wertung.

- dd) Da das internationale Übereinkommen über den Personen- und Gepäckverkehr - CIV -²²⁴⁾ vom geregelten Sachverhalt und von den Anknüpfungspunkten her dem zuvor untersuchten Abkommen entspricht, gilt das dortige Ergebnis auch hier.

- ee) Das internationale Abkommen über den internationalen direkten kombinierten Eisenbahn-Schiffs-Güterverkehr - MShWS -²²⁵⁾ und das Abkommen über den internationalen Eisenbahngüterverkehr - SMGS -²²⁶⁾ entsprechen in

223) s. S. 49

224) s. S. 51

225) s. S. 52

226) s. S. 52, 53

der Berücksichtigung der Anknüpfungspunkte des heimischen Rechts der CIM. Auch ansonsten sind die betroffenen und geregelten Sachverhalte ähnlich. Daher kann das Ergebnis, das bei der Untersuchung der CIM gewonnen wurde, auch auf diese beiden Abkommen übertragen werden.

- ff) Im Anwendungsbereich des einheitlichen Gesetzes über den internationalen Kauf beweglicher Sachen²²⁷⁾ finden sich als Anknüpfungspunkte des heimischen Rechts die Niederlassung und der gewöhnliche Aufenthaltsort der Parteien. Liegen aber diese Orte in ein und demselben Vertragsstaat, haben Angebot und Annahme in einem anderen Vertragsstaat stattgefunden, in dem auch der Abgangs- und Bestimmungsort liegen, so kommt das Abkommen nicht zur Anwendung. Das angerufene Gericht, das in einem von den beiden Vertragsstaaten seinen Sitz haben kann, wäre möglicherweise gezwungen, sich mit fremdem Recht auseinanderzusetzen oder aber ein Recht anzuwenden, das für eine der Parteien fremdes Recht wäre. Die Anknüpfungspunkte Abgangs- und Bestimmungsort, Ort der Annahme und des Angebots sind daher nicht geeignet, das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu erfüllen.

- gg) Das Abkommen über den internationalen Personenverkehr - SMPS -²²⁸⁾ entspricht vom Sachverhalt her und auch hinsichtlich der Verwendung von Anknüpfungspunkten des heimischen Rechts der CIM. Es ist daher das dort gefundene Ergebnis auf dieses Abkommen zu übertragen, so daß auch hier festgestellt werden muß, daß die Anknüpfungspunkte Abgangs-, Bestimmungs- und Zwischenort nicht gewährleisten, daß ein für die Parteien heimisches Recht zur Anwendung kommt.

227) s. S. 81

228) s. S. 54

- hh) Bei dem internationalen Übereinkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Beförderung von Reisen – den auf See ²²⁹⁾ ist folgender Sachverhalt denkbar:

Der Fahrgast hat seinen Wohnsitz in einem Vertragsstaat. Dort wird das Gericht angerufen. Die Beförderung fand aber auf einem Schiff statt, das nicht die Flagge eines Vertragsstaates trug.

In diesem Fall kann das Abkommen nicht angewandt werden. Der Fahrgast und das angerufene Gericht wären daher gegebenenfalls gezwungen, sich mit fremdem Recht zu befassen.

Die obige Wertung gilt daher auch für dieses Abkommen.

- ii) Hinsichtlich des Warschauer Abkommens ²³⁰⁾, des Haager Protokolls ²³¹⁾ und des Zusatzabkommens zum Warschauer Abkommen ²³²⁾ ist folgender Fall vorstellbar:

Abgangs-, Zwischen- und Endflughafen liegen nicht in einem Vertragsstaat, jedoch der Sitz des Unternehmens und der Wohnort des Passagiers. In diesem Fall könnten die Abkommen nicht angewandt werden, und es könnte für eine Partei fremdes Recht zur Anwendung kommen.

Andererseits sind diese Abkommen fast weltweit unterzeichnet. Das dargestellte Problem würde sich daher nur auf wenige Staaten beschränken. Nur abgestellt auf die Anknüpfungspunkte muß jedoch festgestellt werden, daß sie nicht gewährleisten, daß die beteiligten Parteien sich nur mit heimischem oder vereinheitlichtem Recht beschäftigen müssen.

229) s. S. 78

230) s. S. 63

231) s. S. 63

232) s. S. 63

jj) Zwischenergebnis

Insgesamt hat sich gezeigt, daß die Anknüpfungspunkte Abgangs- und Bestimmungsort, Zwischenort, Ort der Annahme und des Angebots nicht geeignet sind, das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu verwirklichen. Das gilt für alle von der Gruppe III erfaßten Abkommen. Um dem dritten Ziel zu entsprechen, müßten diese Anknüpfungen um die Momente Wohnsitz bzw. Sitz der Parteien ergänzt werden.

4. Gruppe IV

a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Schaffung einfacher und klarer Normen

aa) Die Gruppe IV umfaßt die Anknüpfungspunkte Staatsangehörigkeit, Wohnsitz bzw. Sitz und gewerbliche oder Handelsniederlassung. Die Abkommen, die zu dieser Gruppe gehören, stammen im wesentlichen aus den Bereichen Personenstandswesen und Familienrecht. Wie sich in der folgenden Untersuchung zeigen wird, wird dies Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Anknüpfungspunkte dieser Gruppe die Ziele der Rechtsvereinheitlichung verwirklichen. Des weiteren kann dadurch abschließend im Rahmen des Gesamtergebnisses festgestellt werden, welche Materien sich besonders zur Rechtsvereinheitlichung eignen.

(1) Die Frage, ob die Verwendung des Anknüpfungsmomentes Staatsangehörigkeit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung entspricht, scheint zunächst einfach beantwortet werden zu können.

Die Staatsangehörigkeit ist nämlich eine rechtliche Eigenschaft, und zwar die Mitgliedschaft zu einer einen Staat bildenden Gebietskörperschaft²³³⁾. Probleme tauchen

²³³⁾ Makarov a.a.O. Wörterbuch des Völkerrechts S. 323

aber auf, wenn die betreffende Person erklärt, sie wisse nicht, welchem Staat sie angehöre. In diesem Fall bietet sich folgende Möglichkeit an, die Staatsangehörigkeit festzustellen. Man beginnt bei dem Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt und befragt die betreffende Person, wo sie geboren ist und welche Staatsangehörigkeit ihre Eltern zur Zeit der Geburt gehabt haben. Sodann ist zu ermitteln, ob im weiteren Lebenslauf der besagten Person Tatsachen oder Rechtsvorgänge eingetreten sind, an die die in Betracht kommenden Rechtsordnungen den Verlust bzw. den Erwerb der Angehörigkeit zu dem betreffenden Staat anknüpfen²³⁴⁾.

Schwierigkeiten treten auch dann auf, wenn die in Frage stehende Person im Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten ist. Es fragt sich nämlich dann, welche Staatsangehörigkeit zur Entscheidung herangezogen werden kann²³⁵⁾.

Ein weiteres Problem ist in der Staatenlosigkeit zu sehen. In diesem Fall muß nämlich eine Ersatzanknüpfung gefunden werden. Als solche wird nach Art. 29 EGBGB der gewöhnliche Aufenthalt oder mangels eines solchen der schlichte Aufenthalt verwendet. Infolgedessen ist es fraglich, ob die Anknüpfung Staatsangehörigkeit mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung übereinstimmt. In der Praxis ist es jedoch selten, daß eine Person entweder nicht weiß, welche Staatsangehörigkeit sie besitzt, oder daß sie eine mehrfache Staatsangehörigkeit besitzt oder daß sie staaten-

234) Makarov a.a.O. Grundriß S. 69

235) Makarov a.a.O. Grundriß S. 68, 69, Kegel a.a.O. S. 201 ff., Ferid a.a.O. IPR S. 8, 9, Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 § 27 II, III

los ist. Die obige Darstellung bezieht sich daher nur auf Ausnahmefälle, so daß insgesamt das Anknüpfungsmoment Staatsangehörigkeit in bezug auf natürliche Personen noch als einfach und klar zu bezeichnen ist.

Diese Anknüpfung ist jedoch anders zu beurteilen, wenn juristische Personen beteiligt sind. Es fragt sich nämlich, wonach die Angehörigkeit dieser juristischen Person zu beurteilen ist, nach dem Sitz der Hauptverwaltung oder nach dem Gründungsort. Zur Beurteilung dieser Frage sind Rechtskenntnisse erforderlich. Dies stimmt aber nicht mit den Begriffen Einfachheit und Klarheit überein.

Als Gesamtergebnis ist somit festzustellen, daß der Anknüpfungspunkt Staatsangehörigkeit nur dann mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung übereinstimmt, wenn er sich ausschließlich auf natürliche Personen bezieht.

- (2) Der Anknüpfungspunkt Wohnsitz ist dagegen sehr schwierig zu bestimmen. In diesem Zusammenhang wird auch vom Domizil gesprochen. Es finden sich dabei die verschiedensten voneinander abweichenden Definitionen²³³⁾.

Im deutschen Recht gilt gem. § 7 BGB als Wohnsitz der Ort, an dem sich jemand ständig niederläßt. Das anglo-amerikanische Recht und die Länder des englischen Commonwealth kennen zwei, und zwar den domicile of origin und den domicile of choice²³⁷⁾. Der angeborene Wohnsitz ist der Elternwohnsitz zur Zeit der Geburt. Er bleibt so lange bestehen, bis nachgewiesen wird, daß die betreffende Person ihn unwiderruflich aufgegeben hat. Zur Begründung des domicile of choice gehört die tatsächliche Verlegung

236) Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 S 28 II

237) Dicey/Morris a.a.O. S. 84 ff

des Wohnortes verbunden mit der Absicht der ständigen Niederlassung, des *animus manendi* ²³⁸⁾. Im US-amerikanischen Recht nähert sich der Wohnsitzbegriff dem kontinentaleuropäischen Begriff des Wohnsitzes. Abgesehen von den Fällen des gesetzlichen Wohnsitzes ist objektives Merkmal die *residence*. Dies ist eine Wohnung, die sich von anderen derselben Person durch besondere Nähe - *intimacy* - der Beziehungen unterscheidet, die sie gerade zu dieser Wohnung hat. Hinzukommen muß die Absicht, diese *residence* für unbestimmte Zeit zu behalten ²³⁹⁾.

Aus den Abkommen ist nicht ersichtlich, welche dieser Definition sie gewählt haben. Es wird lediglich ganz allgemein vom Wohnsitz gesprochen. Die Folge dessen ist, daß sich die dargestellte Verschiedenheit des Begriffs Wohnsitz auf den Anwendungsbereich des Abkommens überträgt und damit die gewollte Entscheidungsharmonie verhindert. Weiterhin sind die verschiedenen tatsächlichen Voraussetzungen des Wohnsitzes wie *animus manendi*, *intimacy*, "ständig niederlassen" oft nicht sicher zu ermitteln.

Des weiteren ist zu berücksichtigen, daß manche Privatrechtssubjekte den Wohnsitz häufiger wechseln als die Staatsangehörigkeit. Man denke hierbei nur an den deutschen Techniker, der in verschiedenen Entwicklungsländern arbeitet.

Auch die Bestimmung des gesetzlichen Wohnsitzes bereitet erhebliche Schwierigkeiten. Es handelt sich hierbei um Fälle, bei denen der Wohnsitz nicht selbständig begründet werden kann, sondern vom Willen einer anderen Person abhängt, die einer anderen Rechtsordnung untersteht ²⁴⁰⁾.

238) Makarov a.a.O. Grundriß S. 72

239) Makarov a.a.O. Grundriß S. 72, Kegel a.a.O. S. 211, 212, Ferid a.a.O. IPR S. 10, Dölle a.a.O. Grundlagen S. 54, Firsching a.a.O. Einführung S. 33, Raape/Sturma a.a.O. S. 117

240) Kegel a.a.O. S. 211 ff, Makarov a.a.O. Grundriß S. 73 ff

Schließlich ist zu bedenken, daß die Verwendung der Anknüpfungspunkte einem ständigen Wandel unterzogen ist. Im Bereich des Personalstatuts geht man immer mehr dazu über, anstatt der Anknüpfung an den Wohnsitz die Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt zu verwenden, und zwar wegen der dargestellten Schwierigkeiten der Bestimmung der Anknüpfung an den Wohnsitz ²⁴¹⁾.

Insgesamt ist daher festzustellen, daß die Anknüpfung an den Wohnsitz die von der Rechtsvereinheitlichung gewollte Entscheidungsharmonie gefährdet. Durch dieses Anknüpfungsmoment werden Unruhe und Unsicherheit hervorgerufen, und zwar vor allem dadurch, daß die Bestimmung des Wohnortes Rechtskenntnisse voraussetzt. Dies stimmt aber nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung überein.

- (3) Die Bestimmung des Anknüpfungspunktes Sitz ist, wie oben schon angedeutet ²⁴²⁾, genauer zu untersuchen. Im anglo-amerikanischen Recht wird sie als residence oder commercial domicile bezeichnet, womit der Ort der hauptsächlich geschäftlichen Betätigung gemeint ist ²⁴³⁾. Eine andere Definition findet sich in den §§ 17 ZPO, 22 - 25 BGB, nämlich Sitz als Satzungssitz der juristischen Person. Überwiegend wird jedoch der Sitz der juristischen Person als Sitz der Hauptverwaltung - lieu de la direction - definiert ²⁴⁴⁾.

Angesichts dieser Darstellung ist festzustellen, daß zur Bestimmung der Anknüpfung an den Sitz der juristischen Person voneinander anweichende Definitionen die Rechtssysteme beherrschen, so daß auch dieser Anknüpfungspunkt nicht als einfach und klar bezeichnet werden kann.

241) Kropholler JZ 1972, 16 ff, Kegel a.a.O. S. 212

242) s. S. 127

243) Nußbaum a.a.O. S. 139, 140; Kegel a.a.O. S. 231, 232, Makarov a.a.O. Grundriß S. 67

244) s. Anm. 243

- (4) Die Anknüpfung an die gewerbliche- oder Handelsniederlassung ist von dem zuvor genannten Anknüpfungspunkt zu trennen. Im Rahmen der von dieser Gruppe erfaßten Abkommen ist hierunter nämlich nicht die Hauptniederlassung im Sinne des Sitzes, sondern lediglich eine ernstliche geschäftliche Niederlassung zu verstehen, d. h., eine Einrichtung für einen dauernden selbständigen Geschäftsbetrieb sowie entsprechender räumlicher und sachlicher Vorkehrungen für einen dauernden selbständigen Abschluß, wobei auch die Zweigniederlassung hiervon erfaßt ist ²⁴⁵⁾. Für den Begriff Zweigniederlassung findet sich eine Definition in § 13 HGB. Danach ist eine Zweigniederlassung eines Kaufmannes, an der er und/oder seine Angestellten teils abhängig von der Hauptniederlassung, teils unabhängig von ihr wirken.

Diese Darstellung zeigt, daß die Subsumtion unter die Anknüpfung gewerbliche oder Handelsniederlassung Rechtskenntnisse voraussetzt. Dies stimmt jedoch nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung überein.

bb) Zwischenergebnis

Die Anknüpfungspunkte Wohnsitz, Sitz, gewerbliche oder Handelsniederlassung sind nicht als einfach und klar zu bezeichnen. Ob statt dessen die Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthaltsort brauchbar ist, kann erst im Schlußergebnis nach der Untersuchung der Gruppe V festgestellt werden. Die Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit wird dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung dann gerecht, wenn sie sich nicht auf juristische Personen bezieht.

245) Baumbach/Hefermehl a.a.O. Wettbewerbsrecht S. 613, 654, 727;
Bogulowski a.a.O. S. 65

Wie sich dieses Ergebnis auf die einzelnen Abkommen der Gruppe auswirkt, zeigt die folgende Darstellung.

- cc) Das Übereinkommen über die Änderung von Namen und Vornamen²⁴⁶⁾ benutzt zwar den einfachen und klaren Anknüpfungspunkt Staatsangehörigkeit. Für seine Anwendbarkeit kommt es jedoch weiterhin darauf an, daß es sich bei dem Begehren des Antragstellers weder um eine Personenstandsänderung noch um die Berichtigung eines Irrtums handeln darf. Außerdem muß die zuständige Behörde einwilligt haben.

Im Gegensatz zur Qualifizierung des Begehrens setzt die Untersuchung, ob die zuständige Behörde die Namensänderung vorgenommen hat, die Kenntnis der entsprechenden nationalen Regelungen voraus. Dies wird bei der Behörde, die um eine Anerkennung einer Namensänderung ersucht wird, keine besonderen Schwierigkeiten aufwerfen. Adressat des Abkommens ist aber auch die Privatperson, denn das Abkommen schreibt vor, unter welchen Voraussetzungen eine Namensänderung in anderen Staaten anerkannt wird. Dies ist ein Problem, das auch den Antragsteller interessiert. Es wird jedoch auch ihm keine Schwierigkeiten bereiten, festzustellen, ob die richtige Behörde die Namensänderung vorgenommen hat. Diese Behörde muß sich nämlich in seinem Heimatstaat befinden, da nach Art. 3 des Abkommens nur die dortige Behörde eine Namensänderung durchführen kann. Das Recht des Heimatstaates ist aber ebenso wie das Recht des Wohnsitzes als bekanntes Recht anzusehen, so daß die oben angedeutete Überprüfung auch für die Privatperson keine Probleme aufwerfen wird.

246) s. S. 64

dd) Das Übereinkommen über die Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden, vor denen nichteheliche Kinder anerkannt werden²⁴⁷⁾, stellt hinsichtlich seiner Anwendbarkeit neben der einfachen und klaren Anknüpfung Staatsangehörigkeit des Anerkennenden darauf ab, ob der Ort, an dem diese Anerkennung erfolgt, sich in einem Vertragsstaat befindet. Diese Anknüpfung verlangt lediglich tatsächliche Feststellungen, nämlich die Prüfung einer Liste der Vertragsstaaten und die Kenntnis des Ortes, an dem die Anerkennung erfolgt ist. Die Anknüpfungsmomente dieses Abkommens erfüllen daher das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung.

ee) Das Haager Abkommen betreffend den Geltungsbereich der Gesetze in Ansehung der Wirkungen der Ehe auf die Rechte und Pflichten der Ehegatten in ihren persönlichen Beziehungen und auf das Vermögen der Ehegatten²⁴⁸⁾ spricht einmal von der Staatsangehörigkeit und zum anderen vom Heimatstaat. Es fragt sich, ob unter letzterem nicht dasselbe wie die Staatsangehörigkeit zu verstehen ist.

Das Wort Heimatrecht wird teils für die Heimatberechtigung und teils für das natürliche Recht auf Heimat benutzt²⁴⁹⁾. Im Abkommen wird aber vom letzten gemeinsamen Heimatstaat gesprochen. Schon aus dieser Formulierung ergibt sich, daß vorliegend nicht das natürliche Recht auf Heimat gemeint ist. Hinzu kommt, daß im Zusammenhang mit dem Staatsangehörigkeitsprinzip auch vom Heimatprinzip gesprochen wird. Im Anwendungsbereich dieses Abkommens ist daher unter der Anknüpfung an den letzten gemeinsamen Heimatstaat die letzte gemeinsame Staatsangehörigkeit zu verstehen.

247) s. S. 66

248) s. S. 68.

249) Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 § 27 I

Der Anwendungsbereich dieses Abkommens ist daher einfach und klar zu bestimmen.

- ff) Bei dem Haager Übereinkommen über die Zuständigkeiten der Behörden, das anzuwendende Recht und die Anerkennung der Entscheidungen in Adoptionsangelegenheiten²⁵⁰⁾ wird zwar auch das Anknüpfungsmoment Staatsangehörigkeit verwandt, zusätzlich wird jedoch noch an den gewöhnlichen Aufenthaltsort und acht andere tatsächliche Umstände angeknüpft.

Ob der Anknüpfungspunkt gewöhnlicher Aufenthaltsort mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung übereinstimmt, ist fraglich. Dies zu diskutieren ist Aufgabe der Untersuchung der Gruppe V²⁵¹⁾. Bei dem hier in Frage stehenden Abkommen kommt hinzu, daß es neben diesem fraglichen Anknüpfungsmoment noch weitere neun Anknüpfungen besitzt. Da das Abkommen sich auch an Privatpersonen, Rechtsanwälte und Richter wendet, führt diese Anzahl von Anknüpfungen dazu, daß hinsichtlich der Überprüfung der Anwendbarkeit des Abkommens Unsicherheit dahingehend besteht, ob alles bedacht worden ist. Diese Unruhe führt zur Rechtsunsicherheit, die gerade durch die Rechtsvereinheitlichung beseitigt werden soll.

Insgesamt kann daher nur festgestellt werden, daß dieses Abkommen hinsichtlich seiner Anknüpfungspunkte das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung, die Schaffung einfacher und klarer Regeln, nicht erfüllt.

- gg) Das Madrider Abkommen betreffend die internationale Registrierung von Fabrik- oder Handelsmarken in der Nizzaer Fassung²⁵²⁾ verwendet die Anknüpfungspunkte

250) s. S. 70

251) s. S. 151 ff

252) s. S. 56

Staatsangehörigkeit, gewerbliche oder Handelsniederlassung und Wohnsitz. Die Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit bezieht sich dabei sowohl auf die natürliche als auch auf juristische Personen²⁵³⁾. Unter Berücksichtigung dessen und der obigen Ausführungen zu den Anknüpfungspunkten Wohnsitz und gewerbliche oder Handelsniederlassung muß festgestellt werden, daß die Anknüpfungsmomente dieses Abkommens nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung übereinstimmen.

- hh) Die Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums in der Fassung von London²⁵⁴⁾ besitzt dieselben Anknüpfungspunkte wie das zuvor untersuchte Abkommen. Das Anknüpfungsmoment Staatsangehörigkeit bezieht sich auch in diesem Abkommen auf natürliche und juristische Personen²⁵⁵⁾. Insgesamt gilt daher die obige Wertung auch für dieses Abkommen.

- ii) Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge²⁵⁶⁾ benutzt zwar den einfachen und klaren Anknüpfungspunkt Staatsangehörigkeit. Bedenken hinsichtlich der Erfüllung des ersten Ziels der Rechtsvereinheitlichung werden aber durch die hohe Zahl von zwölf Anknüpfungspunkten hervorgerufen. So bedarf es zur Bestimmung des Anwendungsbereichs einer umfassenden Untersuchung der Person, vom Zeitpunkt des Entstehens der Flüchtlingseigenschaft an, über die Frage, ob ihm eine neue Staatsangehörigkeit verliehen worden ist oder ob er solch einen Schutz genießt, bis hin zu der Frage, ob Verbrechen gegen die Menschen oder gegen den Frieden begangen oder ob

253) Baumbach/Hefermehl a.a.O. Wettbewerbsrecht S. 727

254) s. S. 57

255) Bogulowski a.a.O. S. 65

256) s. S. 71

gegen die Grundsätze der UNO verstoßen worden ist. Um dieses letzte Tatbestandsmerkmal überprüfen zu können, muß man die Grundsätze zunächst einmal zusammenstellen und zu einem weiteren Prüfungskatalog ausarbeiten. Dabei sind Rechtsfragen, die in diesem Zusammenhang erörtert werden, ebenfalls zu berücksichtigen. Die Folgedessen ist, daß sich die Zahl der zu prüfenden Anknüpfungspunkte dieses Abkommens um weitere erhöht. Schließlich stellt sich die Frage, wann ein Verbrechen gegen die Menschen oder den Frieden gegeben ist. Die Strafrechtsordnungen der Staaten beantworten diese Fragen in verschiedener Form. Die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten können nur im Wege der Auslegung des Abkommens beseitigt werden. Im Völkerrecht gibt es verschiedene Formen der Auslegung, die systematische Auslegung, die funktionale Auslegung, die rechtslogische Auslegung, die historisch-genetische Auslegung und die wörtlich-grammatikalische Auslegung²⁵⁷⁾. Es ist daher unter anderem folgendes zu berücksichtigen: Es ist zu untersuchen, ob durch die Anwendung des Textes selbst ohne Interpretation ein Ergebnis erzielt werden kann. Bei der Anwendung des Textes sind die Worte in dem Sinne auszulegen, den sie gewöhnlich in solch einem Zusammenhang haben. Darüber hinaus ist auf den Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrages abzustellen. Es ist zu untersuchen, welche Absicht die Parteien bei Vertragsschluß hatten. Dabei sind vorbereitende Arbeiten und Materialien hinzuzuziehen. Des weiteren wird die Staatenpraxis bei der Ausführung solch eines Abkommens berücksichtigt²⁵⁸⁾.

257) Menzel a.a.O. § 55 III;

Berber a.a.O. § 69 III, Sauer a.a.O. S. 182 ff

258) s. Anm. 257

Diese Darstellung zeigt, daß die Prüfung der Anknüpfungspunkte dieses Abkommens soviel Rechtskenntnisse voraussetzt, daß selbst eine Sonderbehörde, die mit dem Problem "Flüchtlinge" befaßt ist, bei der Untersuchung der Anwendbarkeit des Abkommens überfordert ist.

Die Anknüpfungen dieses Abkommens stimmen daher trotz des engen Adressatenkreises nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung überein.

- jj) Das Abkommen über die kostenlose Erteilung von Personenstandsurkunden und ihre Legalisation²⁵⁹⁾ besitzt einfach gestaltete Anknüpfungspunkte, und zwar die Staatsangehörigkeit und die Anknüpfung daran, ob der beantragende Staat dem Abkommen beigetreten ist. Für diese Prüfung bedarf es lediglich einer Liste der Vertragsstaaten. Damit erfüllen die Anknüpfungsmomente dieses Abkommens das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung.

- kk) Das internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen²⁶⁰⁾ hat vier Anknüpfungspunkte. Neben der Anknüpfung an den Sitz des Züchters verlangt seine Anwendbarkeit auch die Erfüllung des Anknüpfungsmomentes Wohnsitz. Schon deswegen kann der Anwendungsbereich dieses Abkommens nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung übereinstimmen. Hinzukommt, daß weiterhin zu überprüfen ist, ob die Prüfungsbestimmungen erfüllt sind. Hierzu müssen die einzelnen Prüfungsbestimmungen herausgearbeitet und einzeln auf ihre Erfüllung überprüft werden. Ohne daß diese näher aufgeführt werden müssen, ergibt sich insgesamt, daß die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung übereinstimmen.

259) s. S. 71

260) s. S. 58

- II) Das Welturheberrechtsabkommen²⁶¹⁾ knüpft neben der Staatsangehörigkeit an den Ort der Erstveröffentlichung des Werkes an. Bei der letzten Anknüpfung handelt es sich um eine Feststellung im Tatsächlichen, die ohne besondere Nachforschungen zu treffen ist. In bezug auf den Anknüpfungspunkt Staatsangehörigkeit ist aber zu bedenken, daß er sich auch auf juristische Personen bezieht²⁶²⁾. Das bedeutet, daß der Anwender des Abkommens sich mit der Gründungstheorie und der Sitztheorie auseinandersetzen muß. Gleichzeitig muß er die verschiedenen Definitionen des Anknüpfungsmomentes Sitz kennen. Hierfür sind einschlägige Rechtskenntnisse erforderlich. Für dieses Abkommen ist daher als Ergebnis festzustellen, daß seine Anknüpfungspunkte nicht als einfach und klar im Sinne des ersten Ziels der Rechtsvereinheitlichung zu bezeichnen sind.

mm) Zwischenergebnis

Die Untersuchung der Gruppe IV hat ebenfalls gezeigt, daß die Verwirklichung des ersten Ziels der Rechtsvereinheitlichung nicht nur von der Qualität der Anknüpfungen, sondern auch davon abhängt, wieviel Anknüpfungspunkte ein Abkommen verwendet. Zusätzlich hat sich ergeben, daß bei der Beurteilung der Anzahl der Anknüpfungsmomente eines Abkommens auch der Adressatenkreis zu berücksichtigen ist. Handelt es sich hierbei um eine Behörde, die tagtäglich mit der vom Abkommen geregelten Materie befaßt ist, ist sie anders zu beurteilen, als wenn sich der Adressatenkreis aus Privatpersonen, Rechtsanwälten und Richtern zusammensetzt.

261) s. S. 58

262) Troller RabelsZ 19, 36 ff

b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Ausschluß der kollisionsrechtlichen Fragen

- aa) Aus denselben, bereits an anderer Stelle erörterten Gründen²⁶³⁾ kann die Frage, ob die Anknüpfungspunkte der Gruppe IV dieses Ziel erfüllen, nur anhand der einzelnen Abkommen überprüft werden. Entscheidend ist nämlich, wie die jeweils vom Abkommen geregelte Materie in den verschiedenen nationalen IPR behandelt wird.
- bb) Bei dem Übereinkommen über die Änderung von Namen und Vornamen²⁶⁴⁾ geht es um die behördliche Namensänderung. Es regelt die Fälle der internationalen Anerkennung einer behördlichen Namensänderung. Im IPR gelten hierfür die für das Personalstatut entwickelten Anknüpfungsmomente, also der Wohnsitz und die Staatsangehörigkeit. Im Abkommen wird jedoch lediglich die letzte Anknüpfung berücksichtigt. Eine Verweisung durch die Kollisionsnormen des IPR würde nicht einheitlich zur Anwendung des Abkommens führen, da die Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit nicht die Anknüpfung an den Wohnsitz erfaßt. Es sind nämlich Sachverhalte denkbar, wo beide Anknüpfungen auseinanderfallen.

So ist es möglich, daß angesichts der Arbeitsplatzfluktuation ein Angehöriger des Staates X seinen Wohnsitz im Vertragsstaat Y hat. Will er seine behördlich genehmigte Namensänderung anerkennen lassen, müßte das IPR befragt werden, welches Recht anwendbar ist. Die Anknüpfungspunkte verweisen nämlich im vorliegenden Fall auf zwei Staaten, wovon nur einer im Anwendungsbereich des Abkommens berücksichtigt wird. Die kollisionsrechtlichen Zweifel blieben daher nach wie vor bestehen.

263) s. S. 109 ff

264) s. S. 64

Da dieser Fall nicht außergewöhnlich ist, wird folglich durch die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens die kollisionsrechtliche Frage nicht ausgeschlossen.

- cc) Für das Übereinkommen über die Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden, vor denen nichteheliche Kinder anerkannt werden²⁶⁵⁾, kann sich die kollisionsrechtliche Frage nicht stellen. Hier geht es ausschließlich darum, die Zuständigkeit der Behörde zu regeln. Für die Partei wirft daher die Frage nach dem anwendbaren Recht keine Probleme auf. Es kommt nämlich immer das für die Behörde geltende Recht zur Anwendung.

Insgesamt verursachen daher weder die Kollisionsnormen der verschiedenen nationalen IPR noch der vom Abkommen geregelte Sachverhalt kollisionsrechtliche Probleme.

- dd) Das Haager Ehewirkungsabkommen²⁶⁶⁾ befaßt sich mit den Rechten und Pflichten der Ehegatten, ihren persönlichen Beziehungen und ihrem Vermögen. Es sind dies typische Bereiche des Personalstatuts. Wie schon an anderer Stelle erwähnt, sind die hauptsächlichen Anknüpfungspunkte der verschiedenen nationalen IPR für diese Sachverhalte die Staatsangehörigkeit und der Wohnsitz. Teilweise wird für den speziellen, durch dieses Abkommen betroffenen Sachverhalt im IPR zusätzlich der Eheschließungsort als Anknüpfungspunkt verwandt²⁶⁷⁾. Das Abkommen selbst bezieht sich auf die Staatsangehörigkeit und den letzten gemeinsamen Heimatstaat der Ehegatten. Wie an anderer Stelle bereits dargestellt²⁶⁸⁾, ist damit die

265) s. S. 66

266) s. S. 68

267) Wolff a.a.O. S. 398 ff

268) s. S. 69

letzte gemeinsame Staatsangehörigkeit gemeint. Der Wohnsitz und der Eheschließungsort werden jedoch vom Anwendungsbereich dieses Abkommens nicht berücksichtigt. Daher ist folgender Sachverhalt denkbar:

Der Wohnsitz und der Eheschließungsort liegen in einem Vertragsstaat. Die Ehegatten sind jedoch Angehörige eines Nichtvertragsstaates. Dies hätte zur Folge, daß durch die Verweisung des IPR möglicherweise sich nunmehr Einheitsrecht und eine andere Rechtsordnung gegenüberstünden. Die Frage, welches Recht anwendbar ist, würde sich erneut stellen.

Die Verweisung durch das IPR wird somit durch die Anknüpfungsmomente dieses Abkommen nicht gegenstandslos. Das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung wird somit von den Anknüpfungspunkten dieses Abkommens nicht erfüllt.

- ee) Das Haager Abkommen über die Zuständigkeit der Behörden, das anzuwendende Recht und die Anerkennung der Entscheidungen in Adoptionsangelegenheiten²⁶⁹⁾ berücksichtigt hinsichtlich des Personalstatus die Staatsangehörigkeit und den gewöhnlichen Aufenthaltsort. In den Kollisionsnormen der verschiedenen nationalen IPR werden für die Zulässigkeit der Adoption als Anknüpfungspunkte verwandt: Personalstatut des Adoptierenden, Personalstatut des Adoptierten²⁷⁰⁾. Im Rahmen des Personalstatuts wird aber nicht nur die Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit einer Person, sondern auch die Anknüpfung an den Wohnsitz benutzt. Dieser wird jedoch von dem Anwendungsbereich des Abkommens nicht berücksichtigt. Eine Gleichstellung von Wohnsitz und gewöhnlichen Aufenthaltsort kann nicht erfolgen, denn "résidence" und "résidence habituelle" sind unterschiedlich.

269) s. S. 70

270) Veith a.a.O. S. 437

Zwar sind Sachverhalte denkbar, bei denen beide Anknüpfungen auf einen Ort verweisen, es sind jedoch ebenso viele Fallkonstellationen möglich, bei denen auf zwei verschiedene Staaten verwiesen wird.

A ist Türke und bei einer deutschen Firma beschäftigt. Er hat seinen Wohnsitz in der BRD angemeldet. Nunmehr muß er für ein Jahr Montagearbeiten im Iran übernehmen. In diesem Fall würden die Anknüpfungspunkte des IPR auf drei verschiedene Orte verweisen, wovon nur zwei vom Abkommen berücksichtigt werden. Die kollisionsrechtliche Frage würde sich daher erneut stellen.

Die obige Wertung gilt daher auch für dieses Abkommen.

- ff) Das Madrider Abkommen in der Nizzaer Fassung²⁷¹⁾ bezweckt, den eingetragenen Mustern umfassenden Schutz zu gewähren. Der Schutz, der nach dem in einem Staat geltenden Recht gewährt wird, soll überall gelten²⁷²⁾. Es wird dadurch letztlich die nationale Eintragung in allen in Frage kommenden Ländern erspart.
- Für den Musterschutz wird in den verschiedenen nationalen IPR fast ausschließlich als Anknüpfungspunkt der Ort der Verletzungshandlung verwandt. Wohl kann dieser Anknüpfungspunkt Schwierigkeiten in der Lokalisierung bereiten, entscheidend ist aber, daß die Kollisionsnormen der verschiedenen nationalen IPR für Sachverhalte aus dem gewerblichen Rechtsschutz nur diesen Anknüpfungspunkt verwenden und somit nur auf die Rechtsordnung des Landes ver-

271) s. S. 56

272) Bogulowski a.a.O. S. 64, Brandt a.a.O. S. 12

welsen²⁷³⁾. Folglich entstehen schon im Bereich des IPR keine kollisionsrechtlichen Zweifel. Zwar wird der Anknüpfungspunkt Ort der Verletzungshandlung nicht im Anwendungsbereich des Abkommens berücksichtigt, wie aber schon dargestellt²⁷⁴⁾, sollen, um eine praktikable Lösung des zweiten Ziels der Rechtsvereinheitlichung im Bereich der Anknüpfungspunkte zu erreichen, diejenigen Fälle außer Acht bleiben, bei denen schon im Bereich des IPR keine kollisionsrechtlichen Zweifel hervorgerufen werden.

gg) Ziel der Pariser Verbandsübereinkommen²⁷⁵⁾ ist es, den Schutz, den das gewerbliche Eigentum genießt, in allen Mitgliedsstaaten zu gewähren sowie Regelungen zu schaffen, die günstigere Bedingungen für das gewerbliche Eigentum hervorrufen²⁷⁶⁾. Es handelt sich somit auch hier um den Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes.

hh) Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge²⁷⁷⁾ befaßt sich mit dem Verhältnis aufnehmender Staat und Flüchtling. Dabei regelt dieses Abkommen, welche Rechte dieser Staat dem Flüchtling gewähren muß, und damit umgekehrt, welche Ansprüche der Flüchtling gegenüber dem Staat in bezug auf seine Behandlung geltend machen kann. In den Kollisionsnormen der verschiedenen nationalen IPR wird für solche Sachverhalte als Anknüpfungspunkt der gewöhnliche Aufenthaltsort verwandt. Nur wenn diese Anknüpfung ergebnislos sein sollte, wird an den schlichten Aufenthalt angeknüpft²⁷⁸⁾. Da das Abkommen

273) Lemhöfer RabelsZ 24, 431, Grassmann a.a.O. S. 55
Raape a.a.O. S. 595, Eugen Ulmer a.a.O. Urheberrecht S. 394

274) s. S. 26 ff

275) s. S. 57

276) Bogulewski a.a.O. S. 64, 65

277) s. S. 71

278) Palandt-Lauterbach a.a.O. Anh. I zu Art. 29 EGBGB
Art. I Anm. 3 m. w. Nachw.

In seinem Anwendungsbereich den Anknüpfungspunkt Aufenthalt verwendet, ist davon auszugehen, daß die Verweisung des IPR letztlich auch zur Anwendung des Abkommens führen wird. Insgesamt ist daher festzustellen, daß durch die Anknüpfungsmomente, die dieses Abkommen verwendet, die kollisionsrechtliche Frage ausgeschlossen wird.

- ii) Auch beim Abkommen über die kostenlose Erteilung von Personenstandsurkunden und ihre Legalisierung²⁷⁹⁾ ist für die kollisionsrechtliche Frage kein Raum. Der Antragsteller begehrt von einer Behörde die Erteilung einer Personenstandsurkunde. Entscheidend dafür ist das Recht, das diese Behörde anzuwenden hat und damit, ob dort das Abkommen angewandt wird. Im übrigen enthält dieses Abkommen hauptsächlich Organisationsvorschriften.

Die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens entsprechen daher dem zweiten Ziel der Rechtsvereinheitlichung.

- jj) Das internationale Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen²⁸⁰⁾ befaßt sich mit der Abwehr von Verletzungshandlungen. Das Abkommen will das Züchterrecht schützen. Es ist folglich eine Parallele zum Urheberrechtsschutz und damit zum gewerblichen Rechtsschutz gegeben. Die Kollisionsnormen der verschiedenen nationalen IPR verwenden diesbezüglich als einzigen Anknüpfungspunkt den Ort der Verletzungshandlung. Wie schon ausgeführt, kann es wohl Schwierigkeiten bereiten, diesen zu bestimmen, jedoch handelt es sich lediglich um einen einzigen Anknüpfungspunkt, so daß insoweit schon im Bereich des IPR keine kollisionsrechtlichen Zweifel auftauchen.

Da für die Formulierung und Wertung des Anwendungsbereichs eines Abkommens solche Fälle nicht berücksich-

²⁷⁹⁾ s. S. 71

²⁸⁰⁾ s. S. 58

tigt werden ²⁸¹⁾, stimmen die Anknüpfungsmomente dieses Abkommens mit dem zweiten Ziel der Rechtsvereinheitlichung überein.

- kk) Das Welturheberrechtsabkommen ²⁸²⁾ befaßt sich mit dem Schutz des Urheberrechts. Da es somit um Fragen des gewerblichen Rechtsschutzes geht, gilt die obige Wertung auch für dieses Abkommen.

II) Zwischenergebnis

Die Untersuchung hat gezeigt, daß kein Anknüpfungspunkt dieser Gruppe für sich allein geeignet ist, eine Verweisung durch das IPR gegenstandslos werden zu lassen.

Lediglich in einigen Fällen konnte ein positives Ergebnis festgestellt werden. Dies ist aber darauf zurückzuführen, daß schon im IPR keine kollisionsrechtlichen Zweifel vorlagen.

Werden jedoch die Anknüpfungsmomente Staatsangehörigkeit und Wohnsitz von dem Anwendungsbereich eines Abkommens erfaßt, ist gewährleistet, daß in der Mehrzahl der Fälle eine Verweisung durch IPR-Normen innerhalb der Vertragsstaaten gegenstandslos wird.

c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Fortfall der Anwendung ausländischen Rechts

- aa) Da es auch bei der Erfüllung dieses Ziels darauf ankommt, welche Materie das jeweilige Abkommen ²⁸³⁾ regelt, müssen zunächst die einzelnen Übereinkommen untersucht werden. Erst dann kann ein abstraktes Ergebnis formuliert werden.

281) s. S. 26 ff

282) s. S. 58

283) s. S. 120 ff

- bb) Die Anknüpfungspunkte des heimischen Rechts wurden bereits an anderer Stelle ausgearbeitet ²⁸⁴⁾. Der Anwendungsbereich des Übereinkommens über die Änderung von Namen und Vornamen ²⁸⁵⁾ beinhaltet jedoch keinen solchen Anknüpfungspunkt. Weder der Wohnsitz des Ersuchenden noch der Ort der ersuchten Behörde sind berücksichtigt worden. Es ist daher folgender Fall denkbar:

A will in einem Vertragsstaat seine Namensänderung anerkennen lassen. Er ist jedoch Angehöriger eines Nichtvertragsstaates und hat lediglich seinen Wohnsitz in einem Vertragsstaat. Bei diesem Sachverhalt sind die Voraussetzungen des Anwendungsbereichs des Abkommens nicht erfüllt. Es käme entweder das Heimatrecht des A oder das Recht seines Wohnsitzes zur Anwendung. Dies könnte für die ersuchte Behörde zur Folge haben, daß sie sich mit fremdem Recht auseinandersetzen muß.

Es kann daher nicht davon ausgegangen werden, daß die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung erfüllen.

- cc) Das Übereinkommen über die Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden, vor denen nichteheliche Kinder anerkannt werden ²⁸⁶⁾, berücksichtigt die Staatsangehörigkeit des Anerkennenden und den Ort, an dem die Anerkennungserklärung abgegeben wird. Damit ist der Anknüpfungspunkt des heimischen Rechts der Behörde berücksichtigt worden. Es fehlt jedoch der Anknüpfungspunkt des heimischen Rechts des Anerkennenden. Daß die Staatsangehörigkeit hierzu nicht ausreicht, ist bereits dargestellt worden. Es fragt sich, ob ein Fall denkbar ist, bei dem dieser Anknüpfungspunkt an Bedeutung gewinnt.

284) s. S. 36 ff

285) s. S. 64

286) s. S. 66

Der Anerkennende gibt die Erklärung vor einem Gericht ab, das sich im Land des Wohnsitzes des nichtehelichen Kindes befindet. Dieses Land ist Vertragsstaat. Der Anerkennende ist nicht Vertragsstaatsangehöriger, wohnt jedoch in einem Vertragsstaat. Das Abkommen käme in diesem Fall nicht zur Anwendung. Einer der Beteiligten müßte sich möglicherweise mit fremdem Recht auseinandersetzen.

Auch die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens enthalten daher bezüglich des dritten Ziels der Rechtsvereinheitlichung keine vollständige Lösung.

- dd) Für den Sachverhalt, den das Haager Ehwirkungsabkommen²⁸⁷⁾ regelt, ist entscheidender Anknüpfungspunkt des heilischen Rechts der Wohnsitz. Dieser wird vom Anwendungsbereich des Abkommens nicht berücksichtigt.

Die Eheleute A und B sind Nichtvertragsstaatsangehörige. Sie haben ihren Wohnsitz in verschiedenen Vertragsstaaten. A arbeitet nämlich im Vertragsstaat X als Fremdarbeiter und hat dort auch eine Wohnung bezogen. B arbeitet am Hauptwohnsitz der Eheleute, und zwar im Vertragsstaat Y. Ein solcher Sachverhalt ist im Zuge der heutigen Arbeitsmarktsituation durchaus möglich.

Der Anknüpfungspunkt Wohnsitz hätte daher noch in den Anknüpfungspunkte-katalog dieses Abkommens aufgenommen werden müssen. Das dritte Ziel wird somit von den Anknüpfungspunkten dieses Abkommens nicht erfüllt.

- ee) Das Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden, das anzuwendende Recht und die Anerken-

287) s. S. 68

nung der Entscheidungen in Adoptionsangelegenheiten ²⁸⁸⁾

berücksichtigt weder den Wohnsitz beider Parteien noch den Ort des angerufenen Gerichts bzw. der Behörde.

Hat der Antragsteller lediglich seinen Wohnsitz in einem Vertragsstaat und hat sein Heimatstaat dieses Abkommen nicht unterzeichnet, so kann für den Antragsteller fremdes Recht zur Anwendung kommen, wenn er in einem anderen Vertragsstaat ein Kind adoptieren möchte.

Die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens schließen daher nicht aus, daß sich einer der Beteiligten mit fremdem Recht auseinandersetzen muß.

ff) Das Madrider Abkommen in der Fassung von Nizza ²⁸⁹⁾

umfaßt die wichtigsten Anknüpfungspunkte des heimischen Rechts, nämlich den Wohnsitz bzw. Sitz und die Niederlassung des Anmeldenden. Auch die Staatsangehörigkeit wird berücksichtigt. Hinsichtlich des Inhalts des Abkommens ist des weiteren folgendes zu bedenken. Es bietet innerhalb der Vertragsstaaten dem Antragsteller die Möglichkeit, durch einen Antrag an eine einzige Stelle einen internationalen Markenschutz zu erreichen. Es liegt somit an den Vertragsstaatsangehörigen oder denjenigen, die ihren Wohnsitz bzw. Sitz oder ihre Niederlassung in einem Vertragsstaat haben, ob sie diesen Schutz nutzen oder ob sie es bevorzugen, den jeweiligen nationalen Markenschutz in Anspruch zu nehmen und sich damit mit fremdem Recht auseinanderzusetzen.

Insgesamt werden die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens dem dritten Ziel der Rechtsvereinheitlichung gerecht.

288) s. S.70

289) s. S.56

- gg) Die Pariser Verbandsübereinkunft²⁹⁰⁾ berücksichtigt ebenfalls die Staatsangehörigkeit, den Wohnsitz bzw. Sitz und die Niederlassung. Innerhalb des Verbandes der Vertragsstaaten ist damit sichergestellt, daß bei Verletzungstatbeständen das Einheitsrecht anwendbar wird, soweit die obigen Anknüpfungen erfüllt sind. Selbst wenn aber nur die Verletzungshandlung in einem Vertragsstaat erfolgt ist, besteht nicht die Gefahr, daß für das angerufene Gericht fremdes Recht zur Anwendung kommt. Wie bereits dargestellt, knüpft das IPR nämlich im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes an den Ort der Verletzungshandlung.

Somit gilt das oben festgestellte Ergebnis auch für die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens.

- hh) Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge²⁹¹⁾ wird von dem Problem, mit dem sich die dritte Zielvorstellung der Rechtsvereinheitlichung befaßt, nicht berührt. Es kommt nämlich im Rahmen dieses Abkommens ausschließlich darauf an, welche Rechtsstellung der Flüchtling in dem Staat einnimmt, in dem er sich befindet. Zur Beantwortung der durch dieses Abkommen geregelten Fragen würden auch nur dortige Gerichte angerufen werden. Somit käme für das Gericht in jedem Fall heimisches Recht zur Anwendung. Dies gilt auch für den Betroffenen, da er sich entsprechend den anderen Voraussetzungen des Abkommens in dem in Frage stehenden Land schon längere Zeit aufgehalten hat.

- ii) Das Übereinkommen über die kostenlose Erteilung von Personenstandsurkunden und ihre Legalisation²⁹²⁾ behandelt das Auskunftsverlangen eines Staates gegenüber einem

290) s. S. 57

291) s. S. 71

292) s. S. 71

anderen. Es geht folglich um ein Verfahren, das sich zwischen Staaten bzw. deren Behörden abspielt. Das Problem, daß Privatpersonen, Rechtsanwälte oder Richter sich mit fremdem Recht befassen müssen, stellt sich daher für den von diesem Abkommen geregelten Sachbereich nicht.

- jj) Der Anwendungsbereich des internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen²⁹³⁾ berücksichtigt zwei Anknüpfungspunkte des heimischen Rechts, und zwar den Wohnsitz und den Sitz des Anmeldenden. Weist jedoch nur die Staatsangehörigkeit auf einen Vertragsstaat, müssen die Prüfungsbestimmungen erfüllt sein. Es ist folgender Fall denkbar:

Der Züchter A ist Staatsangehöriger des Vertragsstaates Y. Der Verletzungstatbestand ereignet sich im Vertragsstaat Z. Die Prüfungsbestimmungen sind nicht erfüllt. Da auch die anderen Voraussetzungen für die Anwendbarkeit des Abkommens nicht erfüllt sind, müßte A sich mit fremdem Recht auseinandersetzen.

Der Ort des angerufenen Gerichts müßte daher zusätzlich vom Anwendungsbereich des Abkommens berücksichtigt werden, um zu gewährleisten, daß in diesem Fall Einheitsrecht angewandt wird.

Die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens stimmen daher nicht mit dem dritten Ziel der Rechtsvereinheitlichung überein.

- kk) Die Anknüpfungspunkte Wohnsitz oder Niederlassung werden von dem Anwendungsbereich des Welturheberrechtsabkommens²⁹⁴⁾ nicht berücksichtigt. Es ist daher folgende

293) s. S. 58

294) s. S. 58

Situation möglich:

Der Wohnsitz des A befindet sich im Vertragsstaat X. Der Verletzungstatbestand erfolgt im Vertragsstaat Y. Das Werk des A ist zuerst in einem Nichtvertragsstaat veröffentlicht worden. Da somit die Anknüpfungen des Abkommens nicht erfüllt sind, ist auf den vorliegenden Fall das materielle Recht des Vertragsstaates Y anzuwenden. A müßte sich folglich mit fremdem Recht befassen.

Dieses Beispiel zeigt, daß der Anwendungsbereich des Welturheberrechtsabkommens den Wohnsitz oder den Ort des angerufenen Gerichts oder den Ort der Verletzungshandlung berücksichtigen müßte, um sicherzustellen, daß entweder heimisches oder Einheitsrecht zur Anwendung kommt. Daher werden die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens dem dritten Ziel der Rechtsvereinheitlichung nicht gerecht.

11) Zwischenergebnis

Entsprechend dem Ergebnis, das bei der Untersuchung der einzelnen Ziele der Rechtsvereinheitlichung erzielt wurde, hat sich gezeigt, daß die Anknüpfungsmomente Wohnsitz bzw. Sitz des Adressaten des Abkommens geeignet sind, das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu verwirklichen. Die Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit reicht hierzu nicht aus. Dies muß in Verbindung mit der oben genannten Anknüpfung verwandt werden, um zu gewährleisten, daß für die Parteien ausschließlich heimisches Recht angewandt wird. Für die Abkommen aus dem Bereich gewerblicher Rechtsschutz ist zusätzlich die Anknüpfung Ort des angerufenen Gerichts oder Ort der Verletzungshandlung zu verwenden.

5. Gruppe V

a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Schaffung einfacher und klarer Normen

aa) Die Gruppe V wird von Abkommen gebildet, die die Anknüpfungspunkte gewöhnlicher Aufenthaltsort und schlichter Aufenthalt benutzen. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Abkommen aus dem Bereich des Familienrechts und Personenstandswesen. Wie sich zeigen wird, hat dies Auswirkungen auf die Wertung der Anwendungsbereiche der Abkommen. Zum anderen kann im Rahmen des Gesamtergebnisses festgestellt werden, welche Materie sich besonders zur Rechtsvereinheitlichung eignet. Im übrigen sind die Abkommen aus dem Bereich Familienrecht und Personenstandswesen deshalb in dieser Gruppe zu finden, weil es sich bei der Anknüpfung gewöhnlicher Aufenthalt um einen Anknüpfungspunkt des Personalstatuts aus dem IPR handelt.

(1) Unter dem gewöhnlichen Aufenthaltsort wird der faktische Wohnsitz verstanden²⁹⁵⁾. Eine Legaldefinition dieses Ortes findet sich in § 9 S. 1 AO²⁹⁶⁾:

"Den gewöhnlichen Aufenthalt hat jemand dort, wo er sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, daß er an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorübergehend verweilt."

Eine weitere Definition dieser Anknüpfung beinhaltet Art. 30 des dem Europäischen Niederlassungsabkommen vom 13.12.1955 beigelegten Protokolls. Dort heißt es:

295) BGH NJW 1975, 1068

296) I. d. F. v. 16.3.1976, BGBl. I 613

" La résidence habituelle s'appréciera selon les règles applicables dans le pays dont l'intéressé est ressortissant."

Als gewöhnlicher Aufenthaltsort wird auch der tatsächliche Mittelpunkt der Lebensführung bezeichnet, wobei teilweise zusätzlich noch auf den Schwerpunkt der Bindung, die Dauer des Aufenthaltes, auf die persönlichen, sachlichen und rechtlichen Bindungen abgestellt wird²⁹⁷⁾. Insgesamt wird somit ein subjektiv-psychisches Element zur Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthaltes verwandt. Des weiteren ist neben dem Willen eine wenigstens zeitweilige physische Anwesenheit erforderlich. Bei der Bemessung des Zeitraumes ist zu beachten, ob jemand einen mehrfachen oder jahreszeitlich wechselnden gewöhnlichen Aufenthalt hat. Weiterhin ist zu bedenken, ob der Aufenthalt freiwillig sein muß. Schließlich stellt sich die Frage, wie der gewöhnliche Aufenthalt abhängiger Personen zu ermitteln ist.

Diese Darstellung zeigt, daß zur Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthaltsortes eine erhebliche Rechtskenntnis und eine umfangreiche tatsächliche Untersuchung erforderlich ist. Daher ist dieses Anknüpfungsmoment nicht als einfach und klar zu bezeichnen.

- (2) Die Überprüfung der Anknüpfung an den schlichten Aufenthalt ist anders zu werten. Auch für diesen Ort wird eine gewisse Bindung verlangt, es reicht jedoch aus, wenn sie von geringer Dauer ist. Der schlichte Aufenthaltsort ist lediglich abzugrenzen von der bloßen Durchreise und dem

297) Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 § 29,
Makarov a.a.O. Grundriß S. 73 ff, Ferid a.a.O. IPR
S. 10 ff, 434,
Firsching Der Deutsche Rechtspfleger 1971, 383,
Kropholler a.a.O. Bielefeld S. 275, OLG Zweibrücken
FamRZ 1974, 156, OLG Hamm FamRZ 1972, 381,
Kegel a.a.O. S. 213 m. w. Nachw.

bloßen Aufenthalt. Es stellt sich allerdings auch bei diesem Anknüpfungsmoment die Frage, ob der Aufenthalt freiwillig sein muß²⁹⁸⁾.

Insgesamt ist jedoch für diesen Anknüpfungspunkt festzustellen, daß der Schwierigkeitsgrad der erforderlichen Nachforschungen nicht mehr so hoch zu bemessen ist. Es bedarf lediglich tatsächlicher Nachforschungen, denn der schlichte Aufenthalt muß lediglich von der bloßen Durchreise und dem bloßen Aufenthalt abgegrenzt werden.

Die Anknüpfung an den schlichten Aufenthalt stimmt daher mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung überein.

bb) Zwischenergebnis

Während somit das Anknüpfungsmoment "gewöhnlicher Aufenthalt" wegen der Kompliziertheit seines Inhalts nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu vereinbaren ist, wird die Anknüpfung an den schlichten Aufenthalt diesem Ziel gerecht.

Bei der Frage, wie sich dieses Ergebnis auf die Abkommen der Gruppe V auswirkt, werden folgende Abkommen nicht mehr berücksichtigt: das Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden, das anzuwendende Recht und die Anerkennung der Entscheidungen in Adoptionsangelegenheiten²⁹⁹⁾, das einheitliche Gesetz über den internationalen Kauf beweglicher Sachen³⁰⁰⁾ und das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge³⁰¹⁾. Die bereits in anderem

298) Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1962 § 29 IV

299) s. S. 70

300) s. S. 81

301) s. S. 81

Zusammenhang vorgenommene Wertung dieser Abkommen³⁰²⁾ wird durch die Verwendung der Anknüpfungspunkte der Gruppe V nicht verändert.

- cc) Das Haager Übereinkommen über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht³⁰³⁾ bestimmt seinen Anwendungsbereich durch acht Anknüpfungspunkte. Schon auf Grund dieser Anzahl bestehen Bedenken, da sie schon von sich aus dazu führen kann, daß Unsicherheit darüber besteht, ob alles beachtet worden ist. Die Folge dessen ist Unruhe und damit eine gewisse Rechtsunsicherheit. Es kommt hinzu, daß die Überprüfung der Anknüpfungspunkte teilweise erhebliche Rechtskenntnisse voraussetzt.

Neben dem Anknüpfungspunkt gewöhnlicher Aufenthaltsort, der schon für sich genommen nicht geeignet ist, das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu erfüllen, wird angeknüpft an die Frage, ob es sich um Unterhaltsfragen handelt. Um dies beantworten zu können, sind Rechtskenntnisse erforderlich. So finden sich z. B. im BGB³⁰⁴⁾ zwei Vorschriften, die den Begriff des Unterhalts definieren, und zwar in § 1360a - Unterhalt der Familie - und § 1361 - Unterhalt bei Getrenntleben. Die Subsumtion unter diese Bestimmungen kann erhebliche Schwierigkeiten bereiten, wie z. B. die Frage, was unter Versicherung für das Alter sowie die Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit fällt. Schwierig ist auch die Untersuchung, ob es sich um Beziehungen zwischen Verwandten in der Seitenlinie handelt. Gegebenenfalls muß deren gesamter Stammbaum untersucht werden. Die Voraussetzungen, die das Kind in seiner

302) s. S. 133, 107, 134

303) s. S. 67

304) I.d.F. v. 14.6.1976, BGBl. 1976 I 1421

Person erfüllen muß, sind dagegen schnell und einfach zu klären. Zieht man schließlich in Betracht, daß Adressat dieses Abkommens nicht nur Sonderbehörden sind, sondern auch Anwälte, Richter und Privatpersonen, die im voraus entscheiden können müssen, ob das Abkommen anwendbar ist, kann man nur zu dem Ergebnis kommen, daß die Anknüpfungsmomente dieses Abkommens nicht mit dem Ziel Einfachheit und Klarheit der Normen übereinstimmen.

dd) Das Haager Abkommen über die Entmündigung und gleichartiger Fürsorgemaßnahmen³⁰⁵⁾ verwendet den komplizierten Anknüpfungspunkt gewöhnlicher Aufenthaltsort. Weiterhin muß der Antragsteller in der Lage sein, sein Begehren zu qualifizieren. Er muß unterscheiden können zwischen einer Entmündigung, der Anordnung einer Kuratel, der Bestellung eines gerichtlichen Beistandes und der Beschränkung der Geschäftsfähigkeit. Selbst wenn man der Auffassung folgt, daß der Antragsteller diese Kenntnis auch bei Inlandsfällen haben muß, so ist zu bedenken, daß daneben an den gewöhnlichen Aufenthaltsort angeknüpft wird. Wegen der Kompliziertheit zumindest dieser Anknüpfung wird es dem Antragsteller Schwierigkeiten bereiten, in der Prognose zu entscheiden, ob das Abkommen anwendbar ist. Auf Grund dessen stimmen die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung überein.

ee) Das Übereinkommen über die Rechtsstellung Staatenloser³⁰⁶⁾ scheint lediglich fünf Anknüpfungspunkte zu besitzen, so daß sich zahlenmäßig nicht unbedingt Bedenken ergeben, ob der Anwendungsbereich dieses Abkommens dem

305) s. S. 69

306) s. S. 72

ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung entspricht. Die Wertung hängt vielmehr vom Inhalt der verwandten Anknüpfungspunkte ab.

Im Gegensatz zu den bisher untersuchten Abkommen ist hier nur die Rede vom "Aufenthalt". Von dem gewöhnlichen Aufenthaltsort wird dabei nicht gesprochen. Somit kann es sich hierbei nur um die Anknüpfung an den schlichten Aufenthalt handeln³⁰⁷⁾. Die Anknüpfung ist als einfach und klar zu bezeichnen. Des weiteren geht es aber im Anwendungsbereich dieses Abkommens um die Frage, ob der Betroffene den Schutz der UNO genießt, ob ihm eine Staatsangehörigkeit verliehen worden ist, ob er sich eines Verbrechens gegen den Frieden oder die Menschheit schuldig gemacht und ob er gegen die Grundsätze der UNO verstoßen hat.

Zur Bestimmung der letzten Anknüpfung müßten die Grundsätze der UNO im einzelnen aufgelistet werden. Dadurch würde sich der Anknüpfungspunktekatalog dieses Abkommens erheblich ausweiten. Darüber hinaus stellt sich die Frage, wann ein Verbrechen gegen den Frieden oder die Menschheit vorliegt. Die Rechtsordnungen der Staaten beantworten diese Frage in verschiedener Form. Zur Lösung dieses Konfliktes muß daher das Abkommen ausgelegt werden. Wie bereits an anderer Stelle dargestellt³⁰⁸⁾, sind hierbei die verschiedensten Gesichtspunkte zu berücksichtigen, insbesondere gibt es im Völkerrecht verschiedene Auslegungsmethoden, wie die systematische, die funktionale, die rechtslogische, die historisch-genetische oder die wörtlich-grammatische Auslegung.

307) Kegel a.a.O. S. 213 ff

308) s. S. 134 ff

Dies alles dehnt den Anknüpfungskatalog des Abkommens erheblich aus und kompliziert ihn. Andererseits ist Adressat dieses Abkommens lediglich diejenige Behörde, die sich ausschließlich mit der Behandlung von Staatenlosen befaßt. Die Anzahl der Anknüpfungsmomente kann daher nicht zu einer negativen Wertung führen. Selbst eine Sonderbehörde ist aber überfordert, wenn sie beurteilen muß, ob einer der im Abkommen genannten Verletzungstatbestände vorliegt. Hier werden zusätzliche über die Frage der Behandlung von Staatenlosen hinausgehende Kenntnisse verlangt.

Insgesamt werden daher die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens nicht dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung gerecht.

ff) Zwischenergebnis

Auch im Rahmen der Untersuchung der Gruppe V wurde deutlich, daß der Anknüpfungskatalog eines Abkommens nicht beliebig groß sein darf. Selbst die Anzahl von fünf Anknüpfungspunkten kann schon zu hoch sein. Bei der Beurteilung der Anzahl der Anknüpfungsmomente muß neben deren Inhalt zusätzlich der Adressatenkreis des Abkommens berücksichtigt werden.

b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Ausschluß der kollisionsrechtlichen Fragen

- aa) Eine abstrakte Untersuchung der Anknüpfungspunkte der Gruppe V auf Erfüllung dieses Ziels kann nicht erfolgen. Es kann lediglich nach einer Einzelfallbetrachtung ein abstraktes Ergebnis formuliert werden³⁰⁹⁾.

309) s. S. 109 ff

Hierbei bleiben das Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden, das anzuwendende Recht und die Anerkennung der Entscheidungen in Adoptionsangelegenheiten³¹⁰⁾, das Einheitliche Gesetz über den Kauf beweglicher Sachen³¹¹⁾ sowie das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge³¹²⁾ außer Betracht, deren Wertung hinsichtlich dieses Ziels der Rechtsvereinheitlichung ist bereits an anderer Stelle erfolgt³¹³⁾.

- bb) Das Übereinkommen über das auf Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern anzuwendende Recht³¹⁴⁾ befaßt sich ausschließlich mit der Frage, welches Recht bei Unterhaltsverpflichtungen anzuwenden ist. In den verschiedenen nationalen IPRs werden diesbezüglich als Anknüpfungspunkte verwandt: Personalstatut des Verpflichteten, Personalstatut des Berechtigten, lex fori³¹⁵⁾. Ausdrücklich sind die von den Statuten geforderten Anknüpfungspunkte wie Wohnsitz und Staatsangehörigkeit³¹⁶⁾ nicht im Abkommen berücksichtigt worden. Der Anknüpfungspunkt des gewöhnlichen Aufenthaltsortes ist nicht mit dem des Wohnsitzes identisch. Es besteht ein entscheidender Unterschied darin, ob es sich um eine "résidence" oder eine "résidence habituelle" handelt. Zwar wird die letztere Anknüpfung in der Praxis teilweise mit der an den Wohnsitz übereinstimmen, grundsätzlich kann man diese Anknüpfungen jedoch nicht gleichsetzen. Somit fehlen im Anwendungsbereich des

310)S. S. 70

311)S. S. 81

312)S. S. 71

313)S. S. 140, 116, 142

314)S. S. 67

315)Veith a.a.O. S. 420, 421

316)Jakobs NJW 1967, 1066, Petersen RabelsZ 24, 32

Abkommens sowohl das Anknüpfungsmoment Wohnsitz als auch das der Staatsangehörigkeit. Es ist daher folgender Fall denkbar:

Das Kind lebt bei seiner Mutter. Der Wohnsitz befindet sich im Vertragsstaat X. Beide haben jedoch noch die Staatsangehörigkeit des Vertragsstaates Y. Die Mutter ist wegen ihres Berufes gezwungen, ein Jahr lang im Nichtvertragsstaat Z zu verbringen. Sie nimmt das Kind mit, löst den Wohnsitz in X jedoch nicht auf.

Die Frage, welches Recht anwendbar ist, würde sich in dem Beispiel erneut stellen. Die Anknüpfungsmomente dieses Abkommens erfüllen daher nicht das zweite Ziel der Rechtseinheitlichung.

- cc) Auch für den von dem Haager Entmündigungsabkommen³¹⁷⁾ geregelten Sachbereich gilt im IPR das Personalstatut, also die Anknüpfungspunkte Wohnsitz und Staatsangehörigkeit³¹⁸⁾. Wie oben schon dargestellt, ist der Anknüpfungspunkt gewöhnlicher Aufenthaltsort nicht mit dem Wohnsitz identisch. Andererseits wird in Art. 1 des Abkommens herausgestellt, daß das Heimatrecht des zu Entmündigenden Anwendung findet, so daß zumindest das Anknüpfungsmoment Staatsangehörigkeit Berücksichtigung gefunden hat³¹⁹⁾. Da folglich nur die Anknüpfung an den Wohnsitz fehlt und kein Sachverhalt denkbar ist, bei dem noch kollisionsrechtliche Zweifel auftreten können, stimmt der Anwendungsbereich dieses Abkommens mit dem zweiten Ziel der Rechtseinheitlichung überein.

317) s. S. 69

318) v. Caemmerer a.a.O. HWB S. 358

319) Palandt-Heinrichs a.a.O. Anhang zu Art. 8
EGBGB Anm. 16

dd) Das Übereinkommen über die Rechtsstellung Staaten-
loser³²⁰⁾ befaßt sich mit dem Verhältnis beherbergender
Staat und Staatenloser. Es geht folglich um die Frage,
welche Rechte der beherbergende Staat dem Staatenlosen
gewähren muß, und somit umgekehrt, welche Ansprüche
der Staatenlose in bezug auf seine Behandlung gegenüber
dem beherbergenden Staat hat. In den verschiedenen na-
tionalen IPR wird hinsichtlich solcher Sachverhalte die
Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthaltsort verwandt.
Hilfsweise wird auf den schlichten Aufenthaltsort abge-
stellt³²¹⁾. Da auch das Abkommen auf den Aufenthalt ab-
stellt, sind kaum Sachverhalte denkbar, bei denen sich
kollisionsrechtliche Fragen stellen könnten.
Der Anwendungsbereich dieses Abkommens wird daher
dem zweiten Ziel der Rechtsvereinheitlichung gerecht.

ee) Zwischenergebnis

Die Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthaltsort
ist nicht geeignet, kollisionsrechtliche Fragen auszuschlies-
sen. Wie sich gezeigt hat, wird diese Anknüpfung vor allem
im Zusammenhang mit Sachverhalten verwandt, bei denen
im IPR das Personalstatut angewandt wird. Um daher in-
nerhalb der Vertragsstaaten die Verweisung durch das IPR
gegenstandslos werden zu lassen, mußte dieses Anknüp-
fungsmoment um den Wohnsitz und die Staatsangehörigkeit
ergänzt werden.

Ob die Anknüpfung an den schlichten Aufenthalt das zwei-
te Ziel der Rechtsvereinheitlichung erfüllt, kann eigentlich
nicht entschieden werden, da die Abkommen, die diesen An-
knüpfungspunkt verwenden, schon vom Inhalt her keine kalli-

320) s. S. 72

321) Palandt-Lauterbach a.a.O Art. 29 EGBGB Anm. 2

sionsrechtlichen Probleme aufwerfen. Wenn aber schon der gewöhnliche Aufenthaltsort hierzu als Anknüpfung nicht ausreicht, dürfte dies erst recht nicht für die Anknüpfung an den schlichten Aufenthalt gelten.

c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Fortfall der Anwendung ausländischen Rechts

- aa) Auch für die Untersuchung dieses Ziels kommt es hinsichtlich der Anknüpfungspunkte auf die jeweils vom Abkommen geregelte Materie³²²⁾ an. Es kann daher lediglich abschließend ein abstraktes Ergebnis formuliert werden.

Das Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit der Behörden, das anzuwendende Recht und die Anerkennung der Entscheidungen in Adoptionsangelegenheiten³²³⁾, das einheitliche Gesetz über den internationalen Kauf beweglicher Sachen³²⁴⁾ und das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge³²⁵⁾ werden nicht berücksichtigt, da sich insoweit an dem bereits erzielten Ergebnis nichts ändert³²⁶⁾.

- bb) Der Anknüpfungspunkt gewöhnlicher Aufenthaltsort, den das Haager Abkommen über das auf Unterhaltsverpflichtung gegenüber Kindern anzuwendende Recht³²⁷⁾ verwendet, führt sicherlich auch zur Anwendung des heimischen Rechts. Das Recht des gewöhnlichen Aufenthaltsortes ist nämlich ebenso bekannt wie das Recht des Wohnsitzes. Es ist daher fraglich, ob der Wohnsitz als zusätzliche Anknüpfung vom Anwendungsbereich dieses Abkommens berücksichtigt werden muß.

322) s. S. 120

323) s. S. 70

324) s. S. 81

325) s. S. 71

326) s. S. 146, 123, 148

327) s. S. 67

Wie festgestellt, wird im IPR für die von dem Abkommen geregelten Sachverhalte als weitere Anknüpfung noch die Staatsangehörigkeit verwendet.

Läge der gewöhnliche Aufenthaltsort des Kindes nicht in einem Vertragsstaat, so käme das Recht seines Wohnsitzes oder seiner Staatsangehörigkeit zur Anwendung, so daß von der Sicht des Kindes her in jedem Fall heimisches Recht zur Anwendung käme. Das Abkommen bestimmt aber, von wem und in welchem Umfang der Unterhalt zu leisten ist. Es muß daher im Anwendungsbereich des Abkommens auch der Verpflichtete berücksichtigt werden. Wenn das Kind zwar seinen Wohnsitz, nicht aber seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort in einem Vertragsstaat hat, so müßte sich der Verpflichtete auch dann mit fremdem Recht auseinandersetzen, wenn er in einem Vertragsstaat wohnt. Daher hätte zumindest auch sein Wohnsitz als Anknüpfungspunkt Berücksichtigung finden müssen.

Das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung wird daher durch den Anwendungsbereich des Abkommens nicht erfüllt.

- cc) Für das Haager Abkommen über die Entmündigung und gleichartige Fürsorgemaßnahmen³²⁸⁾ gilt dieselbe Wertung, denn im Rahmen des Anwendungsbereichs dieses Abkommens wird derjenige nicht berücksichtigt, der eine von dem Abkommen geregelte Maßnahme begehrt.
- dd) Das Übereinkommen über die Rechtsstellung Staatenloser³²⁹⁾ wird von dem Problem, mit dem sich die dritte Zielvorstellung der Rechtsvereinheitlichung befaßt, nicht

328) s. S. 69

329) s. S. 72

berührt. Regelungsinhalt dieses Abkommens ist nämlich die Rechtsstellung der Staatenlosen in dem beherbergenden Staat. . Zugleich würden auch nur dortige Gerichte zur Beantwortung der durch das Abkommen geregelten Fragen angerufen werden. In jedem Fall käme somit ein für das Gericht heimisches Recht zur Anwendung. Da der Betroffene sich entsprechend den anderen Voraussetzungen des Abkommens in dem in Frage stehenden Land schon längere Zeit aufgehalten hat, ist auch ihm das anzuwendende Recht bekannt.

ee) Zwischenergebnis

Der gewöhnliche Aufenthaltsort, der ebenfalls einen Anknüpfungspunkt des heimischen Rechts darstellt, kann allein nicht gewährleisten, daß nur solches Recht zur Anwendung kommt. Wie die Untersuchung der einzelnen Abkommen verdeutlicht hat, hätte zumindest auch der Wohnsitz des Begehrenden bzw. Verpflichteten berücksichtigt werden müssen.

Hinsichtlich der Anknüpfung an den schlichten Aufenthalt ergab sich wegen der von den Abkommen geregelten Materien kein diesbezügliches Problem. Insofern dürfte aber auch gelten, daß diese Anknüpfung allein nicht geeignet ist, das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu erfüllen. Die Anknüpfung Wohnsitz muß zusätzlich berücksichtigt werden.

6. Gruppe VI

a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Schaffung einfacher und klarer Normen

aa) Die Gruppe VI setzt sich aus Abkommen zusammen, deren Anknüpfungspunkte unter die Oberbegriffe Registerstaat

und Flagge einzuordnen sind. Es handelt sich hierbei um Abkommen aus dem Bereich Luft- und Schifffahrt. Angesichts des Inhalts der Anknüpfungen dieser Gruppe kann es sich evident nur um Abkommen aus diesen Bereichen handeln.

- (1) Hinsichtlich der Bestimmung des Anknüpfungspunktes Registerstaat bedarf es lediglich einer Liste der Vertragsstaaten und der Untersuchung, in welchem Ort das Fahrzeug eingetragen ist. Dies ergibt sich aus den entsprechenden Fahrzeugpapieren. Die Anknüpfung an den Registerstaat ist daher als einfach und klar zu bezeichnen.
- (2) Dieselbe Wertung gilt auch für das Anknüpfungsmoment Flagge des Fahrzeugs. Zur Bestimmung dieses Anknüpfungsmomentes ist lediglich zu prüfen, welche Landesflagge das Fahrzeug führt und ob dieses Land in der Liste der Vertragsstaaten aufgeführt ist.

bb) Zwischenergebnis

Die Anknüpfungsmomente "Flagge" und "Registerstaat" verlangen somit zu ihrer Bestimmung keine besonderen Rechtskenntnisse, sondern lediglich eine Untersuchung im rein tatsächlichen Bereich. Sie stimmen daher mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung überein. Für die Anknüpfungspunkte der einzelnen Abkommen der Gruppe VI wirkt sich dieses Ergebnis folgendermaßen aus:

- cc) Der Katalog der Anknüpfungsmomente des Abkommens über die Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen³³⁰⁾ umfaßt vier Anknüpfungen, unter die leicht und schnell zu subsumieren ist. Neben dem Anknüpfungspunkt Register-

³³⁰⁾ s. S. 60

staat muß überprüft werden, ob es sich um ein Militär-, Zoll- oder Postflugzeug handelt. Dies bedarf wie bei der Anknüpfung an den Registerstaat lediglich einer Feststellung im tatsächlichen Bereich, die keine Schwierigkeiten bereitet.

Da auch die Anzahl von vier Anknüpfungspunkten die Übersichtlichkeit des Anwendungsbereichs des Abkommens nicht gefährdet, erfüllen seine Anknüpfungsmomente das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung, einfache und klare Normen zu formulieren.

- dd) Die Anwendung des internationalen Übereinkommens zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über Privilegien und Hypotheken an Seeschiffen³³¹⁾ setzt die Beantwortung der Fragen voraus, ob das Schiff einem Vertragsstaat angehört oder ob es sich nicht um ein Kriegsschiff oder ein Schiff im öffentlichen Dienst handelt. Die Anknüpfung " einem Vertragsstaat angehören " ist identisch mit dem Anknüpfungspunkt Registerstaat³²²⁾. Damit stimmen die Anknüpfungsmomente dieses Abkommens im wesentlichen mit denen des vorhergehend untersuchten Abkommens überein. Es gilt daher die obige Wertung.

- ee) Das internationale Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die vorsorgliche Beschlagnahme von Seeschiffen³³³⁾ umfaßt drei Anknüpfungspunkte. Wie die Anknüpfung an die Flagge des Schiffes läßt sich auch die Frage, ob sich das Schiff in einem Vertragsstaat befindet, ohne weiteres beantworten. Weiterhin wird

331) s. S. 75

332) s. S. 75

333) s. S. 74

aber vorausgesetzt, daß es sich um eine maritime Forderung handeln muß, deretwegen die Beschlagnahme begehrt wird. Dieser Begriff wird im Abkommen durch insgesamt siebzehn Definitionen ausgefüllt, so daß aus den bisher drei insgesamt zwanzig Anknüpfungspunkte werden. Hierdurch geht die Übersichtlichkeit des Anwendungsbereichs des Abkommens verloren. Es entsteht Unsicherheit darüber, ob alles überprüft worden ist. Außerdem verlangt die Subsumtion unter den Begriff "maritime" Forderung trotz der Aufzählung spezifische Rechtskenntnisse. Nur unter dieser Voraussetzung ist der Antragsteller in der Lage, seinen Anspruch zu qualifizieren und damit in der Prognose zu entscheiden, ob das Abkommen anwendbar ist oder nicht. Auch durch den Adressatenkreis ergibt sich keine andere Betrachtung. Dieser umfaßt nämlich nicht nur Personen, die mit dem Bereich der Schifffahrt vertraut sind, sondern auch solche, die sich ansonsten mit diesem Bereich nicht befassen und lediglich zur Sicherung ihrer Forderung die Beschlagnahme eines Seeschiffes betreiben.

Insgesamt stimmen daher die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung überein.

- ff) Das internationale Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen³³⁴⁾ hat drei Anknüpfungspunkte, die als einfach und klar zu bezeichnen sind. Neben der Prüfung des Anknüpfungsmomentes Register - staat wirft auch die Feststellung der Zweckbestimmung des Schiffes, ob es sich um ein Kriegsschiff oder ein Schiff im öffentlichen Dienst handelt, keine Schwierigkeiten auf.

³³⁴⁾ s. S. 76

Zumindest ist der Verwendungszweck des Schiffes aus den Schiffspapieren ersichtlich.

Die Anknüpfungen dieses Abkommens werden daher dem Ziel, einfache und klare Normen zu schaffen, gerecht.

- gg) Das Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfeleistung und Bergung in See - ³³⁵⁾ not hat insgesamt vier Anknüpfungspunkte, die mit denen des zuvor erörterten Abkommens übereinstimmen. Da auch die Anzahl von vier Anknüpfungsmomenten die Übersichtlichkeit des Anwendungsbereichs nicht gefährdet, gilt die obige Wertung.

- hh) Das Abkommen über Schäden, welche Dritten auf der Erde durch ausländische Luftfahrzeuge zugefügt werden ³³⁶⁾, enthält neben der Anknüpfung an den Registerstaat neun weitere Anknüpfungspunkte.
- Die Feststellung des Ortes des Schadeneintritts und des Verwendungszwecks des Flugzeuges kann ohne weiteres durchgeführt werden. Des weiteren ist aber zu überprüfen, ob ein Haftungsvertrag zwischen den im Abkommen bezeichneten Personen besteht oder ob gesetzliche Bestimmungen hinsichtlich dieses Personenkreises vorliegen, die das Arbeitsverhältnis regeln und gleichzeitig Haftungsbestimmungen enthalten. Zumindest für die Beurteilung der zuletzt genannten Anknüpfungen bedarf es entsprechender Rechtskenntnisse. Schließlich kann auch die hohe Anzahl von Anknüpfungsmomenten dazu führen, daß Unsicherheit darüber besteht, ob hinsichtlich der Anwendung des Abkommens alles beachtet worden ist.

335) s. S. 76

336) s. S. 61

Vom Adressatenkreis des Abkommens her gesehen ergibt sich keine andere Beurteilung. Es wird von diesem Abkommen nämlich nicht nur der Unternehmer, sondern auch der betroffene Dritte angesprochen. Für den nicht mit der Materie vertrauten Dritten ist aber angesichts der obigen Darstellung in der Prognose nicht ohne Schwierigkeiten zu entscheiden, ob das Abkommen anwendbar ist. Die Anknüpfungsmomente dieses Abkommens sind daher nicht als einfach und klar zu bezeichnen.

- ii) Das Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See ³³⁷⁾ stellt lediglich auf den Registerstaat des Schiffes ab, so daß seine Anknüpfungspunkte dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung entsprechen.

- jj) Das Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Sicherheitsbeschlagnahme von Luftfahrzeugen ³³⁸⁾ hat sechs Anknüpfungspunkte. Wie dargestellt, bereitet die Feststellung des Registerstaates keine Schwierigkeiten. Auch die Frage, ob das Luftfahrzeug sich in einem Vertragsstaat befindet, ist schnell zu beantworten. Hierzu bedarf es lediglich der Kenntnis des Landeplatzes und einer Liste der Vertragsstaaten.

Auf welcher Rechtsgrundlage die Sicherungsbeschlagnahme beruht, läßt sich jedoch nicht so leicht beantworten. Hierzu müssen bekannt sein die Vorschriften des Konkursrechts, des Zolls, die entsprechenden Straf- und Polizeivorschriften, und zwar eines jeden betroffenen Landes. Nur auf diese Weise kann der Negativkatalog der Anknüpfungs-

337) s. S. 77

338) s. S. 62

punkte dieses Abkommens überprüft und ausgeschlossen werden. Dies verlangt entsprechende Rechtskenntnis. Gleichzeitig entsteht Unsicherheit darüber, ob wirklich alle Vorschriften beachtet worden sind.

Wenn die hier interessierende Frage unter dem Gesichtspunkt des Adressatenkreises des Abkommens betrachtet wird, so führt dies zu keiner anderen Beurteilung. Der Gläubiger muß nicht nur die Vorschriften seines Heimatstaates über die Sicherungsbeschlagnahme, sondern auch die der anderen Länder kennen, um auszuschließen, daß die Beschlagnahme auf den im Abkommen genannten Vorschriften beruht. Damit aber ist der Gläubiger überfordert. Die Folge ist eine erhebliche Rechtsunsicherheit, die gerade durch die Rechtsvereinheitlichung beseitigt werden soll.

Insgesamt stimmen daher die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung überein.

kk) Zwischenergebnis

Die Untersuchung hat gezeigt, daß nicht nur die Qualität der Anknüpfungen, sondern auch ihre Anzahl entscheidend ist. Sie darf nicht beliebig groß sein, ansonsten wäre die Erfüllung des ersten Ziels der Rechtsvereinheitlichung gefährdet. Die Wertung der Anzahl hängt dabei zusätzlich vom Adressatenkreis des Abkommens ab.

b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Ausschluß der kollisionsrechtlichen Frage

- aa) Ob die Anknüpfungsmomente Flagge und Registerstaat dieses Ziel erfüllen, hängt von der jeweils vom Abkommen geregelten Materie ³³⁹⁾ ab. Ein abstraktes Ergebnis kann daher nur nach einer Einzelbetrachtung formuliert werden.
- bb) Das Abkommen über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen ³⁴⁰⁾ stellt hinsichtlich seiner Anknüpfungspunkte auf das Register und einen tatsächlichen Negativkatalog ab. Ob dies ausreichend ist, um die kollisionsrechtliche Frage auszuschließen, kann nur nach dem Inhalt des Abkommens beurteilt werden.

Grundsätzlich betrifft das Abkommen das Sachenrecht des Luftfahrzeuges. Es geht um seine Versteigerung, um diesbezügliche Zwangsverfügungen etc. . Die Kollisionsnormen der verschiedenen nationalen IPR verwenden für solche Sachverhalte als Anknüpfungsmomente die *lex rei sitae* des Luftfahrzeuges sowie den Ort seines Aufenthaltes ³⁴¹⁾. Es ist daher folgender Sachverhalt denkbar:

Das Luftfahrzeug, eingetragen im Staat X, befindet sich zur Zeit im Staat Y. In diesem Fall würden die verschiedenen IPR auf die Rechtsordnung zweier Staaten verweisen, nämlich auf die des Registerstaates X und die des Aufenthaltsstaates Y. Kollisionsrechtliche Zweifel wären die Folge.

Insgesamt sind daher nicht alle zweifelhaften Sachverhalte von den Anknüpfungspunkten des Abkommens erfaßt, so daß

339) s. S. 109 ff

340) s. S. 60

341) Wolff a.a.O. S. 393, Makarov a.a.O. Grundriß S. 34 ff, Kegel a.a.O. S. 332 ff

sich die kollisionsrechtliche Frage auch weiterhin stellt. Das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung wird somit nicht von den Anknüpfungspunkten des Abkommens erfüllt.

cc) Das Abkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über Privilegien und Hypotheken an Seeschiffen³⁴²⁾ knüpft an den Registerstaat des Schiffes an. Ausgehend von dem Regelungsinhalt des Abkommens kommt im Hinblick auf die verschiedenen nationalen IPR als Anknüpfungspunkt ebenfalls nur der Registerstaat in Frage³⁴³⁾. Somit bestehen schon im Bereich des IPR keine kollisionsrechtlichen Zweifel, so daß der von dem Abkommen gewählte Anknüpfungspunkt völlig ausreichend ist, um das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu verwirklichen.

dd) Für das internationale Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die vorsorgliche Beschlagnahme von Seeschiffen³⁴⁴⁾ stellt sich die kollisionsrechtliche Frage nicht. Die Kollisionsnormen der verschiedenen nationalen IPR verwenden nämlich für die vom Abkommen geregelten Sachbereiche ausschließlich den Anknüpfungspunkt *lex fori*. Um eine praktikable Lösung hinsichtlich des zweiten Ziels der Rechtsvereinheitlichung zu erreichen, sollen Fälle dieser Art für den Anwendungsbereich des Abkommens unberücksichtigt bleiben.

Somit kann sich für die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens nicht die Frage stellen, ob sie kollisionsrechtliche Fragen ausschließen.

342) s. S. 75

343) Wolff a.a.O. HWB S. 993 ff, Makarov a.a.O. Grundriß S. 134 ff, Kegel a.a.O. S. 333

344) s. S. 74

ee) Das Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen³⁴⁵⁾ befaßt sich mit dem Problem, in welchen Fällen der Eigentümer seine Haftung ausschließen kann, wie hoch seine Haftung ist, etc. . Die vom Abkommen genannten Konstellationen sind sehr zahlreich, sie erstrecken sich bis hin zu Schadensersatzansprüchen aus nautischem Verschulden.

Für diese Fälle werden im IPR der verschiedenen Staaten folgende Anknüpfungspunkte verwandt: Begehungsort, Flagge des Schiffes, Registerstaat des Schiffes, *lex fori*³⁴⁶⁾. Das Abkommen berücksichtigt jedoch hinsichtlich seines Anwendungsbereichs lediglich den Registerhafen. Daneben wird keines der anderen oben genannten Anknüpfungsmomente beachtet. Folglich sind Sachverhalte denkbar, bei denen die Kollisionsnormen der verschiedenen nationalen IPR auf mehrere Rechtsordnungen verweisen, deren Recht nicht zur Anwendung des Abkommens führt.

Das Seeschiff des Vertragsstaatsangehörigen A, dessen Registerstaat der Staat X ist, verursacht im Hafen des Vertragsstaates Y einen Unfall. Unfallursache ist nautisches Verschulden. Die Kollisionsnormen der verschiedenen nationalen IPR würden sowohl auf die Rechtsordnung von X als auch von Y verweisen. Da der Registerstaat, auf den das Abkommen abstellt, nicht Vertragsstaat ist und da das Abkommen die anderen Anknüpfungen nicht berücksichtigt, käme es nicht zur Anwendung. Folglich müßte die kollisionsrechtliche Frage gestellt werden.

345) s. S. 76

346) Wüstendörfer a.a.O. S. 34, Ficker a.a.O. IWB S. 388, 476, Raape a.a.O. S. 35, 540

Die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens sind daher nicht geeignet, kollisionsrechtliche Zweifel auszuschließen.

- ff) Für den vom Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfeleistung zur Bergung in See-³⁴⁷⁾ not geregelten Bereich wird im IPR zwischen Territorialgewässern und der hohen See unterschieden. Im ersten Fall wird die *lex loci* verwandt, im zweiten, der hier maßgebend ist, die *lex fori*, der Registerstaat des rettenden Schiffes, der Registerstaat des geretteten Schiffes und der Ort der Bergung³⁴⁸⁾.

Vom Anwendungsbereich des Abkommens werden lediglich die beiden letzten Anknüpfungspunkte erfaßt, so daß sich die Frage stellt, ob damit kollisionsrechtliche Zweifel ausgeschlossen sind. Folgender Sachverhalt ist möglich:

Ein Schiff, das im Staat X registriert ist, leistet einem anderen Schiff, das als Registerstaat den Staat Y führt, in den Gewässern des Staates Z Hilfe. Da das Abkommen nur den Registerstaat berücksichtigt, würde sich die kollisionsrechtliche Frage stellen, ob die Rechtsordnung von X, Y oder Z anzuwenden ist.

Folglich werden die kollisionsrechtlichen Zweifel nicht beseitigt³⁴⁹⁾, das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung ist nicht erfüllt.

- gg) Das Abkommen über Schäden, welche Dritten auf der Erde durch ausländische Luftfahrzeuge zugefügt werden³⁵⁰⁾, befaßt sich mit dem Deliktsrecht. Die Kollisionsnormen der verschiedenen nationalen IPR verweisen bei solchen Sachverhalten auf das Recht der Flagge bzw. des Regi-

347) s. S. 76

348) Ficker a.a.O. HWB S. 483 ff, Schaps/Abraham a.a.O.

Bd. II S. 1131 ff m. w. Nachw.

349) Lemhöfer RabelsZ 24, 433

350) s. S. 61

sterstaates und das Recht des überflogenen Staates, wobei die Verweisung auf das territoriale Recht den Vorzug genießt³⁵¹⁾. Der Tatort spielt im Bereich des Flugwesens keine Rolle³⁵²⁾.

Da das Abkommen neben dem Registerstaat auch den Ort der Schädigung und damit den überflogenen Staat berücksichtigt, werden die vom IPR geförderten Anknüpfungspunkte vom Anwendungsbereich des Abkommens erfaßt. Die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens entsprechen daher dem zweiten Ziel der Rechtsvereinheitlichung.

- hh) Das Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See³⁵³⁾ regelt die Technik, die Ausrüstung eines Schiffes usw. . Es kommt daher kollisionsrechtlich darauf an, welchen Landesregeln ein Schiff hinsichtlich seiner Bauweise untersteht. Andere kollisionsrechtliche Sachbereiche werden durch dieses Abkommen nicht betroffen.

Wie bei vielen anderen seerechtlichen Sachverhalten benutzt das IPR als Anknüpfungspunkt den Registerhafen des Schiffes³⁵⁴⁾. Andere Anknüpfungsmomente werden nicht herangezogen. Folglich entsteht bezüglich des vom Abkommen geregelten Sachbereichs schon beim IPR keine kollisionsrechtliche Problematik, so daß dieses Abkommen bezüglich des zweiten Ziels der Rechtsvereinheitlichung vollständig ist.

- ii) Das Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Sicherungsbeschlagnahme von Luftfahrzeugen³⁵⁵⁾ ist

351) Ficker a.a.O. HWB S. 486, 487, Kegel a.a.O. S. 319, 8 Ferid a.a.O. IPR S. 168

352) Raape a.a.O. S. 541

353) s. S. 77

354) Makarov a.a.O. Grundriß S. 78 ff

Schaps/Abraham a.a.O. Bd. I S. 592, 240 ff

355) s. S. 62

hinsichtlich seiner Anknüpfungspunkte problemlos. Im IPR wird für diesen Sachverhalt lediglich ein Anknüpfungspunkt verlangt, nämlich die *lex fori*. Folglich gibt es schon im Bereich des IPR kein kollisionsrechtliches Problem und somit erst recht nicht für das Abkommen³⁵⁶⁾.

jj) Zwischenergebnis

Insgesamt ergibt sich für diesen Untersuchungsabschnitt folgendes Bild:

Die Anknüpfungen an den Registerstaat und die Flagge sind allein nicht geeignet, alle kollisionsrechtlich zweifelhaften Sachverhalte zu erfassen. Wie sie zu ergänzen sind, hängt entscheidend von dem vom Abkommen geregelten Sachbereich ab. Es kann die *lex fori* oder der Abschlußort des Vertrages sein. Eine feste Regel läßt sich daher nicht aufstellen. Wenn aber das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung schon allein durch die Verwendung der Anknüpfung der Flagge und Registerstaat verwirklicht sein sollte, so nur deswegen, weil schon im Bereich des IPR für den in Frage stehenden Sachverhalt keine kollisionsrechtlichen Probleme vorhanden sind.

c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Fortfall der Anwendung ausländischen Rechts

- aa) Zur Überprüfung, wie die Anknüpfungspunkte Flagge und Registerstaat diesem Ziel gegenüberstehen, kommt es ebenfalls auf den jeweils in Frage stehenden Sachverhalt³⁵⁷⁾ an. Erst nach der Untersuchung der einzelnen Abkommen kann ein abschließendes Ergebnis formuliert werden.

356) s. S. 109 ff

357) s. S. 120 ff

- bb) In bezug auf das Abkommen über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen³⁵⁸⁾ stellt die Anknüpfung an den Registerstaat ebenfalls einen Anknüpfungspunkt des heimischen Rechts des Eigentümers bzw. des Unternehmers dar. Das Recht dieses Landes muß ihnen ebenso vertraut sein wie das des Wohnsitzes bzw. des Sitzes oder der Niederlassung. Es ist aber folgender Sachverhalt denkbar:

Es wird ein Gericht angerufen, das sich in einem Vertragsstaat befindet, weil dort das Unternehmen seinen Sitz hat. Der Registerhafen des Flugzeuges befindet sich jedoch nicht in einem Vertragsstaat. Das Gericht müßte sich somit mit fremdem Recht auseinandersetzen.

Dieser Fall ist angesichts der weltweiten Ausdehnung der Luftfahrtunternehmen nicht auszuschließen. Erst die Berücksichtigung des Anknüpfungspunktes Ort des angerufenen Gerichts könnte die in dem Beispiel sich ergebenden kollisionsrechtlichen Zweifel beseitigen.

Insgesamt stimmen daher die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens nicht mit dem dritten Ziel der Rechtseinheitlichung überein.

- cc) Auch für das Abkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über Privilegien und Hypotheken an Seeschiffen³⁵⁹⁾ ist ein Sachverhalt denkbar, bei dem lediglich der Gerichtsort in einem Vertragsstaat läge. Es könnte daher für das Gericht fremdes Recht zur Anwendung kommen.

358) s. S. 60

359) s. S. 75

Die Anknüpfung an den Registerstaat und die anderen Anknüpfungspunkte dieses Abkommens können folglich nicht gewährleisten, daß nur heimisches Recht angewandt wird.

- dd) Das Abkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die vorsorgliche Beschlagnahme von Seeschiffen³⁶⁰⁾ berücksichtigt wohl die Flagge des Schiffes, die auch als Anknüpfungspunkt des heimischen Rechts angesehen werden kann, der Ort des angerufenen Gerichts, der Wohnsitz bzw. der Sitz werden jedoch nicht beachtet. Es sind daher durchaus Fälle denkbar, in denen sich die beteiligten Parteien mit fremdem Recht auseinandersetzen müssen.

Das Seeschiff befindet sich im Nichtvertragsstaat X. Der Sitz des Unternehmens liegt im Vertragsstaat Y, das Schiff führt jedoch die Flagge des Nichtvertragsstaates Z. Der Gläubiger, der im Vertragsstaat W wohnt bzw. dort seinen Sitz hat, beantragt am Sitz des Schiffahrtsunternehmens die Beschlagnahme des Schiffes, weil er nicht weiß, wo sich das Seeschiff zur Zeit befindet. Bei dieser Sachlage besteht für ihn die Gefahr, sich mit fremdem Recht befassen zu müssen, denn Einheitsrecht wäre nicht anwendbar. Eine andere Beurteilung hätte sich nur ergeben, wenn im Anwendungsbereich des Abkommens der Ort des angerufenen Gerichts berücksichtigt worden wäre.

Die obige Wertung gilt daher auch für dieses Abkommen.

- ee) Auch das internationale Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen³⁶¹⁾ berücksichtigt die oben angegebenen Anknüpfungspunkte des heimischen Rechts

360) s. S. 74

361) s. S. 76

nicht. Es ist daher durchaus denkbar, daß für einen der Beteiligten fremdes Recht darüber entscheidet, ob die Beschränkung möglich ist oder nicht. Die von dem Abkommen verwandten Anknüpfungspunkte können daher nicht sicherstellen, daß nur heimisches Recht angewandt wird.

- ff) Zwar berücksichtigt das Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung von Regeln über die Hilfeleistung und Bergung in Seenot ³⁶²⁾ den Registerstaat, der für diesen Bereich eine Anknüpfung des heimischen Rechts darstellt, die anderen hierfür entscheidenden Anknüpfungsmomente wie Wohnsitz oder Sitz sind jedoch nicht im Anwendungsbereich dieses Abkommens zu finden. Es ist daher folgender Sachverhalt möglich:

Das Schiff des Unternehmers A, das im Nichtvertragsstaat Y registriert ist, leistet dem Schiff des Unternehmers B, dessen Registerstaat ebenfalls dieser Nichtvertragsstaat Y ist, im Gewässer des Vertragsstaates Z Hilfe. Die Unternehmer A und B haben ihren Sitz im Vertragsstaat X. Einheitsrecht kann in diesem Fall nicht angewandt werden. Es besteht folglich für A und B die Gefahr, daß sie sich mit fremdem Recht befassen müssen.

Die Anknüpfungen dieses Abkommens erfüllen nicht das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung.

- gg) Für den vom Abkommen über Schäden, welche Dritten auf der Erde durch ausländische Luftfahrzeuge zugefügt werden ³⁶³⁾, geregelten Bereich ist im Hinblick auf das

362) s. S. 76

363) s. S. 61

dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung folgender Sachverhalt denkbar:

Der Sitz des Dritten, der sich im Nichtvertragsstaat X befindet, wird beschädigt.

Der Dritte hat aber seinen Wohnsitz im Vertragsstaat Y. Das Luftfahrtunternehmen hat seinen Sitz im Vertragsstaat Z, das Flugzeug ist jedoch im Nichtvertragsstaat W registriert. Die Voraussetzungen zur Anwendung des Abkommens sind nicht erfüllt. Es könnte daher ein zumindest für das Luftfahrtunternehmen fremdes Recht über diesen Fall entscheiden.

Die Anknüpfungspunkte werden daher nicht dem dritten Ziel der Rechtsvereinheitlichung gerecht.

- hh) Das Internationale Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See³⁶⁴⁾ knüpft an den Registerhafen an, der, wie bereits mehrfach betont, auch ein Anknüpfungspunkt des heimischen Rechts ist. Es ist aber folgender Fall vorstellbar:

Der Registerhafen des Schiffes befindet sich im Nichtvertragsstaat X. Der Sitz des Schifffahrtunternehmens liegt im Vertragsstaat Y. Dort wird das zuständige Gericht angerufen.

Bei diesem Sachverhalt könnte Einheitsrecht nicht angewandt werden, so daß zumindest das Gericht sich mit fremdem Recht befassen müßte.

Der Ort des angerufenen Gerichts hätte daher als weiterer Anknüpfungspunkt in den Anwendungsbereich des Abkommens aufgenommen werden müssen. Insgesamt gilt daher die obige Wertung auch für dieses Abkommen.

364) s. S. 77

- ii) Das Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Sicherungsbeschlagnahme von Luftfahrzeugen³⁶⁵⁾ berücksichtigt durch den Anknüpfungspunkt Registerstaat zwar einen Anknüpfungspunkt des heimischen Rechts. Es läßt jedoch vollkommen außer Betracht, wer die Beschlagnahme durchführt.

Das Luftfahrzeug befindet sich im Nichtvertragsstaat Y. Gläubiger G mit Wohnsitz im Vertragsstaat X hat gegen das Unternehmen S mit Sitz im Vertragsstaat Z eine Forderung und bereits einen Titel über diese Forderung erlangt. Auf Grund dieses Titels will er zur Sicherung seiner Forderung das Luftfahrzeug beschlagnahmen lassen. Er beantragt dies im Vertragsstaat Z, weil er nicht weiß, wo sich das Flugzeug zur Zeit befindet.

Da das Abkommen nicht angewandt werden könnte, würde der Gläubiger mit einem ihm fremdem Recht konfrontiert werden. Zumindest der Ort des angerufenen Gerichts hätte zusätzlich im Anwendungsbereich des Abkommens berücksichtigt werden müssen.

Es bleibt daher auch für dieses Abkommen festzustellen, daß seine Anknüpfungspunkte nicht gewährleisten, daß nur heimisches Recht angewandt wird.

- jj) Zwischenergebnis

Es hat sich gezeigt, daß die Anknüpfungspunkte Registerhafen und Flagge des Schiffes nicht geeignet sind, das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu verwirklichen. Abkommen, die in ihrem Anwendungsbereich diese Anknüpfungen berücksichtigen müssen, müßten zur Verwirklichung des

³⁶⁵⁾ s. S. 62

·
dritten Zieles der Rechtsvereinheitlichung zusätzlich die Anknüpfungspunkte Ort des angerufenen Gerichts, Wohnsitz bzw. Sitz in ihren Anwendungsbereich aufnehmen.

7. Gruppe VII

a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung

Schaffung einfacher und klarer Normen

- aa) Bei dieser Gruppe handelt es sich um Abkommen aus den Bereichen Familienrecht, Urheberrechtsschutz, Beschlagnahme und Regelung von Schadenersatzansprüchen. Diese Abkommen verwenden als Anknüpfung den "Ort des Geschehens".

"Ort des Geschehens" kann sein der Verletzungsort, der Ort, an dem ein Begehren geltend gemacht wird, der Ort, an dem der Schaden eingetreten ist, der Ort, an dem das Werk veröffentlicht worden ist oder der Ort, an dem eine Bescheinigung ausgestellt wird. Abgesehen von der Anknüpfung an den Verletzungsort können alle anderen Anknüpfungsmomente als einfach und klar bezeichnet werden. Hierbei kommt es nämlich lediglich auf die Kenntnis der Vertragsstaaten und auf eine Untersuchung an, die sich im Tatsächlichen abspielt. Diese Wertung gilt auch für den Ort des Schadeneintritts, denn hierfür ist zu prüfen, wo der Schaden tatsächlich eingetreten ist und nicht wo die Verletzungshandlung erfolgt ist.

Anders ist dagegen das Anknüpfungsmoment Verletzungs-ort zu beurteilen. Hierzu folgender Fall:

A hat ein geschütztes literarisches Werk verfaßt. B, der im Staat X wohnt, stellt dort ein Plagiat her. Das Plagiat wird im Staat Y gedruckt und im Staat Z vertrieben.

In diesem Beispiel ist höchst fraglich, welcher Ort als Verletzungsort anzusehen ist. Es könnte sich die Frage stellen, ob dies der Ort der Handlung oder der Ort ist, an dem der Schaden zugefügt worden ist. Ist der Verletzungsort mit dem Begehungsort identisch, ist er von diesem zu unterscheiden oder ist er Bestandteil des Begehungsortes?

Begangen ist nach der Rechtsprechung die Handlung sowohl am Vornahme- als auch am Erfolgsort³⁶⁶⁾. Denkbar ist sogar eine Mehrheit von Handlungs- und Erfolgsorten. Bei fahrlässig begangenen unerlaubten Handlungen sind für das Zusammenwirken dieser Orte noch weitere Besonderheiten zu beachten³⁶⁷⁾. Der Verletzungsort ist somit Bestandteil des Anknüpfungsmomentes Begehungsort. Er muß daher von der Anknüpfung an den Begehungsort getrennt und deutlich herausgearbeitet werden.

Unter Verletzungsort ist folglich derjenige Ort zu verstehen, an dem das unmittelbar betroffene Rechtsgut sich zur Zeit der Verletzung befindet³⁶⁸⁾. Dieser Ort kann sowohl von der Sicht des Schädigers als auch des Geschädigten rein zufällig sein, wobei eine Mehrheit dieser Orte möglich ist.

Um den Anknüpfungspunkt Verletzungsort bestimmen zu können, muß der Verwender des Abkommens somit die Diskussion zum Anknüpfungsmoment Begehungsort und die Definition des Verletzungsortes kennen. Sodann muß er beide Anknüpfungen gegeneinander abgrenzen. Erst dann ist eine rein tatsächliche Untersuchung möglich.

Diese Darstellung macht deutlich, daß die Anknüpfung an den Verletzungsort nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung vereinbar ist.

366) Makarov a.a.O. Grundriß S. 74, 75, Ferid a.a.O. IPR S. 161

367) Ferid a.a.O. IPR S. 161,

368) Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 § 30 I, III

bb) Zwischenergebnis

Grundsätzlich stellt der Anknüpfungspunkt Handlungs-
ort eine einfache und klare Regelung im Sinne des ersten
Ziels der Rechtsvereinheitlichung dar. Lediglich der Ver-
letzungsort kann nicht in dieser Weise charakterisiert
werden.

Hinsichtlich der Untersuchung, wie sich dieses Ergeb-
nis auf die Abkommen der Gruppe VII auswirkt, bleiben fol-
gende Abkommen unberücksichtigt: das Übereinkommen
über die Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden, vor
denen nichteheliche Kinder anerkannt werden ³⁶⁹⁾, das Ab-
kommen über Schäden, welche Dritten auf der Erde durch
ausländische Luftfahrzeuge zugefügt werden ³⁷⁰⁾, das in-
ternationale Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung
einzelner Regeln über die vorsorgliche Beschlagnahme von
Seeschiffen ³⁷¹⁾ und das Welturheberrechtsabkommen ³⁷²⁾.
An dem zu diesem Abkommen erzielten Ergebnis ³⁷³⁾ ändert
sich durch die Verwendung des Anknüpfungsmomentes "Ort
des Geschehens" nichts.

cc) Die Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der
Literatur und Kunst ³⁷⁴⁾ berücksichtigt den Ort der ersten
Veröffentlichung und den Ort der Verletzungshandlung. Bei-
de müssen je nach Sachlage in einem Vertragsstaat liegen.
Der Ort der Erstveröffentlichung läßt sich daher schnell
und einfach lokalisieren. Hierzu bedarf es lediglich einer
Liste der Vertragsstaaten. Wegen der Verwendung des
Anknüpfungspunktes Verletzungsort kann jedoch

369) s. S. 66

370) s. S. 61

371) s. S. 74

372) s. S. 58

373) s. S. 132, 168, 165, 137

374) s. S. 55

der Anwendungsbereich dieses Abkommens nicht dahingehend gewertet werden, daß er nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung übereinstimmt.

- dd) Das Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen ³⁷⁵⁾ besitzt insgesamt elf Anknüpfungsmomente. Hierbei ist folgendes zu untersuchen: die Art des Schiffes, die Form des Begehrens und der Beruf des Antragstellers. Schließlich ist darauf abzustellen, wo das Begehren, nämlich die Beschränkung der Haftung, geltend gemacht worden ist.

Hinsichtlich der letzten Anknüpfung kommt es also darauf an, ob der Antragsteller seinen Antrag in einem Vertragsstaat stellt. Die Bestimmung dessen erfordert lediglich eine Liste der Vertragsstaaten und entsprechende Ortskenntnisse. Folglich handelt es sich um eine einfache und schnelle Untersuchung. Ebenso ist die Bestimmung der Art des Schiffes und des Berufes des Antragstellers zu bewerten.

Dagegen sind Rechtskenntnisse erforderlich, um bestimmen zu können, was für ein Begehren vorliegt, welches sein Ziel ist. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß es sich um elf Anknüpfungspunkte handelt. Dadurch könnten der Anwendungsbereich des Abkommen unübersichtlich werden, was erneut Rechtsunsicherheit zur Folge hätte.

Insgesamt ist daher zu bedenken, daß sich dieses Abkommen ausschließlich an die Eigentümer von Seeschiffen und damit an die Schifffahrtsgesellschaft wendet. Da see-

375) s. S. 73

rechtliche Fragen zu ihrem täglichen Beschäftigungsfeld gehören, fällt es ihnen nicht schwer, ihr Begehren zu charakterisieren. Auch die Anzahl von elf Anknüpfungspunkten ist daher für sie übersehbar. Ihnen wird es somit in der Prognose keine Schwierigkeiten bereiten, zu entscheiden, ob das Abkommen anwendbar ist. Es ist daher festzustellen, daß die Anknüpfungsmomente dieses Abkommens das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung verwirklichen. Es muß hierbei allerdings nochmals herausgestellt werden, daß dies nur darauf zurückzuführen ist, daß sich das Abkommen an einen Personenkreis wendet, der mit der von diesem Abkommen geregelten Materie sehr vertraut ist.

- ee) Bei dem Übereinkommen über die Feststellung der mütterlichen Abstammung nichtehelicher Kinder³⁷⁶⁾ entscheidet sich die Anwendbarkeit danach, ob die begehrte Feststellung vor einer Behörde eines Vertragsstaates geltend gemacht wird. Um dies zu prüfen, bedarf es lediglich einer Liste der Staaten, die das Abkommen unterzeichnet haben. Die Anknüpfung dieses Abkommens ist daher als einfach und klar zu bezeichnen.

- ff) Dieselbe Wertung gilt auch für das Haager internationale Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über Konnossemente³⁷⁷⁾. Hier muß der Ort, an dem das Konnossement ausgestellt worden ist, in einem Vertragsstaat liegen. Zur Feststellung dessen bedarf es ebenfalls nur einer Liste der Vertragsstaaten.

376) s. S. 65

377) s. S. 79

gg) Das Abkommen über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie³⁷⁸⁾ hat neun Anknüpfungspunkte. Deren Untersuchung erfordert teilweise fachspezifische Kenntnisse. Man denke hierbei nur an folgende Fragen:

Handelt es sich um einen radioaktiven Schaden? Liegt einer der genannten Kernbrennstoffe, entsprechender Abfall oder ein entsprechendes Erzeugnis vor?

Hat sich der Unfall in der Kernanlage oder in deren Zusammenhang ereignet? Hierbei werden Abfallbeseitigung oder Transport genannt³⁷⁹⁾.

Was ist unter einer Kernanlage zu verstehen? Hierunter fallen wohl auch Fabriken zur Herstellung und Bearbeitung von Kernmaterialien, so daß die Subsumtion unter den Begriff Kernanlage umfangreicher ist als bei § 7 AtomG ist³⁸⁰⁾.

Wo hat die Verletzungshandlung stattgefunden? Hierzu ist auf das oben Gesagte zu verweisen. Diese Anknüpfung ist somit nicht einfach und klar.

Es ist zusätzlich zu beachten, daß unter das Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates auch das Territorialgewässer³⁸¹⁾ fällt. Besonders schwierig wird die Beurteilung, wenn sich der Kernunfall an Bord auf hoher See ereignet hat. Hier wird letztlich die lex-fori-Regel zur Anwendung kommen³⁸²⁾.

Durch den Adressatenkreis dieses Abkommens ergibt sich keine andere Wertung. Auf der einen Seite stehen die Betreiber solcher Kernanlagen, die über entsprechende Fach-

378) s. S. 59

379) Schmid a.a.O. S. 27

380) Haunschild VW 1960, 597

381) Schmid a.a.O. S. 31, Kaufmann Atomwirtschaft 1962, 397

382) Schmid a.a.O. S. 31, Kaufmann Atomwirtschaft 1962, 397

kenntnisse verfügen, wobei jedoch fraglich ist, ob sie die rechtlichen Kenntnisse besitzen, den Verletzungsort zu ermitteln. Auf der anderen Seite ist der Dritte zu berücksichtigen, bei dem durch den Kernunfall ein Schaden eingetreten ist. Abgesehen von den erforderlichen Rechtskenntnissen wird er in der Regel nicht über die fachspezifischen Kenntnisse verfügen, um beurteilen zu können, ob es sich um einen Kernunfall handelt. Es ist daher davon auszugehen, daß der Dritte nicht ohne weiteres entscheiden kann, ob das Abkommen anwendbar ist.

Die Anknüpfungsmomente dieses Abkommens werden folglich nicht dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung gerecht.

Als Anknüpfungspunkte hätten zum Beispiel ausgereicht: Ort des Schadeneintritts und die Anknüpfung daran, ob der Unfall im Zusammenhang mit einer Kernanlage oder dem Transport von Kernmaterial steht.

hh) Das Abkommen zur Vereinheitlichung einzelner Regeln über den Zusammenstoß von Binnenschiffen³⁸³⁾ hat vier Anknüpfungspunkte, eine Zahl, bei der die Übersichtlichkeit des Anwendungsbereichs noch gewahrt ist. Entscheidend ist daher darauf abzustellen, wie die Anknüpfungspunkte im einzelnen zu beurteilen sind.

Zunächst ist zu unterscheiden, wo sich der Zusammenstoß ereignet hat. Es ist also der Verletzungsort zu lokalisieren. Wie oben bereits dargestellt³⁸⁴⁾, bereitet dies grundsätzlich zwar Schwierigkeiten, weil der Verletzungs-

383) s. S. 77

384) s. S. 181 ff

ort sich aus dem Handlungs- und Erfolgsort zusammensetzt. Vorliegend ist jedoch zu bedenken, daß diese Orte bei einem Zusammenstoß identisch sind. Die oben ange-deuteten Schwierigkeiten tauchen daher im Zusammenhang mit dem von diesem Abkommen geregelten Sachbereich nicht auf. Hier bedarf es lediglich der tatsächlichen Kenntnis, in welchem Gewässer wessen Landes sich der Zusammenstoß ereignet hat, und einer Liste der Vertragsstaaten. Folglich ist für den Bereich dieses Abkommens der Anknüpfungspunkt Ort der Verletzungshandlung einfach und klar.

Der Anwendungsbereich des Abkommens erfordert weiterhin die Untersuchung, wie sich der Unfall ereignet hat, ob auf Grund eines Zusammenstoßes oder durch Ausführung oder Unterlassung eines Manövers oder durch Nichtbeachtung von Vorschriften. Dies ist sowohl Tatsachenfragen als auch Rechtsfrage. Die Beantwortung setzt die Kenntnis der entsprechenden seerechtlichen Vorschriften voraus. Hinzu kommt das Problem der Kausalität, was erhebliche Rechtsfragen mit sich bringt. Dies führt zu Unsicherheiten und gefährdet die vom Abkommen gewünschte Rechtssicherheit.

Dieselbe Wertung gilt auch für den Negativkatalog des Anwendungsbereichs dieses Abkommens. Ob ein Schaden auf radioaktive Eigenschaften oder Kernbrennstoffe oder radioaktiven Abfällen zurückzuführen ist, erfordert für die Beurteilung sowohl Rechtskenntnisse hinsichtlich des Problems der Kausalität als auch fachspezifische Kenntnisse.

Zwar setzt sich der Adressatenkreis des Abkommens aus Personen zusammen, die täglich nur mit seerechtlichen Fragen beschäftigt sind, so daß die Kenntnis der entsprechen-

den Vorschriften vorausgesetzt werden kann. In bezug auf die Beurteilung des Kausalitätsproblems und auf das zuvor Dargestellte ist jedoch auch dieser Personenkreis überfordert.

Die Anknüpfungsmomente dieses Abkommens sind daher nicht mit den Begriffen einfach und klar zu umschreiben.

ii) Zwischenergebnis

Zunächst ist festzustellen, daß der Anknüpfungspunkt Verletzungsort für den Bereich "Schiffszusammenstöße" eine einfache und klare Anknüpfung darstellt.

Als weiteres Ergebnis ist herauszustellen, daß bei der Wertung des Anwendungsbereichs eines Abkommens die Zahl der verwendeten Anknüpfungspunkte ebenfalls eine entscheidende Rolle spielt. Es kann jedoch vorkommen, daß selbst bei nur vier Anknüpfungsmomenten das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung nicht verwirklicht wird. Andererseits kann eine höhere Zahl von Anknüpfungen durchaus mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung übereinstimmen, wenn sich das Abkommen an einen Personenkreis wendet, der ständig mit den vom Abkommen geregelten Sachverhalten beschäftigt ist.

b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung
Ausschluß der kollisions rechtlichen Frage

- aa) Ob das Anknüpfungsmoment Handlungsort dieses Ziel erfüllt, kann erst nach einer Einzelfallbetrachtung beantwortet werden ³⁸⁵⁾.

³⁸⁵⁾ s. S. 109 ff

Für das Übereinkommen über die Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden, vor denen nichteheliche Kinder anerkannt werden³⁸⁶⁾, das Abkommen über Schäden, welche Dritten auf der Erde durch ausländische Fahrzeuge zugefügt werden³⁸⁷⁾, das Internationale Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die vorsorgliche Beschlagnahme von Seeschiffen³⁸⁸⁾ und das Welturheberrechtsabkommen³⁸⁹⁾ gilt insoweit das bereits Ausgeführte³⁹⁰⁾.

- bb) Die Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst³⁹¹⁾ hat urheberrechtliche Fragen zum Inhalt. Hierfür wird in den verschiedenen nationalen IPR nur ein Anknüpfungspunkt verwandt, und zwar der des Rechts des Wirkungs- bzw. Begehungsortes³⁹²⁾. Zum einen bestehen somit schon im Bereich des IPR keine kollisionsrechtlichen Zweifel, zum anderen sind diese Anknüpfungspunkte im Anwendungsbereich des Abkommens durch das Anknüpfungsmoment Verletzungsort berücksichtigt worden. Wie dargestellt³⁹³⁾, setzt sich nämlich der Anknüpfungspunkt Verletzungsort aus den Handlungs- und dem Erfolgsort zusammen.

Damit enthält dieses Abkommen bezüglich seiner Anknüpfungspunkte hinsichtlich des zweiten Ziels der Rechtsvereinheitlichung eine vollständige Lösung.

- cc) Das Übereinkommen über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen³⁹⁴⁾ knüpft an die Person des

386) s. S. 66

387) s. S. 61

388) s. S. 74

389) s. S. 58

390) s. S. 139, 173, 171, 144

391) s. S. 55

392) Raape a.a.O. S. 595

393) s. S. 181 ff

394) s. S. 73

Anspruchstellers, an sein Begehren und an den Ort, wo er dieses Begehren geltend macht, an. Es regelt sowohl Bereiche des deliktischen Schuldstatus oder des Deliktstatuts, Art. 1 des Abkommens, als auch Sachverhalte des Sachstatuts, Art. 7. In den Kollisionsnormen der verschiedenen nationalen IPR werden hierfür als Anknüpfungspunkte das Obligationstatut, die lex loci delicti, die lex fori, das Personalstatut bis hin zum Recht der Flagge des Schiffes verwandt³⁹⁵⁾.

Das Abkommen stellt zwar hinsichtlich der Freigabe des Schiffes auf das Hoheitsgebiet des Vertragsstaates ab, jedoch wird in bezug auf das Schuldstatut keiner der oben genannten Anknüpfungsmomente berücksichtigt. Es sind weder der Erfüllungsort, noch der Tatort noch die Lage des verletzten Rechtsgutes als Anknüpfungspunkte beachtet worden, so daß fraglich ist, ob die kollisionsrechtliche Frage durch den Anwendungsbereich des Abkommens gegenstandslos wird.

Der Eigentümer des Schiffes, das im Staat W registriert ist, hat seinen Wohnsitz im Staat X. Im Staat Y steigt P als Passagier zu. Im Gewässer des Staates Z kollidiert das Schiff des E mit einem anderen Schiff.

Da das Abkommen als Anknüpfung lediglich den Ort berücksichtigt, an dem der Eigentümer seine Haftungsbeschränkung geltend macht, könnte man zu der Auffassung gelangen, die kollisionsrechtliche Frage sei durch den Anwendungsbereich des Abkommens nicht ausgeschlossen. Andererseits ist aber durch den im Abkommen verwandten Anknüpfungspunkt gewährleistet, daß, gleichgültig in welchem

395) Ficker a.a.O. HWB S. 476, Schaps/Abraham a.a.O. Bd. II S. 48 ff

Vertragsstaat der Eigentümer sein Begehren geltend macht, und ohne Berücksichtigung der Anknüpfungen der IPR-Normen innerhalb des Verbandes in jedem Fall das Einheitsrecht angewandt wird. Somit enthält der Anwendungsbereich des Abkommens innerhalb der Vertragsstaaten eine vollständige Lösung des zweiten Ziels der Rechtsvereinheitlichung.

dd) Für den vom Abkommen über die Feststellung der mütterlichen Abstammung nichtehelicher Kinder³⁹⁶⁾ geregelten Bereich wird im IPR das Personalstatut verwendet. Die Anknüpfungspunkte des Personalstatuts sind jedoch nicht im Anwendungsbereich des Abkommens enthalten. Andererseits ist aber zu bedenken, daß durch die vom Abkommen verwandte Anknüpfung erreicht wird, daß innerhalb der Vertragsstaaten in jedem Fall das Einheitsrecht zur Anwendung kommt. Der Anwendungsbereich dieses Abkommens wird daher innerhalb des Verbandes dem zweiten Ziel der Rechtsvereinheitlichung gerecht.

ee) Dieselbe Wertung gilt auch für das Haager internationale Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über Konnossemente³⁹⁷⁾. Dadurch daß auf den Ausstellungsort des Konnossements abgestellt wird, ist nämlich erreicht, daß auf alle, innerhalb der Vertragsstaaten ausgestellten Konnossemente in jedem Fall das Einheitsrecht anzuwenden ist.

ff) Das Abkommen über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie³⁹⁸⁾ befaßt sich mit einer ganz anderen Rechtsmaterie. Es beschäftigt sich mit der Haftung bei Kernunfällen.

Die verschiedenen nationalen IPR verwenden diesbezüglich als An

396) s. S. 65

397) s. S. 79

398) s. S. 59

knüpfung das deliktische Schuldstatut. Das Abkommen selbst berücksichtigt den Sitz des Unternehmens und der Kernanlage, den Ort der Handlung und den Ort der Schädenseinwirkung. Vom deliktischen Schuldstatut her gesehen sind damit alle geforderten Anknüpfungspunkte berücksichtigt. Bedenken könnten lediglich entstehen, wenn ein interner Sachverhalt vorliegt und dieser vor ein ausländisches Gericht gebracht wird, das die lex fori anwendet. Dies aber dürfte nur in Ausnahmefällen vorkommen.

Folglich ist festzustellen, daß die Anknüpfungspunkte dieses Abkommen dem zweiten Ziel der Rechtsvereinheitlichung gerecht werden.

- gg) Das Übereinkommen zur Vereinheitlichung einzelner Regeln über den Zusammenstoß von Binnenschiffen³⁹⁹⁾ berücksichtigt den Ort des Geschehens und den Grund des Zusammenstoßes. Die verschiedenen nationalen IPR verwenden in diesem Bereich als Anknüpfungsmoment die lex quasi delicti, das Recht der gemeinsamen Flagge, das Recht des gerammten Schiffes. Vorherrschend ist dabei in bezug auf Zusammenstöße in Territorialgewässern die lex loci quasi delicti⁴⁰⁰⁾.

Diese Anknüpfung wird aber von dem Anwendungsbereich berücksichtigt. Von der Sache her sind nämlich bei Schiffszusammenstößen Handlungs- und Erfolgsort evident identisch.

Die Anknüpfungspunkte dieses Abkommens stellen daher in bezug auf das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung eine vollständige Lösung dar.

399) s. S. 77

400) Ficker a.a.O. HWB S. 482, 483,

Schaps/Abraham a.a.O. Bd. II S. 1015 ff

hh) Zwischenergebnis

Die Beurteilung des Anknüpfungsmomentes Handlungs-
ort ist insgesamt differenziert zu betrachten. Herauszu-
stellen sind die Anknüpfungen Ort der angerufenen Behör-
de bzw. des angerufenen Gerichts und Ausstellungsort
eines Schriftstückes. Sie erfüllen für Bereiche wie Haf-
tungsbeschränkung der Eigentümer von Seeschiffen oder
Regeln über Konnossemente innerhalb der Vertragsstaa-
ten das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung. Des wei-
teren gibt es Sachverhalte, bei denen schon im Bereich des
IPR keine kollisionsrechtlichen Zweifel entstehen können und
allein deswegen der Anknüpfungspunkt Handlungsort diesem
Ziel gerecht wird. In allen anderen Fällen ist er jedoch nicht
geeignet, die kollisionsrechtliche Frage gegenstandslos wer-
den zu lassen.

c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung

Fortfall der Anwendung ausländischen Rechts

- aa) Auch die Beantwortung der Frage, ob die Anknüpfungs-
punkte der Gruppe VII dieses Ziel erfüllen, setzt zunächst
eine Untersuchung der einzelnen Abkommen voraus ^{4o1)}.
Wie schon bei der Untersuchung des zweiten Ziels der
Rechtsvereinheitlichung bleiben auch hier die dort genann-
ten Abkommen unberücksichtigt ^{4o2)}, da sie bereits in an-
derem Zusammenhang geprüft wurden.

- bb) Die Berner Übereinkunft zum Schutze von Werken der
Literatur und Kunst ^{4o3)} berücksichtigt hinsichtlich ihres
Anwendungsbereichs keinen Anknüpfungspunkt des heimi-
schen Rechts. Bezüglich des vom Abkommen erfaßten An-

4o1) s. S. 12o ff

4o2) s. S. 145, 178, 177, 149

4o3) s. S. 55

wendungsbereich kann • drittes Recht zur Anwendung kommen, wenn der Ort der ersten Veröffentlichung nicht in einem Vertragsstaat liegt oder der Ort der Verletzungshandlung dort nicht anzusiedeln ist. Es stellt sich daher folgendes Problem:

Täter und Urheber haben ihren Wohnsitz im den Vertragsstaat X. Die Verletzungshandlung findet im Nichtvertragsstaat Y statt. Der Urheber ruft das Gericht am Wohnsitz des Täters an. Das Abkommen ist nicht anwendbar. Das IPR verweist auf die Rechtsordnung des Ortes, an dem die Verletzungshandlung erfolgt ist. Eine andere Beurteilung hätte sich nur dann ergeben, wenn der Ort des angerufenen Gerichts im Anwendungsbereich des Abkommens berücksichtigt worden wäre.

Der Anwendungsbereich dieses Abkommens gewährleistet folglich nicht, daß nur heimisches Recht zur Anwendung kommt.

- cc) Das Abkommen über die Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen ⁴⁰⁴⁾ berücksichtigt zwar den Ort des angerufenen Gerichts, jedoch weder den Registerstaat des Schiffes, noch die Niederlassung des Unternehmens, noch den Wohnsitz des Reeders, des Eigentümers, des Kapitäns oder der Besatzung.

Es ist aber vom geregelten Sachverhalt her keine Konstellation denkbar, die zur Anwendung fremden Rechts führen könnte. Befände sich der Wohnsitz oder der Registerstaat in einem Vertragsstaat, würde der Eigentümer

404) s. S. 73

auch beim dortigen Gericht die Haftungsbeschränkung beantragen.

Das Abkommen enthält daher hinsichtlich seines Anwendungsbereiches eine vollständige Lösung.

- dd) Wie schon beim vorhergehenden Ziel festgestellt, ist das Übereinkommen über die Feststellung der mütterlichen Abstammung nichtehelicher Kinder⁴⁰⁵⁾ innerhalb der Vertragsstaaten auf jeden Sachverhalt anwendbar. Folglich wird durch den Anknüpfungspunkt Ort der angerufenen Behörde bzw. des angerufenen Gerichts auch das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung erfüllt. Als Einschränkung ist jedoch hervorzuheben, daß diese Wirkung nur innerhalb der Vertragsstaaten auftritt.
- ee) Diese Wertung gilt auch für das Haager internationale Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über Konnossemente⁴⁰⁶⁾. Die Anknüpfung an den Ausstellungsort bewirkt für den vom Abkommen geregelten Bereich nämlich ebenfalls, daß innerhalb der Vertragsstaaten das Einheitsrecht angewandt wird.
- ff) Das Übereinkommen über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie⁴⁰⁷⁾ berücksichtigt war die Niederlassung der Kernanlage, jedoch weder den Ort des angerufenen Gerichts, noch den Wohnsitz des Dritten. Folgende Situation ist daher denkbar:

Im Vertragsstaat Y befindet sich eine Kernanlage. Durch einen durchbrennenden Kernreaktor entsteht eine radioaktive Wolke, die den Nichtvertrags-

405) s. S. 65

406) s. S. 79

407) s. S. 59

staat Z überzieht und dort weite Gebiete verseucht. Es wird das Gericht am Sitz der Kernanlage angerufen. Es könnte für den Haftenden fremdes Recht zur Anwendung kommen, weil das Einheitsrecht nur anwendbar ist, wenn sowohl die Schadensursache als auch die Schadenswirkung im Gebiet eines Vertragsstaates liegen.

Die Anknüpfungsmomente dieses Abkommens gewährleisten folglich nicht, daß ausschließlich heimisches Recht angewandt wird. Zumindest der Ort des angerufenen Gerichts hätte als Anknüpfungspunkt berücksichtigt werden müssen.

- gg) Das Übereinkommen zur Vereinheitlichung einzelner Regeln über den Zusammenstoß von Binnenschiffen⁴⁰⁸⁾ enthält keinen Anknüpfungspunkt des heimischen Rechts.

Beide Schiffe gehören einem Vertragsstaat an. Der Zusammenstoß findet in einem Nichtvertragsstaat statt. Die Unternehmen rufen jedoch das Gericht in ihrem Vertragsstaat an. Einheitsrecht wäre dennoch nicht anwendbar. Es könnte daher fremdes Recht zur Anwendung kommen. Eine andere Wertung ergäbe sich nur, wenn auch der Wohnsitz bzw. Sitz oder der Registerstaat im Anwendungsbereich des Abkommens berücksichtigt wären.

Wie das Beispiel gezeigt hat, muß somit auch für die Anknüpfungsmomente dieses Abkommens festgestellt werden, daß sie nicht geeignet sind, die Anwendung des für eine Partei fremden Rechts auszuschließen.

- hh) Zwischenergebnis

Der Anknüpfungspunkt "Ort des Geschehens" ist grundsätzlich nicht geeignet, das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung

408) s. S. 77

zu verwirklichen. Er müßte hierzu um die Anknüpfungsmomente Wohnsitz bzw. Sitz ergänzt werden. Dies gilt jedoch nicht für den Anknüpfungspunkt Ort der angerufenen Behörde bzw. des angerufenen Gerichts und den Anknüpfungspunkt Ausstellungsort. Für Bereiche wie Beschränkung der Haftung der Eigentümer von Seeschiffen oder Regeln über Konnossemente stellen diese Anknüpfungen die beste Lösung dar, um innerhalb der Vertragsstaaten nur Einheitsrecht zur Anwendung kommen zu lassen.

8. Gruppe VIII

a) Erstes Ziel der Rechtsvereinheitlichung

Schaffung einfacher und klarer Normen

Die Gruppe VIII erfaßt den Anknüpfungspunkt "Ort der belegenen Sache". Sie wird ausschließlich von den Beschlagnahmeabkommen gebildet. Es sind dies das Internationale Übereinkommen zur einheitlichen Feststellung einzelner Regeln über die vorsorgliche Beschlagnahme von Seeschiffen⁴⁰⁹⁾ und das Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die Sicherungsbeschlagnahme von Luftfahrzeugen⁴¹⁰⁾. Für die Feststellung, wo sich das Fahrzeug oder die in Beschlag zu nehmende Sache befindet, ist lediglich eine Untersuchung im tatsächlichen Bereich oder eine Liste der Vertragsstaaten erforderlich. Das Anknüpfungsmoment "Ort der belegenen Sache" stimmt daher mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung überein.

Auf die oben genannten Abkommen braucht nicht mehr eingegangen zu werden, da insoweit das bereits erzielte Ergebnis bestehen bleibt⁴¹¹⁾.

409) s. S. 74

410) s. S. 62

411) s. S. 165, 166

b) Zweites Ziel der Rechtsvereinheitlichung

Ausschluß der kollisionsrechtlichen Frage

Da die Gruppe VIII nur aus den beiden Beschlagnahmeabkommen besteht, ist die Materie so genau präzisiert, daß zur Frage, ob dieses Ziel von der Anknüpfung an den Ort der belegenen Sache erfüllt wird, eine abstrakte Untersuchung erfolgen kann.

Die Kollisionsnormen der verschiedenen nationalen IPR verwenden für diesen Bereich nur den Anknüpfungspunkt *lex fori* ⁴¹²⁾. Somit entstehen schon im IPR keine kollisionsrechtlichen Zweifel. Eine Untersuchung, ob die Anknüpfung an die *lex rei sitae* die kollisionsrechtliche Frage ausschließt, entfällt daher. Ob dies auch für andere Sachbereiche gilt, bleibt fraglich.

c) Drittes Ziel der Rechtsvereinheitlichung

Fortfall der Anwendung ausländischen Rechts

Ob der Anknüpfungspunkt der Gruppe VIII dieses Ziel erfüllt, ergibt sich aus den bereits zu den oben genannten Abkommen erzielten Ergebnissen ⁴¹³⁾. Dort hat sich gezeigt, daß vor allem das Anknüpfungsmoment Ort des angerufenen Gerichts zusätzlich berücksichtigt werden muß. Die ausschließliche Verwendung des Anknüpfungspunktes Ort der belegenen Sache reicht somit nicht aus, das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu erfüllen.

9. Anknüpfungspunkte mit ergänzender Funktion

Im Folgenden werden nunmehr diejenigen Anknüpfungspunkte untersucht, die, wie zu Anfang dargestellt ⁴¹⁴⁾, im

412) Riezler a.a.O. S. 665

413) s. S. 177, 180

414) s. S. 90

Gegensatz zu den bisher untersuchten Anknüpfungen lediglich ergänzende Funktion haben. Eine Gruppenaufteilung in der bisher durchgeführten Art war daher nicht möglich. Es soll nunmehr eine abstrakte Untersuchung dieser ergänzenden Anknüpfungsmomente erfolgen.

- a) Die Anknüpfung an die Parteivereinbarung wird zwar auch im IPR verwandt, wie aber die bisherige Untersuchung gezeigt hat, vor allem bei der CMR und dem Warschauer Abkommen ⁴¹⁵⁾, reicht sie nicht aus, das zweite und dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu erfüllen.

Hinsichtlich des ersten Ziels der Rechtsvereinheitlichung bedarf das Anknüpfungsmoment Parteivereinbarung einer besonderen Untersuchung. Bei der Gruppe III ist es als einfach und klar bewertet worden ⁴¹⁶⁾, weil es sich hier um Sachbereiche handelt, die fast vollkommen formalarmäßig erfaßt sind. Selbst wenn eine ausdrückliche Parteivereinbarung fehlen sollte, tauchen in den von den dort genannten Abkommen geregelten Bereichen keine Schwierigkeiten auf. Abgesehen von diesen Ausnahmen ergeben sich jedoch bei der Anknüpfung an die Parteivereinbarung erhebliche Probleme, wenn eine ausdrückliche Vereinbarung fehlt. Im Rahmen des IPR ist dann nämlich auf den stillschweigenden oder hypothetischen Willen der Parteien abzustellen. Für die Bestimmung des hypothetischen Willens wird eine Interessenabwägung vorgenommen ⁴¹⁷⁾. Dabei setzt man an die Stelle der Vertragsparteien den Durchschnittsbürger. Bleibt dieses Vorgehen ergebnislos, wendet man schließlich die sachlich beste Anknüpfung, die

415) s. S. 110, 118, 121, 124,

416) s. S. 99 ff

417) Kegel a.a.O. S. 230

den Interessen am ehesten gerecht wird. Dies könnte sein der Erfüllungsort, das Recht der Bestimmungshafens, das Recht der Niederlassung etc. . . Solch eine Prüfung kann zu widersprüchlichen Anknüpfungspunkten führen, denn auch hierbei findet eine Interessenabwägung auf rein objektiver Grundlage statt. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich in bezug auf diese Abwägung verschiedene Lehren entwickelt haben, so die Lehre von der charakteristischen Leistung, von der individualisierenden, kausalistischen Methode und die Lehre von der geringsten Störung⁴¹⁸⁾.

Dieser Überblick verdeutlicht, daß die Anknüpfung an die Parteivereinbarung in den verschiedenen nationalen IPR zu schwierigen Problemen führen können. In dem internationalen Abkommen wird teilweise bezüglich der Anknüpfung an die Parteivereinbarung eine ausdrückliche Regelung vorgenommen. In Artikel 3 des EKG heißt es z. B.: "Den Parteien eines Kaufvertrages steht es frei, die Anwendung dieses Gesetzes ganz oder teilweise auszuschließen. Der Ausschluß kann ausdrücklich oder stillschweigend geschehen."

Überwiegend findet sich jedoch solch eine Regelung nicht. In diesen Fällen bedarf es der Auslegung des Abkommens, was, wie an anderer Stelle dargelegt, erhebliche Rechtskenntnisse erfordert. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß auf die oben dargestellten Auslegungsgrundsätze zurückgegriffen werden muß. Folglich ist bei der Untersuchung der Anknüpfung an die Parteivereinbarung die Kenntnis der Literatur und Rechtsprechung erforderlich.

Insgesamt entspricht daher die Anknüpfung an die Parteivereinbarung keinem Ziel der Rechtsvereinheitlichung.

418) Ferid a.a.O. S. 148 ff m. w. Nachw.

b) Die abkommensspezifischen Anknüpfungsmomente
im Verhältnis zu den Zielen der Rechtsvereinheitlichung

Wie schon an anderer Stelle festgestellt ⁴¹⁹⁾, sind diese Anknüpfungsmomente nicht mit den im IPR verwandten Anknüpfungen zu vergleichen. Da sich aber das zweite und dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung mit den Anknüpfungspunkten des IPR auseinandersetzen und ihre Lösung deren Berücksichtigung voraussetzt, sind die abkommensspezifischen Anknüpfungsmomente nicht geeignet, diese beiden Ziele zu verwirklichen. Im übrigen kann dies auch nicht ihre Aufgabe sein, da ihr Sinn gerade darin besteht, die anderen typischen Anknüpfungspunkte zu ergänzen.

Andererseits hat aber die bisherige Untersuchung gezeigt, daß die Anknüpfung an andere tatsächliche oder rechtliche Umstände entscheidenden Einfluß darauf hat, ob der Anwendungsbereich eines Abkommens mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung übereinstimmt. Bei manchen Abkommen ist gerade diese Anknüpfung dafür verantwortlich, daß der Anwendungsbereich nicht als einfach und klar bezeichnet werden kann.

Es fragt sich daher, inwieweit die abkommensspezifischen Anknüpfungen mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung übereinstimmen.

aa) Das Anknüpfungsmoment Anforderungen an den Beruf
der beteiligten Personen ist im Sinne dieses Ziels als einfach und klar zu bezeichnen. Ob es sich z. B. um den Reeder, den Eigentümer, den Kapitän oder ein Mitglied der

⁴¹⁹⁾ s. S. 90

Mannschaft handelt, bedarf zu seiner Feststellung lediglich der Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und gegebenenfalls des Arbeitsvertrages. Besondere Rechtskenntnisse oder fachspezifische Kenntnisse sind dazu nicht erforderlich.

- bb) Auch die Anknüpfung an die Eigenschaften der beteiligten Personen muß so gewertet werden.

Ob ein Kind adoptiert worden ist, ob es 18 oder 21 Jahre alt ist, macht Untersuchungen erforderlich, die sich im rein tatsächlichen Bereich abspielen. Die Frage, ob es ehelich oder nicht ehelich ist, hängt von den verschiedenen nationalen Regelungen ab, die bestimmen, wann die Voraussetzungen einer Ehe vorliegen und wann demzufolge von einem ehelichen oder nicht ehelichen Kind zu sprechen ist. Da hierbei der Zeitpunkt der Eheschließung und der Geburtszeitpunkt zu berücksichtigen sind, ist überwiegend davon auszugehen, daß es sich bei den zuletzt genannten Fragen um Ereignisse handelt, die sich im rein tatsächlichen Bereich abspielen. Solche Anknüpfungen können daher als einfach und klar im Sinne des ersten Ziels der Rechtsvereinheitlichung bezeichnet werden.

- cc) Die Bestimmung der Art des Fahrzeuges fällt ebenfalls nicht schwer. Es bedarf keiner besonderen Kenntnisse, um unterscheiden zu können, ob es sich um ein im Zivildienst stehendes Schiff, um ein Schiff im öffentlichen Dienst oder um ein Kriegsschiff handelt. Nicht anders ist die Frage zu werten, ob es sich um ein Luftfahrzeug im Zivildienst, im Militär-, Zoll- oder Polizeidienst handelt.

Diese Anknüpfung wird daher dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung gerecht.

dd) Der Anknüpfungspunkt Verhalten der Person ist dagegen differenzierter zu betrachten. So können, wie die bisherige Arbeit gezeigt hat, Untersuchungen darüber erforderlich werden, ob jemand gegen die Grundsätze der UNO verstoßen oder ein Verbrechen gegen die Menschheit oder ein schweres unpolitisches Verbrechen begangen hat. Hierbei ist zu bedenken, daß jeder Staat es anders beurteilt und daher eine Meinungsvielheit darüber besteht, wann solch ein Verbrechen oder solch ein Verstoß vorliegt. So fragt es sich z.B., wo die Grenze zwischen einem schweren und einem einfachen unpolitischen Verbrechen liegt. Die Abkommen, die diesen Anknüpfungspunkt verwenden, bedürfen daher der Auslegung, was, wie schon mehrfach dargestellt, erhebliche Rechtskenntnisse voraussetzt. Die Aufnahme solcher Anknüpfungspunkte ist daher nicht geeignet, das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu erfüllen.

Insgesamt ist daher in bezug auf die hier in Frage stehende Anknüpfung darauf zu achten, daß nur solche Anknüpfungen gewählt werden, deren Überprüfung im tatsächlichen Bereich liegt und nicht mit einer rechtlichen Wertung verbunden ist. Nur dann ist gewährleistet, daß die Erfüllung des ersten Ziels der Rechtsvereinheitlichung nicht gefährdet wird.

ee) Die Anknüpfungen an den Inhalt des Begehrens werden dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung nicht gerecht. So fragt sich, was unter einer maritimen Forderung zu verstehen ist. Selbst wenn dieser Begriff im Abkommen durch mehrere Formulierungen ausgefüllt wird, sind für die Subsumtion gewisse Rechtskenntnisse erforderlich. In gleicher Weise muß die Untersuchung beurteilt werden, ob eine Entmündigung, ein gerichtlicher Beistand oder ähnliches verlangt wird.

All dies zeigt, daß die Anknüpfung an den Inhalt des Begehrens eine Subsumtion verlangt, die umfangreiche Rechtskenntnisse voraussetzt.

- ff) Auch die Anknüpfung an die Rechtsgrundlage des Begehrens stimmt nicht mit dem Ziel, Schaffung einfacher und klarer Normen, überein.

Verlangt der Gläubiger die Beschlagnahme des Fahrzeuges, so muß untersucht werden, auf Grund welcher Vorschriften diese Beschlagnahme erfolgen kann, ob strafrechtliche oder polizeiliche oder zivilrechtliche Normen eingreifen. Um dies trennen zu können, bedarf es einschlägiger Rechtskenntnisse.

Wie sich schon aus der Formulierung der Anknüpfung und dem obigen Beispiel ergibt, setzt somit die Anknüpfung an die Rechtsgrundlage des Begehrens in der Regel Rechtskenntnisse voraus und erschwert damit die Prüfung der Anwendbarkeit eines Abkommens.

- gg) Auch die Anknüpfung an die Ursache des Schadensereignisses ist so zu bewerten. Hierbei geht es nämlich zum Beispiel um die Frage, ob der Unfall auf die Nichtbeachtung der Vorfahrtsregeln oder auf ein falsches Wendemanoöver zurückzuführen ist. Die Beantwortung dessen setzt eine einschlägige Kenntnis der Vorschriften voraus.

Des weiteren stellt sich das Kausalitätsproblem, das höchst kompliziert sein kann. Es sei nur an die Vorschrift des § 823 BGB erinnert. Schließlich können fachspezifische Kenntnisse erforderlich werden, wie z. B. zur Beurteilung des Problems, ob der Schaden durch radioaktive Stoffe verursacht worden ist.

All das macht deutlich, daß die hier in Frage stehende Anknüpfung nicht dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung gerecht werden kann.

- hh) Die anderen einzelnen, nicht einzuordnenden Anknüpfungen sind differenzierter zu betrachten.

Ob die Eisenbahn nur von einem Land betrieben wird, bedarf lediglich einer rein tatsächlichen Untersuchung. Dagegen verlangt es Kenntnis der einschlägigen Vorschriften, um beurteilen zu können, nach welchen Landesvorschriften die Bahn betrieben wird. Es kann nämlich durchaus der Fall sein, daß eine ausländische Eisenbahn nach inländischen Vorschriften betrieben wird. Dies hängt von der jeweiligen bilateralen Vereinbarung ab. Andererseits bereitet die Untersuchung, ob die Eisenbahn auf Strecken fährt, die in der im Abkommen befindlichen Liste aufgeführt sind, keine Schwierigkeiten.

III. Gesamtergebnis

1. Ergebnis der Gruppenuntersuchung

- a) Die Form des uniform law ohne die Verwendung weiterer Anknüpfungspunkte wird allen Zielen der Rechtsvereinheitlichung in idealer Weise gerecht.
- b) Die ausschließliche Anknüpfung an die Zugehörigkeit zum Verband entspricht grundsätzlich auch diesen Zielen. Sie stimmt aber dann nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung überein, wenn zu klären ist, ob eine juristische Person dem Verband angehört.
- c) Im Gegensatz zu der Anknüpfung an den Ort der Annahme und des Angebots stimmen die Anknüpfungsmomente Abgangs-, Bestimmungs- und Zwischenort mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung ebenfalls überein. All

diese Anknüpfungspunkte sind grundsätzlich auch geeignet, das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu erfüllen. Für den Luft- und Schiffsverkehr müssen jedoch zusätzlich die Anknüpfungsmomente Ort des Vertragsschlusses oder Registerstaat berücksichtigt werden. Um zu gewährleisten, daß durch den Anwendungsbereich des Abkommens auch das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung erfüllt wird, bedürfen die Anknüpfungspunkte der Ergänzung um den Wohnsitz bzw. Sitz.

- d) Die Anknüpfungen an den Wohnsitz bzw. Sitz und die gewerbliche oder Handelsniederlassung sind nicht als einfach und klar zu bezeichnen. Die Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit erfüllt dieses Ziel der Rechtsvereinheitlichung nur, wenn sie sich ausschließlich auf eine natürliche Person bezieht. Im Einheitsrecht wird jedoch in bezug auf diese Anknüpfung nicht zwischen natürlichen und juristischen Personen unterschieden. Folglich kann sich im Rahmen eines Abkommens die Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit auch auf juristische Personen beziehen. In diesem Fall bedarf die Untersuchung, ob die Anknüpfung auf einen Verbandsstaat verweist, erhebliche Rechtskenntnisse. Es bedarf einer Kombination der Anknüpfungsmomente Wohnsitz bzw. Sitz und Staatsangehörigkeit, um durch den Anwendungsbereich eines Abkommens die kollisionsrechtlichen Fragen auszuschließen. Dagegen ist die Anknüpfung an den Wohnsitz bzw. Sitz für sich genommen geeignet, sicherzustellen, daß nur heimisches oder Einheitsrecht zur Anwendung kommt. Die Anknüpfungspunkte Staatsangehörigkeit und gewerbliche oder Handelsniederlassung müßten hierzu um das Anknüpfungsmoment Wohnsitz bzw. Sitz ergänzt werden.

- e) Der Anknüpfungspunkt gewöhnlicher Aufenthaltsort ist im Gegensatz zur Anknüpfung an den schlichten Aufenthalt nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung ver-

einbar. Um durch den Anwendungsbereich des Abkommens bereits das zweite Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu verwirklichen, müßten beide Anknüpfungen um die Anknüpfungsmomente Wohnsitz und Staatsangehörigkeit ergänzt werden. Nur unter dieser Voraussetzung ist der Anwendungsbereich des Abkommens geeignet, auch das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu erfüllen.

- f) Die Anknüpfungspunkte Flagge und Registerstaat sind als einfach und klar zu bezeichnen. Sie können jedoch kollisionsrechtliche Zweifel nicht ausschließen. Vom zu regelnden Sachverhalt hängt es ab, ob diese Anknüpfungen ergänzt werden müssen durch die *lex fori* oder den Abschlußort des Vertrages. Damit durch den Anwendungsbereich des Abkommens das dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung verwirklicht wird, müßten die Anknüpfungsmomente Wohnsitz bzw. Sitz oder Ort des angerufenen Gerichts hinzugenommen werden.
- g) Grundsätzlich ist die Anknüpfung an den "Ort des Geschehens" mit den Begriffen Einfachheit und Klarheit vereinbar. Dies gilt jedoch nicht für den Anknüpfungspunkt Ort der Verletzungshandlung. Soweit die Anknüpfung "Ort des Geschehens" sich auf den Ort, an dem ein Begehren geltend gemacht wird oder auf den Ausstellungsort eines Schriftstückes bezieht, erfüllt sie auch das zweite und dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung. Dies gilt jedoch nur für die Bereiche wie zum Beispiel Haftungsbeschränkung der Eigentümer von Seeschiffen oder Feststellung der mütterlichen Abstammung nichtehelicher Kinder. Soweit ansonsten dieser Anknüpfungspunkt geeignet ist, kollisionsrechtliche Zweifel auszuschließen, ist der Grund darin zu sehen, daß schon im Bereich des IPR solche

Zweifel nicht vorhanden sind. Um sichergehen zu können, daß nicht nur bei den oben genannten Ausnahmen heimisches oder Einheitsrecht angewandt wird, muß das Anknüpfungsmoment "Ort des Geschehens" durch die Anknüpfungspunkte Wohnsitz bzw. Sitz ergänzt werden.

- h) Das Anknüpfungsmoment lex rei sitae ist zwar einfach und klar, erfüllt jedoch nicht das zweite und dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung. Die Anknüpfungspunkte Wohnsitz bzw. Sitz müßten hierfür zusätzlich in den Anwendungsbereich aufgenommen werden.
- i) Die Anknüpfung an die Parteivereinbarung, die im Gegensatz zu den abkommensspezifischen Anknüpfungsmomenten auch im IPR verwandt wird, ist völlig ungeeignet, die Ziele der Rechtsvereinheitlichung zu erfüllen. Ihre Untersuchung verlangt nämlich, von Ausnahmen abgesehen, erhebliche Rechtskenntnisse und eine umfangreiche tatsächliche Untersuchung.
- j) Für die abkommensspezifischen Anknüpfungspunkte ergibt sich folgendes Bild:
Die Anknüpfung an die Art des Fahrzeuges, die Eigenschaft der Person, an die Strecke, die die Eisenbahn befährt und an den Betreiber der Eisenbahn ist einfach und klar. Der Anknüpfungspunkt Verhalten der Person ist differenzierter zu betrachten. Handelt es sich hierbei um Fragen des tatsächlichen Bereichs, so stellt er eine einfache und klare Anknüpfung dar. Ist jedoch die Untersuchung mit Rechtsfragen verbunden, wie z. B. die Beurteilung, ob ein schweres unpolitisches Verbrechen begangen worden ist, so gilt diese Wertung nicht.

Die Anknüpfungsmomente Inhalt des Begehrens und Rechtsgrundlage des Begehrens stimmen in keiner Weise mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung überein. Dies gilt auch für die Anknüpfung an die Ursache des Schadenereignisses und die Anknüpfung an die Vorschriften, nach denen die Eisenbahn betrieben wird.

- k) Als zusätzliches Ergebnis dieser Gruppenuntersuchung hat sich herausgestellt, daß bei der Abfassung des Anknüpfungskatalogs eines Abkommens auch die Zahl der Anknüpfungsmomente berücksichtigt werden muß. So haben manche Abkommen weit über zehn Anknüpfungspunkte. Selbst wenn es sich hierbei um einfache und klare Anknüpfungen handelt, besteht bei einem solchen Umfang die Gefahr der Unübersichtlichkeit und damit der Unsicherheit darüber, ob bei der Untersuchung der Anwendbarkeit des Abkommens alles beachtet worden ist. Dies aber führt zu einer sich ausbreitenden Rechtsunsicherheit, die durch die Rechtsvereinheitlichung gerade beseitigt werden soll. Andererseits gewährleistet eine Zahl von fünf Anknüpfungspunkten nicht in jedem Fall, daß das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung erfüllt wird. Dies gilt vor allem dann, wenn die einzelnen Anknüpfungsmomente mit diesem Ziel nicht übereinstimmen.

Rückblickend auf die Untersuchung der einzelnen Abkommen läßt sich insgesamt feststellen, daß die Zahl der Anknüpfungspunkte, die unter Berücksichtigung der Ziele der Rechtsvereinheitlichung ausgewählt worden sind, nicht höher als vier bis fünf sein sollte. Es hat sich nämlich gezeigt, daß zum einen diese Zahl ausreichend ist, um zu gewährleisten, daß die ersten drei Ziele der Rechtsvereinheitlichung schon im Anwendungsbe-
reich eines Abkommens erfüllt werden, zum anderen schließt sie aus, daß bereits durch die Anzahl der Anknüpfungsmomente Rechtsunsicherheit hervorgerufen wird.

In Ausnahmefällen kann diese Zahl überschritten werden. Hierbei darf es sich jedoch nur um solche Abkommen handeln, die sich ausschließlich an Personen bzw. Behörden wenden, die täglich mit den vom Abkommen geregelten Sachverhalten befaßt sind.

2. Folgen für die verschiedenen Sachbereiche

- a) Allgemein bieten sich als Ideallösung entweder die Form des uniform law ohne Verwendung weiteren Anknüpfungspunkte oder die Anknüpfung an die Zugehörigkeit zum Verband an, wobei jedoch die Einschränkung gemacht werden muß, daß das erste Ziel der Rechtsvereinheitlichung nicht erfüllt wird, wenn zu klären ist, ob eine juristische Person dem Verband angehört.
- b) Im Bereich gewerblicher Rechtsschutz stellt die Verwendung der Anknüpfungspunkte Ort des angerufenen Gerichts oder der Verletzungshandlung und Wohnsitz bzw. Sitz die richtige Lösung dar, um den Zielvorstellungen der Rechtsvereinheitlichung gerecht zu werden. Wohl stimmt der Wohnsitz bzw. Sitz nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung überein, es hat sich jedoch gezeigt, daß diese Anknüpfungspunkte zur Erfüllung des dritten Ziels der Rechtsvereinheitlichung unabdingbar sind. Es kann daher abgesehen von den oben genannten Ideallösungen nicht auf ihre Verwendung verzichtet werden, so daß insoweit eine Verletzung des ersten Ziels der Rechtsvereinheitlichung hinzunehmen ist.
- c) Im Bereich Personenstandswesen und Familienrecht erfüllen die Anknüpfungen Wohnsitz in Verbindung mit der Staatsangehörigkeit alle drei Ziele der Rechtsvereinheitlichung. In gewissen Bereichen, Feststellung der Abstam-

nung nichtehelicher Kinder z. B., ist jedoch schon die Anknüpfung an den Ort der angerufenen Behörde bzw. des angerufenen Gerichts geeignet, diese Ziele zu erfüllen.

- d) Für den Bereich des Schiffsverkehrs müßten im Anwendungsbereich eines Abkommens die Anknüpfungspunkte Flagge oder Registerstaat, Ort des angerufenen Gerichts, Ort des Vertragsschlusses und Wohnsitz bzw. Sitz berücksichtigt werden, um alle Ziele der Rechtsvereinheitlichung zu erfüllen. Diese Anzahl entspräche auch dem oben geforderten Umfang des Anknüpfungskatalogs. Für Teilbereiche wie z. B. Haftungsbeschränkung der Eigentümer von Schiffen oder Regeln über Konnossemente reicht schon die Verwendung des Anknüpfungspunktes Ort der angerufenen Behörde bzw. des angerufenen Gerichts oder des Anknüpfungsmomentes Ausstellungsort aus, um alle drei Ziele der Rechtsvereinheitlichung zu erfüllen.

- e) Für den Bereich Eisenbahnverkehr und den übrigen schuldrechtlichen Bereich gilt folgendes:
Hier müssen die Anknüpfungspunkte Abgangs- und Bestimmungsort und gegebenenfalls Zwischenort um die Anknüpfungen an den Ort des Vertragsschlusses, der Niederlassung, des Registerstaates und des Wohnsitzes bzw. des Sitzes ergänzt werden, um den ersten drei Zielen der Rechtsvereinheitlichung zu entsprechen. Hierbei sollte jedoch der oben genannte Umfang des Anwendungsbereichs eines Abkommens beachtet werden. Ansonsten würde schon durch die Zahl der Anknüpfungspunkte die Erfüllung der Ziele der Rechtsvereinheitlichung gefährdet werden. Entsprechend der zu regelnden Materie muß daher untersucht werden, welcher Anknüpfungspunkt außer Betracht bleiben kann.

- f) Als besondere Materie ist schließlich noch der Bereich Beschlagnahme zu nennen. Für diese Spezialmaterie stellt die Verwendung der Anknüpfung Ort des angerufenen Gerichts in Verbindung mit dem Anknüpfungspunkt Wohnsitz bzw. Sitz die richtige Lösung dar, um den ersten drei Zielen der Rechtsvereinheitlichung gerecht zu werden.

3. Bedeutung für die Zukunft

a) Erste Forderung

In jedem Fall sollte zunächst versucht werden, ob dem Abkommen nicht die Form eines uniform law ohne weitere Anknüpfungen gegeben werden oder ob als Anknüpfung nicht lediglich die Verbandszugehörigkeit verwandt werden könnte. Die Verbandszugehörigkeit sollte dabei jedoch nicht in bezug auf eine juristische Person zu beurteilen sein, es sei denn, es wird in dem Abkommen klargestellt, wonach die Verbandszugehörigkeit der juristischen Person zu beurteilen ist.

b) Zweite Forderung

Nicht jedes Rechtsgebiet bietet sich zur Rechtsvereinheitlichung an. So erfordert der Bereich des Schuldrechts sechs Anknüpfungspunkte zur Verwirklichung der ersten drei Ziele der Rechtsvereinheitlichung. Dabei ist für den Bereich Eisenbahnverkehr nicht auszuschließen, daß noch zusätzliche Umstände wie die "Strecke" oder der "Betreiber der Eisenbahn" in den Anwendungsbereich des Abkommens aufgenommen werden. Damit aber würde dessen Umfang derart groß, daß allein schon dadurch die Erfüllung der Ziele der Rechtsvereinheitlichung gefährdet wäre.

Die Bereiche Familienrecht, Personenstandswesen und gewerblicher Rechtsschutz eignen sich dagegen von den Anknüpfungspunkten her gesehen gut zur Rechtsver-

einheitlichung. Hier kommt man mit zwei bis drei Anknüpfungsmomenten, teilweise sogar mit nur einem Anknüpfungspunkt aus, um zumindest im Anwendungsbereich des Abkommens die ersten drei Ziele der Rechtsvereinheitlichung zu erfüllen. Es sind dies die Anknüpfungspunkte Staatsangehörigkeit, Wohnsitz bzw. Sitz, Ort der Erstveröffentlichung und Ort der angerufenen Behörde bzw. des angerufenen Gerichts, die sich, abgesehen von dem letzten Anknüpfungsmoment, jeweils in einer Kombination dazu anbieten. Wie schon ausgeführt, stimmt dabei zwar der Anknüpfungspunkt Wohnsitz nicht mit dem ersten Ziel der Rechtsvereinheitlichung überein, jedoch muß dies hingenommen werden, da es sich bei ihm um einen unabdingbaren Anknüpfungspunkt handelt, um das zweite und dritte Ziel der Rechtsvereinheitlichung zu erfüllen.

Der gesamte Bereich des Schiffsverkehrs ist ebenfalls von der Bestimmung des Anwendungsbereichs her geeignet, vereinheitlicht zu werden. Grundsätzlich reichen hier die Anknüpfungspunkte Registerstaat oder Flagge, Ort des Vertragsschlusses und Wohnsitz bzw. Sitz aus, um im Anwendungsbereich des Abkommens die Zielvorstellungen der Rechtsvereinheitlichung zu verwirklichen. Für gewisse Bereiche ist schon die Verwendung des Anknüpfungspunktes Ort der angerufenen Behörde bzw. des angerufenen Gerichts oder des Anknüpfungspunktes Ausstellungsort für die Verwirklichung dieser Ziele ausreichend.

Schließlich ist als Spezialmaterie der Bereich Beschlagnahme hervorzuheben, da hier nur zwei Anknüpfungen berücksichtigt werden müssen, nämlich der Ort des angerufenen Gerichts und der Wohnsitz bzw. Sitz.

Da bei den zuletzt genannten vier Bereichen grundsätzlich eine Einschränkung wegen der Verwendung des Anknüpfungspunktes Wohnsitz gemacht werden muß, sollte für diese Bereiche zunächst in jedem Fall versucht werden, entweder die Form des uniform law oder die Verwendung zusätzlicher Anknüpfungen oder den Anknüpfungspunkt Verband zu verwenden.

C. Grenzen der Rechtsvereinheitlichung

Angesichts des Ergebnisses und der sich daraus ergebenden Forderungen für die Zukunft stellt sich abschließend die Frage, wie weit eine Rechtsvereinheitlichung überhaupt gehen sollte.

Ist ein Weltrecht absolut erstrebenswert oder sollte nicht vielmehr, wie auch die zweite Forderung andeutet, das Bestreben nach Rechtsvereinheitlichung auf Teilbereiche beschränkt werden?

Dem unbefangenen Leser erscheint es vielmehr das "Ei des Kolumbus" zu sein, ein Weltrecht zu schaffen. Dadurch würden alle Schwierigkeiten, die das IPR oder auch das supranationale Recht aufwirft, mit einem Schlage beseitigt werden.

Es ist aber zu bedenken, daß bei einer solch umfassenden Rechtsvereinheitlichung nationale Verschiedenheiten nicht mehr berücksichtigt werden könnten. Kulturelle und natürliche Verhältnisse fänden keinen Eingang in die Gesetzgebung. Die Mitverantwortung an einer bewußten Dezentralisierung wäre nicht mehr möglich⁴²⁰⁾. Es kommt hinzu, daß nationale Parlamente schwer davon zu überzeugen sind, Entwürfe internationaler Konferenzen ohne Ände-

⁴²⁰⁾ Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 § 2 III

rungen in ihr nationales Recht einzuarbeiten. Eine weitere Gefahr ergibt sich durch die unterschiedliche Auslegung der Abkommen durch nationale Gerichte. Dies könnte nämlich zu einer Quelle sich erneut ausbreitenden Rechtsunsicherheiten werden⁴²¹⁾.

Daher erscheint als Ideallösung, nur die IPR-Normen zu vereinheitlichen.

Dem ist entgegenzuhalten, daß es damit letztlich unmöglich gemacht wird, einfache und klare Normen zu schaffen und gleichzeitig auszuschließen, daß sich eine der beteiligten Personen mit fremdem Recht befassen muß. Weiterhin verlangt die nationale Verflechtung des Handels und der Wirtschaft aus Gründen der Rechtssicherheit sowie der Intensivierung und Beschleunigung internationaler Beziehungen die Vereinheitlichung der einschlägigen Rechtsbereiche. Auch ist zu bedenken, daß die Bereiche des Familienrechts angesichts des internationalen Arbeitnehmernaustausches und der Arbeitsplatzfluktuation einer umfassenden Rechtsvereinheitlichung zugeführt werden müssen.

Es liegt daher als Lösung nahe, diejenigen Teilgebiete des Rechts zu vereinheitlichen, in denen es der internationale Rechtsverkehr erfordert, und dazu ergänzend eine Vereinheitlichung des Kollisionsrechts vorzunehmen⁴²²⁾.

421) Neuhaus a.a.O. Grundbegriffe 1977 § 2 II 1 c, Zweigert/Kötz a.a.O. S. 26, Firsching a.a.O. Einführung S. 20, 21

422) Vischer a.a.O. S. 13, Firsching a.a.O. Einführung S. 22, 23, Kropholler a.a.O. internationales Einheitsrecht S. 185

Mit dieser Lösung wird allen bisher in die Diskussion eingebrachten Gesichtspunkten Rechnung getragen. Einerseits ist dadurch ein Maß an Vereinheitlichung erreicht, das Rechtssicherheit schafft und den internationalen Rechtsverkehr erleichtert. Andererseits werden die nationalen Unterschiede ausreichend berücksichtigt und die kollisionsrechtliche Frage würde sich nicht mehr in dem Maße stellen, wie es heute geschieht.

Lebenslauf

Ich wurde am 27. 07. 1951 als zweites Kind der Eheleute Karl Grieger und Elfriede Grieger geb. Sendt in Bredensched/Stüter, Kreis Ennepe-Ruhr geboren. Nach dem Abitur am 24. 05. 1971 studierte ich Rechtswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum und legte in Hamm meine erste juristische Staatsprüfung ab.

Den Vorbereitungsdienst als Gerichtsreferendar leistete ich im Oberlandesgerichtsbezirk Hamm. Dort bestand ich am 27. 02. 1978 die zweite juristische Staatsprüfung.

Seit dem 01. 04. 1978 bin ich Justiziar bei der Bauunternehmung E. Heltkamp GmbH.

